Heft 7 Juli 2000 8,– DM

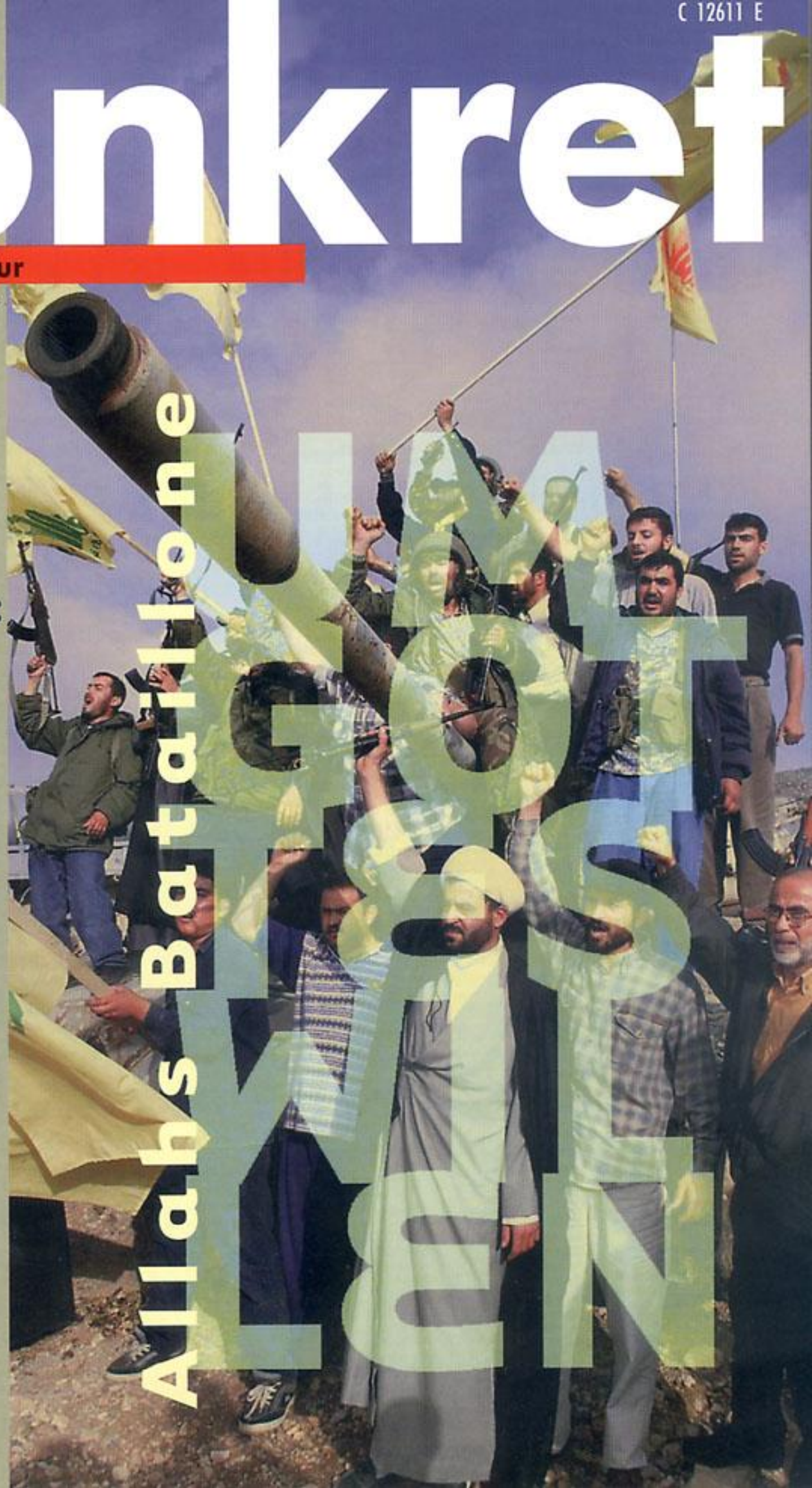
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR ? 600 Dr

- Joschka F.: Alles Mullah oder was?
- Deutsche Osterweiterung: Grass vor Moskau
- Libanon: Juden raus
- Bundeswehr: Out of Area
- Scharping: Out of Control
- Vertriebene: Ein Mahnmal für die Nazis?
- Expo: Die Breuel-Greuel



in konkret Juli 2000

hier konkret von Christoph Hein

Auf der Tagung des deutschen Pen-Zentrums Mitte Mai in Nürnberg haben die versammelten Schriftsteller/-innen mit überwältigender Mehrheit einen Antrag abgelehnt, in dem die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Kosovo-Krieg kritisiert und die deutschen Medien aufgefordert wurden, sich für die Weitergabe von Fehlinformationen bei ihren Lesern, Hörern und Zuschauern zu entschuldigen (s. dazu in diesem Heft Seite 51 ff.). KONKRETsprach darüber mit dem in Nürnberg aus dem Amt geschiedenen Präsidenten des deutschen Pen, Christoph Hein, der zu den Unterzeichnern dieses Antrags gehört

von konkret

an konkret

Denker am Abzug von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Für Koran und Kapital von Justus Wertmüller

Die islamische Barbarei ist eine Spielart der allgemeinen Regression der bürgerlichen Welt, genannt: zivilgesellschaftliche Erneuerung

Bomben auf Taschkent von Thomas Becker

Nach der Rückeroberung Tschetscheniens durch Rußland haben die Fundamentalisten Revanche in Kirgistan und Usbekistan angedroht

Juden raus von Karl Selent

Die deutsche Presse jubelt: Der Südlibanon ist frei, »Israel verdrückt sich«, die Hisbollah erkämpft das Völkerrecht

Joschka und die Mullahs von Wahied Wahdathagh

Die Zärtlichkeit der Völker: Fischer setzt Kinkels »kritischen Dialog« mit den iranischen Machthabern fort – unkritischer als je zuvor

Liebesgrüße aus Belgrad von Jürgen Elsässer

Von Afghanistan ins Kosovo: Die islamische Revolution frißt ihre Paten, die Yankees. Ob James Bond helfen kann?

Joschkas PangermanienRahmen, Raum und Medium von Konrad Lischka

Außenminister Fischer will die EU zwar vergrößern, den Club derer, die wirklich mitreden dürfen, aber radikal verkleinern. Den Braten, der deutsche Hegemonie heißt, scheint niemand zu riechenFischer hat abgeschrieben – aus dem »Kerneuropa«-Papier der CDU. Mit allem, was dazugehört: deutsche Tradition, deutsche Mittellage und deutsche Nation

Joschkas PangermanienEin bißchen dünn von Bernhard Schmid

Außenminister Fischer will die EU zwar vergrößern, den Club derer, die wirklich mitreden dürfen, aber radikal verkleinern. Den Braten, der deutsche Hegemonie heißt, scheint niemand zu riechenDie Kritik des französischen Innenministers Chevèment an Fischers »Vision« hat allenthalben Empörung ausgelöst – leider zu Unrecht

Bundeswehr: voll kriegführungsfähig von Tobias Pflüger

Wozu sind Soldaten da? Zum Marschieren, zum Marschieren in die weite, weite Welt. Das gilt auch für die Bundeswehr. Die rot-grüne Regierung hat ihr

Versprechen, in der Militärpolitik Kontinuität zu wahren, gehalten

zu Protokoll
Die diesjährigen »Mainzer Tage der Fernsehkritik«, veranstaltet von ZDF, 3Sat und Phoenix, widmeten sich der Funktion von Bildern im Krieg und der Rolle des Fernsehens beim Nato-Überfall auf Jugoslawien. Höhepunkt der Veranstaltung war am 16. Mai ein Podiumsgespräch des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender mit Kriegsminister Rudolf Scharping. KONKRET dokumentiert Auszüge

King Liar live von Kay Sokolowsky
Er kann es nicht lassen: Kriegsminister Scharping lügt, wenn er den Mund aufmacht. Ein Augenzeugenbericht aus Mainz

»Massaker ganz sicher nicht« von Henning Hensch, Jan Liße, Connie Uschtrin
Rudolf Scharping will außer in Racak (siehe dazu KONKRET 5/2000) ein weiteres »Massaker« an Kosovo-Albanern im Januar 1999 entdeckt haben – in Rugovo. Er präsentierte entsprechende Fotos eigens auf einer Pressekonferenz während des Kriegs als Beweis für die Verbrechen, die die Serben bereits lange vor Beginn des Nato-Bombardements an der albanischen Zivilbevölkerung verübt hätten. Der deutsche Polizeibeamte Henning Hensch, im Auftrag der OSZE zu jener Zeit als internationaler Beobachter im Kosovo tätig, weiß es besser

500 »Fehler« von Oliver Tolmein
Kriegsverbrecher gibt es nur in Belgrad: Wie die massiven Vorwürfe von Amnesty International gegen die Nato mit einer Generalamnestie beantwortet wurden

Deutscher Glücksfall von Samuel Salzborn
Die Deutschen stellen sich ihre Geschichte: Nach dem Holocaust-Mahnmal soll jetzt eine »Vertriebenen«-Gedenkstätte in Berlin errichtet werden

Ein Schurkenstaat von Rolf Surmann
Nach dem Abschluß der Verhandlungen über die Entschädigung von Zwangsarbeitern bleiben den NS-Verfolgten nicht mehr viele Möglichkeiten, Ansprüche gegenüber der deutschen Wirtschaft und ihrem Staat durchzusetzen. Reparationsforderungen sind, wie das Beispiel Griechenland zeigt, eine davon

Flott, aber flach von Karlludwig Rintelen
Anmerkungen zu Georg Fülberth, Reinhard Opitz und der Röhm-Affäre

Wir lügen vor Madagaskar von Ralf Schröder
Die fortschreitende Ruinierung Afrikas wird an Trostlosigkeit nur noch vom zugehörigen deutschen Diskurs übertroffen

Kapitulation vorm Kapitalismus von Norbert Trenkle
Zur Kritik an Robert Kurz und der Gruppe Krisis, Teil III

Keine Opfer, keine Täter von Günther Jacob
Robert Kurz und die »Fabrik« Auschwitz (s. KONKRET 6/2000): Metaphern statt Beschreibung, Allgemeinplätze statt Fakten, Kitsch statt Analyse, Verdrängung statt Bearbeitung

In diesem Sinne - Grundlose Aufregung von Otto Köhler

In diesem Sinne - Pazifisten immer irrer von Gert Ockert

In diesem Sinne - Zonen-Gabi im Glück von Chris Thaler

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Der Fußball an sich ist edel, multikulturell und gut, nur die Gesellschaft ist böse von Martin Krauß
Kulturkolumne

Ochsenauge ist wachsam von Otto Köhler
Der deutsche Pen-Club bringt den russischen Kollegen bei, was Pazifismus heißt: Natobomben sind Peacebuilder und alle Kriege zu verurteilen, sofern sie nicht von Rudolf Scharping geführt werden

Jungfrau, Mutter, Königin von Georg Seeßlen
Die mythische Squaw Pocahontas als Muse von Klaus Theweleit und Arno Schmidt

Buch & Deckel von Jens Hoffmann
Ulrike Siebauer: Leo Perutz. Biographie. Bleicher Verlag, Gerlingen 2000, 398 Seiten, 54 Mark

Buch & Deckel von Werner Rügemer
Rainer Roth: Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland. Verlag DVS, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt 1999, 454 Seiten, 25 Mark

Buch & Deckel von Gunnar Schubert
André Brie: »Nur die nackte Wahrheit geht mit keiner Mode«. Eulenspiegel Verlag 2000, 16,90 Mark

Nachhaltig debil von Joachim Rohloff
Wie einst bei der Treuhand – was Birgit Breuel in die Hand nimmt, wird zu Schrott. Ein Rundgang über die Expo 2000

Der Protestwelle wird ein Proteststurm folgen von Michael Scharang
Bei den Salzburger Festspielen kürzt man das Programm: natürlich um eine zeitgenössische Oper

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Laurence Bergreen: Louis Armstrong. Ein extravagantes Leben. Haffmans Verlag, Zürich 2000, 640 Seiten, 39,90 Mark

Melodie & Rhythmus von Marit Hofmann
Hans Janowitz: JazzHerbert Simmons: Tanz auf rohen Eiern

FilmTheater von Marit Hofmann
Die PalettePetits Frères

FilmTheater von René Martens
High Fidelity

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/00, S. 3

Christoph Hein

hier konkret

Auf der Tagung des deutschen Pen-Zentrums Mitte Mai in Nürnberg haben die versammelten Schriftsteller/-innen mit überwältigender Mehrheit einen Antrag abgelehnt, in dem die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Kosovo-Krieg kritisiert und die deutschen Medien aufgefordert wurden, sich für die Weitergabe von Fehlinformationen bei ihren Lesern, Hörern und Zuschauern zu entschuldigen (s. dazu in diesem Heft Seite 51 ff.). KONKRETsprach darüber mit dem in Nürnberg aus dem Amt geschiedenen Präsidenten des deutschen Pen, Christoph Hein, der zu den Unterzeichnern dieses Antrags gehört

konkret: Knapp zwei Wochen bevor Günter Grass auf dem Internationalen Pen-Kongreß in Moskau die russische Regierung wegen des Kriegs in Tschetschenien scharf kritisierte, hat sich die Mitgliederversammlung des deutschen Pen-Zentrums mit großer Mehrheit geweigert, Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung im Krieg gegen Jugoslawien zu üben. Dies würde, hieß es in der knappen Diskussion zu einem entsprechendenAntrag, den auch Sie unterzeichnet haben, gegen die Satzung des Pen verstoßen. Kann man das so sehen?

Hein: Nein, das ist Unsinn. Unser wohlbegründeter Antrag – über Formulierungen kann man natürlich streiten – war völlig legitim und chartagerecht. Daß wir für diesen Antrag keine Mehrheit gewinnen konnten, bedauere ich um so mehr, als eines der wichtigsten Argumente gegen den Antrag war, daß diese Sache schon längst vorbei und im Grunde vergessen sei. Das fand ich äußerst fatal. Ich freue mich, daß Grass in Moskau zu Tschetschenien gesprochen hat. Ich bewundere ihn, weil er in Moskau auch die Kraft aufbrachte, eigene frühere Positionen kritisch zu betrachten und zu werten. Die Verwendung von Bomben mit uranhaltigen Sprengköpfen beim Nato-Einsatz in Jugoslawien nannte er ein Kriegsverbrechen, das auch uns, die Bundeswehr und die Bundesrepublik, mitschuldig mache.

konkret: Wie bewerten Sie das Verhalten der Medien im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg?

Hein: Vor einem Jahr sind die Medien von der Bundesregierung falsch informiert worden und haben diese falschen Informationen weitergegeben an ihre Leser und Hörer. Das hat Tradition in Deutschland. Die Folgen sind absehbar. In Amerika glauben, wie die »FAZ« schreibt, inzwischen weniger als 50 Prozent der Bevölkerung dem, was sie aus den Medien erfährt. Das ist die Folge einer Informationspolitik, die so falsch ist, daß man sie nur mit wahrheitsgemäßen Korrekturen wieder bereinigen kann. Wir haben alle inzwischen erfahren, daß die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Kosovo falsch war. Es wurde mit falschen Berichten, mit falschen Informationen und auch mit falschen Fotos gearbeitet, um Presse und Bevölkerung hinters Licht zuführen.

konkret: Die meisten deutschen Medien sind – wie Sie schon sagten – den Falschinformationen dann ja auch aufgesessen und haben sie ungeprüft weitergegeben. Sehen Sie Anlaß zu Konsequenzen?

Hein: Ich fände das mehr als angebracht. Wenn die Regierung die Presse, wie in diesem Fall, mit falschen Informationen füttert, sind die Konsequenzen fatal. Die »FAZ« schrieb dazu, wen man verachtet, den lügt man leichter an. Offensichtlich verachtet die Bundesregierung die Presse, und wenn die Presse falsch informiert und, nachdem die Lügen aufgeflogen sind, sich nicht entschuldigt, deutet das daraufhin, daß die Presse die Leser auch verachtet. Ich halte es im Sinne der Glaubwürdigkeit der deutschen Presse für angebracht, falsche Informationen zu korrigieren, sich zu entschuldigen.

Die Kommentierung des Kosovo-Kriegs erfolgte mit unzulässigen Parallelisierungen. Wir haben es alle erlebt, wie Bundesaußenminister Fischer zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes Parallelen zu Auschwitz und den Konzentrationslagern zog. Historische Vergleiche sind stets fragwürdig, aber wenn es überhaupt einen Vergleich des deutschen Einsatzes im Kosovo mit einem Fall in der Geschichte gibt, dann wäre es der Einsatz der Legion Condor in Spanien. Da sollte Fischer noch mal in die Geschichtsbücher schauen. Ich selber würde nie irgendein geschichtliches Ereignis mit einem anderen vergleichen. Ich halte das für eine ahistorische Geschichtsbetrachtung.

Ich erinnere an Susan Sontag. sie hat in einer besonders scharfen Form Peter Handke kritisiert. Ich stimme mit Handke nicht überein, aber wir wissen inzwischen, daß er von der Wahrheit nicht so weit entfernt war wie die Bundesregierung. Sontag hatte mitgeteilt, sie würde nie wieder ein Buch von Handke lesen. Sie hat die Kraft und den Mut, jetzt einzugestehen, man habe sie über den Krieg belogen. Das ist eine Haltung, die ich respektiere. Es gibt Zeiten, in denen man eine Lüge nicht durchschauen kann, das kommt vor. Nicht alle haben vor einem Jahr die Vorgänge so sehen können, wie sie sich heute darstellen. Aber daß man nun schweigend die Fehler, die Versäumnisse und Falschinformationen des letzten Jahres übergeht, unterminiert die Glaubwürdigkeit der Medien weiter. Die Presse wird, hoffe ich, nun kritischer gelesen. Und ich vermute, daß einige Journalisten schamrot werden, wenn sie ihre ein Jahr alten Artikel in die Hand nehmen. Vielleicht sollten künftig derartige Berichte und Kommentare auf farbigem Papier gedruckt werden, auf schamrotem Papier.

Konkret 07/00, S. 4

von konkret

Die Verleihung des Konrad-Adenauer-Wissenschaftspreises an den bekennenden Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte kennzeichnet den geistigen Zustand der Nation. Bei seiner Dankrede vor der Deutschlandstiftung blies er zur Attacke gegen das »negativ-germanozentrische Paradigma« in der Geschichtswissenschaft. »Erst gegen diese umfassende Offensive ließ sich wieder ein positiver Begriff von ›Deutschland‹ gewinnen.« Kein Wunder, daß Nolte KONKRET als einen Hauptgegner avisiert. In einem Aufsatz in der Zeitschrift der preisverleihenden Stiftung, dem »Deutschland-Magazin«, greift er unter anderen Hermann L. Gremliza an, weil der in der Historiker-Zunft eine »Sturmabteilung Nolte« am Werke sieht, vor allem jedoch unseren Autor Karl Heinz Roth und dessen Buch Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie (**konkret texte 19**). Für Nolte kommt Roth darin »in die Nähe des alten und orthodox-leninistischen Kampfes für die Reinheit der Lehre«. Über ihn und andere schreibt Nolte weiter: »Die seit 50 Jahren gegen einen nicht mehr existierenden Faschismus ankämpfenden Antifaschisten empören sich gegen ›nekrophile‹ Antikommunisten.« Der »nicht mehr existierende Faschismus« forderte allein während der Fertigstellung dieser KONKRET-Ausgabe fünf Todesopfer: ein junger Linker in Eberwalde, ein deutscher Staatsbürger schwarzer Hautfarbe in Dessau, drei Polizeibeamte in Dortmund.

Der Nolte der kleinen Regierungspartei heißt Wilhelm Pauli und schreibt in der Zeitschrift »Kommune«. Als Beispiel für eine Linke, »die nach Faschismus riecht«, nimmt Pauli nicht die »Kommune«-Gründer und heutigen Ayatollah-Freunde Joscha Schmierer (Auswärtiges Amt) und Ralf Fücks (Böll-Stiftung), sondern Peter Hacks. Über Horst Tomayer heißt es, er wisse »bis heute nicht, was ein Gedicht ist«. Ein Fall für Amtstierarzt Dr. Rufus Binder?

Die Tageszeitung »Junge Welt« hat ihre Abo-Kampagne erfolgreich abgeschlossen und wird schon wieder übermütig. »Intellektuell gibt es strategische Hürden, um die Zeitung zum Brillanten unter den Tagespostillen schleifen zu können. Zwar haben die KONKRET-Macher um Jürgen Elsässer und Hermann Gremliza vage signalisiert, uns nicht mehr ganz so scheiße zu finden wie noch vor Monaten. Doch dieser Silberstreif am Horizont reicht selbstverständlich nicht aus,« heißt es in einer Zwischenbilanz. Vorsicht: Was hier als Silberstreif gedeutet wird, ist ein Wetterleuchten. Und wenn die »JW« ihre Sympathien für Mörderbanden wie Hisbollah und Eta nicht schnell kuriert, hagelt es Brillanten.

Entwarnung: Da mittlerweile sogar die »Taz« Börsentips veröffentlicht, zittert »Sonntag Aktuell«, das gemeinsame Wochenendmagazin von »Stuttgarter Nachrichten« und »Stuttgarter Zeitung«, um die Prinzipienfestigkeit von KONKRET. »Fehlt nur noch, daß die Zeitschrift KONKRET, Bollwerk des Antikapitalismus, die Zeichen der Zeit erkennt und Herausgeber Hermann L. Gremliza vom Sprachkritiker zum Stockpicker mutiert. Gremlizas Börsenexpress? In diesen Tagen muß einen wirklich nichts mehr wundern.« Keine Sorge: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber dieses Bollwerk nicht. Und wer die Zeichen der Zeit tatsächlich erkannt hat, investiert in die KVV konkret GmbH & Co. KG.

Hermann Gremliza auf Tournee: Im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung »Betrifft: Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn« (noch bis 16. Juli im Rathaus Berlin-Kreuzberg) diskutiert Gremliza am 10. Juli in der Humboldt-Universität (Unter den Linden 6, Hauptgebäude) unter anderem mit Professor Felix Kolmer (Jüdische Gemeinde Prag) zum Thema: »Deutschlands langer Schatten – Zum Umgang mit ›Arisierungen‹ nach 1945«. Beginn: 19.30 Uhr. – Am 11. Juli liest Gremliza aus Essays und Glossen zum Thema »Wir kneten ein KZ. Vergangenheitspolitik in der Berliner Republik«: Buchladen Neuer Weg, Sanderstraße 23-25, in Würzburg (Beginn: 20 Uhr). Vergleiche unser Buch mit dem fast identischen Titel, **konkret texte 24**.

Die CD-Rom »20 Jahre KONKRET« wird am 15. Juli verschickt. Viele Kunden haben sich über den relativ hohen Preis gewundert. Wir bitten zu bedenken, daß bis auf die letzten zwei Jahre alle Hefte plus die Sonderhefte (die bei der letzten CD-Rom noch nicht berücksichtigt wurden) eingescannt und viele Male Korrektur gelesen werden mußten. Die CD-Rom ist für alle Betriebssysteme nutzbar, wenn Sie über einen Internetbrowser verfügen. Ihre Bestellung wird noch bis zum 15.7. zum Subskriptionspreis angenommen.

An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sommergelages:Ihr könnt ab Juli in einem Gelageforum auf der KONKRET-Website (www.infolinks.de/medien/

konkret) weiterdiskutieren.

Konkret 07/00, S. 6

an konkret

Rückgratschwäche

Beiträge über den Jugoslawien-Krieg

Ich habe hier zwar keinen Beitrag zu Ihrer Dokumentation über den Jugoslawien-Krieg, aber eine Episode, die noch mal die Charakterstärke einer deutschen Tageszeitung in diesem Zusammenhang illustriert.

Im Sommer 1995, als die Kroaten die Krajina eroberten, hatte die »Frankfurter Rundschau« ein Bild von serbischen Flüchtlingen mit dem Text »Des einen Freud, des anderen Leid« kommentiert. Des einen Freud bezog sich auf die ethnische Säuberung Kroatiens; für jene 200.000 Vertriebenen – und die Zeitung berichtete über Greueltaten der kroatischen Soldateska – hatte man nur ein Achselzucken übrig. Als dann diese Zeitung im April 99 die Parole vom Völkermord im Kosovo aufgriff, begann ich an meinem Gedächtnis zu zweifeln. Ein Besuch im Mikrofiche-Archiv bestätigte es aber: »Frankfurter Rundschau« Nr. 187 vom 14. August 95, Seite 3: »Des einen Freude ist des anderen Leid: Ein altes serbisches Ehepaar auf der Flucht aus der Krajina.« Um den Eindruck abzurunden: Ich schrieb damals gleich einen höflichen und zurückhaltenden Leserbrief an die Zeitung mit dem eher harmlosen Fazit, daß hier wohl mit zweierlei Maß gemessen worden sei. Keine Reaktion, auch nicht auf eine zweite Zuschrift mit der Bitte um Stellungnahme.

Gerd-Peter Kossler

Frankfurt a. M.

Tollwütig

Konkret 5 u. 6/2000: »Wir haben ihn so geliebt den Klassenkampf«, »Auschwitz als Alibi?« von Robert Kurz

Für das, was Robert Kurz »Arbeiterbewegungsmarxismus« nennt, waren nicht nur bestimmte inhaltliche Positionen kennzeichnend, sondern ebenso eine bestimmte Art der Auseinandersetzung. Wenn ich Kurz' Antwort auf seine Kritiker lese, dann fällt mir eben diese Art der Polemik ein. Da ist er doch ganz »Arbeiterbewegungsmarxist«! Wie will der gute Mann sich eigentlich mit ausgemachten Reaktionären auseinandersetzen, wenn er schon Leute wie Huiskens, Heinrich etc. mit Schaum vorm Mund als Idioten beschimpft? Oder sollte man nicht doch besser gleich alle »Arbeiterbewegungsmarxisten« an die Wand stellen? Dafür, daß die so sensationell neue Kurzsche Theorie »sicherlich unvollkommen und daher diskussionsbedürftig« ist und es sich angeblich um die »Klärung offener Fragen« dreht, nimmt Bürger Kurz den Mund ganz schön voll. Das Eingeständnis der Unvollkommenheit und die Aufforderung zur Klärung offener Fragen sind allerdings nichts als leere Worte. Nirgendwo in den zahlreichen Publikationen des Autors wird man auch nur einen Hauch des Zweifels verspüren. Jeder noch, der von einer anderen Position ausgehend mit den »Wertkritikern« offene Fragen diskutieren wollte, mußte sich schnell eines anderen belehren lassen. Sie feiern nämlich in einer wahren Orgie der Selbstbeweihräucherung ihre vermeintlichen theoretischen Siege über alle möglichen Ismen!

Die schonungslose Polemik im »Arbeiterbewegungsmarxismus« war eine wesentliche Ursache ihres Scheiterns. Im Gegensatz zum Kasperletheater einer untergehenden radikalen Linken hatte das aber tragische Züge, weil es die Entwicklung einer großen sozialen Bewegung hemmte und blockierte. Heute befehden sich nur noch VIPs linker Theorie im luftleeren Raum (Einfluß auf eine bedeutende soziale Bewegung haben sie alle nicht), ganz so, als wären sie nichts als normale kleine Warenproduzenten, die sich in der Konkurrenz behaupten wollen.

Robert Schlosser

per e-mail

Dubiose Empfehlung

KONKRET 4/2000: »Lieber einen Tirolerhut« von Andreas Spannbauer

Es ist löblich, wenn bundesdeutsche Anti-Nazis für uns Anti-Nazis mit Tirolerhut Verbündete suchen. Andreas Spannbauer empfiehlt uns als Bündnispartner den Landtagsabgeordneten Donati Seppi. Seppi vertritt Unitalia, die aus dem ehemaligen

Movimento Sociale Italiano (MSI) ausgeschert ist. Der MSI war eine Gründung von Funktionären der sogenannten Repubblica di Saló, einer faschistischen Kleinrepublik am Gardasee von Hitlers Gnaden. Die Wendehälse des MSI nennen sich heute Alleanza Nazionale, die Scharfmacher legten sich Unitalia zu. Der Bozener Bürgermeister Giovanni Salghetti wirft Alleanza Nazionale und Unitalia vor, Haß und Nationalismus zu schüren. Spannbauer und seine Empfehlung sind also mehr als dubios – wie der Artikel insgesamt.

Wolfgang Mayr

per e-mail

Profitgastritis

KONKRET 5/2000: »Die letzte große Amnes(t)ie« von Tjark Kunstreich

Daß die führenden deutschen Unternehmen sich ihren Beitrag zum »Zwangsarbeiterfonds« nur äußerst widerwillig abtrotzen lassen würden, war genauso wenig überraschend wie die Tatsache, daß die Hälfte dieses bescheidenen Betrages (5 Mrd. Mark) steuerlich absetzbar ist, der Anteil der Unternehmen am Fonds also sowieso nur 25 Prozent beträgt. Daß diese 2,5 Mrd. von den Firmen, die sich an dieser Kollekte beteiligen, aus der berühmten Portokasse gezahlt werden, war auch klar. Wie unendlich schmerzlos es aber für die Deutsche Bank gewesen sein muß, ihren Anteil zu zahlen (hat sie schon?), wurde mir so richtig klar erst, als mir neulich folgende Zahlen in die Hände fielen: Die Deutsche Bank erzielte in den ersten 3 Monaten (!) dieses Jahres einen Gewinn vor Steuern (?) von 1,637 Milliarden Euro. Da wird mir sehr übel.

Markus Zimmer

Berlin

Konvertiert

Konkret 6/2000: »Buch des Monats« von Joachim Rohloff

Naja. Ein bissel expliziter hätte die Kritik an Henscheids/Henschels *Jahrhundert der Obszönität* schon ausfallen dürfen, ja müssen. Mich hat das Werk vollends vom Henscheidianer zum Henschelianer konvertieren lassen. »Thematische und stilistische Redundanz« ist noch ein blasser Ausdruck zur Kennzeichnung jenes grauenvoll manieristischen fränkischen Barockschwulsts der Henscheidschen Beiträge; keine Rede auch vom »fortschreitenden Alter«, das etwa Gewöhnung an derartige Zumutungen nach sich zöge. Der ebenso prall wie beliebig assoziativ gefüllte Metaphernsack, der vor dem Leser hier kraftmeierisch geleert wird, wie auch die ad nauseam gepflegte Marotte, tönende Satzunholde im nonsenten Nichts ausrollen zu lassen, führen vielmehr zu einem wachsenden Verdruß und zur blätternden Suche nach dem nächsten Henschel-Beitrag.

Henscheid *war* gut, jedenfalls solange er nicht mit Polemiken gegen immer gleiche »Lieblingsfeinde« ennuyierte, über deren namenlose Gräber heute nur noch die Rollbüsche wehen, und solange er noch keine Masche oder Schreibe (horribile dictu!) ausgebildet hatte, deren Wiedererkennen nur noch ermüdet. Was steht von Henscheid im *Jahrhundert der Obszönität* schon drin, das dem Leser nicht aus den *Erledigten Fällen* oder den *Peinlichen Persönlichkeiten* bekannt wäre? Neu nur unter dem verschwommenen Oberbegriff der Obszönität summiert. Es ist doch wohl dieses so blasierte wie selbstgefällig-verfettete Wiederaufkochen des alten Suds, das den »professionellen Abräumer, Gewinnler und Bereicherer, Schnorrer und Mitnehmer«, mithin den Obszönen per se kennzeichnet.

Neu allein, doch erwartbar, war die Lückenbüßerpolemik wider den genialen Eklektizisten Britten zugunsten des schon von Adorno zu Recht geschmähten Grandkitschiers Puccini; ein Bockmist sondergleichen, wie er nur einer notorischen »Musikplaudertasche« entquellen kann.

Ehret den Henschel! Seine Texte waren mir helles Licht, erquickender Quell, Labe und Trost in einem sonst so enttäuschenden Buch.

Thomas Glaenz

Borkum

Keine Blutarie

Konkret 6/2000: Kai Degenhardts »Dekoholic«, Plattenkritik von Martin Büsser

Ist es nur Dummheit oder schon Boshaftigkeit, vielleicht sogar beides? Der Autor mag die Platte offenbar nicht – geschenkt. Er kritisiert die Attacken von Degenhardt Junior gegen die sogenannten Pop-Linken – auch gut. Wie und ob Party und Protest, Pop und Subversion überhaupt zusammengehen, ist ja ein Dauerbrenner, viel Wohlerwogenes und Kontroverses von verschiedenen Seiten ist dazu auch in KONKRET immer wieder gedruckt und gerne von mir gelesen worden. Aber hier den Eindruck zu erwecken, im Lied »Über den Ozean« propagiere und befürworte Kai D. als Ausweg aus sogenannter postmoderner Beliebigkeit eine an »echten Gefühlen« und »Blut-Metaphern« orientierte, also letztlich völkische, rechtsradikale Perspektive, ist eine völlige Verdrehung und das genaue Gegenteil des explizit in diesem Song und auf der ganzen Platte Gesagten.Für diesen dirty trick ein großes Extra-Pfui an Martin Büsser!

Thomas Range

Bochum

Konkret 07/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Denker am Abzug

Ein Schrecken geht um in Europa – Grosny geschleift, ohne daß ein Finger sich rührt. Dörfer niedergebrannt, ohne daß ein Finger sich rührt. Verwundeten den »Gnadenschuß« gegeben, ohne daß ein Finger sich rührt. Körper gefoltert, Frauen und Männer vergewaltigt, ohne daß ein Finger sich rührt. Das Volk zertreten, ohne daß ein Finger sich rührt. Internationales Schweigen, in bester Komplizenschaft. Keine klare und hörbare Verurteilung, kein diplomatischer Druck, keine wirtschaftlichen Sanktionen, keine Strafverfolgung, nichts. Europa verneint sich selbst, indem es in freiwilliger Ohnmacht verharrt.

Gestern (1945) hat sich Europa konstituiert, indem es sich gegen drei Übel verbündet hat. Das Übel Hitler hat es hinter sich. Desgleichen das Übel Stalin. Den Sieg über das dritte Übel namens »Kolonialkriege«, die Europa sich zu verbieten gelernt hat, hat Europa noch vor sich.

Heute glaubt Herr Putin, daß er sich alles erlauben kann. Die Qualen, die der russische Oberbefehlshaber Tschetschenien auferlegt, machen die brutalsten Methoden der Kriegsführung international wieder salonfähig. Morgen werden unsere heute blinden politischen Meinungsführer, unsere ach so »realistischen« Politiker ihr Entsetzen zeigen. Zu spät für die Tschetschenen. Sehr spät für unsere Kinder.

Als Unterzeichner dieses Aufrufs fordere ich, die antifaschistischen, antikolonialen, antitotalitären Grundlagen des Europa-Vertrages zu respektieren. Ohne sie wäre Europa nur eine Union von Kleingeistern, eine Gemeinschaft der Schande.

André Glucksmann

Voilà, ein Text! Auch bei Nachsicht der sprachlichen Ohnmachtsanfälle, die bei der Übertragung aus dem Französischen vorgekommen sein mögen, weist diese Prosa den Urheber, der unter einem geflügelten Wort von Marx, mit der geflederten Totenrede des Antonius, im »J'accuse«-Brio des alten Zola dem Brutus Putin einen fünffachen Stinkefinger zeigt, als einen exemplarischen Kitschkopf aus.

»Das Volk zertreten«! Arischer hätte es Guido Kolbenheyer in einem Wettbewerb um den Literaturpreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht sagen können. Die politische Lüge dringt dem Satzbau aus jeder Ritze: Soeben ist mit des Autors und der anderen europäischen Intellektuellen Hilfsbereitschaft auf dem halben Balkan die Deutsche Mark als Zahlungsmittel eingeführt, haben die Rohstoffkonzerne Antifaschistans in Afrika ein paar Völker hinschlachten lassen, da entdeckt der Sänger einen antikolonialen Konsens. Wer den jüngsten Krieg in Tschetschenien inszeniert hat und auf welche Weise führt, nämlich mit Mord an ein paar hundert Moskauer Zivilisten und einem Überfall auf das Krankenhaus eines Nachbarlandes, dessen Patienten als Geiseln genommen wurden, kurzum: um welche Sorte Helden es sich bei den »Rebellen« handelt, ist Europens Großgeist keine Erwähnung wert.

Man könnte, nachdem man von solcher Kenntnis Mitteilung gemacht hat, ja immer noch die Russen bitten, den Krieg einzustellen und den Banden, deren Bekämpfung viel zu viele Opfer kostet, das Land zu überlassen. Ein solches, Realitäten wahrnehmendes und an Vernunft orientiertes Programm verfehlte freilich den Zweck der Übung. Es ist gerade das Verlangen nach Analyse, das den Kleingeist macht, und Fakten stören nur den freien Fluß der Gefühle. Wer das Menschenrecht erkämpft, ist, nach Abschaffung der Internationale, nicht das Rationale, sondern die Schnulze: Hier Rußland, das Böse, durch seine geographische Größe und militärische Stärke überführt, dort unsere braven Ascaris bzw. Tschetschenen, die für ihre völkische und religiöse Selbstbestimmung sterben (und vielleicht auch ein bißchen sterben lassen). Das ergibt einen Aufruf, dem die Unterschriften von Timothy Garton Ash, Bernardo Bertolucci, Wolf Biermann, Jane Birkin, Norbert Blüm, Wladimir Bukowski, Hans Christoph Buch, Noam Chomsky, Daniel Cohn-Bendit, Umberto Eco, Günter Grass, Freya Klier, Leszek Kolakowski, Bernard-Henri Lévy, Robert Menasse, Rupert Neudeck, Michel Piccoli, Vanessa Redgrave, Volker Schlöndorff, Peter Schneider, Hans Joachim Schädlich, Jorge Semprún, Klaus Wagenbach, Christa Wolf und Tilman Zülch gewiß sind. Und der leider auch die von Micha Brumlik, Costa Gavras, Jean-Luc Godard, Elfriede Jelinek, Claude Lanzmann und Elie Wiesel gefunden hat.

Es ist nicht etwa so, daß da blauäugig gegen den Krieg als solchen gewettert würde. Die Unterzeichner hatten, mit einer Ausnahme (Jelinek), den Bombenangriff auf Jugoslawien heftig begrüßt und wollen den Finger, den die Nato am Abzug hat, bald wieder gekrümmt sehen. Sie wissen, daß die Lügen übers Kosovo, die sie, die vom Erzählen leben, sich dankbar hatten erzählen lassen, um sie anderen erzählen zu können, nicht mehr lange haltbar sind und durch frische, noch unerhörte Lügen ersetzt werden müssen. Und noch glaubt die Welt an »tschetschenische Rebellen«, noch sieht keiner in ihnen die

Blutsbrüder der völkischen Halsabschneider, zu deren Ehre vor einem Jahr die internationale Gemeinschaft den Finger gerührt hat, wenn serbische Schulbusse vorbeifuhren.

Früher, vor fünfzehn oder zwanzig Jahren, wären dies die Einwände moskauhöriger Kommunisten gewesen. Nun ist Putin aber Antikommunist, wie Jelzin und Milosevic. Wer für Putin Partei ergreift, ergreift nicht die Partei der Kommunisten, wer Putin schlägt, trifft nicht die Roten. Und doch sind es, wenn irgendwo irgendwas zum Nachteil des Kreml (oder der Serben) unterschrieben wird, heute von Blüm und Grass bis Neudeck und Zülch dieselben Stimmen, die im Prager Frühling der Solidarnosc sich für Gulbuddin Sacharow erhoben haben, ist es, nach dem Ende des Sowjetstaates und der irreversiblen Entmachtung der KPdSU, dieselbe Attitüde, mit der die antikommunistischen Veteranen schon der kommunistischen UdSSR begegnet sind.

Es scheint, als wäre der Antikommunismus auch nur *eine* Form einer viel älteren (und nun wieder jungen) Großmachtpolitik gegen Rußland gewesen. Weshalb die Osteuropainstitute und Osteuroparedaktionen weitermachen wie seit fünfzig, seit hundert Jahren, und die Intellektuellen auch. Die Verhaftung eines der Moskauer Wirtschaftskriminellen wird mit denselben Schlagzeilen (»Spiegel«: »Anschlag auf die Meinungsfreiheit«, »Rückfall in alte Zeiten«) beantwortet wie vordem die Schikanierung des Schriftstellers Solschenizyn, der, wenn die Freunde im Westen, die ihn einst das Gewissen Rußlands nannten, ihn nun, weil er das vom Kommunismus befreite Vaterland gegen die islamischen Terrrorbanden in Schutz nimmt, einen bornierten Nationalisten nennen, nicht weiß, wie ihm geschieht.

Wladimir Putin weiß das, und so hat er das seltene Vergnügen bereitet, einmal, ein einziges Mal, einem Adressaten der Glücksmänner, einem Folterer der Körper und Gegner solcher Meinungsfreiheit zusehen zu dürfen, wie er zwei Heroen dieses Geschäfts, den beiden Ehrentschetschenen des ZDF, Roth und Sager, das Lockenköpfchen bzw. die Glatze gewaschen hat. Auf Sagers ehrenkäsigen Einwand: »Wir fühlen uns nicht als Propagandisten, sondern wir erzählen, was wir erlebt haben« beantwortete Putin alles in einen Absatz, was Europas vereinigten Unterschriftstellern zu sagen war:

Weder Sie noch Ihre Kollegen machen Propaganda? Sie behaupten, darüber zu berichten, was Sie sehen? Über das Gesehene kann unterschiedlich berichtet werden. Einer der nächsten Mitstreiter des Mannes, der sich Präsident von Tschetschenien nennt, hat zum Beispiel vor kurzem im Fernsehen öffentlich zur Ausrottung der jüdischen Bevölkerung aufgefordert. Haben Sie das gezeigt? Nein. Das hätten Sie aber tun sollen. So etwas muß man zeigen. Die Bevölkerung Westeuropas muß wissen, wen wir in Tschetschenien bekämpfen.

Den beiden Propagandisten, gewohnt, auf einen jener artikulationsschwachen Tölpel oder vorauseilenden Arschkriecher zu treffen, an denen die Moskauer Nomenklatur vor und nach der Niederlage des Proletariats so überreich war und ist, brachten kein Wort heraus, und wäre ein Interview mit dem Präsidenten Rußlands keine Staatsaffäre, deren Behandlung das Protokoll regelt, hätten sie die Aufzeichnung, ungesendet wie vieles andere, im Papierkorb verschwinden lassen. So blieb ihnen nichts als ein schneller Umschnitt auf eine diplomatische Schlußfrage und die Hoffnung, daß die Blamage sich schnell versende. Es hat dann auch, auf die Kollegen ist da Verlaß, keiner Aufhebens gemacht.

Nachwort: Ich bin ein Freund kommunistischer Verhältnisse, meine Liebe zu Putin hält sich also in Grenzen. Aber ich bin auch ein Freund des nackten Überlebens einer größtmöglichen Zahl von Menschen, und so läßt mich die erste Erfahrung mit dem neuen russischen Präsidenten immerhin hoffen, er werde den vereinigten europäischen Intellektuellen, diesen Hooligans mit Abitur, die für ihr »Deutschland (Frankreich, England usw.) vor, noch ein Tor!« viel zu viele Wörter brauchen, er werde diesen größten Gefahren für Leib und Leben, von A wie Ash bis Z wie Zülch, nicht weichen, schicken sie auch die Aufrufe hageldicht.

Konkret 07/00, S. 10

herrschaftszeiten

Lama hamma

13. Mai, »Süddeutsche Zeitung«:

Die Münchner SPD in Hochstimmung. Statt in einer exklusiven Hinterzimmer-Veranstaltung präsentiert sich die Partei am Sonntag in einer ausverkauften Sporthalle mit mehr als 6.000 Besuchern, statt einer ideologisch verengten Kundgebung gibt es einen geistig offenen Dialog ... Die Münchner SPD sonnt sich im Glanz des Dalai Lama, dem geistigen Oberhaupt der Tibeter, der in der Rudi-Sedlmayer-Halle mit Bundesinnenminister Otto Schily über »Frieden und Gerechtigkeit« sprechen wird.

Ein Mann – ein Volk

16. Mai, »Neue Zürcher Zeitung«:

In Kosovo hat am Montag ein Kriegsverbrecherprozeß gegen einen mutmaßlichen serbischen Milizenführer begonnen. Der 21jährige Milos Jokic sei wegen Völkermords angeklagt, sagte der Ankläger am Montag in Gnjilane im Osten der serbischen Provinz. Jokic soll als Anführer einer Gruppe von neun Angehörigen einer paramilitärischen Einheit am 9. Mai 1999 einen Albaner getötet, den Mord an einem weiteren angeordnet und 2.500 Albaner aus dem Ort Verbane bei Gnjilane vertrieben haben.

A la Allah

23. Mai, AP:

Viel zu lachen haben Frauen in Pakistan unter dem islamischen Regime ohnehin nicht, doch jetzt soll es ihnen auch noch verboten werden. Die Frauen in der Hauptstadt Islamabad sollen sich nach dem Willen des örtlichen Polizeichefs so unauffällig wie möglich verhalten und vor allem nicht laut lachen. Die Zeitung »The Jang« zitierte Nasir Durrani mit den Worten, Frauen und Mädchen sollten sich einfach kleiden, ihre Köpfe bedecken und stets einen ernsten, strengen Gesichtsausdruck zeigen. Auf diese Weise könnten sie vermeiden, Opfer von Verbrechern zu werden. In Pakistan sitzen hunderte Frauen in Haft, weil sie ihre Vergewaltiger anzeigten.

Es gähnt voran

23. Mai, Springer-Auslands-Dienst:

Auch die zweite Volksabstimmung über eine Wahlrechtsreform in Italien ist gescheitert – an Wahlmüdigkeit. Nur rund 32 Prozent der 49 Millionen Wahlberechtigten fanden den Weg ins Wahlbüro.

Deine Frau ist ein Hure. Dein Kind soll an Krebs sterben

Englische Fußballanhänger zu David Beckham

Perestrojka

31. Mai, »Frankfurter Rundschau«:

Unter den Ländern, für die vollständige Daten vorliegen, weist der Weltentwicklungsbericht bezüglich des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts über die Jahre 1980 bis 1990 lediglich für zehn Länder, über die Jahre 1990 bis 1995 aber bereits für 30 Länder ein Minuszeichen aus. Um nur die spektakulärsten Fälle zu nennen: Ruanda (-12,8 Prozent), Haiti (-6,5), Georgien (-26,9), Aserbaidschan (-20,2), Kirkisistan (-14,7), Armenien (-21,2), Kasachstan (-11,9), Ukraine (-14,3), Litauen (-9,7), Weißrußland (-9,3), Rußland (-9,8), Lettland (-3,7), Estland (-9,2), wohlgemerkt jährlich über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Man läßt alles noch mal Paroli laufen

Fußballtrainer Horst Hrubesch auf die Frage, wie er ein Spiel der deutschen Mannschaft verarbeitet

Führernatur

November 1995, Interview der »Woz«, Zürich, mit Armin Mohler:

1942 bin ich schwarz über die Grenze nach Deutschland. Ich wollte unbedingt zur Waffen-SS. Ich wurde weitergereicht ins SS-Hauptamt in Berlin. Sie wollten mich bei der SS aber nicht, und so begann ich, ein Jahr an der Humboldt-Universität zu studieren ... Ich verstehe mich als einer der Väter der Neuen Rechten in Deutschland.

Bewundern Sie Hitler immer noch wie in Ihren Jugendzeiten?

Was heißt bewundern? Er hat immerhin eine richtige Führung geschaffen. Die Kader, die er heranzog, hatten Stil.

Er hat Millionen von Menschen auf dem Gewissen.

Wenn die Alliierten alle ihre Verbrechen zugeben würden und die Deutschen sich auf die schlimmen Dinge beschränkten, die ihnen einwandfrei nachgewiesen sind, dann wäre der Unterschied gar nicht mehr so groß.

Kommen junge Leute zu ihnen, weil Sie sich offen zu diesem Stil bekennen?

Ja. Manche von ihnen gehen für eine Woche in Bosnien kämpfen.

Auf welcher Seite?

Natürlich nicht auf der Seite der Bosnier. Auch nicht der Serben, sondern der Kroaten.

Gefolgschaftsnaturen

1. Juni 2000, »Deutschland-Magazin« (»Ehrenpräsidium«: Max Adenauer, Gertrud Höhler, Rupert Scholz, Bernhard Vogel. »Ehrenmitglied des Vorstands«: Kurt Ziesel):

Armin Mohler, Sekretär von Ernst Jünger, wurde am 12. April 80 Jahre alt. Dies feierte der neugegründete Verlag Edition Antaios mit seinem ersten Buch »Lauter Dritte Wege«. Es ist eine Würdigung Armin Mohlers Lebenswerks. Am 2. Juni wird »Lauter Dritte Wege« dem verdienten Jubilar Armin Mohler im Kreise von Schülern wie Botho Strauß und Freunden wie dem diesjährigen Konrad-Adenauer-Preisträger für Wissenschaft Ernst Nolte im Rahmen eines Festaktes im Münchner Künstlerhaus überreicht.

Soldatennaturen

1994, Ernst Nolte in *Streitpunkte*:

Wenn Vermehrung der soldatischsten Naturen im Volk ein legitimes oberstes Ziel ist, dann muß man zugeben, daß die SS mit ihrer positiven Bevölkerungspolitik den einzigen ernsthaften Versuch darstellte, eine Entwicklung zu verhindern, die heute übermächtig erscheint.

Ihre Treue ist Ehre

5. Juni 2000, »Süddeutsche Zeitung«:

Im Herkulessaal der Münchner Residenz funkelten die Blechblasinstrumente, die Trachten schimmerten sanft, nur draußen brüllten die Demonstranten, doch kein Ton drang hinauf zur Festgesellschaft, die an diesem Sonntagmorgen gespannt darauf wartete, daß Ernst Nolte von der Deutschland-Stiftung den Adenauer-Preis für Wissenschaft erhalten möge.

Das Imperium schlägt zurück

5. Juni, »Der Spiegel«:

Rund ein Jahr nachdem sie die Gelöbnisfeier in Berlin gestört haben, hat der Verfassungsschutz die Jungdemokraten, bis 1982 die Jugendorganisation der FDP, zu linksextremistischen Verfassungsfeinden erklärt.

Die Lage der russischen ArbeiterInnenklasse

Informationsbulletin der IV. Internationale (Trotzkisten)

Judenquote 1

Mai, *La Campagne de France* von Renaud Camus:

Die jüdischen Mitarbeiter von »Panorama« auf »France Culture« übertreiben es manchmal ein bißchen: Zum einen stellen sie in jeder Sendung vier oder fünf von sieben Teilnehmern, was in einem nationalen und schon fast offiziellen Sender eine

deutliche Überrepräsentierung einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe darstellt; zum andern sorgen sie dafür, daß mindestens eine Sendung pro Woche der jüdischen Kultur, jüdischen Schriftstellern, dem Staat Israel und seiner Politik, dem Leben der Juden in Frankreich und in der Welt heute und durch die Jahrhunderte gewidmet ist. Das ist manchmal sehr interessant und manchmal nicht; aber vor allem ist es auf Dauer wegen der mangelnden Ausgewogenheit ärgerlich.

Judenquote 2

9. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

In Frankreich tobt ein Streit um den Vorwurf des Antisemitismus – Ein wenig bekannter französischer Schriftsteller namens Renaud Camus ... ärgert sich über die Sendung »Panorama« des Kulturprogramms »France Culture«. Er findet, die Rundfunkmitarbeiter hätten falsche Vorstellungen von Kunst und dies hänge möglicherweise damit zusammen, daß sie Juden seien ... Diese in der Sache zutreffende, in ihren dubiosen Implikationen jedoch bedenkliche Bemerkung über die hohe Anzahl jüdischer Mitarbeiter bei »France Culture« ist im Kontext des Buches absolut unwichtig.

Gehört Wolf Biermann zu den letzten bekennenden Deutschen?

»Deutschland-Magazin«

Quotenjuden

9. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

In der »Affäre Camus« geht es denn auch weniger um wirklichen, bewiesenen Antisemitismus als um die Möglichkeit, Heikles zu veröffentlichen. Und da verlaufen die Fronten in Frankreich recht unvorhersehbar. So haben sich zuletzt Alain Finkielkraut und Bernard-Henri Levy für die Publikation des umstrittenen Buches stark gemacht.

Opferjuden

9. Juni, Ex-»Beute«-Redakteur Fanizadeh in der Wochenzeitung »Woz«, Zürich:

Im Vorfeld der Olympischen Spiele kommt ein Streifen ins Kino, der sich in dokumentarischer Weise mit dem Attentat auf die Spiele 1972 in München beschäftigt. Ein palästinensisches Kommando des »Schwarzen September« war in das olympische Dorf eingedrungen, hatte zwei israelische Sportler erschossen und neun weitere als Geiseln genommen. Das Kommando forderte die Freilassung der 200 in Israel inhaftierten Palästinenser im Austausch gegen die neun Olympioniken ... Das Manipulative des Films besteht in der exzessiv angewandten Technik der Lücke ... Nichts über die Vorgeschichte, die Vertreibung Hunderttausender PalästinenserInnen 1948 aus Israel, nichts zum Sechs-Tage-Krieg 1967, nichts zu den Massakern an ZivilistInnen und der Vertreibung der PLO 1970/71 von Jordanien in den Libanon ... »One Day in September« macht es sich ... unglaublich leicht. Hier die jüdischen Opfer, dort die arabischen Täter.

Staatssicherheit

9. Juni, »Bildzeitung«:

Durch das Attentat auf die Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, die keine ständigen Leibwächter hatte, wird der Innenminister nicht umhinkommen, eine Neubestimmung der zu schützenden Personen vorzunehmen. Schon jetzt beträgt der jährliche Etat des Bundeskriminalamtes, das laut Gesetz für den Schutz der »Verfassungsorgane«, mithin des Bundespräsidenten, des Kanzlers, der Minister und der Bundestagsabgeordneten, zuständig ist, 583 Millionen Mark, davon allein für Personalausgaben 351 Millionen.

Scharping, zahlen!

14. Juni, »Frankfurter Allgemeine«:

Die im Kosovo-Krieg eingestürzten drei Brücken bei Novi Sad (Serbien) und die dadurch verursachte Blockade der Donau hat die europäische Wirtschaft bisher knapp eine Milliarde DM gekostet. Auf diesen Betrag beziffert die in Budapest ansässige internationale Donaukommission den Schaden.

Aus dem Poesiealbum

14. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Michael Naumann sieht sich gerne Liebesfilme an. Er könne hemmungslos im Kino weinen, bekannte der Kulturstaatsminister. Naumanns Tränen flossen in letzter Zeit bei »American Beauty« und »Magnolia«.

Hipp

14. Juni, Harald Schmidt in Sat.1:

Wie heißt noch mal die Mannschaft, die ich immer mit Kamerun verwechsle? Holland!

Ein machtgieriges Monster schickt Marodeure los

»Deutschland-Magazin« über Robert Mugabe

Hipp

14. Juni, Harald Schmidt in Sat.1:

Portugals blonder Verteidiger Abel Xavier – ich dachte, was ist denn, geht UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einer Pumuckl-Party?

Hurra

15. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Sie schlugen ihn tot, weil er schwarz war – Der Tod eines 39 Jahre alten Afrikaners in Dessau (Sachsen-Anhalt) erschüttert Deutschland. Der Mosambikaner erlag den schweren Verletzungen, die ihm drei junge Männer im Alter von 16, 17 und 25 Jahren zugefügt haben. Polizeisprecher Olav Pitloun: »Sie haben selbst dann noch auf ihn eingetreten, als er längst regungslos auf dem Boden lag.« Von 1991 bis 1999 starben bundesweit 28 Menschen bei derartigen Übergriffen. Meist ist der Osten Schauplatz solcher Verbrechen. Aber auch in Bayern wurde schon ein Afrikaner aus Ausländerhaß getötet.

Ich warte stündlich auf den Vorschlag der Grünen für Tempo 300

Guido Westerwelle

Als Polen hessisch war

15. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

Alles hatten die Polen der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach zugetraut, aber die neueste Nachricht über die CDU-Politikerin überrascht sie nun doch. Mit markigen Sprüchen hat sich die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Polen einen soliden Ruf als bestgehaßte Deutsche und personifizierte Vertriebene erworben. Und nun das: Die oberste deutsche Vertriebene soll gar keine Vertriebene sein. Ans Licht gebracht haben das Journalisten der polnischen Tageszeitung »Rzeczpospolita«. Neugierig geworden, weil sie fanden, Erika Steinbach spreche als Präsidentin der Heimatvertriebenen auffällig wenig über die eigene Heimat, begannen sie zu recherchieren. Ihr Ergebnis: Steinbach wurde 1943 als Erika Hermann in Rahmel im besetzten Polen als Tochter eines dort zufällig stationierten Soldaten der Wehrmacht geboren. Geburtsort des Vaters: Hanau. Geburtsort der Mutter: Bremen.

Nazi und Leumund

16. Juni, AFP:

Libyens Staatsführer Muammar el-Gaddafi hat den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider in Schutz genommen. Der FPÖ-Politiker sei kein Nazi, versicherte Gaddafi. Haider, Landeshauptmann von Kärnten, hatte Gaddafi im Mai besucht und dann eine Senkung der Benzinpreise in seinem Bundesland verkündet.

Konkret 07/00, S. 12

Justus Wertmüller

Für Koran und Kapital

Die islamische Barbarei ist eine Spielart der allgemeinen Regression der bürgerlichen Welt, genannt: zivilgesellschaftliche Erneuerung

Wenn in Teheran der mutmaßliche Vergewaltiger um der besseren Sichtbarkeit für die angeströmten Massen willen an einem Baukran gehenkt wird, dann ist das terroristisch. Ein Urteil über den Gewaltakt kann jedoch nur erfolgen, wenn Maß genommen wird am intendierten und am geschichtlich möglichen Erfolg der Veranstaltung Islamische Republik. Das Kriterium Erfolg wird dabei ins Verhältnis zu setzen sein zum aktuell höchsten Stand der Kapitalakkumulation und den international sich wandelnden Standards der ihr entsprechenden Vergesellschaftung. Anders über Kopftuchzwang, Todesstrafe, Alkoholverbot etc. zu verhandeln, gerät fast schon notwendig in die Nähe liberaler Mystifikation. Jede Bemühung abendländischer Werte wäre einer Erklärung des Islamismus in weltbürgerlicher Absicht unangemessen, die Kritik verlöre sich in Moralisiererei.

Fast alle, die vorgeben, sich mit dem Islamismus kritisch auseinanderzusetzen, moralisieren. Entweder es wird als barbarisch angeklagt, was die Scharia den Menschen antut, und dabei hinterrücks der ideologische Status quo der westlichen Zivilisation angelegt. Oder die gleiche Zivilisation kommt in Gestalt ihres realpolitischen Verfalls zur Anwendung und will scheinbar nicht mehr von sich auf andere schließen. Dann wird der Begriff Zivilisation mit dem der Kultur vertauscht und jedem Völkchen sein kultur- und geschichtsbedingtes eigenes Pläsierchen beim täglichen Terror zugebilligt.

Wer in Abwehr des islamistischen Spuks versucht, mit Begriffen wie politische Nation oder Laizismus sich positiv auf die westliche Demokratie zu beziehen, verkennt nicht nur, wie abgegriffen ihr Gehalt ist. Schlimmer ist das In-eins-Setzen der Prinzipien frühbürgerlicher Ideologie mit ihrer Verwirklichung in der liberalen Wirklichkeit. »Die Reinheit der Prinzipien duldet nicht nur Gewalttaten, sie erheischt sie auch ... Innerhalb der Geschichte und des Lebens gesehen, bilden die liberalen Ideen mit jenen Gewalttaten ein Ganzes, sie sind, wie Marx sagte, ihr ›spiritualistischer Point-d'honneur‹ ... ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost und Rechtfertigungsgrund‹.« Was Maurice Merleau-Ponty 1947 über den Diskussionsstand in Sachen Stalinismus aussagte, trifft auf jede Verhandlung über den Islamismus zu. Erkannte der französische Philosoph damals schon die häßliche Ähnlichkeit sowjetischer Herrschaftspraxis und ihres liberalen Widersachers – allerdings noch unter der Fragestellung, ob die terroristischen Praktiken kommunistischer Politik geeignet sein könnten, dem Menschheitsfortschritt zu dienen – so verkehrt sich heute das Problem. Nunmehr ist die Frage, ob der islamistische Staats- oder Staatsgründungsterror partikulare Regression ist oder nicht vielmehr kulturalistisch gewandete Erscheinung einer weltweiten Regression im Dienst der Neuordnung kapitaler Vergesellschaftung.

Wie jede kulturrevolutionäre Bewegung der letzten 50 Jahre ist der Islamismus mindestens so alt wie seine tatsächliche Herkunft und zugleich so neu, wie es der aktuelle Stand von Vergesellschaftung und staatlicher Herrschaft erheischt. Die vielerorts aufgestellte Behauptung kulturalistischer Relativisten, von *dem* Islam könne man überhaupt nicht sprechen, es gebe hunderterlei Einzelströmungen höchst unterschiedlicher regionaler und geistesgeschichtlicher Ausprägung, ist eine fromme Lüge. In nachreligiösen Zeiten ist die Wiedererweckung einer Religion eine notwendig weltliche Angelegenheit, und Weltlichkeit hat sich in allen Grundkategorien vereinheitlicht, nicht zuletzt im Bedürfnis nach spiritueller Welterklärung. Den Protagonisten der den gesamten sogenannten islamischen Kulturkreis erfassenden islamischen Wiedergeburt ist nur nicht bekannt, daß sie objektiv Getriebene sind bei der vom einzigen Gott, dem Weltmarkt, erheischten Setzung von Standards für eine Elendsvergesellschaftung. Ihre privaten Fehden, die entlang dogmatischer Fragen originär religiösen Gehalts oder als schlichte Bandenkonkurrenz sich organisieren, erscheinen als rückständiger Anhang eines im Sinne des Weltmarkts fortschrittlichen Unternehmens.

Religion und Geld

Die drei großen monotheistischen Weltreligionen – Kinder einer langsam auf der Grundlage des Warentauschs sich vereinigenden Menschheit – stifteten zunächst das übergreifende Gesetz und damit unter anderem den Eigentumstitel. Doch während das Judentum als die älteste noch voller Euphorie den heiligen Auftrag einer nach dem abstrakten und schon daher göttlichen Gesetz eingerichteten Gesellschaft in Abgrenzung von der vorzivilisatorischen Clan-Gemeinschaft propagierte, verfiel mit den wesentlich jüngeren Religionen Christentum und Islam das große Anliegen. Hatte das Christentum im Umgang mit Geld bereits einen argen Schlingerkurs eingeschlagen und, zwischen pragmatischer Einbeziehung und fanatischer Abwehr schwankend, sich dem gesellschaftlichen Sachzwang durch einen schlechten Kompromiß unterworfen, etablierte sich 500 Jahre später der Islam im Zeichen des Geldes und der Lüge. Es entstand das Gemälde einer gottgefälligen Existenz, in der Armut und Reichtum eben Schicksal sind, abgemildert durch das Zinsverbot und die freiwillige Sozialverpflichtung der Reichen. Wer wie Mohammed im Jahr 600 den Zins ablehnt, obwohl selber von

Beruf Händler, also seit Kindesbeinen mit den Gesetzen des Geldverkehrs vertraut, ist, anders als der mythische Moses und der relativ utopische Jesus, der mit dem Gleichnis vom Weinberg immerhin einen bemerkenswerten Beitrag zur Diskussion über den Wert der Ware Arbeitskraft geliefert hat, Realpolitiker in bereits ziemlich nüchternen Zeiten. Wer als Religionsstifter Verbote gegen die unerfreulichen Folgen des Kapitalverkehrs erläßt, die er als Finanzfachmann zu hintertreiben wild entschlossen ist, hat ein gebrochenes Verhältnis zur Allgemeinheit des Gesetzes und muß die Denunziation fürchten. Die perfiden antijüdischen Ausfälle des Korans gipfeln konsequent in der heute noch populären Charakterisierung des Judentums als »zornige und pedantische Religion«.

Während Judentum und Christentum als funktionierende Religionen sich den eigenen Erlösungsgehalt ideologisch wie praktisch selber abgeschnitten und letztlich seine Rudimente verstaatlicht haben, entging der Islam diesem Schicksal. Obwohl dem Handel zugewandt, blieb die einfache Warenproduktion in der islamischen Welt bis zu ihrem Verfall prägend. Kein Gesetz, keine innerweltliche Askese hatte die Voraussetzungen für den Übergang in die ursprüngliche Akkumulation und die ideologisch nachvollzogene Vergesellschaftung unter den Wert geschaffen. Dem christlichen Abendland seit dem 16. Jahrhundert auch militärtechnisch endgültig unterlegen, teils kolonisiert, teils in regressive Abschottung getrieben (Osmanisches Reich), erhielt sich im Osten eine Religion, ohne je wirkungsvolle Religionskritik zu erfahren. Bis zum Ausbruch der großen Krise, Mitte der 70er Jahre, wurde der Islam entweder als schlechthin rückständig verworfen, oder er wurde kulturalisiert und in den nationalen Mythos der neuen Nationalstaaten integriert, ohne daß sein relativ ungebrochenes Eigenleben bemerkt worden wäre.

Islam und Nationalismus

Die einzige Herausforderung, die der politische Islam als Gegenentwurf zum »verseuchten Westen« zu überwinden hatte, war der zeitweilige Erfolg von Entwicklungsregimes, die sich in nachkolonialen Zeiten herausgebildet hatten – sei es nun Ägypten unter Nasser, die Türkei unter den Kemalisten, Algerien nach der Befreiung und zeitweilig selbst Pakistan.

Nicht gegen den Nationalstaat wendet sich der Islamismus, sondern gegen sein ursprüngliches Programm der nachholenden Entwicklung, also des allmählichen Anschlusses an westliche Standards auch in der Kultur. Das ideologische Programm der Islamisten, mit dem die Gesellschaft zur moralischen Umkehr veranlaßt werden sollte, erwies sich in den Jahrzehnten vor 1970 als wenig erfolgreich. Seine unbedingte Realitätstüchtigkeit erlangte es erst im Zeichen der ökonomischen Krise. In der Türkei beispielsweise konnte bis Mitte der 70er Jahre der Kemalismus – und mit ihm auch seine marxistische Avantgarde – mit einigem Recht auf tatsächliche Verbesserungen der Lebensverhältnisse verweisen und für sich beanspruchen, auf der Seite des geschichtlichen Fortschritts zu sein. Zugleich wurde mit einem Achselzucken die hoffnungslose Zurückgebliebenheit der religiös-traditionalistischen Reaktion abgetan, deren Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien. Heute sind es der türkische Staat und seine laizistischen Garanten, die vom keynesianischen Gott des sozialdemokratischen Fortschritts verlassen dastehen und erkennen müssen, daß der wirkliche Gott sich mit den siegreichen Kräften der scheinbar beendeten Menschheitsgeschichte verbündet hat.

Vom Nationalismus der teils nach 1918, mehr noch seit 1945 unabhängig gewordenen Staaten mit vorwiegend islamischer Bevölkerung hat der Islamismus nicht nur den Gründungsmythos samt angeblich überhistorischen Nationaleigenschaften übernommen. Das Wiedererstehen der totgeglaubten Religion hatte einen säkularen Vorlauf zur Bedingung, dessen scheinbar antireligiöse Kampagnen jahrzehntelang verdeckten, daß Religion als Volkskultur im Zeichen des Antiimperialismus von den jungen Nationalstaaten erst wieder hoffähig gemacht worden war.

Wie bei jeder nachholenden Nation zu beobachten, waren auch Staatsgründungsbewegungen in der islamischen Welt auf mehr als das Versprechen des Fortschritts angewiesen. Auch der Gründungsmythos konnte weder in der Türkei noch in Pakistan oder Algerien auf einem siegreichen Volkskrieg fußen. Bereits in den 50er Jahren reicherte der populistische türkische Premier Menderes das kemalistische Credo um entscheidende islamistische Identitätsartikel an. In der Debatte um den Denkmalsschutz für die zahlreichen verfallenden antiken oder christlichen Kulturdenkmäler äußerte er, worauf der türkisch-völkische Nationalismus unfreiwillig immer schon abzielte: Ihm sei am Erhalt dieser Ruinen nicht gelegen, sie seien Relikte von Fremdkulturen, die mit der türkischen nichts zu tun hätten. Die Ermordung und Vertreibung der vorwiegend christlichen Minderheiten von 1915 bis in die 20er Jahre, der völkische Wahnsinn des Turanismus als der Abstammungslehre aller echten Türken, war bereits religiös grundiert. Noch im dezidierten Antiimperialismus der FNLN und ihres Vordenkers Franz Fanon wurde in Algerien der Krieg gegen die Kolonialisten positiv mit der Wiederentdeckung der echten und ursprünglichen Kultur der Unterdrückten begründet, bereits in den 60er Jahren wurde handfest islamisiert.

Der Sozialismus der Neidbeißer

Der Islamismus hat in unheimlicher Form beerbt, was der mißglückte Staatssozialismus in den islamischen Ländern versprochen hatte. Als begnadeter Ideologieabstauber stiftet der Islamismus Gemeinschaft und Geborgenheit gegen die Infiltrationen des imperialistischen Feindes. Er gebärdet sich bis in den Jargon hinein antiimperialistisch und holt die

Menschen bei ihrer »unmittelbaren Würde« und »kulturellen Identität« ab. Noch das vermeintlich so steinzeitliche Rechtssystem der Scharia übernimmt gerade in seiner Einfachheit und Unmittelbarkeit alte sozialistische Ressentiments gegen das abstrakte bürgerliche Recht, ohne seine Funktionsweise, die tatsächliche Abstraktion vom einzelnen Menschen zugunsten der allgemein vergleichbaren Geldmonade, auch nur im mindesten anzutasten. In der islamischen Republik wird Herrschaft zur Volksveranstaltung und das Plebiszit zum Ausdruck des verlorenen staatssozialistischen Ziels der direkten Volkssouveränität. Das Spektakel der unmittelbar körperlichen Strafe schließlich ist Ausdruck dauernder Reinigung des Volkskörpers von Schädlingen, und damit auch dauernder Appell an die revolutionäre Wachsamkeit über das teure Gut der Gemeinschaft.

Islamismus ist schlechter Sozialismus und somit populär. Was Antikommunisten immer schon teilweise zu Recht dem Parteikommunismus vorwerfen, nämlich lediglich den Neid der zu kurz Gekommenen zu mobilisieren, mithin nicht mehr als eine Bewegung zur Vereinheitlichung der Not zu sein, hat der Islamismus zu höchsten Würden gebracht.

Seit die Weltbank Anfang der 90er Jahre bei der Sanierung zahlungsunfähiger Staaten Maos Prinzip der ehernen Reisschüssel anerkannt hat und den betreffenden Regimen Aufwendungen empfiehlt und kreditiert, die die Grundversorgung der Bevölkerung garantieren sollen, weist sich, wie modern ein islamisches oder islamistisch durchsetztes Regime tatsächlich ist. Während die Weltbankentscheidung – teils von den Betroffenen selber, mehr noch von den in der Alternativweltbank zusammengeschlossenen NGOs – als zynisch denunziert wird, trifft die böse Herrschaft unterm Koran kein böses Wort. Gerühmt wird die weltumspannende Spendenbereitschaft, das im Dunstkreis der Moscheen sich ausbreitende karitative Wirken eines Heeres vorwiegend ehrenamtlicher Helfer, die vielerorts den unmittelbaren Hunger abwehren, die Versorgung von Witwen und Waisen sicherstellen und eine basale Gesundheitsversorgung aufrechterhalten – Sozialleistungen, die Staaten wie Pakistan längst aufgegeben haben und die in der Türkei, Ägypten oder Algerien nur noch rudimentär existieren.

Keine Kritik wird geübt an der perfiden Elendsverwaltung, die sich jedes Almosen durch völlige Unterwerfung vergelten läßt. Keine Ahnung scheint zu bestehen über den Zusammenhang von freier Wirtschaft unter besonderem staatlichen Schutz und der Mobilisierung der ordinären Neidbeißer, die es scheinbar endlich einmal den Bonzen zeigen dürfen. Die dem Antiimperialismus und dem »romantischen« Antikapitalismus des Korans entliehene Kritik an der Herrschaft des Geldes erwies sich zu keinem Zeitpunkt als gefährlich. Die Kunst islamischer Banken, keine Zinsen zu berechnen, dafür Aufwandsentschädigungen und Bearbeitungsgebühren für Dienstleistungen, die in den Bilanzen so sauber ausgewiesen sind, daß jede westliche Partnerbank mit Leichtigkeit den effektiven Basiszinssatz erkennen kann, spricht für sich.

Nicht der Reichtum ist abgeschafft – verboten ist, ihn allzu offen zu zeigen. Das gilt besonders für jene Komponenten des Luxus, die auf unmittelbaren sinnlichen Genuß verweisen. Vor der iranischen Revolution waren es nicht die armen Frauen, von deren Körper man mehr sah als das, was der Sehschlitz heute noch offen läßt, sondern die Frauen und Töchter der Reichen oder der städtisch-intellektuellen Mittelschicht. Khomeini und seine Pasdaran beseitigten dieses Vorrecht. Eine ähnliche Entwicklung ist in der Türkei zu beobachten: Es sind die gut Situierten, die an halböffentlicher Rakitafel fressen und saufen. Nur höchst selten erlaubt sich der arme Mann den Schnaps. Eine islamische Revolution würde auch hier die Klassen und Schichten repressiv gleich machen. Vorbei dann die Zeit, wo der Reiche um die Zuflucht des armen Mannes, die Moschee, noch stolz und verachtungsvoll einen Bogen machte. Auch seine Stirn muß in Demut vielmals den Boden berühren wie die der Armen. Auch sein Leben ist segmentiert vom Gebetsruf. Der nagende Neid ist damit nicht stillgelegt. Es wird geraunt über die Vorgänge hinter den sorgsam vom Einblick Dritter abgeschirmten Fenstern der Reichen. Feiern sie Orgien? Lesen sie blasphemische Bücher? Regelmäßige Entlarvungen und Abstrafungen unsittlicher Verstöße gegen die Moral und die beliebten Intellektuellenverfolgungen dienen der Triebabfuhr genauso wie die dauernde Beschwörung der endgültigen Vernichtung des jüdischen Erzfeindes.

Die bessere Zivilgesellschaft

Die islamistischen Erben der gescheiterten laizistischen Modernisierungsregime sind in den betroffenen Ländern gleichwohl zu nicht mehr in der Lage als einer scheinbaren Rettung zerfallender Gesellschaftlichkeit. Zu deutlich ist ihrem Programm der Identitätskult eingeschrieben, der sich im Verfolgungswahn ausdrücken muß und auf Vernichtung sinnt. »Aus der Sicht des Islam geht der Staat nicht aus dem Klassendenken oder der Hegemonie von Individuen bzw. Gruppen hervor, sondern er ist die Kristallisation des politischen Ideals eines in Religion und Denkweise gleichgesinnten Volkes, das sich organisiert, um bei dem geistigen und ideologischen Entwicklungsprozeß den Weg zu seinem letztendlichen Ziel – den Weg zu Gott – zu ebnen« (Präambel der iranischen Verfassung). Man setze statt »Islam« NSDAP und statt »Weg zu Gott« Weg zu sich selbst, und man versteht, warum Deutschland das Zentrum für akzeptierende Islamismusforschung ist.

Die Faszination, die von der dem »letztendlichen Ziel« zutreibenden Gesellschaft ausgeht, die Ahnung, daß sich wirkliche Gemeinschaft nur im Zeichen ihrer apokalyptischen Erweckung vollziehen wird und kathartisch enden muß, macht den Reiz des Islamismus für westliche Sinnsucher aus: Identität, die es ernst meint; Spiritualität, die mehr zu bieten hat als die

neueste esoterische Errungenschaft oder Andrea Fischers Bekenntnis zur Gotteskindschaft auf dem Hamburger Kirchentag.

Jedes Merkmal der islamistischen Herrschaft ist aus der spätliberalen westlichen bekannt: einigende, plebiszitär und damit terroristisch durchsetzte Ideologie, schlanker Staat, effektive, privatisierte Elendsverwaltung. Kurz: Der ganze gesellschaftliche Wahnsinn ökonomischer Rationalität eint die islamische und die westliche Erneuerung der Gesellschaft. (Allein der Rückgriff auf die vermeintliche Ursprünglichkeit der Religion und die dem zu kontrollierenden akuten Massenelend geschuldeten blutigen Durchsetzungsformen unterscheiden den Islamismus von kommunitaristischen Bestrebungen originär westlichen Zuschnitts.) Dieses zivilgesellschaftliche Grundsatzprogramm jeder modernen Sozialdemokratie wurde bereits 1981 von einem der seither so zahlreichen linken Islamexperten entdeckt und im Zentralorgan für zivilgesellschaftliche Erneuerung abgedruckt: »Vielen Muslimen dient die Rückbesinnung auf den Islam dazu, dessen kulturelle und religiöse Traditionen und Ausdrucksformen fruchtbar zu machen für eine Neugestaltung ihrer Gesellschaft und für eine exaktere Bestimmung ihrer eigenen Positionen in der Weltkultur und Weltgesellschaft. Von solchen Positionen aus kann ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung des Imperialismus und des Kulturimperialismus geleistet werden, ohne daß die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch einen immer weiteren Ausbau staatlicher Macht gesucht werden müßte« (Baber Johansen in »Argument« 130/1981).

Justus Wertmüller schrieb in KONKRET 6/2000 über Fücks und Foxi in Teheran

Konkret 07/00, S. 15

Thomas Becker

Bomben auf Taschkent

Nach der Rückeroberung Tschetscheniens durch Rußland haben die Fundamentalisten Revanche in Kirgistan und Usbekistan angedroht

Der von tschetschenischen Islamisten vor einem Jahr in Dagestan angezettelte Aufstand ist gescheitert, der voreilig ausgerufene Gottesstaat auch in Tschetschenien passe. Die russischen Streitkräfte brauchten für die Zerschlagung der Truppen Bassajevs und Chattabs etwa ebenso lange wie 1998 die jugoslawischen für die der UCK, doch während diese, unterstützt durch die Luftwaffe der Nato, alsbald in das Kosovo zurückkehrte, scheint Rußlands territoriale Integrität trotz andauernder Kampfhandlungen in den südlichen Provinzen Tschetscheniens und den nahezu alltäglichen Terroranschlägen gegen die Sieger gesichert. Anfang Juni stellte die russische Regierung die Teilrepublik unter ihre direkte Verwaltung und ernannte das Oberhaupt der tschetschenischen Muslime, Mufti Achmed Kadyrov, zum neuen Republikchef. Kadyrov ist der Anführer eines Clans im Osten Tschetscheniens. Im ersten Tschetschenien-Krieg von 1994 bis 1996 kämpfte er noch an der Seite des nun gestürzten Republik-Präsidenten Aslan Maschadov gegen Rußland. Nachdem er sich vor einem Jahr mit seinen ehemaligen Kampfgefährten überworfen hat, soll er jetzt im Auftrag Rußlands und als Integrationsfigur des gemäßigten Islam das Wunder bewirken, Tschetschenien zum Frieden zu bekehren. Die russische Regierung selbst aber scheint nicht so recht glauben zu wollen, daß die Islamisten auf diese Weise politisch isoliert oder gar integriert werden könnten, denn die Durchführung von freien Republikwahlen wird von ihr vorerst wohlweislich nicht in Betracht gezogen.

Wie die kurze Episode islamistischer Herrschaft in Tschetschenien selbst zeigt, will der Islamismus keineswegs ein Land erobern, um sich dort politisch zu konsolidieren und ein gedeihliches Gemeinwesen zu begründen. Nach dem Sieg im ersten Krieg gegen Rußland hatten die Islamisten mit der Ausrufung der Scharia und der Inszenierung von Steinigungen, die in Grosny die Volksmassen belustigen sollten, ihre politischen Ziele schon erreicht; sie ließen die Republik fortan an Geistesarmut und Geiselterror verkümmern, während russische Subventionen notdürftig das nackte Überleben der Bürger sicherten. Ihr nächstes Ziel war die Destabilisierung der Nachbarrepublik Dagestan und von da die Ausweitung des Djihad auf den gesamten Nordkaukasus, wo nach ihren Vorstellungen ein einziger Gottesstaat entstehen soll.

Dieses Ansinnen wurde zwar durch die russische Entschlossenheit vereitelt, jedoch interpretieren die Islamisten das nur als kleines Intermezzo. Für eine Revanche sind die Voraussetzungen gut: In der europäischen Öffentlichkeit wurde kaum registriert, daß zeitgleich zu dem islamistischen Aufstand in Dagestan im August 1999 etwa 500 bewaffnete Islamisten das zentralasiatische Kirgistan überfielen, dort drei Dörfer besetzten und die Bewohner als Geiseln nahmen, darunter den Oberbefehlshaber der Truppen des kirgisischen Innenministeriums. Die Dörfer liegen im Süden Kirgistans im muslimisch besiedelten Ferganatal, das im Westen nach Usbekistan und im Süden nach Tadschikistan übergreift.

Nicht kirgisische Streitkräfte, sondern usbekische Flugzeuge stoppten den Angriff der Mudjahedin im Ferganatal. Die Regierung Usbekistans sieht sich als antiislamistisches Bollwerk in der Region, beherbergt aber selbst fast die Hälfte der in den fünf zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion lebenden insgesamt rund 50 Millionen Muslime. Der muslimische Bevölkerungsanteil dieser Staatengruppe liegt durchschnittlich bei 75 Prozent, in Usbekistan sind es 90 Prozent. Der seit der Unabhängigkeit Usbekistans amtierende Präsident Islam Karimov erlag jedoch nie dem Versuch, aus dieser Not eine Tugend zu machen und die Islamisten in das politische Leben des Landes zu integrieren. Statt dessen vertritt seine Volksdemokratische Partei einen dem islamistischen Expansionismus entgegengesetzten »Nationalstaats-Islam« und fährt seit jeher einen scharfen Repressionskurs gegen jeden Destabilisierungsversuch der religiösen Fanatiker. Bereits 1992 wurden die islamistischen Gruppen des westlichen Ferganatals aufgerieben; die Anführer sitzen heute in usbekischen Gefängnissen oder leben im Exil, vor allem natürlich in Afghanistan.

Gilt Usbekistan als Bollwerk gegen das Vordringen des Islamismus nach Zentralasien, so ist das bis 1997 selbst in einen Bürgerkrieg verwickelte Tadschikistan die Schwachstelle. Von den fünf zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion verbindet Tadschikistan mit 1200 Kilometern die längste Grenze mit Afghanistan. Bei der Grenzsicherung wird der mit sechs Millionen Einwohnern (davon vier Millionen Muslime) relativ kleine Staat von Rußland stark unterstützt. Der Überfall auf das Ferganatal erfolgte, nachdem die russischen Hilfstruppen an der kirgisisch-tadschikischen Grenze abgezogen worden waren. Ohne russische oder usbekische Unterstützung würde Tadschikistan alsbald vom Islamismus überrollt werden, zumal er auch in der Innenpolitik unter dem Dach der Vereinigten Opposition ein mächtiger Faktor ist.

Die russische Militärmacht ist für die kleinen und untereinander wie in sich zerstrittenen Staaten der Region unverzichtbar. Die Gewißheit darüber führte schon im Mai 1998 zum Abschluß einer informellen Allianz zwischen Rußland, Usbekistan und Tadschikistan, gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des »islamischen Fundamentalismus in Mittelasien und im Kaukasus« wurden vereinbart. Doch das muß Stückwerk bleiben, solange sich die Terroristen immer wieder nach Afghanistan zurückziehen und dort neu aufrüsten können. Diese Tatsache brachte der russische Außenminister Igor Iwanov

zum Ausdruck, als er am 24. Mai Luftschläge gegen die afghanischen Trainingslager der islamistischen Interbrigaden, die ihre »radikalen Vorstellungen vom Islam in die ehemaligen Sowjetstaaten Zentralasiens exportieren« wollen, androhte. Die Logistik für solche Militärschläge sei bereits vollständig ausgearbeitet. Am 30. Mai berichtete ein Offizier des russischen Auslandsgeheimdienstes der Agentur Interfax, daß Islamisten im afghanischen Sabotagezentrum Kandahar Pläne für die Errichtung eines Islamischen Staats im Ferganatal schmiedeten. Kurz zuvor hatten sich Iwanov, Putin und Verteidigungsminister Igor Sergejev mit den Repräsentanten mehrerer ehemaliger Sowjetstaaten in Minsk zu einer Sicherheitskonferenz getroffen.

Die Taliban drohten im Falle eines russischen Schlages mit einer Vergeltung gegen jedes Land, das der russischen Luftwaffe bei ihrem Angriff Überflugrechte einräumen würde. Im iranischen Radio wurde am 30. Mai berichtet, die Afghanen hätten bereits 12.000 Mann im nördlichen Grenzgebiet zu Usbekistan zusammengezogen sowie Raketen und schwere Artillerie in der Gegend disloziert. Die usbekische Hauptstadt Taschkent war im Februar 1999 bereits Versuchsfeld islamistischer Bombenleger und ist gerüstet. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Thomas Becker schrieb in KONKRET 6/2000 über den kalten Putsch in der Ukraine

Konkret 07/00, S. 16

Karl Selent

Juden raus

Die deutsche Presse jubelt: Der Südlibanon ist frei, »Israel verdrückt sich«, die Hisbollah erkämpft das Völkerrecht

Weil er mit den Israelis im Südlibanon gegen die fundamental-islamische Hisbollah kämpfte, lancierte die »Frankfurter Allgemeine«, gelte der Chef der Südlibanesischen Armee (SLA), Antoin Lahad, »in der arabischen Welt ... als Quisling der Israelis«. Wenn aber Lahad »eine Art Petain der Libanesen« ist, dann muß Israels Regierungschef Ehud Barak Adolf Hitler sein, und die Hisbollah steht im antifaschistischen Widerstand gegen die israelische Wehrmacht. Dementsprechend beförderte die »FAZ« die Hisbollahi zu »Freischärlern«. Routiniert spult die nationale Rechte mittlerweile die Denkmuster herunter, die sie von der nationalen Linken im Kosovokrieg gelernt hat, als Joseph Fischer gegen Auschwitz-Racak und Hitler-Milosevic La Pasionaria beschwor, folglich also die Kosovo-Albaner, die früheren »Ehrenarier«, Juden gewesen sein müssen. Auch das inoffizielle Regierungsblatt »Tageszeitung« hat eine sehr spezielle Wahrnehmung, auch dort gelten die Verbündeten der Israelis, die Milizionäre der SLA, als »Verräter«, als »Spione« gar, eben als »Kollaborateure«. Während dagegen die Hisbollahi, obgleich sie mit der Besatzungsmacht Syrien zusammenarbeiten, als »Guerillas« geehrt werden, wahlweise als »Untergrundkämpfer« und als »Widersacher« oder einfach als »Schiitenmiliz« durchgehen. Nirgendwo aber bezeichnet sie die »Taz« als Kollaborateure Syriens, deren Zentralmagnet nach Teheran ausgerichtet ist.

Die Hisbollah ist heute neben der Amal-Miliz die stärkste Repräsentantin des schiitischen Islam im Libanon. Über diese Strömung des Islam ist die Hisbollah, die »Partei Gottes«, mit dem ebenfalls schiitischen Iran verbunden, während die eigentlich national-arabische Staatselite in Syrien der Alawitensekte angehört. Gegründet wurde die Hisbollah denn auch vom iranischen Botschafter in Syrien, Ali Akbar Mohtashemi. Etwa 800 bis 1.000 iranische Revolutionsexporteure richteten sich 1982 unter Duldung Syriens »in der Abdullah-Kaserne bei Baalbek ein ... und begannen, unter der schiitischen Bevölkerung der Bekaa Propaganda im iranischen Stil zu verbreiten« (Arnold Hottinger: *Islamischer Fundamentalismus,* München 1993).

Für die Legende von der Unterdrückung der schiitischen Minderheit im Libanon ist hierzulande »Allahs Plagiator« zuständig, Gerhard Konzelmann: »Tief war der politische Schlaf der Schiiten gewesen in den Bergen des Südlibanon.« Schiitenland erwache! »Die Schiiten waren eine gering geachtete Minderheit im Libanon. Wer sich informieren wollte über diese Minderheit, der fand im Informationsministerium kein Material.« Als »mutawali« würden die Schiiten beschimpft, klagte der Freund des Bergvolkes. Und auch die »Taz« beweinte die Schiiten als »Opfer« eines von »Maronniten und Sunniten dominierten politischen Konfessionalismus, der ihnen keine Stimme gab«. Sogar die Zeitung der rein sachlichen ökonomischen Notwendigkeit, das »Handelsblatt«, entdeckte plötzlich, weil es um befreundete Eingeborene ging, »soziale Nöte« und beklagte, die Schiiten seien die »traditionell ärmste Bevölkerungsgruppe des Libanon«. Wen wundert bei so viel deutsch-schiitischer Völkerfreundschaft, daß Helmut Kohls Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer des öfteren den Vermittler für die Hisbollah machte und Israel 1996, als es Gefangene und Leichen austauschen wollte, auf die deutsche Hisbollah-Connection zurückgreifen mußte. Nach Erkenntnissen des amerikanischen Geheimdienstes CIA hat die Hisbollah aber noch ganz andere Connections nach Deutschland und soll um 1990 herum Neonazis Waffen geliefert haben.

Libanon ist ein ähnlich fragiler Staat wie Tito-Jugoslawien es war, fragmentiert zwar nicht nach völkisch-nationalistischen Kriterien, wohl aber nach religiösen. Der einzelne sah und sieht sich nicht als Bürger eines Staates, sondern als Teil einer religiösen Bevölkerungsgruppe. Im sogenannten »Nationalpakt« von 1943 wurde der Staatsapparat über einen Konfessionenproporz unter den Religionen aufgeteilt. Der Staatspräsident war immer ein maronnitischer Christ, der Ministerpräsident ein Sunnite und der Parlamentspräsident ein Schiite. Seine beiden Stellvertreter waren wieder zwei griechisch-orthodoxe Christen. Jede Religion hatte einen proportionalen Anteil an Parlamentsabgeordneten. Die Schiiten mit einem Bevölkerungsanteil von knapp 18 Prozent erhielten 19 Sitze. Davon gewann die Hisbollah bis zu acht. Die »starke religiöse Zersplitterung«, meinen Steinbach und Robert (zwei Chef-Orientalisten der Bundesregierung), ließ »jedoch kein gemeinsames ... Staatsbewußtsein aufkommen«. Für den Libanon gilt ähnlich wie für Jugoslawien, daß, je mehr Zugeständnisse den auseinanderdriftenden Bevölkerungsgruppen in Form von »Selbstbestimmung« gemacht wurden, die Situation sich gerade nicht beruhigte, sondern um so heftiger eskalierte, weil der Hunger nach Selbstbestimmung nur noch größer wurde.

Als nach dem »Schwarzen September« in Jordanien die PLO in den frühen siebziger Jahren im Libanon Zuflucht suchte und diesen zu ihrer Aufmarschbasis für einen Krieg gegen Israel machte, also zu einem Staat im Staate heranwuchs, explodierte der ganze Laden im Bürgerkrieg: Die Christen fürchteten, der Proporz würde zugunsten der Muslime kippen, und viele muslimische Gruppen, zeitweise auch die Schiiten, sahen im Bündnis mit der PLO genau dafür eine passende Gelegenheit. Unter dem Eindruck der fundamentalistischen Revolution im Iran wechselte dann die schiitische Bevölkerung des Südlibanon nach 1982 und vor allem ab 1984/85 zur Hisbollah. Das Fernziel der Gruppe ist, wie es in ihrem politischen Manifest heißt, ein »islamischer Staat Libanon« nach dem Vorbild des Iran. Wobei die Hisbollah heute, da die

Mullahs im Iran nicht mehr ganz so fest im Sattel sitzen, dieses Ziel etwas moderater formuliert. »Wir glauben immer noch, daß ein islamischer Staat ein besseres Leben bietet, aber jeder muß sich doch freiwillig für diesen Weg entscheiden«, sagte Naif Krain, der Chef des hisbollaheigenen Fernsehkanals Al Manar (»Zeit«). Mittelfristig verfolgte die Hisbollah das Ziel, den »Teufel Israel« aus dem Libanon auszutreiben, was ihr nun gelungen ist.

Das Endziel aber war, ist und bleibt die Befreiung Jerusalems von den Ungläubigen. Und auch hier gilt: Je schwächer die islamische Revolution im Iran leuchtet, um so moderater gibt sich die Hisbollah. Mittlerweile schiebt sie den Palästinensern diese vornehme Aufgabe zu. Überhaupt ist in der Propaganda der Eiferer viel von der Unterdrückung der Palästinenser durch die Israelis in der Westbank und in Gaza die Rede. Von der Diskriminierung der Palästinenser im Libanon will die Hisbollah aber nichts wissen. In mehreren Dutzend Berufen dürfen die Palästinenser nicht arbeiten. Ihr Dasein in Flüchtlingslagern wurde verewigt, und die Staatsbürgerschaft hat man ihnen bis heute verweigert. Selbstverständlich begreift die Hisbollah nicht, warum die drusischen Moslems in Nordisrael eine »positive Einstellung« zum Militärdienst in der israelischen Armee haben. Zwar sind in Israel der Staat und die größte Religion nicht getrennt, aber genau deshalb, weil der Staat quasi nach britischem Vorbild die Hauptreligion an sich kettet und allen anderen Religionsfreiheit gewährt. Im Gegenzug verhalten sich die Minderheitsreligionen, eben z. B. die Drusen, dem Staat Israel gegenüber loyal. Das ist der Hisbollah zu hoch, was wiederum den drusischen Muslimen im Libanon Probleme gebracht hat, weil ihnen mangelnde Solidarität im Kampf für Palästina und die arabisch-islamische Sache vorgeworfen wurde. Wann die hiesige Journaille nicht allein die südlibanesischen Kämpfer von der SLA, sondern auch die drusischen Muslime in Israel zu Kollaborateuren erklären wird, bleibt abzuwarten.

Neben der Feindschaft zu Israel pflegt die Hisbollah zwei weitere Feindschaften. Ihr langjähriger geistlicher Führer, Scheich Muhammad Husain Fadlallah, propagierte schon früh »Kolonialismus und Kommunismus als die Todfeinde des Islam«. Zwar irritiert auf den ersten Blick die antiimperialistische Position Fadlallahs, der Kolonialismus stelle »jene tyrannische Richtung dar, welche die Freiheit der Völker zum Ersticken bringt ... , welche ihre Ressourcen ... im Interesse einer beschränkten Klasse von Monopolisten und Profiteuren ausbeutet«. Es ist dies jedoch ein reaktionärer Antiimperialismus, der gerade die althergebrachten Gesetze der Religion verbissen gegen das imperialistische Sodom und Gomorrha von Minirock, Popmusik und Pin-up zu verteidigen sucht, der von kommunistischer Emanzipation und Zukunft nichts wissen darf, um so eine neue alte Herrlichkeit der Islamischen Welt zu gewinnen. Solch ein Denkmuster verläuft auffallend parallel zur deutschen, zwar nicht religiösen, aber eben romantisch-reaktionären Abwehr der kapitalistischen Modernisierung. Bekanntlich entschieden sich die Deutschen nicht für die Aufklärung, schon gar nicht für eine marxistische, sondern für Grimms Märchen, für Wagners Nibelungenring und für Heinrich von Kleists Hermannsschlacht, später dann für die komplette Wiedergeburt des ganzen Germanentums bei den Nazis, mit allem Drum und Dran, von den Runen über die Ordensburgen bis zum Hakenkreuz.

Solche geistige Seelenverwandschaft ist für die deutsch-islamische Freundschaft gleichermaßen bedeutsam wie der sachliche Drang des Kapitals zum arabischen Öl. Insofern verwundert die milde Berichterstattung der hiesigen Presse über die Hisbollah kaum. Viel war da über ihre Sozialarbeit zu lesen, über »Schulen, Kindergärten und Waisenheime« für die arme Bevölkerung (»Zeit«), über »Spitäler«, »Radiostationen« und das »Bildungsnetz« der Hisbollah (»Handelsblatt«) – alles größtenteils finanziert über Gelder aus dem Iran. Berichtet wurde über Baubrigaden der Hisbollah, die im Krieg zerstörte Häuser der Zivilbevölkerung wieder aufbauen, auch dies finanziert durch die Dollars aus dem Iran. Gewichtig wurde angemerkt, daß sich die Hisbollah seit dem formellen Ende des Bürgerkrieges 1990 in gewisser Weise libanonisiert hat, ihre Einrichtungen auch nicht-schiitischen Libanesen öffnete und an den Parlamentswahlen teilnahm – ohne jedoch zu begreifen, daß das Wachstum der Organisation unter der schiitischen Bevölkerung an seine Grenzen gestoßen war, und sich die Hisbollah, wenn sie weiter an Einfluß gewinnen wollte, eben libanesischer geben mußte. Ein Politologe aus Beirut wurde zitiert, die Hisbollah »wolle ihre politische Rolle im Libanon ausbauen und habe das Ziel einer Islamischen Republik endgültig aufgegeben«. Wer’s glaubt, wird selig.

Daß »Teherans Abkehr vom Prinzip des ›Revolutionsexports‹ dafür (sorgte), daß sich auch die Hisbollah mäßigte« ist eine dreiste Legende des »Handelsblatts«. Geld und Waffen erhält die Hisbollah auch weiterhin aus dem Iran. »Die Gelder fließen durch die ›Märtyrergesellschaft‹, die dem spirituellen Oberhaupt Ajatollah Khamanei direkt untersteht ... die Route der iranischen Waffenlieferungen läuft über den Flughafen der syrischen Hauptstadt«, schreibt die »Zeit«. Das Blatt schätzt das Budget der Hisbollah ziemlich vage auf »mehrere Dutzend Million Dollar im Jahr«. 5.000 Kämpfer hat sie nach Angaben des »Handelsblatts« unter Waffen, der »Spiegel« weiß von 3.000. Anfangs jedoch hatte die Gruppe es schwer im Kampf mit Israel, begrüßte doch die schiitische Bevölkerung des Südlibanon die israelische Präsenz mit Erleichterung, weil der Zyklus der Gewalt durch palästinensische Angriffe gegen Israel und israelische Gegenschläge vor allem die schiitische Zivilbevölkerung hart getroffen hatte. Die israelische Präsenz schien eine Befriedung des Südens zu versprechen, zumal sich die PLO zum Abzug aus dem Libanon gezwungen sah. Als aber dann die Hisbollah einen Kleinkrieg entfaltete, provozierte sie Israel zu einer heftigen Anti-Guerilla-Strategie, bei der ziemlich einfallslos »Stellungen« der Hisbollah bombardiert wurden und sehr viele Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen waren. Das bekannteste »Versehen« war wohl die Bombardierung eines UN-Stützpunkts nahe dem Ort Qana, bei der rund 100

libanesische Flüchtlinge ums Leben kamen. Die Stimmung kippte daraufhin zugunsten der Hisbollah, und die israelische Armee zog sich in die sogenannte »Sicherheitszone« zurück, einen mehrere Kilometer breiten Grenzstreifen.

Aber auch hier stiegen die Verluste weiter an. Auf Seiten Israels verloren während des ganzen Krieges im Libanon 1.000 Soldaten ihr Leben, außerdem starben 600 SLA-Kämpfer. Allein auf die nordisraelische Stadt Kirjat Schmona gingen 4.000 Hisbollah-Raketen nieder, so daß die Stadt schon Kirjat Katjuscha genannt wurde. Der jetzige Rückzug Israels hätte wohl doch besser bereits stattgefunden, nachdem die israelische Armee den Abzug der PLO aus dem Libanon erzwungen hatte. Hämisch frotzelte die »Taz«: »Israel verdrückt sich.« Zum Schluß kämpften nach Angaben des »Spiegel« auf Seiten der Hisbollah wieder 300 iranische Pasdaran. Das Blatt adelte auch diese zu »Freischärlern«. Zwar wird die Bundesregierung auf Bitten Israels 400 jetzt aus dem Libanon geflohene Verbündete der Israelis aufnehmen. Was aber im Regierungslager wirklich dazu gedacht wird, konnte man der »Taz« entnehmen. »Green Card für Kriegsverbrecher«, kommentierte das regierungsnahe Kampfblatt.

Karl Selent lebt in Düsseldorf und hat das Buch »Vom Steinzeitkreuz zum Hakenkreuz. Eine kleine Geschichte der Herrschaftssymbole«veröffentlicht (SOKOOP-Verlag, Duisburg)

Konkret 07/00, S. 18

Wahied Wahdathagh

Joschka und die Mullahs

Die Zärtlichkeit der Völker: Fischer setzt Kinkels »kritischen Dialog« mit den iranischen Machthabern fort – unkritischer als je zuvor

Die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen haben Tradition und Kontinuität. Es ist daher nichts Neues, daß Bundesaußenminister Josef Fischer die blutigen Hände iranischer Machthaber schüttelt. Schon eher verblüfft die Kaltschnäuzigkeit, mit der die »besonderen Beziehungen« zu Israel und die »deutsche Verantwortung vor der Geschichte« ignoriert werden. Deutsche Gesprächspartner wie Ex-Präsident Rafsandschani haben nach eigener Aussage Hitler als Vorbild, und der Hoffnungsträger des Auswärtigen Amtes, der gegenwärtige Präsident Khatami, verheimlicht seine Sympathien für den Holocaust-Leugner und Nazi Garaudy keineswegs. Die Mullahs pumpen nicht nur Öl in den Weltmarkt, sondern auch Geld in den Libanon, um endlich die Juden Israels ins Meer zu vertreiben.

Die Bundesrepublik nahm sehr früh diplomatische Beziehungen mit dem Gottesstaat auf. Schon 1982, als die erste große Hinrichtungswelle im Iran lief, war sie ein wichtiger Handelspartner für den Iran. Staatssekretär von Würzen reiste im September 1983 nach Teheran, um ein Memorandum über wirtschaftliche Zusammenarbeit zu unterzeichnen.

Auch der Hungerstreik einiger Exil-Iraner in Berlin konnte nicht verhindern, daß im Juli 1984 der damalige Außenminister Genscher als erster westlicher Politiker Khomeinis Herrschaftsapparat absegnete und sogar am Grabmal der »Revolutionsmärtyrer« Ayatollah Beheschti und Radjai Blumen niederlegte. Seine diplomatische Mission setzte Genscher mit einem Stab von Kapitalmanagern, Orientalisten wie Udo Steinbach und Religionswissenschaftlern wie Hans Küng im September 1988 fort – just in dem Moment, als die iranischen Gefängnisse bei der zweiten großen Hinrichtungswelle durch tausende Exekutionen »gereinigt« wurden. Genscher traf sich unbeeindruckt mit dem iranischen Außenminister Welayati in Teheran, um ein deutsch-iranisches »Kulturabkommen« zu unterschreiben. Einige Wochen später machte Khomeini deutlich, was es mit dieser Kultur auf sich hatte und erließ die Todesfatwa gegen den Schriftsteller Rushdie – immerhin einen britischen Staatsbürger. Der Killer sollte nach erfolgreicher Ausführung des Auftrags etwa neun Millionen Mark Belohnung bekommen.

Doch zunächst schickten die Mullahs kein Kommando gegen Rushdie los, sondern gegen kurdische Exilpolitiker. Bei einer Tagung der Sozialistischen Internationale in Berlin wurden 1988 im Restaurant Mykonos vier Kurden erschossen. Damals wußte Genscher nicht, daß sein Kollege Welayati neben dem religiösen Führer Ali Chamenei und Ali Akbar Haschemi Rafsandschani eines Tages von einem deutschen Gericht als Auftraggeber dieses Attentats verurteilt werden würde.

Mit dem Zauberspruch des »kritischen Dialoges« wollte Genschers Nachfolger Kinkel den iranischen Markt knacken. Obwohl dieser Schmusekurs mit dem Urteil im Mykonos-Prozeß einen schweren Schlag erhielt – Teheran brach die diplomatischen Beziehungen für einige Zeit ab – , funktioniert er heute unter Rot-Grün unkritischer denn je. Damit deutsche Investitionen im Iran billiger werden, hat der staatliche Exportkreditversicherer Hermes Anfang Mai den Iran von der Länderkategorie sechs in die Kategorie fünf versetzt. Mit dieser Garantie sinken die Versicherungskosten für deutsche Exporteure um 20 Prozent. Erwartet wird, daß die Hermesverbürgten Investitionen von 100 auf 300 Millionen Mark steigen werden.

Fischer wollte als Fraktionschef der Grünen im November 1995 Kinkel zum Rücktritt zwingen, weil dieser seinen damaligen Amtskollegen Welayati nach Bonn eingeladen hatte. Die Zeiten ändern sich. Im April 1999 traf Fischer den iranischen Außenminister Kamal Charrasi. Vordergründig ging es um die Kosovo-Kontaktgruppe der Islamischen Weltkonferenz. Sie sprachen aber auch über den Wiederaufbau der Wirtschaftsbeziehungen. Kurz darauf reisten die grünen Außenpolitiker Rita Grieshaber und Helmut Lippelt in den Iran. Nach ihrer Rückkehr bescheinigten sie der Diktatur einen Demokratisierungsprozeß, Präsident Khatami sei sein Garant. Und als Fischer im März dieses Jahres in den Iran reiste, glaubte er »konstruktive Gespräche« zu führen. Hatte er vergessen, daß er einst im Bundestag die FDP wegen diplomatischer Kontakte zu den »Pistoleros« der lateinamerikanischen Diktaturen angegriffen hatte?

Konferenz mit Folterern

Als ein katastrophales Beispiel für den neuen Schmusekurs mit den Mullahs kann eine Konferenz der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung genannt werden, die Anfang April in Berlin stattfand. Um die Existenz einer politischen Alternative im Exil zu verleugnen, wurden nur regimenahe Oppositionelle aus dem Iran eingeladen – iranische Flüchtlinge aus Europa waren nicht vorgesehen. Die Mullahs waren erfreut: Die Botschaft der Islamischen Republik verschickte Einladungskarten für die Böll-Konferenz an iranische Händler, berichtete die persische Exilzeitung »Nimroos«. Auch den Botschafter selbst habe die grüne Stiftung eingeladen, nur aus terminlichen Gründen und aus Angst vor Protesten habe er dem nicht Folge geleistet – so jedenfalls sein Pressesprecher. Das staatliche Fernsehen des Iran war angereist, um den freudigen Event aufzuzeichnen und zuhause einen medialen Erfolg des international ansonsten isolierten Landes zu zeigen.

Proteste hätten den Honeymoon nur gestört, und deswegen taten die Einlader alles, um sie zu unterdrücken: Schon zwei Wochen vor der Konferenz suchten deutsche Beamte das Büro der Volksmudschaftedin auf und warnten diese vor einer Teilnahme. Offensichtlich glaubte man, die als terroristisch eingestufte Organisation sei die einzige Gruppe, die protestieren würde. Eingeschüchtert hielten sich die Volksmudschaftedin auch zurück. Dafür kamen andere Exiliraner, ehemalige politische Gefangene und Flüchtlinge. Die Konferenz ging zeitweise in einem Pfeifkonzern und in Sprechchören unter, etwa als eine unziemlich gekleidete Frau durch den Saal tanzte. Und als ein ehemaliger politischer Gefangener Foltermale an seinem Körper zeigen wollte, ließen ihn die grünen Veranstalter, ansonsten Herolde der Menschenrechte, von der Polizei abtransportieren. Kurz und gut: Security-Gorillas und Absperrgitter mit Grünuniformierten zerstörten das intendierte Bild eines zivilgesellschaftlichen Tête-à-tête. Alles war wie 1968: Die deutsch-iranische Freundschaft kann nur mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt werden, Jubelperser sind erwünscht, Kritiker ausgeschlossen. Ganz wie 1968 reagierte auch die deutsche Presse: Von der »Taz« über »Süddeutsche Zeitung« bis zum »Tagesspiegel« kritisierte man die Protestierenden als »Undemokraten« und »Extremisten von links«. »Auffällig war, daß die Redner aus dem Iran ein deutlich aufgeklärteres Demokratieverständnis erkennen ließen als ihre Gegner im Saal«, urteilte etwa die »Taz«.

Zu den so gelobten »Rednern aus dem Iran« gehörte etwa der Mephisto der iranischen Schriftsteller, Mahmud Doulatabadi. Als Botschafter der Todeskultur der Islamischen Republik und Ex-Mitglied der moskauorientierten Tudehpartei hat er stets in den letzten zwanzig Jahren eine Kollaboration mit dem Gottesstaat befürwortet.

Ein weiterer Redner war Fariborz Raisdana, Westexperte des Institute For Strategic Studies. Kürzlich schrieb er in einem Beitrag, daß die westlich-imperialistischen Universitäten von den zionistischen Kräften erobert worden seien.

Hamid Reza Djalaipur wurde von der Böll-Stiftung eingeladen, obwohl er eigentlich wegen Ermordung von mindestens 59 Kurden vor den Kadi gehört. Als ehemaliger Chefideologe und Befehlshaber der Revolutionsgarde Pasdaran habe er, wie er bis heute betont, die nationale Einheit verteidigt. Den Kampf gegen die Kurden bereut er nicht.

Jamileh Kadivar wurde in Berlin zwar als Ex-Beraterin Khatamis vorgestellt, aber nicht als die Frau des Kulturministers Mohadscherani. Das ist derselbe Kulturminister, der in einem Buch die Richtigkeit der Fatwa gegen Rushdie belegte, aber dennoch von politischen Blendern als liberal vorgestellt wird.

Am typischsten für die Gesprächspartner der Grünen ist vermutlich Akbar Gandschi. Als Mitbegründer des iranischen Geheimdienstes bei den Pasdaran gehört er einer zweiten Generation von Khomeinisten an, die genau wissen, daß die Taktik des Gottesstaates sich ändern muß. Durch den Iran-Irak-Krieg wurde das Land wirtschaftlich geschwächt und befindet sich in einem desaströsen Zustand. Daher kritisierte Gandschi nach der Wahl Khatamis den Ex-Präsidenten Rafsandschani, der den Krieg nicht rechtzeitig beendet und viele Opfer in Kauf genommen habe. Er kritisierte auch Fallahian, Mitglied eines Sonderkomitees, das politische Morde wie das Mykonos-Attentat ausführt. Die zweite Generation der Khomeinisten will Wirtschaftsreformen, sie will mit dem Kapital und Technologie des Westens den Westen bekämpfen. Die Traditionalisten haben jedoch Angst, daß dies dazu führen könnte, daß zu viel ausländisches Kapital die heiligen Mauern des Gottesstaates einbrechen lassen könnte. Gandschi selbst glaubt, daß die islamische Revolution, Khomeinismus und Gottesstaat mit Demokratie zu vereinbaren seien. Das erinnert an den italienischen Faschisten Gentile, der Faschismus mit Demokratie und Freiheit versöhnen wollte.

Grüne Apologie und die Realität

Der Flop der Berliner Konferenz hatte auch Folgen im Iran – das Regime verbot kurzerhand die Reformpresse, einige Teilnehmer der Böll-Konferenz wurden verhaftet. Das Signal ist klar: Wenn der »kritische Dialog« Gelegenheiten für grundsätzliche Kritiker des Gottesstaates bietet, wird er beendet. Angesagt sind nun Reformen mit weniger Zeitungen und einem den Kapazitäten der Diktatur adäquaten Tempo. Der religiöse Führer Chamenei beschwor, lieber 200 Zeitungen mehr haben zu wollen. Diese müßten aber die Säulen der Islamischen Revolution stärken und sie nicht gefährden.

Die grünen Außenpolitiker ficht das nicht an. Unverdrossen bezeichnete Fischers Staatsminister Ludger Volmer Ende Mai den Iran als »Schlüssel zur Sicherung der Stabilität und Sicherheit im Persischen Golf«. »Wir sind stets optimistisch wegen der Reformen des Präsidenten Khatami«, zitierte ihn die iranische Nachrichtenagentur Irna während einer Rundreise durch die Arabischen Emirate. Die Fakten dementieren Volmers Optimismus: Seit der Wahl Khatamis gab es – so die Internationale Liga für Menschenrechte – mehr als 30 Steinigungen, eine Hinrichtung und drei bestätigte Todesurteile gegen Angehörige der religiösen Minderheit der Bahai, außerdem eine unbekannte Zahl von Morden durch regimenahe Todesschwadronen. Die Gefängnisse sind voll, bei den Studentenprotesten im letzten Sommer kamen allein 200 neue politische Häftlinge hinzu. Kein Grüner kennt offenbar die Strafgesetzgebung des Iran, die auch in deutscher Übersetzung vorliegt. Auch der von ihnen so bejubelte Präsident Khatami verteidigt in jeder Rede ein Gesetz, das für eine Frau, die kein Kopftuch tragen will, 70 »heilige« Peitschenhiebe vorsieht. Wehrt sie sich erneut, erhält sie erneut 70 Peitschenhiebe. Im Augenblick zittern 13 iranische Juden um ihr Leben. Sie werden der Spionage für Israel angeklagt, ihre öffentlichen Geständnisse erinnern an die antizionistischen Schauprozesse der Stalin-Ära. Erst jüngst riefen »Gefolgsleute des iranischen Religionsoberhauptes Ayatollah Ali Chamenei«, wie der »Spiegel« berichtete, »zur Ermordung eines in Essen

lebenden Verlagsleiters auf, der eine persische Neuauflage von Salman Rushdies *Satanischen Versen* herausgegeben hat«. Am 5. Mai forderte die iranische Wochenzeitung »Die Front« (Dschabhe) »die Vollstreckung« des Mordaufrufs und veröffentlichte die vollständige Essener Adresse des Exil-Iraners. »Die Vollstrecker des Todesurteils sind aufgerufen, sich bereit zu halten!«, forderte das Blatt: »Tötet ihn!« Seit 1998 wurden im Iran fünf oppositionelle Autoren tot aufgefunden, gegen die zuvor ähnliche Drohungen ausgesprochen worden waren. Über all dies sieht der verbissene Vorkämpfer für das neue Menschenminderheitenrecht großzügig hinweg: Fischer hält an dem für den Sommer geplanten Besuch des iranischen Präsidenten fest.

Wahied Wahdathagh ist deutsch-iranischer Publizist und lebt in Berlin

Konkret 07/00, S. 20

Jürgen Elsässer

Liebesgrüße aus Belgrad

Von Afghanistan ins Kosovo: Die islamische Revolution frißt ihre Paten, die Yankees. Ob James Bond helfen kann?

Das Desaster der westlichen Zivilisation wurde offenbar, als Sylvester Stallone an die Stelle von Sean Connery trat. Der Agent 007 hatte in den sechziger und siebziger Jahren aus Neigung die misanthropen Goldfinger der alten Weltordnung bekämpft, und aus Pflicht die Sowjets. Dem Geheimdienst ihrer Majestät schien der KGB zwar suspekt und manchmal auch bedrohlich, aber er war mehr Konkurrent als Feind. Anfang der achtziger Jahre trat ein schlecht rasierter Neandertaler den englischen Gentleman aus der Gunst des Publikums. Hatte der Brite mit filigraner Technik Bösewichte zur Strecke und gegnerische Agentinnen zum Schmelzen gebracht, rottete sich Rambo III am Hindukusch mit afghanischen Fedayin zusammen, um sowjetische Hubschrauber mit Pfeil und Bogen abzuschießen. Bei jedem Treffer der hochexplosiven Geschosse grölte das Publikum.

Der Typus roher Gewaltmensch, in den achtziger Jahren gut genug für das Kinovergnügen des White trash, ist heute geschichtsmächtig: Hashim Thaci, der Führer der kosovo-albanischen Terrorbewegung UCK, sieht aus wie Rambos eineiiger Zwilling, er hat dieselben steifen Bewegungen, dieselbe gelähmte Gesichtsmotorik, trägt dieselben teuren Anzüge, von denselben unförmigen Muskelpaketen ausgebeult. Wer dieselbe Gehirnstruktur hat wie die beiden, den muß der bloße Anblick zum Rassisten machen.

Sean Connery aber ist nicht nur als James Bond verschwunden, sondern im wirklichen Leben auch vom angelsächsischen Kosmopoliten zum schottischen Nationalisten mutiert. Das feine Tuch hat er mit Kilt und Dudelsack getauscht, seine Auftritte erwecken den Eindruck, als seien Maria Stuart und ihr stockreaktionärer Anhang umsonst geköpft worden. Die angelsächsische Zivilisation, einst geboren im Kampf gegen die Gebirgsclans des schottischen Hochlands, hat abgedankt, und was bei Connery nur gruselige Foklore, ist bei den Highlandern aus Drenica blutige Realität: Rambo und die Mudjahedin sind überall.

Daß Kintopp Wirklichkeit werden konnte, ist Folge einer suizidalen Tendenz der US-amerikanischen Geopolitik. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan machten Reagan und Brzeczinski die fundamentalistische Guerilla zu ihrer Bodentruppe im Kampf gegen das Reich des Bösen. Das fand den ungeteilten Beifall der Achtundsechziger, die damals das ideologische Werkzeug bastelten, mit dem sie heute regieren. Die Grünen schickten parlamentarische Delegationen zu den Gotteskriegern, zottelbärtige Turbanträger zierten Konferenzen strumpfstrickender Ökopaxe, der Lieblingstscheche der Frankfurter Spontis, Milan Horacek, posierte am Khaiber-Paß auf ausgebrannten Sowjet-Panzern, und Joscha Schmierer, heute Fischers Sherpa im Auswärtigen Amt, opferte der Verbreitung fundamentalistischer Propaganda in seiner »Kommune« wertvolle Baumbestände.

Joseph Fischer hatte sich schon 1978 im »Pflasterstrand« anerkennend über die Revolution im Iran geäußert. Moskau wurde des Imperialismus bezichtigt, obwohl die karge Bergwüste außer Schwarzem Afghanen keine Rohstoffe zu bieten hatte, mithin also der klassische Fall einer humanitären Intervention vorlag: Gegen den Ansturm der Gotteskrieger verteidigten die Truppen Breschnews die Mindeststandards der Zivilisation – die bürgerlichen Rechte der Frauen, das Recht der Kinder auf Bildung, das Recht der Armen auf ein Stückchen Land. Erst der von Gorbatschow angeordnete Abzug der Roten Armee ebnete das Terrain für die Taliban, die die widerlichste Diktatur der zweiten Jahrhunderthälfte errichteten, ohne daß Claudia Roth auch nur eine ihrer TV-tauglichen Tränen darüber vergossen hätte.

Die von der CIA finanzierten und ausgebildeten Fedayin haben ihren Terror globalisiert: Die Bombenleger in Luxor, die Halsabschneider in Algerien, die Killer-Kommandos in Kaschmir werden von Afghanistan-Veteranen instruiert und an ihren Stinger-Raketen ausgebildet. Mittlerweile frißt die islamische Revolution sogar ihre Paten, die Yankees: Im Spätsommer 1998 nahmen die albanischen Behörden vier Ägypter fest, die als Agenten des Taliban-Drahtziehers Bin Laden für die sogenannte Hilfsorganisation »Islamische Erneuerung« in Tirana tätig waren und unter anderem einen Anschlag auf die dortige US-Residentur planten. Unter Bruch aller Rechtsnormen wurden sie an Ägypten ausgeliefert, worauf am 7. August 1998 beim Kairoer AFP-Büro eine Erklärung der Gruppe »Islamischer Djihad« einging: Es werde eine Antwort auf die Verhaftung »unserer Brüder« geben. Am nächsten Tag explodierten vor den US-Botschaften in Nairobi und Daressalem gigantische Sprengsätze, 220 Menschen wurden getötet, Bin Laden kam auf die Hit-List von CIA und FBI.

Wie der ORF-Journalist Malte Olschewski in seinem Buch *Von den Karawanken bis zum Kosovo* (erscheint im Oktober im Braumüller-Verlag, Wien) schreibt, sagte ein Algerier, der in Tirana für den Taliban-Führer tätig war, vor Gericht aus, Bin Laden habe den Geheimdienstchef des abgewählten albanischen Präsidenten Berisha getroffen. Berisha wiederum hat engste Kontakte zu Bukoshi, der unterm Protektorat des damaligen Außenministers Kinkel als sogenannter Ministerpräsident der Kosovo-Albaner jahrelang in Bonn residiert und von dort aus mit Duldung der Bundesregierung über 200 Millionen Mark für den bewaffneten Kampf gegen die Serben eingetrieben hat.

Das State Department dagegen stützt sich auf den gegenwärtigen »sozialistischen« Premier in Tirana, Majko, und auf Bukoshis Erzrivalen Thaci. Vorläufig hat sich die Allianz Albright-Majko-Thaci gegen das Dreieck Bin Laden-Berisha-Bukoshi durchgesetzt: Ein Putsch Berishas gegen die Regierung in Tirana scheiterte im September 1998 nach Anfangserfolgen, Thaci ließ zur selben Zeit die wichtigsten Kommandeure der Kosovo-Guerilla Bukoshis (»Fark«) liquidieren. Aber nun geht der Kampf in die nächste Runde: Während Thaci die UCK-Kommandanten im Kosovo nach weiteren Fehmemorden einigermaßen im Griff hat, kontrollieren Bukoshi und Berisha die albanischen Terroristen (»UCPMB«) auf südserbischem Gebiet. Dort und selbst in Mazedonien häufen sich seit Winter 1999 die Anschläge. Ein von der Kfor mit Hilfe Thacis im Frühjahr vermittelter Waffenstillstand wird von der UCPMB nicht eingehalten. Als Gegengewicht zu der unberechenbaren Bukoshi-Berisha-Miliz stabilisieren Kfor und Unmik die Thaci-Truppe und geben ihr Carte blanche: Thacis Bruder, bei dem die Polizei im Januar ein Waffenlager ausgehoben und eine Million Mark Schwarzgeld entdeckt hatte, wurde von Unmik-Chef Kouchner umgehend freigelassen, das Geld zurückgegeben und eine höfliche Entschuldigung an Thaci geschickt.

Die Lage ist trostlos: Nachdem die serbische Ordnungsmacht im Kosovo zerstört ist, können die Amerikaner den Vormarsch von Bin Ladens Kopfjägern nur noch verhindern, indem sie sich auf Thacis Drogen-Mafia stützen. Im Film würde an dieser Stelle James Bond bei seinen Kolleginnen in Belgrad vorbeischauen und dann mit Hilfe von Katinka und Katjuscha die ganze Bagage ebenso fachgerecht wie elegant flambieren. From Serbia with Love. Ob so ein Streifen nochmal zu sehen sein wird?

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/2000 über Scharpings tödliche Lügen

Konkret 07/00, S. 21

Konrad Lischka

Joschkas Pangermanien
Rahmen, Raum und Medium

Außenminister Fischer will die EU zwar vergrößern, den Club derer, die wirklich mitreden dürfen, aber radikal verkleinern. Den Braten, der deutsche Hegemonie heißt, scheint niemand zu riechen
Fischer hat abgeschrieben – aus dem »Kerneuropa«-Papier der CDU. Mit allem, was dazugehört: deutsche Tradition, deutsche Mittellage und deutsche Nation

Selbst das Fischer-Fanzine »FAZ« war ein wenig enttäuscht über des Außenministers Europa-Vision. Sie reiche »so weit in die Zukunft, daß er Jahre Zeit gewonnen hat, bis er den Vorwurf fehlender Verwirklichung ernst nehmen müßte«, schimpfte Eckart Lohse. Die Schlagworte »Senatoren«, »Zwei-Kammer-Parlament« und »exekutive Kompetenzen« in Fischers Rede an der Berliner Humboldt-Universität waren in der Tat dürftig für die Beschreibung eines neuen Europa. Aber es ging ja auch eher um das alte. Ein Europa der »Sicherheit und Geborgenheit vermittelnden Nationalstaaten«, vor allem des deutschen. Das sah dann auch die »FAZ« ein und lobte: »Ein Anfang, aufbauend auf Ideen des Europa-Vordenkers der CDU, des Abgeordneten Lamers, ist gemacht.«

Bei dem hat Fischer abgeschrieben. 1994 veröffentlichten Karl Lamers und Wolfgang Schäuble das sogenannte »Kerneuropa«-Papier. Darin wird deutsches Großmachtstreben innerhalb Europas als Lehre aus dem Nationalsozialismus abgeleitet. Der sei nichts anderes gewesen, als ein »Versuch, die Lage im Zentrum aller europäischen Konflikte durch Errichtung einer Hegemonie zu überwinden«. Ein erfolgloser Versuch allerdings. »Die militärische, politische und moralische Katastrophe 1945 ... führte vor allem zu der Überzeugung, daß Sicherheit nur durch die grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems gewonnen werden kann.«

Daß der Nationalsozialismus mehr mit Geographie als mit den Deutschen zu tun habe, glaubt auch Fischer. Und eben darum muß man die EU nach Osten erweitern, damit nicht noch einmal Truppen wegen einer ungünstigen Landkartenlage marschieren müssen: »Die Erweiterung liegt im obersten nationalen Interesse. Die in Deutschlands Dimension und Mittellage objektiv angelegten Risiken und Versuchungen werden durch die Erweiterung ... dauerhaft überwunden werden können.« Die Logik ist scharpingesk: Weil das Deutsche Reich halb Europa verwüstet hat, muß Deutschland heute die EU dominieren und vor allem erweitern. Daß die europäische Gemeinschaft vor allem als Mittel gedacht war, Deutschland durch Integration zu kontrollieren, wird hier ins Gegenteil verkehrt. Lamers sah das auch so: Durch das europäische Staatensystem sei »Sicherheit vor Deutschland durch Sicherheit mit Deutschland abgelöst« worden.

Fischer und Lamers sind sich einig: Deutsche Interessen müssen heute als europäische verfolgt werden. Die Osterweiterung ist da ein Mittel, den bestehenden Einfluß Deutschlands auszubauen und auf Europa auszudehnen. »Als Führungsmacht einer germanisch-slawischen Koalition den Kurs des paneuropäischen Konvois bestimmen«, nannte der Politologe Michael Kreile das 1997.

Die Dominanz Deutschlands beruht auf Wirtschaftsmacht. Daß Deutschland einen großen Teil der Nettotransfers der EU bestreitet, sichert Einfluß. Bei den Staaten Mittelosteuropas (MOE) läuft es ähnlich. Natürlich sind sie zum einen als Absatzmarkt interessant: Zwischen 1990 und 1996 wuchsen die Exporte aus der EU in MOE-Staaten um durchschnittlich 30 Prozent im Jahr, während die Importe um nur 25 Prozent zunahmen. Die Hälfte der Exporte bestritt Deutschland. Fischer weiß also, wovon er redet: »Gerade die deutsche Wirtschaft wird von der Erweiterung einen hohen Gewinn ... davontragen.« Die Assoziationsabkommen der EU mit den MOE-Staaten sichern einen freien Marktzugang, ohne deregulierte Märkte wird für diese auch keine Vollmitgliedschaft zu haben sein.

Zum anderen sind die MOE-Staaten an Exporten in die EU interessiert. Sie stimmen also der Deregulierung zu, was ihren Bedarf an Infrastrukturhilfen und Mitteln für Sozialausgaben zusätzlich erhöht. Das führt zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Verhandlungsposition gegenüber der EU und vor allem gegenüber dem »Anwalt« (Fischer) der Osterweiterung – Deutschland. Das denkt gar nicht daran, die Kosten der Marktderegulierung in den MOE-Staaten zu tragen. Vor einer Osterweiterung sollen die Infrastruktur- und Agrarhilfen so umgestaltet werden, daß die MOE-Staaten davon nichts abkriegen. Das sichert deren wirtschaftliche Abhängigkeit. Und die wiederum ist ein Mittel, den politischen Gehorsam zu sichern.

Zuviel MOE-Mitsprache in der EU wäre dennoch riskant. Im »Kerneuropa«-Papier plädierte Lamers deshalb für eine Demokratisierung im Sinne von »besserer Balance zwischen dem Prinzip der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Mitgliedsländer einerseits und dem der Proportionalität zwischen Stimmengewicht und Bevölkerungszahl andererseits«. In Deutschland lebt über ein Fünftel der EU-Bevölkerung. Auch Fischer will eine Koalition der Armen verhindern. Also verlangt er eine Reform, »damit die Handlungsfähigkeit auch unter Bedingungen der Erweiterung erhalten bleibt«. Er

spricht von der Fähigkeit Europas und meint die Deutschlands. Ist das Einstimmigkeitsprinzip in der EU erst einmal abgeschafft, wie schon Lamers und Schäuble es forderten, werden die MOE-Staaten sich weiter an ihren Anwalt klammern.

Dennoch fehlt Deutschland nach der Aufnahme der MOE-Staaten das beste Druckmittel gegen sie. Bisher winkte die Vollmitgliedschaft als Lohn für Loyalität und Deregulierung. Fischer und Lamers haben für ihre Lösung zwei verschiedene Namen. »Kerneuropa« hieß sie im CDU-Papier. Das ist die VIP-Lounge der EU: »Länder, die in ihrer Kooperation und in der Integration weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere«, schrieb Lamers und dachte an einen Verein unter deutscher Führung. Rein darf natürlich jeder, der kuscht: »Der Kern darf nicht abgeschlossen, muß hingegen für jedes Mitglied offen sein, das willens und in der Lage ist, seinen Anforderungen zu entsprechen.« Da ein Kern selten Anforderungen hat, werden die wohl wie bei der Osterweiterung von Deutschland kommen.

Fischer verkauft die CDU-Idee als »Gravitationszentrum«. Im Lamersschen Duktus erzählt er: »Diese Avantgarde darf niemals exklusiv, sondern muß für alle Mitgliedstaaten und Betrittskandidaten der EU offen sein.« Aber nicht einfach so offen, sonst wäre es ja keine Avantgarde: »Für alle diejenigen, die teilnehmen wollen, aber dazu die Bedingungen nicht haben, muß es Heranführungsmöglichkeiten geben.« Bedingungen gibt es also doch. Und Heranführungsmöglichkeiten zur Genüge. Für Polens Kleinbauern zum Beispiel die Arbeitslosigkeit. Natürlich nicht auf Kosten der EU.

Bleibt ein Problem. Letztlich bedeutet europäische Einigung ja supranationale Exekutive. Einerseits kann Deutschland seine Interessen nur auf dieser Ebene verfolgen, andererseits will es ja gern deutsch bleiben. Mit Fischer geht das: Es wäre »ein nicht wieder gutzumachender Konstruktionsfehler, wenn man die Vollendung der politischen Integration gegen die vorhandenen nationalen Institutionen und Traditionen und nicht unter deren Einbeziehung versuchen würde«. Fertig ist Fischers deutsch-traditionelle Außenpolitik mit deutschem Europa, deutscher Geschichte, deutscher Mittellage und deutschem Volk. Karl Lamers kann stolz sein, daß auch Fischer begriffen hat, was er schon vor sechs Jahren schrieb: »daß die deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können und daß dieses die Nation nicht nur nicht gefährdet, sondern sie in ihrem Grundbestand sichert, weil es ihre Zukunft sichert«.

Konrad Lischka ist freier Journalist und lebt in München. Homepage:

http://www.konradlischka.de

Konkret 07/00, S. 21

Bernhard Schmid

Joschkas Pangermanien
Ein bißchen dünn

Außenminister Fischer will die EU zwar vergrößern, den Club derer, die wirklich mitreden dürfen, aber radikal verkleinern. Den Braten, der deutsche Hegemonie heißt, scheint niemand zu riechen
Die Kritik des französischen Innenministers Chevèment an Fischers »Vision« hat allenthalben Empörung ausgelöst – leider zu Unrecht

Einmal mehr für Aufsehen gesorgt hat Frankreichs Innenminister Jean-Pierre Chevènement, Begründer der »Bewegung der Bürger« (MDC), einer 1993 entstandenen EU-skeptischen Abspaltung der Sozialistischen Partei. Chevènement hatte im Jahr 1991 das markige Bonmot geprägt: »Ein Minister hält das Maul, oder er tritt zurück.« Seinerzeit hatte er sich für die zweite Variante entschieden – er wollte den Eintritt Frankreichs in den Golfkrieg gegen den Irak als Verteidigungsminister nicht mittragen. Frankreich, so sah es der linke Nationalist, sollte seinen traditionellen Verbündeten Irak nicht im Stich lassen, sondern ihm lieber weitere Waffen liefern.

Der Fall sollte sich nicht wiederholen. Nachdem Chevènement 1997 wieder Minister geworden war, zog er es vor, künftig weder das Maul zu halten noch zurückzutreten. Er blieb in der Regierung, als er 1999 den Krieg ablehnte, den Frankreich gegen Jugoslawien, einen weiteren traditionellen geostrategischen Alliierten, führte. Und er hielt nicht das Maul, sondern nervte bloß das linksalternative bis linksliberale Milieu, als er randalierende Immigranten-Kids in den Trabantenstädten »junge Wilde« nannte, die eine Tracht Prügel verdient hätten.

Jetzt hat Chevènement wieder den Mund aufgemacht, um jene Rede zu kommentieren, die Deutschlands Außenminister Fischer am 21. Mai in Berlin über die künftige Entwicklung der EU gehalten und worin er ein »europäisches Gravitationszentrum« skizziert hatte, das mehr als deutlich an das »Kerneuropa«-Konzept der CDU-Politiker Karl Lamers und Wolfgang Schäuble von 1994 erinnert. Der französische Innenminister äußerte sich am darauffolgenden Sonntag in einem Fernsehgespräch sowie auf einem Kongreß seiner Partei: Deutschland habe sich »noch nicht von der Entgleisung erholt, die der Nationalsozialismus in seiner Geschichte dargestellt hat«, und »wir haben es mit einer Tendenz Deutschlands zu tun, das sich für Europa eine föderale Struktur vorstellt, die seinem Modell entspricht. Im Grunde träumt es noch immer vom Heiligen römisch-germanischen Reich.« Außerdem herrsche in Deutschland ein »ethnisches« Verständnis von der Nation, das auf dem deutschen Begriff vom »Volk« basiere.

In der französischen politischen Klasse und in den Medien wurde diese Äußerung, quer durch die politischen Lager, zunächst überall so verstanden, als werfe Chevènement dem deutschen Außenminister vor, in die Fußstapfen der Nazis zu treten und entsprechende Europa-Konzeptionen weiter zu verfolgen. Diese Interpretation der Chevènement-Zitate rief nahezu einhellige Kritik und Ablehnung hervor, von den Grünen bis hin zum national-konservativen früheren Innenminister Charles Pasqua. Sinngemäß warf man Chevènement Ausländerfeindlichkeit und das Verursachen von Spannungen mit den Nachbarländern vor. Die den Grünen nahestehende satirische Wochenzeitung »Charlie Hebdo« zeigte Chevènement in einer Zwangsjacke, wie er von zwei psychiatrischen Krankenpflegern – mit den Konterfeis von Premierminister Jospin und Grünen-Chefin Dominique Voynet – weggeschafft wird. Im offenbar fortgeschrittenen Delirium brabbelt die Chevènement-Karikatur, man müsse »die Maginot-Linie wieder errichten«, die vor dem Zweiten Weltkrieg einen (letztlich nutzlosen, da über die Niederlande und Belgien umgangenen) militärischen Schutzwall entlang der deutschen Grenze bildete. Der dissidente Gaullist und EU-Gegner Charles Pasqua, der mit Chevènement eine Reihe von Grundpositionen zur Europapolitik teilt, sah in den Verlautbarungen des Innenministers eine unzulässige Attacke auf die deutsch-französische Beziehung. Der liberal-konservative Ex-Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (»VGE«) erklärte es für »unerträglich«, daß Chevènement die Deutschen und/oder ihre politische Klasse verdächtige, in gewissem Sinne eine Nazi-Kultur beibehalten zu haben. Und der deutsch-französische Grünenpolitiker Daniel Cohn-Bendit forderte auf beiden Seiten des Rheins lautstark den Rücktritt des Pariser Innenministers.

Dabei ist Chevènement nur gründlich mißverstanden worden. Wie sein Berater in einem Beitrag für die Pariser Tageszeitung »Libération« vom 26. Mai schrieb, habe der Innenminister in Wahrheit das Gegenteil dessen gemeint, was nun behauptet werde. Er habe der deutschen Regierung nicht vorwerfen wollen, einem nazi-ähnlichen Nationalismus verhaftet zu sein, sondern im Gegenteil, daß die deutsche Politik auf das »Trauma« des Nationalsozialismus überreagiere, indem sie jeglichen Nationalismus pauschal verwerfe und sich »Hals über Kopf ins Postnationale stürzen wolle«. Chevènement hingegen plädiere für ein aufgeklärtes Verständnis von Nation; er unterscheide zwischen »ethnischem Nationalismus« und einer »Staatsbürger-Nation« (*nation citoyenne*), die er im vereinten Europa nicht opfern, sondern aufrechterhalten wolle.

Diese Interpretation gibt ohne Zweifel Chevènements Auffassung korrekt wieder, die dieser bereits 1996 in einem Buch über das deutsch-französische Verhältnis dargelegt hatte. Damals hatte er eine Änderung des deutschen, im Wesentlichen auf dem Blut- und Abstammungsrecht basierenden Staatsbürgerschaftsrechts sowie ein Bündnis zwischen SPD und PDS als Möglichkeiten für den Übergang der Deutschen von einem ethnischen zu einem republikanisch-staatsbürgerlichen Nationsverständnis beschrieben. Im übrigen hat Chevènement im Mai 1999 die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts als Zeichen einer entsprechenden Evolution begrüßt.

Was lehrt das – gewissermaßen historische – Mißverständnis? Zum einen, daß der Pariser Innenminister einen wunden Punkt berührt hat – sonst wären die Reaktionen nicht so heftig ausgefallen – , und daß die Furcht, historische Traumata zu wecken und die aktuelle EU-Politik zu gefährden, es der politischen Klasse Frankreichs unmöglich gemacht hat, Chevènements Äußerungen gelassen zu prüfen. Zum andern zeigt die Episode, wie falsch es wäre, wollten die linken Deutschland-Kritiker – namentlich die deutschen – sich in ihrer Staats- und Nationalismus-Kritik auf »Bündnispartner« wie den französischen Linksnationalisten Chevènement stützen. Auf eine solche »Strategie« müßte es ja hinauslaufen, würde man Jürgen Elsässer (»Aufstand der Stämme«, KONKRET 12/99) folgen, der das Bündnis mit patriotischen und staatstragenden Kräften in den von ihm so genannten »Staatsbürger-Nationen« (Chevènements *nation citoyenne*) gegenüber dem Erwachen der Blutsvölker empfiehlt.

Nicht nur daß Elsässer dabei bereit ist, jede Menge Unterdrückungsstrukturen zu übersehen – etwa wenn er die französische Kolonialpräsenz in Algerien implizit gutheißt. Vor allem sind Staatsbürger-Nationalisten wie Chevènement nicht einmal zuverlässig im Kampf gegen Elsässers Hauptfeind, den deutschen Nationalismus. Die jüngste Affäre beweist es: Chevènement wünscht sich keineswegs antinationale deutsche Partner. Chevènements europäische Utopie ist nicht, wie es Elsässer vielleicht sympathisch fände, daß Frankreich künftig an Polen grenzen solle und die Schweiz an Dänemark. Der Mann ist Realpolitiker. Er wünscht, daß die deutsche Politik den Nationalismus nicht etwa aufgebe, sondern in einem republikanisch-universalistischen Geiste, wie er dem Erbe der Französischen Revolution entspricht, neu formuliere.

Das ist gewiß sympathischer als ein Blut-und-Boden-Nationalismus. Aber als Basis, auf der aus amtierenden Abschiebeministern wie Chevènement Bündnispartner einer kritischen Restlinken zu machen wären, scheint es ein bißchen dünn.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 1/2000 über den Erfolgsautor Michel Houellebecq

Konkret 07/00, S. 24

Tobias Pflüger

Bundeswehr: voll kriegführungsfähig

Wozu sind Soldaten da? Zum Marschieren, zum Marschieren in die weite, weite Welt. Das gilt auch für die Bundeswehr. Die rot-grüne Regierung hat ihr Versprechen, in der Militärpolitik Kontinuität zu wahren, gehalten

Lange Zeit wurde die Bundeswehr eher im Verborgenen Stück für Stück »kriegführungsfähig« gemacht. Im Oktober 1998, als SPD und Grüne gerade ihre Koalitionsverhandlungen führten, konnte den Wählern nicht gleich offen gesagt werden, daß die Bundeswehr demnächst Krieg führen werde. Für die weiteren Beratungen über die Bundeswehr wurde deshalb erst mal eine Kommission betreffend »Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr« eingesetzt, unter dem Vorsitz von Alt-Bundespräsident Richard v. Weizsäcker. Daß es dabei nicht um Abrüstung gehen sollte, war durch die personelle Zusammensetzung gesichert.

Ursprünglich sollte der Bericht der »Weizsäcker-Kommission« abgewartet werden, bevor weitere Entscheidungen zu Strategie, Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr gefällt werden sollten. Doch dann führte die Nato mit der Zustimmung der neuen Bundesregierung einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Die Bundeswehr war daran mit acht sogenannten ECR (Electronic Combat Reconnaissance)-Tornados, sechs Recce (Reconnaissance, also Aufklärungs)-Tornados und einer Transall beteiligt. Die ECR-Tornados sollten »die Bresche in die gegnerische Luftabwehr schlagen, durch die andere Kampfflugzeuge schlüpfen und ihr Ziel erreichen können«, um »die gegnerische Flugabwehr (zu) lokalisieren, (zu) identifizieren, und (zu) zerstören (›neutralisieren‹)«. Bewaffnet waren die Tornados mit Harm-Raketen (High-Speed-Anti-Radiation-Missle), die sich nach dem Abschuß selbständig auf einem Radarstrahl ins Ziel lenken. Die ECR-Tornados wurden in der Nato wegen ihrer »Pfadfinder-Rolle im Bosnien-Einsatz« gelobt. Damit hatte Deutschland zwar einen quantitativ sehr kleinen Anteil am Bombardement Jugoslawiens, militärisch gesehen war die Ausschaltung der Flugabwehr jedoch eminent wichtig.

Dennoch war die deutsche Regierung mit der Rolle ihrer Bundeswehr im Krieg nicht zufrieden, die deutschen Soldaten bekamen nur die Note ausreichend. Deshalb wurden erste Vorentscheidungen – auch bezüglich der schwierigen »Heimatfront« – getroffen.

Nach dem Krieg wurde die offizielle Gesamtzahl der Bundeswehr von 340.000 auf 324.000 gesenkt, die Anzahl der Soldaten der Krisenreaktionskräfte von bisher 53.600 Soldaten auf etwas über 60.000 erhöht. Quantitativ wurde abgerüstet, qualitativ aufgerüstet. Verschiedene bisher zivile Bereiche wurden eng mit militärischen Komponenten vernetzt, so in den Bereichen Gesundheit und Wirtschaft.

Ende Mai 1999 wurde bei deutsch-französischen Konsultationen die Umwandlung des Eurokorps von einer gemischten Einheit aus Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräften in eine Einheit der Krisenreaktionskräfte beschlossen. Damit kann das Eurokorps, das aus deutschen, französischen, spanischen, belgischen und luxemburgischen Einheiten besteht, nun vollständig als Interventionstruppe genutzt werden. Zusätzlich zum Eurokorps soll eine neue europäische Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten, davon 20.000 aus Deutschland, aufgestellt werden.

Die Bundeswehr hat während des Jugoslawien-Krieges begonnen, mit ausgewählten Kliniken zivil-militärisch zusammenzuarbeiten, d. h. es gibt dort einen gegenseitigen Austausch von Personal und Material »schon in Friedenszeiten«. Festgelegt wurde das in Verträgen zwischen Bundeswehr und ausgewählten Krankenhäusern, entsprechend einem von der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Bundeswehrführung erstellten »Muster-Rahmenvertrag«: Bundeswehr-Ärzte werden in zivilen Krankenhäusern ausgebildet, eine Rekrutierung zivilen Personals ist möglich. Bei Einstellungsgesprächen werden Ärzte schon heute gefragt, ob sie etwas gegen einen zeitlich begrenzten Einsatz in der Bundeswehr hätten.

Um in der Verwaltung Geld zu sparen, startete Minister Scharping »eine strategische Partnerschaft« mit privaten Firmen. Ziel ist »Outsourcing«, Privatisierung und ein umfangreicher Personalaustausch. Zu den Firmen gehören auch solche, die bisher keinerlei Verbindung zur Bundeswehr hatten. So wird der Bereich des Zivil-Militärischen ausgeweitet, Kriegführung quasi teilprivatisiert.

Am 23. Mai legte die Weizsäcker-Kommission ihren Bericht vor. Sicherheitshalber hatte Scharping auch seinem Generalinspekteur befohlen, eine Art Konkurrenzpapier aus Sicht der Militärs zu erstellen. Beide Papiere betrachten Krieg und Kriegführung wieder als »normales« Mittel der Politik. Beiden geht es darum, möglichst schnell »Kriegführungsfähigkeit« herzustellen. Beide verlangen die Erhöhung der Krisenreaktionskräfte – von bisher 60.000 auf nun 157.000 Soldaten (Kirchbach) bzw. auf 140.000 (Weizsäcker). (Der euphemistische Begriff »Krisenreaktionskräfte« hat nun ausgedient, neuerdings heißen diese Truppen einfach »Einsatzkräfte«.)

Doch Scharping war immer noch nicht zufrieden. Er ließ von seinem neuen Generalinspekteur Harald Kujat beide Papiere ausschlachten und daraus ein eigenes, neues Konzept machen. Darin wird die Bundeswehr auf eine Größe von 255.000

einsatzbereiten Soldaten festgeschrieben, zuzüglich 22.000, die sich in Aus- und Fortbildung, Berufsförderung oder Erziehungsurlaub befinden. Die »Einsatzkräfte« sollen 150.000 Soldaten zählen. Der Wehrdienst soll ab 2002 von zehn auf formal neun Monate verkürzt werden. Die für die Rekrutierung wichtige Möglichkeit der Wehrpflichtigen, den Wehrdienst – bei deutlich besserer Bezahlung – freiwillig auf 23 Monate zu verlängern, soll beibehalten werden. Die Bundeswehr soll auf 180.000 bis 200.000 Zeit- und Berufssoldaten kommen.

»Die Bundeswehr«, heißt es bei Scharping, »muß in der Lage sein, sich gleichzeitig an zwei Operationen mittlerer Größe zu beteiligen.« Dazu wird »die Ausrüstung der Bundeswehr umfassend modernisiert«. Und: »Die Verbesserung der strategischen Verlegefähigkeit hat erste Priorität.« In anderen Worten: Die Angriffsfähigkeit der Bundeswehr wird strukturell, finanziell und personell abgesichert.

Wer sich freut, daß die Bundeswehr doch kleiner wird, ist auf die Kriegspolitiker hereingefallen: Die Reduzierung der Bundeswehr von 324.000 auf 255.000 (Scharping), auf 240.000 (Weizsäcker) oder auf 290.000 (Kirchbach) ist keine Abrüstung, sondern eine qualitative Aufrüstung. Es geht allen, den Militärs und den Militärpolitikern von Weizsäcker über Scharping bis hin zu Angelika Beer um eine Effektivierung der Bundeswehr. Effektivierung heißt: Erhöhung der Fähigkeit, Kriege zu führen.

Weder Weizsäcker noch Scharping wollen die Wehrpflicht abschaffen, aber im Kommissionsbericht wird mit der Einführung eines »Auswahlwehrdienstes« die Wehrpflicht fast zur Farce. Eigentlich müßte ein Ende der Wehrpflicht als Ende eines staatlichen Zwangsdienstes begrüßt werden. Doch fiele die Wehrpflicht, damit die Bundeswehr weiter qualitativ aufgerüstet, also kriegsfähiger gemacht werden kann, wäre das für die betroffenen Männer ein Fortschritt, für den Frieden ein Rückschritt.

Die Bundeswehr ist die Armee eines Kernstaats der Nato. Und auch die Nato hat sich seit dem Krieg gegen Jugoslawien und der Verabschiedung der neuen Nato-Strategie im April 1999 ein weiteres Stück gewandelt. Unter Berufung auf »Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan« beansprucht die Nato das Recht, im Krisenfall auf eigenen Beschluß Krieg zu führen, und zwar auch jenseits der Bestimmungen des Artikels 5 des Nato-Statuts, der den Angriff auf ein Nato-Land voraussetzt.

Die Europäische Union hat auf ihren beiden Gipfeln nach dem Krieg wesentliche Beschlüsse betreffs einer eigenständigen Militärmacht gefaßt. Unter deutscher Präsidentschaft wurden ein »sicherheitspolitisches Komitee«, ein EU-Militärausschuß und ein EU-Militärstab eingesetzt. Die EU beschloß eine Interventionstruppe von ca. 60.000 Mann. Zugleich einigte man sich auf zwei Möglichkeiten bei Militärinterventionen der EU: Entweder mit Rückgriff auf Nato-Equipment oder eigenständig. Den noch neutralen Staaten Finnland, Schweden, Österreich und Irland wurden »konstruktive Enthaltungen« zugestanden. Das heißt, die Militarisierung der EU konnte vorangetrieben werden, und die »neutralen« Staaten verstießen nicht direkt gegen ihre »Neutralität«.

Die neue Nato-Strategie wird derzeit in der Bundeswehr durchdekliniert. Die Nato ist ein Interventionsbündnis geworden, die EU ist auf dem Weg zur Militärmacht, und die Bundeswehr wird eine Profi-Interventionsarmee. Die neue Bundeswehr greift viel weiter in zivile Bereiche der Gesellschaft ein, als das bisher der Fall war. Im nächsten Krieg wird Deutschland nicht mehr nur »Pfadfinder« sein.

Tobias Pflüger arbeitet im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen. Er ist angeklagt wegen »Öffentlicher Aufforderung zur Desertion«, Prozeßtermin 28. Juni, Amtsgericht Tübingen. Weitere Informationen: http://www.imi-online.de und http://www.tobias-pflueger.de

Konkret 07/00, S. 26

zu Protokoll

Die diesjährigen »Mainzer Tage der Fernsehkritik«, veranstaltet von ZDF, 3Sat und Phoenix, widmeten sich der Funktion von Bildern im Krieg und der Rolle des Fernsehens beim Nato-Überfall auf Jugoslawien. Höhepunkt der Veranstaltung war am 16. Mai ein Podiumsgespräch des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender mit Kriegsminister Rudolf Scharping. KONKRET dokumentiert Auszüge

Brender: Ich finde es gerade nach den vergangenen Debatten, die wir in den letzten zwei Tagen hatten, die ja stark zeigten, wie kritisch die Journalisten mit der eigenen Berichterstattung über diesen Krieg umgingen, sehr schön, daß wir den Verteidigungsminister hier haben, der während des Krieges oft Zielscheibe der Kritik war. Wir haben beide eines gemeinsam, der Verteidigungsminister und die Fernsehmedien. Wir mußten zum damaligen Zeitpunkt mit Bildern umgehen. Wir, weil wir als Fernsehmedium ja gar nicht anders konnten, und der Verteidigungsminister, weil er die Bilder oftmals nutzte, um zur Legitimation dieses Krieges Beweise heranzuführen, Bilder, um auch die eigene Bevölkerung, auch die eigenen Soldaten von der Notwendigkeit, von der Legitimität des Krieges zu überzeugen.

Scharping: Wenn ich mich recht erinnere, dann gab es im Herbst 1998 nicht nur mehrere Zehntausend Vertriebene, sondern auch Bilder davon. Die Reaktion der Politik war nicht Krieg. Die Reaktion der Politik war Verhandeln. Im Januar 1999 gab es die Bilder von Racak. Die Reaktion der Politik war nicht Krieg, sondern die ultimative Einladung zu den Verhandlungen von Rambouillet und Paris. Während dieser Verhandlungen stieg die Zahl der Vertriebenen auf rund 400.000. Übrigens fehlen davon die Bilder. Und ich bin ziemlich sicher, daß alle westlichen Medien, das ZDF eingeschlossen, unter dem Mangel gelitten haben, in der Zeit der hermetischen Abriegelung des Kosovo, über die Bilder gar nicht verfügen zu können vom Leid der serbischen Bevölkerung in einer Diktatur und vom Leid der albanischen Bevölkerung in der Phase beginnender, Hunderttausende Menschen betreffender Vertreibung. Insofern halte ich es für eine Konstruktion, die der Politik im nachhinein einen Legitimationsbedarf unterstellt für Krieg, obwohl die Politik doch eine ganz andere Entscheidung getroffen hatte, nämlich alles zu tun, um Krieg zu vermeiden.

Natürlich ist es in Bilder schwer übersetzbar, wenn Herr Milosevic sagt: Wenn ich jeden Tag ein Dorf vernichte, dann kommt die Nato nicht. Es ist nicht spektakulär genug. Das war ja die Botschaft. Und er hat einen sehr bemerkenswerten Satz gesagt, und da kann man anfangen, die Parallelen zu ziehen. Es gibt, sagt der Herr Milosevic dem deutschen Außenminister, aber nicht nur ihm, zwischen euch und mir einen Unterschied: Ich kann über Leichen gehen.

Brender: Sie haben die Bilder von Racak immer wieder verwandt. Es war für Sie das bebilderte Symbol für die Rechtfertigung des Krieges. Woher wissen Sie ...

Scharping: Ich habe Bilder verwandt von einem Massaker in einem kleinen Dorf namens Rugovo, Bilder, die aufgenommen worden sind von deutschen OSZE-Beobachtern, Bilder, die ich Ende März zum ersten Mal zu sehen bekam und die mir zum ersten Mal vorlagen auf dem Flug zum Washingtoner Nato-Gipfel. Racak war mit seinen ermordeten Menschen, darunter ältere, darunter Kinder, der Auslöser für die Einladung der Kontaktgruppe – die besteht bekanntlich aus den USA und Rußland, Großbritannien und Frankreich, Italien und Deutschland – , um mit einer definierten Frist zu den Verhandlungen von Rambouillet einzuladen.

Brender: Deswegen zitiere ich jetzt auch Ihr Buch, in dem Sie Racak sehr genau mit der zunehmenden Bereitschaft in Europa in Zusammenhang brachten, einem Krieg sich zu öffnen. Das schreiben Sie selbst. Wissen Sie, woher diese Bilder stammen, wer sie gemacht hat und wie sie zustande kamen?

Scharping: Die sind, soweit es um fotografierte Bilder geht, von einer Reihe von Fotografen westlicher Bildagenturen gemacht worden.

Brender: Vertrauen Sie denn diesen Agenturen?

Scharping: Wenn Sie mir einen Hinweis geben, warum ich das nicht tun sollte, wäre ich dankbar. Im übrigen wird mein Vertrauen dadurch erhärtet, daß es ja durch ein forensisches Team im Auftrag der OSZE, gebildet aus finnischen Ärzten, über die Opfer des Massakers von Racak auch einen gerichtsmedizinischen Befund gibt.

Brender: Es gibt einen gerichtsmedizinischen Befund, der aber nicht den Hergang des Gesamten beschreibt. Daß die Toten dort lagen, daß sie fotografiert worden sind, daß sie dokumentiert sind, das ist richtig. Aber sie in Zusammenhang mit einem bewußten Massaker der Serben zu bringen, das ist bis heute von niemanden bewiesen. Die Frage ist, ob man bestimmte Bilder zur Begründung von Kriegshandlungen nutzen kann.

Scharping: Wenn Sie nur die Bilder nutzen, dann sind Sie auf einem gefährlichen Holzweg. Denn es gibt schreckliche Ereignisse, von denen es keine Bilder gibt, wohl aber Berichte. Und das Vertrauen in die Macht des Bildes darf nicht einhergehen mit einem Vertrauensverlust in die Kraft des Wortes und in die Wahrhaftigkeit der Tatsachen. Ich war kürzlich zum serbischen Osterfest im Kosovo. Und ich will Ihnen mal etwas schildern, von dem es keine Bilder gibt. Ich komme da

in eine Halle, die genutzt wird vom Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag, um den Berichten über Massaker nachzugehen und Beweise dafür zu finden, vor allen Dingen auch, um Verantwortliche dafür festzustellen. Da gibt es den Bericht eines Flüchtlings, man habe ein Haus gesprengt und die Menschen verscharrt. Das ist ein Bericht, und dem geht man nach. Jetzt stellen diese Gerichtsmediziner und Kriminalbeamten fest, tatsächlich ist an dem Ort, von dem der Flüchtling berichtete, in einem Haus eine Gruppe von 116 Menschen zusammengetrieben worden. Man hat das Haus mit den 116 Menschen darin in die Luft gesprengt, die gesamten Trümmer mit den Leichen auf Lastwagen verladen und in ein entfernteres Flußtal gefahren und abgekippt. Es gibt davon keine Bilder. Scheußlich bleibt es dennoch.

Brender: Am 24. März haben Sie die »Tagesschau« in Hamburg angerufen und sich wütend beschwert. Haben Sie sich auch mal wütend darüber geäußert, daß möglicherweise die deutschen Medien Berichte geliefert haben, die aufgrund von einseitiger Information des Nato-Hauptquartiers das Ziel der Objektivität verfehlten? Auch die gibt es.

Scharping: Ich habe auf Pressekonferenzen in Bonn mich mehrfach über die Informationspolitik der Nato beschwert und auf Änderung gedrungen. Die fand auch statt, nicht nur personell. Eine Demokratie kann nicht mit der Absicht der Manipulation oder der Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder der scheinbaren Beschaffung von Legitimation mit Tatsachen entweder im Sinne der Unterdrückung oder im Sinne der Tendenz umgehen. Das darf man nicht.

Brender: Aber haben Sie das nicht selbst auch gemacht, indem Sie einen Plan, den sogenannten Hufeisenplan, als einen der wesentlichen Punkte benutzten, um diesen Krieg zu rechtfertigen? Bis heute gibt es außer der Tatsache, daß wir erfahren haben, daß dies aus der Nachrichtenküche des bulgarischen Geheimdienstes stammt, keinerlei Beweise für einen solchen Plan des Präsidenten Milosevic.

Scharping: Die Erwartung, daß sich Herr Milosevic an ein Faxgerät in Belgrad stellt und uns den Plan zufaxt, ist ein bißchen naiv. Im übrigen kam das nicht über den bulgarischen Geheimdienst, das ist öffentlich bekannt, deswegen kann ich auch darüber reden, es kam über den österreichischen Geheimdienst, es wurde dem deutschen Außenminister übergeben, von ihm erhielt ich die Unterlagen am 4. oder 5. April. Wir haben das dann ausgewertet und veröffentlicht. Was wollen Sie sonst tun?

Brender: Die Anklägerin des Haager Gerichtshofs hat es abgelehnt, diesen Plan als Beweismittel in ihr Verfahren aufzunehmen ...

Scharping: Woher wissen Sie das denn?

Brender: Weil sie es selbst gesagt hat.

Scharping: Wo?

Brender: Die sitzt in Den Haag.

Scharping: Nicht mehr. Wo hat sie das gesagt?

Brender: Sie hat in einer Pressekonferenz oder in einem Pressegespräch vor Journalisten gesagt, sie würde diesen Plan nicht als Beweismittel in ihre Anklage aufnehmen, weil die Quellen zu undurchsichtig sind.

Scharping: Also, Herr Brender, zunächst, was den Hufeisenplan angeht, es gibt ihn. Es sind eine ganze Reihe von Seiten mit Informationen darüber, wie die Art des Vorgehens zu bewerkstelligen sei, welche Einheiten daran zu beteiligen sind und so weiter. Das haben wir abgeglichen mit den Geheimdienstinformationen, die man hat und über die man nicht öffentlich reden kann. Sie wissen wahrscheinlich, daß im Rahmen des Nato-Verbundes die Bundeswehr ein sogenanntes Flottendienstboot in der Adria hatte. Das ist nichts anderes als systematisches Abhören des in der Nähe stattfindenden Funkverkehrs. Also des Funkverkehrs, der zwischen Einheiten stattfindet und so weiter. Dann gibt es noch andere Möglichkeiten, gewissermaßen weitreichenden Funkverkehr abzuhören. Und erst, nachdem das alles abgeglichen war, haben wir begonnen, öffentlich darüber zu reden.

Brender: Meine Informationen gehen dahin, daß es einen solchen (Hufeisen-)

Plan gibt, aber bezogen auf die UCK und nicht auf die Vertreibung ganzer Bevölkerungsteile.

Scharping: Ich habe in der Zeit des Krieges das Wort »Völkermord« verwendet und bin dafür sehr gescholten worden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat aus Anlaß des 50. Jahrestages der Verabschiedung der Konvention gegen den Völkermord in Genf dasselbe Wort, als erster übrigens, verwendet: Wir leben unter der dunklen Wolke des Völkermords. Und er hat das mit vollem Recht gesagt. Denn diese Konvention nennt vier Alarmkriterien für Völkermord. Sie sagt ja nicht, er muß eingetreten sein, um von Völkermord sprechen zu können. Sie sagt, vier Alarmkriterien, dann beginnt Völkermord. Und diese vier Alarmkriterien: Kennzeichnen einer Bevölkerungsgruppe, Festlegen der Einheiten, Festlegen des Vorgehens und dann beginnendes tatsächliches Vorgehen. Wenn das vorliegt, beginnt Völkermord. Der Sinn der Konvention ist doch, Kriterien zu nennen, bei deren Vorliegen Einschreiten als geboten angesehen wird, um Völkermord zu verhindern.

Und dasselbe ist mit dem Begriff des Massakers. Wenn wir davon ausgehen sollten – ich hoffe, das tut niemand – , zu sagen, ja, das ist die normale Folge von Kriegshandlungen, daß Unbeteiligte umkommen; das ist kein Massaker, wenn Leute über 60 in Zivil, wenn ein 13- oder 14jähriges Mädchen umgebracht wird, das ist kein Massaker, das ist eine normale Kriegsfolge. Wer so argumentiert, der sollte seine moralische Empörung bei einem Fehltreffer auf einen Bus auch etwas reduzieren, denn dann ist das auch eine normale Kriegsfolge.

Brender: Wenn Sie die Informationen vergleichen, die Sie aus nachrichtendienstlichen Quellen, aus politischen Quellen haben, mit dem, was Sie im Fernsehen als Information gesehen haben, gab es da Diskrepanzen?

Scharping: Wenn es diese »Diskrepanzen« nicht gäbe, müßte ich mir ganz andere Fragen stellen. Militärische Operationen müssen bis zu einem bestimmten Grad geheim bleiben. Natürlich ist systematisch versucht worden, abzuhören, Einblick zu kriegen in militärische Planungen, in Zielplanungen und anderes, das ist ganz normal, auch legitim. Genauso legitim ist, daß man versucht, in einer militärischen Operation schon zum Schutz der eingesetzten Soldaten nicht alles nach draußen dringen zu lassen, denn dann ist der Schutz kaputt und das Risiko für die eingesetzten Soldaten viel zu hoch. Insofern muß es einen Unterschied geben zwischen dem, was zum Beispiel auf meinem Tisch an Informationen ist und dem, was sich öffentlich vermittelt. Die für eine Demokratie in meinen Augen viel wichtigere Frage ist: Dient der Schutzzweck, den ich für ausgesprochen richtig halte, zugleich dazu, die Öffentlichkeit mit Tendenz oder Manipulation zu bedienen? Dafür habe ich keine Anzeichen. Und das ist ja der große Vorteil dieses Bündnisses von 19 Demokratien, daß sie nicht nur damit sich auseinandersetzen müssen, in Deutschland ZDF, ARD, die Privaten, die Zeitungen, also ein sehr dichtes, vielfältiges Netz auch publizistischer öffentlicher Kontrolle zu haben, sondern sie haben das 19 Mal. Und wenn in Washington eine Nachricht auftaucht, die in Deutschland noch nicht aufgetaucht ist, dann gibt es ja auch so was wie eine Vielfalt an Informationsmöglichkeiten und damit verbundener Transparenz und Kontrolle demokratischer oder politischer Entscheidungen, daß die Hoffnung eines Politikers, er könne gewissermaßen unter 19 nationalen Öffentlichkeiten da noch irgend etwas verbergen, was für die Politik substantielle Bedeutung hat, das ist einfach naiv. Das gelingt nie. Also sollte man es gar nicht erst versuchen.

Brender: Sahen Sie für die Medien, vor allem auch für das öffentlich-rechtliche Fernsehen eine besondere Verpflichtung in Zeiten des Krieges, auch diesen Krieg moralisch mit zu stützen, zu legitimieren?

Scharping: Ich halte es da mit einem guten alten Bekannten, der leider tot ist, nämlich Hanns Joachim Friedrichs: sich nicht mit einer Sache gemein machen. Aufmerksam, sensibel, aufklärerisch, detailtreu, aber sich nicht mit einer Sache gemein machen. Niemals sollte in der Demokratie ein Politiker die Erwartung haben, daß die Medien seine Intention stützen.

Ich meine, ich bin sehr gegen geschlossene Weltbilder. Aber ich glaube, daß Demokratien auch diese Orientierung brauchen, und da können wir uns lange unterhalten über manches. Da wird dann immer gesagt, ja, die Legitimation des Krieges, dahinter steckt doch was anderes. Da wird doch eigentlich die Botschaft vermittelt, sie wollten den Krieg legitimieren, der Außenminister, der Bundeskanzler und so, auf gut deutsch: die Öffentlichkeit übertölpeln und auf einen Weg ziehen, den die Menschen eigentlich nicht wollen. Erstens halte ich nichts von dieser Art von Vertretungsmacht, die behauptet, das wollten die Menschen eigentlich gar nicht, und zweitens gucke ich mir dann einfach an, was man in Umfragen sehen kann. Mit Verlaub, es hat überhaupt gar keinen Bedarf gegeben, manipulativ Legitimation zu besorgen.

Brender: In welcher Phase hat das Bild eine besondere Rolle gespielt, um den Krieg zu begründen?

Scharping: Das hat immer eine Rolle gespielt. Es gibt Bilder, die gehen mir nicht aus dem Kopf. Sie spielen öffentlich keine Rolle, sie spielen vielleicht nur für mich eine Rolle. Ich hatte die unbewaffneten OSZE-Beobachter eingeladen, mir mal zu erzählen, was sie im Kosovo in der Zeit vor dem 22./23. März 1999 erlebt haben. Da gibt es keine Bilder von. Es gibt kein Bild von dem Beobachter, der eine Nachricht von einer mehrfachen Ermordung erhält, sie kontrollieren will, auf der Straße einem jugoslawischen Soldaten gegenübersteht, der ihm eine entsicherte Kalaschnikow an den Hals hält und sagt, hier kommst du nicht durch. Er versucht es zwei Stunden später wieder, da steht da ein Schild: Minen. Es gibt keine Bilder von dem OSZE-Beobachter, dessen Dolmetscher erschossen worden ist, nachdem er das Kosovo verlassen hatte. Es gibt keine Bilder von den Leuten, die in ihrer Küche sitzen nach einer Kontrollfahrt morgens beim Frühstück und wo plötzlich mit MPs alles durchsiebt wird, was es an Elektro- und Wasserleitungen und sonstigen Einrichtungen da oben an der Decke gegeben haben mag. Davon gibt es keine Bilder, man kann das nur erzählen. Es gibt auch keine Bilder davon, wie diese Leute mir gegenüber gesessen haben, zum Teil traumatisiert, gestört, weinend, daß ihre Gastfamilien umgebracht worden sind, nur deshalb, weil sie OSZE-Beobachter beherbergt haben. Es gibt keine Bilder davon. Es gibt nur ein Bild, nämlich daß ein Teil dieser Leute bereit war, sich dann in einer Pressekonferenz Journalisten auszusetzen. Und ich werde nie vergessen, wie diese Leute in einem langen Gespräch ein bißchen ihre Gefühle geöffnet, ein bißchen ihr Herz geöffnet, geheult haben.

Brender: Während des Krieges waren Sie doch angewiesen auf die Informationen der US-Armee, konnten selber also gar nicht aufklären ...

Scharping: Das ist schlicht falsch. Mein Problem war ein anderes. Ich hatte eine Menge Satellitenbilder. Ich habe nur die Geheimhaltungsvorschriften nicht verstanden, konnte sie aber auch nicht einseitig aufheben. Es wäre mir wahrlich lieber gewesen, man hätte beispielsweise die Satellitenbilder von Vertreibungsaktionen früher veröffentlichen können. Die gibt es nämlich alle. Von den Tausenden von Pkw an der Grenze, von den Zügen, von den Flüchtlingszügen und so weiter. Ich habe jedenfalls hier in der Bundesrepublik Deutschland dann schlicht entschieden, wenn ich die Bilder anderer nicht veröffentlichen darf oder nur verspätet veröffentlichen kann, dann werde ich eben die eigenen komplett veröffentlichen. Das haben wir auch getan. Und wir haben auch mit Blick auf einen anderen Punkt, nämlich die Wirksamkeit militärischer Maßnahmen, dann einen Teil dieser Aufklärung daraufhin orientiert. Was die Trefferquoten angeht, das halte ich für eine sehr interessante Debatte. Da werden sich auch Militärhistoriker noch sehr lange mit beschäftigen. Hoffentlich wird dabei eine Frage nicht vergessen. Wenn das alles so schlecht war, warum verließ das serbische Militär eigentlich das heilige Amselfeld und das Kosovo? Warum? Irgendeinen Grund muß es doch gehabt haben.

Brendel: Während Milosevic immer noch dort sitzt, wo er früher schon saß.

Scharping: Joschka Fischer hat gesagt, der letzte Menschenschlächter in Europa.

Brendel: Ist das nicht ein Ausdruck, der letztlich den rationalen Umgang mit Krieg eher erschwert?

Scharping: Wenn Rationalität, also überlegtes, durchdachtes, auf ein Ziel orientiertes Handeln, dazu führt, daß Sie Ihre Emotionen nicht mehr sichtbar machen dürfen, was richten Sie denn da an? Also in schlichtem Deutsch heißt die Anforderung doch: Werde bitte doch zu diesem kalten seelenlosen Technokraten, den wir ansonsten in der Politik gern und häufig beklagen. Ich habe nicht die Absicht, das zu werden. Und ich habe auch nicht die Absicht, in nur ruhigen Worten darüber zu reden, daß man auf dem Balkan zwischen 1989 und 1999 mehrere hunderttausend Menschen nur deshalb umgebracht hat, weil sie einer anderen Abstammung waren. Aus nur diesem Grund. Und es empört mich heute noch, wenn ich die Berichte lese von dem Massaker in Srebrenica. Und es macht mich heute noch wütend, traurig und entsetzt, wenn ich das sehe, was ich jetzt im Kosovo auch noch sehe. Gehen Sie mal, wie ich das erlebt habe, in Veliga Gruza (?) in ein Haus, von dem nur noch die vier Außenwände stehen, vier mal vier Meter. Alles schwarz verbrannt. Eine, ich weiß nicht, 10, 15 Zentimeter hohe Schicht, schwarz, undefinierbare Masse. Nur dadurch unterscheidbar, daß aus der Masse Skelette herausragen, in den Ecken des Raumes deutlich mehr als in der Mitte des Raumes. Wenn die Erwartung wäre, daß ein Politiker kalt bleibt bei der Tatsache, daß eine britische Gerichtsmedizinerin Ihnen am Skelettaufbau und an den Wirbeln genau erklärt, daß es sich um ein 14jähriges Mädchen gehandelt haben muß; wenn die Erwartung ist, daß man dabei kalt bleiben soll, dann sind Sie bei mir an der falschen Adresse.

(Applaus)

Brender: Sind Sie in der Zeit dieses Krieges einer Desinformation aufgesessen, auch Ihrer eigenen Seite?

Scharping: Mir ist keine bekannt. Ich hatte von Anfang eine Regel. Es wird nur mit solchen Informationen öffentlich umgegangen, die aus mindestens zwei verschiedenen Quellen gleichlautend stammen. Nur dann.

Ruprecht Eser: Hajo Friedrichs ist zitiert worden. Ich hatte damals schon ein kleines Problem mit seinem Satz: Mach dich nicht gemein mit einer Sache, auch nicht mit einer guten. Wir haben uns ja gemein gemacht. Im ersten Irak-Krieg, im Grunde auch im Kosovo-Krieg. Und meine Frage, die mehr eine Frage an uns selbst ist: Erwarten Sie nicht von uns das, was Sie von der Politik erwarten, und steht hinter der Frage des Umgangs mit den Bildern künftig nicht etwas ganz anderes, nämlich daß Journalisten eine Haltung einnehmen müssen, wenn es künftig um Menschenrechte geht und wenn die Bundeswehr, in welcher Form auch immer, zum Einsatz kommt?

Scharping: Daß Journalisten Haltung haben müssen, halte ich für gänzlich unbestreitbar. Irgendwie müssen sie doch Maßstäbe haben, mit denen sie auswählen, was Nr. 1 bei »Heute« ist und was Nr. 3. Ohne eine innere Haltung, und das bitte ich sehr sorgfältig zu unterscheiden von einer politischen oder gar parteipolitischen Überzeugung oder sonst was, ohne eine innere Haltung kommt in dieser rasend schnellen Welt sowieso niemand aus.

Dieter S. Lutz (Hamburger Institut für Friedensforschung): Ich beginne mit dem Bild der weinenden OSZE-Angehörigen, das ich auch im Kopf hatte, noch bevor Herr Scharping es ausgesprochen hat. Die haben geweint über die umgebrachten Gastleute, Dolmetscher usw. Aber sie haben eben auch geweint, ohnmächtig und wütend, darüber, daß ein Teil ihrer eigenen OSZE-Kollegen Spionage betrieben hat und deswegen die Dolmetscher usw. als Kollaborateure umgebracht worden sind. Es geht um Genauigkeit. Sie haben im übrigen auch geweint aus einem zweiten Grund, nämlich weil sie den Kosovo verlassen mußten. Entgegen der öffentlichen Meinung wollten sie nicht aus dem Kosovo abziehen. Und bevor sie das mußten, saßen sie zusammen und haben geweint.

Herr Scharping hat in der Tat nicht, was die Massaker angeht, von Racak gesprochen, aber von Rugovo. In Rugovo gab es 24 Tote plus einen toten serbischen Polizisten. Und die 24 Toten waren allesamt UCK-Kämpfer, eindeutig UCK-Kämpfer, sagt der deutsche Polizist, der als erster am Tatort war. Inwiefern man dann von einem Massaker sprechen kann, müssen wir diskutieren.

Über Racak gibt es vieles zu sagen. Zum Beispiel, daß nicht Kinder, sondern nur ein einziges Kind dabei war. Zum Beispiel auch, daß sie nicht aus der Nähe erschossen wurden, schon gar nicht kniend, wie uns berichtet wurde. Aber die entscheidende Frage für uns ist doch: Warum wurde der Bericht von Ranta unter Verschluß gehalten? Warum durfte man ihn nicht einsehen? Was steht drin, was wir als Publikum nicht sehen dürfen?

Und Milosevic? Sie lassen die strategische Meisterleistung der UCK beiseite, die durch Ihre eigenen Berichte belegt wird. In der Lageanalyse Ihres Hauses, einen Tag vor Kriegsbeginn, heißt es zum Beispiel, daß die UCK weiter versuchen wird, durch die bekannten Hit- und Run-Aktionen die serbisch-jugoslawischen Kräfte zu massiven Reaktionen zu provozieren in der Hoffnung, daß diese in ihren Ergebnissen hinsichtlich Zerstörungen und Flüchtlingen ein Ausmaß annehmen, das sofortige Luftschläge der Nato heraufbeschwört. Einen Tag vor Kriegsbeginn – und einen Tag später ist tatsächlich das auch eingetreten, was Ihre eigenen Leute sagen.

Zum Hufeisenplan möchte ich doch sagen, es ist ein leichtes Spiel zu behaupten, daß der geheim ist. Es gibt eine Übersicht im Bundesministerium der Verteidigung, die die Nachrichten auswertet; einen Hufeisenplan, der belegt, daß zwei Jahre vorher schon das ganze Geschehen einschließlich Vertreibung geplant war, gibt es da nicht.

Scharping: Erstens Hufeisenplan: Er ist offenbar in der serbischen Führung im Zeitraum November/Dezember 1998 erörtert und verabschiedet worden. Das steht in einem direkten Zusammenhang mit der Ablösung des damaligen Generalstabschefs Perisic, der ein erklärter Gegner des Einsatzes von Landstreitkräften gegen die Zivilbevölkerung war. Und im übrigen, man muß sich ja nur die Realitäten anschauen, um zu sehen, wie das Vorgehen war und ob es mit dem Plan übereinstimmte.

Was Rugovo angeht, das ist ein kleines Dorf, in dem 24 Leute umgebracht worden sind im Rahmen von Kämpfen. Deswegen habe ich in diesem Zusammenhang auch nie von einem Massaker gesprochen, sondern nur darauf aufmerksam gemacht, wie man mit den Menschen und übrigens auch mit den Leichnamen dieser Menschen umgegangen ist, einfach um zu verdeutlichen, mit welch entsetzlicher Brutalität da vorgegangen worden ist. Und das ist dokumentiert worden von einem OSZE-Angehörigen, der übrigens vor dem Polizeibeamten – einem dummen Zufall zufolge übrigens auch vor den AFP-Fotografen – dort war und der Bilder gemacht hat, ganz privat, und die hat er mir dann in der eben erzählten Weise zur Verfügung gestellt. Und da kann man sehr genau übrigens auch im Vergleich zu den AFP-Bildern sehen, was da arrangiert worden ist, bevor gewissermaßen offiziell die OSZE und die Journalisten zugelassen worden sind.

Aber ich finde insgesamt die Erörterung deswegen etwas einseitig, weil bei allem Suchen nach Fehlern, die gemacht worden sind, u. U. der Eindruck entsteht, man hätte diesen Krieg nie führen dürfen. Da frage ich mich, wo ist denn eine Chance gewesen, welche Chance ist nicht genutzt worden, welche Verhandlungen sind nicht geführt worden, welche Reise nach Belgrad ist nicht unternommen worden, welche Angebote sind nicht gemacht worden, um Milosevic davon abzubringen, im Kosovo das noch einmal zu tun, was er zuvor in Bosnien und an anderen Stellen schon getan hatte. Wo? Es wird immer Leid, es wird immer Elend, es wird immer boshafte, gewalttätige Menschen und im Zweifel auch Diktatoren geben, und man muß die Möglichkeit haben, etwas dagegen zu tun.

Mir fällt es schwer, zwei Dinge nebeneinander zu akzeptieren. Das eine ist, daß Sie sagen, es gibt da viele Einzelheiten, die man hinterfragen muß, aber das große Grauen, das wird dann ausgeblendet. Sorry, es tut mir leid, ich habe nichts dagegen, daß alle diese Einzelheiten überprüft werden, das ist notwendig. Ich will Sie nur darauf aufmerksam machen, daß wir abzugleiten drohen in eine Erörterung von Einzelheiten, die wieder den Maßstab verliert, ohne den wir heute nicht in der Lage wären, die Einzelheiten vollständig zu klären. Es gab für mich eine sehr interessante Erfahrung. Human Rights Watch veröffentlicht einen Bericht über ein Geschehnis während des Krieges in der Nähe eines Dörfchens, das sich Meja schreibt. Dieser Bericht erscheint zuerst in einer amerikanischen Zeitung. Ich lese das, ich versuche, weitere Informationen zu bekommen, ich rede öffentlich darüber und schildere, was dem Bericht von Human Rights Watch und anderen Informationen zu entnehmen war. Ein Flüchtlingstreck, man hat die Männer aussortiert, man hat die Männer auf ein nahegelegenes Feld getrieben, und man hat alle zwischen 18 und 60 erschossen. Nach dem Bericht von Human Rights Watch mußten sie auf den Feldern niederknien. Ich habe das »Selektion« genannt. Und das ist es auch. Und ich habe dann die erstaunliche Erfahrung gemacht, daß diese Information erst in dem Moment kritisiert worden ist, in dem der deutsche Verteidigungsminister es gesagt hatte, erst in dem Moment. Das ist ganz interessant. Und das unterscheidet übrigens einen bestimmten Teil der deutschen Öffentlichkeit von der Öffentlichkeit in Großbritannien oder in den USA, um nur zwei Beispiele zu nennen, denen man ja einen aufklärerischen Impetus nicht absprechen kann.

Thomas Deichmann (»Novo«): Sie haben über Rugovo gesprochen, Herr Scharping. Ich darf Sie mal selbst zitieren aus Ihrem Buch. Sie sagen dort: »Beim Anschauen der Fotos Übelkeit.« Dann geht es weiter: »In der täglichen Pressekonferenz kündigte ich an: Wir werden Ihnen ein Foto präsentieren von einem Massaker, das schon am 29. Januar stattgefunden hat. Ich rate allerdings dazu, gute Nerven mitzubringen.« Das heißt, Sie haben nicht nur sehr wohl von einem Massaker gesprochen, sondern Sie haben sogar in meinen Augen hier einen Propaganda-Coup vorbereitet, indem Sie schon Tage zuvor angekündigt haben, daß Sie entsprechendes Bildmaterial mitbringen werden. Zu guter Letzt: Sie haben die Frage in den Raum geworfen mit der Empörung usw. Ich erwarte von einem Politiker alles andere als Empörung und ein

Zurschautragen von moralischer Haltung. In meinen Augen weichen Sie mit Moralisierung, mit Empörung den wichtigen politischen Fragen aus, die ja gar nicht thematisiert wurden hier: Bruch der Verfassung, Bruch des Völkerrechts usw.

Scharping: Also zunächst ist das ja eine »fröhliche« Behauptung: Bruch der Verfassung, Bruch des Völkerrechts. Es gibt solche Auffassungen, sind Minderheitenmeinungen, okay. Meine Auffassung ist eine andere. Im übrigen, ich hätte es mir leicht machen können. Ich hätte ja aus meinen Tagebuchnotizen den fehlerhaften Gebrauch eines Wortes schlicht streichen können. Aber ich nehme mir die Freiheit, Fehler, die ich mache, als solche zu nennen und auch darüber zu reden, weil ich nämlich keine Menschen kenne, die keine Fehler machen.* Und die Demokratie lebt davon, daß sie aufgedeckt werden, und das menschliche Zusammenleben lebt davon, daß man gelassener damit umgeht, als manchen Ideologen das leider möglich ist.

Brender: Herr Scharping, herzlichen Dank. Haltung ist in der Tat nötig. Sie muß aber nicht so weit gehen wie die Haltung des britischen Militärkorrespondenten der so viel gerühmten BBC, Mark Latey (?). Der hat ein Live-Interview mit Solana beendet mit dem herzlichen Glückwunsch, daß Solana der Gewinner im Krieg sei. Heute ist Mark Latey der zweite Mann von Jamie Shea. Diese Form der Haltung wünsche ich mir im Grunde nicht.

Scharping: Schauen Sie mal, ich habe vor längerer Zeit ein langes Gespräch mit Danny Goldhagen gehabt. Und der stellte mir dann eine Frage, die er mal bestimmten Kritikern gestellt hatte. Er sagte nämlich: Paß mal auf, mit dem vollen Risiko, daß du nicht weißt, in welcher Familie du geboren wirst, in welchem großen Land der Erde willst du eigentlich geboren sein, wenn nicht in Deutschland? In Rußland vielleicht oder den USA, Brasilien oder Südafrika, Indien oder China, Ägypten oder was? Die Frage verweist auf etwas, womit die Deutschen – und ich weiß, wie problematisch das ist, das im Zusammenhang mit Kosovo zu sagen – erkennbar Schwierigkeiten haben, nämlich ein gelassenes, ruhiges, zu Teilen stolzes Selbstbewußtsein im Umgang mit dem eigenen Land, mit seinen Erfolgen und mit seinen Mißständen. Wäre ganz gut. Nur weil der Helmut Kohl in dieselbe Richtung argumentiert hat, ist doch nicht alles falsch, was der Mann gemacht hat. Der hat die deutsche Einheit bewerkstelligt, ohne daß es nationalistischen Überschwang gegeben hat und ohne daß die europäische Integration der Deutschen dabei beschädigt worden wäre. Das halte ich für eine historische Leistung.

Brender: Sie haben sich heute hier gut verteidigt, auch gegen die Diskussionseinwürfe, und ich glaube, es gibt kein anderes Land in Europa, in dem dieses Thema in den Medien so selbstkritisch diskutiert wird.

---

*Scharping hat den »Fehler« übrigens am Beginn der Veranstaltung prompt wiederholt, s. Seite 26, 2. Spalte. Anm. d. Red.

Konkret 07/00, S. 31

Kay Sokolowsky

King Liar live

Er kann es nicht lassen: Kriegsminister Scharping lügt, wenn er den Mund aufmacht. Ein Augenzeugenbericht aus Mainz

Ich darf nicht wegsehen: Da sitzt er, vielleicht fünfzehn Meter von mir entfernt, im grauen Anzug, macht auf nachdenklich, das Kinn in der linken Hand, die Beine übereinandergeschlagen, lauscht der langen unsortierten Vorrede des ZDF-Chefredakteurs Brender, freut sich, daß so viele Leute gekommen sind, ihm auf die gespaltene Zunge zu sehen, und er weiß, daß diese »Mainzer Tage der Fernsehkritik«, veranstaltet von einem Sender, der ein Jahr früher Kritik an seiner Kriegführung nicht gewagt, nicht gedacht hatte, besucht vornehmlich von Leuten, die der PK der Hardthöhe schon längst beigetreten waren, als die Tornado-Piloten in Piacenza noch gemütlich Skat spielten, statt Tag und Nacht auf serbische Funker zu schießen – Rudolf Scharping weiß, daß ihm weder Brender noch die Schlaffis im Saal etwas anhaben können, ihn unversehrt lassen werden wie jeglicher Einwand gegen seine Wahnvorstellungen, und nun ist Brender endlich fertig, der Minister zieht die Hand vom Kinn, beschreibt, ganz Bananenstaatsmann, gemessene Gesten durch die Luft, und die nöldumpfe Stimme, das wie unter einer doppelten (dreifachen?) Tagesration Valium stehende, schleppende Sprechen, dieser Dorfdeppentonfall, der allen, die schneller, schöner, gewitzter schwatzen als er, signalisieren soll: »Jetzt rede ich, unterbrich mich nicht, du Besserwisser, sonst fang ich gleich an zu schreien«, dieses grauenhafte Organ, das zur Obszönität der Rede noch die akustische Belästigung fügt, mogelt los: »Manchmal drückt sich ja in der Wortwahl schon was aus.«

Solche Worte wählt der Mann, der immerhin *diese* Wahl gestattet, nachdem die bedeutendere, die zwischen Leben und Tod für die Einwohner von Nis, Pristina, Belgrad oder Novi Sad, von ihm verboten ward: »Ultimative Einladung ... Legitimationsbedarf ... gefährlicher Holzweg ... Haltung haben«. Derart faseln seelenlose Technokraten, aber so einer wolle er nicht sein, grölt Scharping etwas später, wieder, wie so oft im Krieg, verliebt in die eigene Entrüstung, begeistert davon, daß ein dumpfer Typ gleich ihm wenigstens beim Pöbeln einen Abglanz von Emotion erleben kann. Wann er den Dachschaden, mit dem er die Deutschen nachhaltig für sich eingenommen hat, erlitten haben mag, ob bei seinem Radunfall vor ein paar Jahren oder schon als junger Mann, simultan mit dem Eintritt in die rheinland-pfälzische SPD – ist eine Frage, auf die sich auch vis-à-vis dem Leibhaftigen keine Antwort findet. Jedenfalls spinnt er und läßt, obschon die PK ihn vor zwei Monaten ein bißchen, der Form halber, in die Mangel genommen und seine blutigen Windbeuteleien reihum widerlegt hatte, schon wieder keine Lüge aus, in sich und seinem kohärenten Wahne ruhend, unangreifbar, unberührbar außer für den Staatsanwalt, vor dem jedoch, darauf kann er Gift nehmen, man wird ja noch mal einen Vorschlag machen dürfen, der Bombenbuddha gefeit ist bis zum Sanktnimmerleinstag.

Racak? »Ein Massaker«, und sein Vertrauen auf die Lüge, mit welcher der Krieg auf den Weg geschickt worden war, sei »erhärtet« dank der »finnischen Ärzte« (die Weißrussen und Serben im Team unterschlägt er, man weiß nicht, ob aus sträflicher Unwissenheit oder zur Natur gewordener Verlogenheit) und dank des »gerichtsmedizinischen Befunds«, freut er sich, sei ja wohl an diesem »Massaker« kein Zweifel mehr. Und übrigens: »Wann hat Rudolf Scharping sich zu Racak geäußert, und was war daran falsch?« Ein Murren im Raum, aber kein Aufstand bei diesem schmierigen Schwindel; ist doch eh alles zu spät, Kind im Brunnen, was gibt's heute in der ZDF-Kantine?

Brender, dem die Hose flattert, so nah an dem grobgewachsenen Mann, dem Kultur, Verstand und Selbstreflexion derart frappant abgehen, daß man allerdings nicht wissen kann, ob er nicht gleich eine Knarre zieht, im BMVg liegen die ja überall rum ... Brender bittet nun um Auskunft zum »Hufeisen-Plan«. Scharping packt die Debattentaktik aus, die er im Ortsgruppenverband gelernt hat, unterbricht den, das ist ihm nicht entgangen, Schlappschwanz Brender (»Woher wissen Sie das?«), als der von Louise Arbours Bedenken gegen das »Dokument« erzählt; Brender stottert, sie habe es doch selbst gesagt; »wo?« kläfft Scharping; und der TV-Zombie, etwa so gut präpariert wie ein Schülerzeitungspraktikant, stammelt, »die« sitze »in Den Haag«. »Nicht mehr«, kontert Scharping und sagt damit ausnahmsweise die Wahrheit. Brender verliert völlig den Faden, der Schurke lächelt zufrieden und hält jetzt einen Vortrag über das »Abhören des Funkverkehrs« durch ein »Flottendienstboot« in der Adria, und dieses »systematische Abhören« habe alles bestätigt, was die Fälschung seines Haus vorgaukelte. *Die* Variante ist neu.

»Ich bin sehr gegen geschlossene Weltbilder«, plustert Scharping sich auf und kehrt sogleich die Hermetik seiner Demenz heraus, indem er, »mit Verlaub«, einen »Bedarf, manipulativ Legitimation zu besorgen«, abstreitet, wiewohl sämtliche Propaganda-Aktionen, die er initiierte, die wissentlich mit gefälschten Legenden versehenen Bilder aus Rugovo, das »Massaker«-Märchen von Racak, der »Hufeisen-Plan«, die Gruselgeschichten von Baseballschlägern und aus dem Bauch ihrer Mütter gerissenen Föten sowie über allem sein gellendes, unbeirrbares »Völkermord«-Geschrei – obschon jedes Wort, das ihm während des Kriegs aus dem Lumpenmund fiel, z. B. in die Broschüre, die er Anfang Mai 99 den Abgeordneten des Bundestages schicken ließ, eine Legitimation herbeimanipulieren sollte für den Überfall der Nato auf Jugoslawien. Und jetzt beginnt er wieder zu schreien, er habe im Kosovo ein Haus inspiziert, in dem »alles schwarz verbrannt« war, er brüllt von »einer schwarzen Masse« auf dem Boden, aus der »Skelette« ragten, und die Rage, in die das Grauen ihn versetzt, könnte man beinahe für aufrichtig halten, wüßte man nicht, daß er im vergangenen Jahr eben solche Greuel selbst ohne

Zaudern mitbefohlen hat. Seine Fans im Saal, der harte Kern der PK offenbar, applaudieren dem Ausbruch begeistert, am heftigsten, ach je, Marcel Ophüls, der Sarajevo um seines Verstandes willen besser nie betreten hätte.

Brender läßt nun Publikumsfragen zu, und obgleich Dieter Lutz, der Friedensforscher, sich redlich bemüht, Scharping ins Schwimmen zu bringen: Der Beifall hat ihn gestärkt, und von oben herab verteilt er weitere Lügen. Ein »Massaker« in Rugovo? Davon habe er nie gesprochen. Er hat es, in seinem Kriegstagebuch und hundertfach in jedes Mikrophon, zuletzt vor knapp anderthalb Stunden, auf die zweite Frage Brenders. Was verschlägt's? Er watscht Thomas Deichmann, einen von vielleicht zehn Journalisten im Raum »mit einer Haltung«, der ihm korrekt Verfassungsbruch vorwirft, ab als den Vertreter einer »Minderheitenmeinung« und kommt dann ins Schwärmen über Deutschland, die Wiedervereinigung, den Kanzler der Einheit und »Danny Goldhagen«, der überhaupt kein lebenswerteres Land kenne als das, in dem ein komplett Verrückter über Leoparden und Tornados gebietet. Dieser delirierenden Tirade kann Brender, der längst vor dem König der Lügen kapituliert hat, nur mit einer Flunkerei begegnen, die seine Kollegen und der alles überwachende ZDF-Intendant Stolte beifälligst abnicken: »Es gibt kein anderes Land in Europa, in dem dieses Thema in den Medien so selbstkritisch diskutiert wird.«

Genau eine Woche später, am 23. Mai 2000, meldet »in kürze«, der Kürze, die man in solchen Fällen seit Jahr und Tag übt, die »Taz«: »Kosovo – Natobombe tötet Kind. Bei der Explosion einer ... Natobombe sind am Sonnabend ... ein siebenjähriges Kind getötet und zwei weitere schwer verletzt worden. Die drei Kinder hatten beim Spielen versehentlich den Zünder aktiviert, so ein UN-Sprecher.«

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 5/2000 über das Schweigekartell der deutschen Medien

Konkret 07/00, S. 32

Henning Hensch, Jan Liße, Connie Uschtrin

»Massaker ganz sicher nicht«

Rudolf Scharping will außer in Racak (siehe dazu KONKRET 5/2000) ein weiteres »Massaker« an Kosovo-Albanern im Januar 1999 entdeckt haben – in Rugovo. Er präsentierte entsprechende Fotos eigens auf einer Pressekonferenz während des Kriegs als Beweis für die Verbrechen, die die Serben bereits lange vor Beginn des Nato-Bombardements an der albanischen Zivilbevölkerung verübt hätten. Der deutsche Polizeibeamte Henning Hensch, im Auftrag der OSZE zu jener Zeit als internationaler Beobachter im Kosovo tätig, weiß es besser

KONKRET: Sie waren als erster OSZE-Beobachter vor Ort in Rugovo, nachdem sich dort Ende Januar 1999, so später Bundesverteidigungsminister Scharping, ein »Massaker« ereignet hatte. Welche Eindrücke haben Sie dort gewonnen?

Hensch: Es hat über drei Tage, vom 27.1. bis zum 29.1.99, militärische Auseinandersetzungen zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitsbehörden, im wesentlichen serbische Polizei, gegeben. In diesen drei Tagen kamen insgesamt 35 Menschen ums Leben. Ein Massaker ist es ganz sicher nicht gewesen. Aber Menschenrechtsverstöße sind es in jedem Fall gewesen, weil einige der Toten ganz offensichtlich exekutiert worden waren. Es ist allerdings auch nicht so gewesen, daß dort die serbischen Polizeieinheiten die UCK-Leute zusammengetrieben und erschossen haben.

In erster Linie handelte es sich also um eine militärische Auseinandersetzung?

Ja, oder eine polizeiliche, wie immer Sie wollen. In jedem Fall sind die UCK-Kämpfer nach jugoslawischem Recht Terroristen. Von daher ist ihre Bekämpfung verständlich. Nicht akzeptabel ist, daß sie umgebracht werden – die Serben könnten sie auch mit überlegenen Kräften festnehmen.

Wie schätzen Sie die Öffentlichkeitsarbeit des deutschen Verteidigungsministeriums zu Rugovo ein?

Die Darstellung des Verteidigungsministers war sachlich falsch. Er hat auf seiner Pressekonferenz einen Leichenberg gezeigt, um den Beweis eines Massakers per Bild antreten zu können. Doch die Fotos, die er gezeigt hat, entstanden definitiv nicht am Tatort. Vielmehr zeigen sie Leichen, die nach der polizeilichen Tatort-Inspektion von der Polizei zusammengelegt wurden, damit wir sie besser identifizieren konnten. Übrigens zur Identifizierung der Leichen: Die Behauptung, es hätte sich um Zivilisten gehandelt, ist falsch, wenngleich einige zivil gekleidet waren: Darunter trugen sie Militärkleidung.

Die von Scharping als Beweis eines Massakers vorgelegten Fotos zeigten nach seiner Darstellung grausam mißhandelte, insbesondere durch Baseballschläger verstümmelte Köpfe kosovo-albanischer Opfer. Können Sie Hinweise auf einen derartigen Handlungsverlauf in Rugovo bezeugen?

Einwirkungen durch Baseballschläger kann ich nicht bestätigen, wenngleich in einem Lieferwagen auf dem Gelände ein Baseballschläger lag. Es war ein Toter dabei, bei dem der Schädel zertrümmert war, und einer, bei dem die Stirnfront eingeschlagen war. Die übrigen sind durch Schußeinwirkung umgekommen.

Sie haben ausnahmslos alle Leichen gesehen?

Alle. Und zwei Leichen davon sind möglicherweise durch Schlageinwirkung umgekommen.

Möglicherweise?

Ob das der Baseballschläger war, weiß ich nicht. Sie müssen von der Tatsache ausgehen, daß unsere technische Ausrüstung in einem Fotoapparat bestand. Labortechnische Untersuchungen und ähnliches war überhaupt nicht möglich. Die meisten der Getöteten sind durch Schußverletzungen ums Leben gekommen, teilweise exekutiert, bei Zweien kann man eventuell die Einwirkung einer Handgranate, möglicherweise aber auch Schlageinwirkung feststellen. Ich bin kein Mediziner, ich kann das nicht näher beschreiben. Der Rest ist jedenfalls erschossen worden.

Ist belegbar, daß überhaupt Exekutionen stattfanden?

Das sehen Sie an der Schußwunde. Es sind einige dabei, die durch Schüsse aus kurzer Distanz oder durch aufgesetzte Schüsse umkamen.

Um nochmal zu dem Baseballschläger zurückzukommen: War an diesem Blut oder etwas, was auf Gewalteinwirkung an Menschen schließen lassen würde, feststellbar?

Lediglich am Griff des Schlägers befand sich Blut, das jedoch von den Schußwunden der im Wagen liegenden Leichen stammte. Der Schläger lag an der Seite der Schiebetür eines Lieferwagens, und außerhalb des Fahrzeugs ist nirgendwo ein Baseballschläger gefunden worden.

Auf seiner Pressekonferenz behauptete Scharping, daß ein deutscher OSZE-Beobachter, ein Oberstleutnant, ihm die angeblichen Massaker-Fotos von Rugovo nur unter erheblicher Gefahr und trotz Behinderung durch serbische Behörden habe beschaffen können. Können Sie diese Aussage bestätigen?

Die kann ich nicht bestätigen, weil ich nicht einmal weiß, wer dieser Oberstleutnant überhaupt war. Daß der aber Schwierigkeiten mit den Bildern gehabt hat, kann ich mir kaum vorstellen, weil ich auch keine hatte. Meine Fotos sind nicht mehr bei mir zu Haus, meine Bilder sind in Berlin, und damit ist die Geschichte für mich erledigt. Jedenfalls ist es nicht richtig, daß er die Bilder nicht hätte außer Landes bringen können. Möglicherweise hat er Probleme beim Fotografieren gehabt. Es konnte passieren, daß die serbischen Polizeibeamten ihn daran hindern wollten. Da ist ein Unterschied, auf den ich hinweisen muß: Ich bin natürlich offiziell da gewesen, da ich ja auch der Verbindungsoffizier der OSZE war, und insofern Verbindung zur serbischen Polizei hatte wie auch zu dem Ermittlungsrichter.

In jedem Fall sind Sie als OSZE-Beobachter bei der Inspektion des Tatorts Rugovo durch serbische Behörden nicht behindert worden?

Ich bin nicht behindert worden, im Gegenteil.

Interview: Jan Lißе/Connie Uschtrin

Konkret 07/00, S. 33

Oliver Tolmein

500 »Fehler«

Kriegsverbrecher gibt es nur in Belgrad: Wie die massiven Vorwürfe von Amnesty International gegen die Nato mit einer Generalamnestie beantwortet wurden

»Nato-Streitkräfte haben sich schwere Verstöße gegen das Kriegsrecht zuschulden kommen lassen. Dadurch haben sie unrechtmäßig Zivilisten getötet.« – Die rechtliche Bilanz der »Operation Allied Force« der Nato durch die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International fällt eindeutig aus: In mindestens 90 Fällen haben die Streitkräfte des westlichen Militärbündnisses während des Kosovokriegs Zivilisten oder zivile Ziele angegriffen und haben dabei mindestens 400-600 unbewaffnete Menschen, keine Kombattanten, getötet. Die Schätzungen von Amnesty sind dabei stets am unteren Rand des Denkbaren angesiedelt, auch wenn sich die Gefangenenhilfsorganisation angesichts der schwierigen Informationslage nicht ausschließlich auf Äußerungen der Nato selbst stützt. Neben den Pressemitteilungen des Bündnisses und Stellungnahmen von Militärs und Politikern Medien gegenüber haben die Mitarbeiter von Amnesty International vor allem Informationen ausgewertet, die sie anläßlich eines Treffens mit Generälen im Nato-Hauptquartier in Brüssel im Februar sammeln konnten.

Einer der bemerkenswertesten Angriffe der Nato war die Bombardierung des serbischen Fernsehsenders RTS am 23. April 1999 in Belgrad, die 16 Medienmitarbeitern das Leben kostete. Gegenüber der Öffentlichkeit hat die Nato behauptet, daß die Weigerung eines Mitgliedstaats, ein vom Nato-Stab ausgewähltes Ziel zu zerstören, stets berücksichtigt worden sei und dazu geführt habe, daß der geplante Angriff unterblieb. Im Fall des serbischen Fernsehens wurde von diesem Grundsatz offensichtlich eine Ausnahme gemacht. Einigen Quellen zufolge hat Großbritannien, anderen Quellen zufolge Frankreich den Angriff als Verstoß gegen das Kriegsrecht abgelehnt. Den Vertretern von Amnesty International wurde in Brüssel mitgeteilt, der Angriff sei in diesem Fall nur von einem, allerdings auch auf Nachfragen nicht näher bezeichneten Staat entschieden worden. Gegenüber der Öffentlichkeit vertraten Nato-Sprecher allerdings, daß die serbische Fernsehstation ein legitimes Ziel für einen Angriff darstellte, weil das serbische Fernsehen als Propagandasender für Milosevic dessen militärische Aktionen unterstützte.

Amnesty International erläutert in der Stellungnahme, daß diese Auffassung sich nicht auf internationales Recht stützen kann, sondern in klarem Widerspruch dazu steht: Nur Ziele, deren Zerstörung einen unmittelbaren, klaren militärischen Vorteil bringt, sind nach Artikel 52 Absatz 2 des 1. Zusatzprotokolls zum Genfer Abkommen legitime militärische Ziele. Medien dagegen dürfen nicht, nur weil sie die Moral des Gegners hochhalten, angegriffen werden. Als eindrucksvollstes Beispiel dafür, daß selbst schlimme Formen von Propaganda nach internationalem Recht nicht verboten sind, führt Amnesty den Fall Hans Fritzsche an: Der Nazi-Propagandist, der ab 1942 den deutschen Reichsrundfunk leitete, wurde vom Internationalen Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1946 freigesprochen, weil ihm kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte, die Deutschen zu konkreten Verbrechen anzustiften. Die Kriegführung der Deutschen und Hitlers Politik durch Stimmungsmache zu unterstützen, so die Nürnberger Richter, stelle aber kein zu ahndendes Kriegsverbrechen dar. Eine Position, die in den siebziger Jahren auch vom US-Verhandlungsführer bei den Verhandlungen zum Zusatzprotokoll 1 der Genfer Konventionen von 1949 gestützt wurde: »Es erscheint fragwürdig, Fernsehstudios als legitime Ziele anzusehen, die anzugreifen einen effektiven Beitrag zur militärischen Kriegführung darstellt, nur weil sie Propaganda unter der zivilen Bevölkerung verbreiten.«

Ausführlich setzt sich Amnesty International auch mit dem Gebrauch uranummantelter Geschosse auseinander. 31.000 Salven dieser Munition hat die Nato in den Kriegswochen abgefeuert. Das sei, räumt die Menschenrechtsorganisation ein, nicht per se durch internationales Recht verboten. Allerdings verursache Uran-Munition langfristig durch ihre Abstrahlungen gesundheitliche Schäden bei Zivilpersonen und Militärs. Auch Umweltschädigungen seien wahrscheinlich. Damit verstößt der Gebrauch dieser Munition gegen die Artikel 35 Absätze 2 und 3 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen, die Kriegführungsmethoden verbieten, die »langanhaltende Umweltschädigungen« oder »überflüssige Verletzungen und unnötige Leiden« verursachen.

Als Konsequenz aus der fundierten Analyse der Nato-Verstöße gegen das Kriegsrecht fordert Amnesty International von dem Militärbündnis, daß es sich ausdrücklich dazu bekennt, künftig die Anforderungen des Zusatzprotokolls 1 zu den Genfer Konventionen von 1949 anzuerkennen. Frankreich, die USA und die Türkei, die die Zusatzprotokolle nicht unterzeichnet haben, sollen das umgehend tun. Die Einsatzgrundsätze des westlichen Militärs sollen künftig so gestaltet werden, daß sie Verstöße gegen das Kriegsrecht möglichst ausschließen: Das erfordert zum Beispiel den Verzicht auf Bombardements aus großer Höhe, denn von dort aus können die Piloten nicht erkennen, ob sie ihre Bomben auf Militärs oder Zivilisten werfen. Außerdem soll die Nato die gegen sie erhobenen Vorwürfe selbst untersuchen und eine Internationale Fact-Finding-Commission mit allen erforderlichen Informationen versorgen, sowie dafür sorgen, daß die jeweiligen Militärs auch als Angeklagte vor dem ICTY erscheinen. Die Opfer der illegitimen Nato-Angriffe sollen entschädigt werden.

Die Nato hat auf die detaillierte und auch juristisch differenziert argumentierende Studie von Amnesty mit der pauschalen Behauptung reagiert, die Vorwürfe seien »haltlos« und »schlecht belegt«. Man habe im Verlauf des Krieges lediglich »einige Fehler« gemacht. Weitere Erläuterungen kann sich die Nato auch sparen, da die Chefanklägerin des Internationalen Ad-hoc-Kriegsverbrechertribunals ihr kurz zuvor Absolution erteilt hatte: »Nach intensiver Beschäftigung mit allen Anschuldigungen und Vorwürfen gegen die Nato komme ich zu dem Schluß, daß es keine Basis gibt, die die Aufnahme von Ermittlungen gegen die Nato rechtfertigen könnte. Ich kann zufrieden feststellen, daß die Nato im Verlauf ihrer Bombardements nicht gezielt Zivilisten oder illegitime Angriffsobjekte angegriffen hat.«

Daß Frau del Ponte es nicht einmal für nötig hielt, auf die Vorwürfe detailliert einzugehen und ihre Position juristisch zu begründen, zeigt, wie wenig sich die Chefanklägerin einer internationalen Öffentlichkeit verpflichtet sieht. Es gibt keine Instanz, die ihre Entscheidungen aufheben könnte. Ein dem Klageerzwingungsverfahren im nationalen Recht vergleichbares Institut existiert im internationalen Strafrecht nicht.

Daß nicht einmal der Vorstoß einer unabhängigen und neutralen Organisation wie Amnesty International, die vor Jahren auch die repressive serbische Politik im Kosovo scharf kritisiert hat, auf nennenswerte Resonanz stößt, ist ein wenig ermutigendes Signal für die weitere Zukunft der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Die NGOs, die sich jetzt für die Schaffung des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes stark machen, werden sich, sollte es dazu kommen, möglicherweise mit einem machtpolitisch ähnlich instrumentalisierbaren Gremium wie dem heutigen Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien konfrontiert sehen.

Der Report von Amnesty kann über http://www.amnesty.org/ailib/intcam/kosovo/

index.html aufgerufen werden.

Oliver Tolmein hat gerade das Buch »Welt Macht Recht« veröffentlicht (Konkret Literatur Verlag, 160 Seiten, 28 Mark)

Konkret 07/00, S. 34

Samuel Salzborn

Deutscher Glücksfall

Die Deutschen stellen sich ihre Geschichte: Nach dem Holocaust-Mahnmal soll jetzt eine »Vertriebenen«-Gedenkstätte in Berlin errichtet werden

Irgendwann ist mal Schluß. Nachdem man sich Jahre, ja Jahrzehnte hat vorhalten lassen müssen, wie schlimm es die Deutschen »unter den Nazis« trieben, muß jetzt Zeit sein für die eigene Trauer. Man will schließlich auch selbst mal weinen dürfen und nicht immer nur den anderen neidisch dabei zusehen. Zu einer richtigen Trauer gehört vor allem eine eigene Gedenkstätte. Die fehlte bisher. Deshalb will der Bund der Vertriebenen (BdV) jetzt nachhelfen und für sich und die Deutschen Entsprechendes in die Wege leiten. Im Zentrum der Bundeshauptstadt will man sie plazieren, die Gedenkstätte, und bereits in fünf Jahren eröffnen. Tragen wird sie den im Zuge des Kosovokriegs populär gewordenen Titel »Zentrum gegen Vertreibungen«.

Den Ort haben die »Vertriebenen« mit Bedacht gewählt: Berlin Mitte – »damit die Menschen es auch erreichen«, wie BdV-Präsidentin Erika Steinbach bei der öffentlichen Präsentation des Projekts Anfang Juni erklärte. Am liebsten würde man das Zentrum im übergangsweise als Bundeskanzleramt genutzten ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude einquartieren. Wenn daraus nichts werden sollte, muß der Bund eben ein anderes Gebäude für das BdV-Zentrum zur Verfügung stellen, fordert Steinbach. Hauptsache »repräsentativ«. Denn nichts soll dem Zufall überlassen werden bei dem großen deutschen Opferzentrum. Vor allem sollen Mißverständnisse vermieden werden. So etwa der Verdacht, die Ortswahl des BdV-Zentrums könnte etwas mit Bestrebungen zur Holocaust-Relativierung zu tun haben. Hätte man allerdings früher noch versucht, diesen Vorwurf verschämt zu ignorieren oder auch weit von sich zu weisen, gehen die »Vertriebenen« heute zur Offensive über. Die Opfer der Deutschen werden in die deutsche Opfergemeinschaft eingemeindet, zumindest verbal, und aus der historischen Realität werden diffus-mystische »geschichtliche Zusammenhänge«, bei denen irgendwie alles mit allem zu tun hat und haben darf, solange gesichert bleibt, daß die Deutschen auch doll gelitten haben.

Deshalb soll das »Zentrum gegen Vertreibungen« auch in »geschichtlicher und räumlicher Nähe« zum Holocaust-Mahnmal entstehen. Als konzeptionelles Vorbild für sein Zentrum nennt der Vertriebenenbund das Holocaust Memorial Museum in Washington. BdV-Präsidentin Steinbach, die für die CDU im Bundestag sitzt, begründet den Wunsch nach historischer Nähe mit den Worten: »Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene miteinander. Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll auch Thema in unserem Zentrum sein.« Die Juden, konkretisierte Steinbach ihre Theorie Ende Mai gegenüber der »Leipziger Volkszeitung«, seien »letzten Endes in der ersten Phase auch Vertreibungsopfer« gewesen.

Unter den Tisch fallen bei den Ausführungen der Frankfurter Christdemokratin nur die Fakten. Etwa, daß die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde. Oder auch, daß bei der Umsiedlung der Deutschen im Gegensatz zur Massenvernichtung der europäischen Juden durch die Deutschen von »Rassenwahn« nicht gesprochen werden kann. Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen, sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern – schließlich hatten die sogenannten deutschen Minderheiten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt und, so sich die Gelegenheit ergab, ihre einmarschierenden Volksgenossen mit ausgestrecktem rechten Arm begrüßt. Das war die Basis für die Zerstörung der osteuropäischen Nationalstaaten und letztlich ein zentraler Aspekt bei der Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik.

Wie absurd die Behauptung ist, die Deutschen seien aus rassistischen Gründen umgesiedelt worden, zeigt etwa die Politik der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Durch eine der unter dem Namen Benes-Dekrete bekannten tschechoslowakischen Verfassungsbestimmungen wurde den Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen. Personen, die für die Befreiung der Tschechoslowakei gekämpft oder anderweitig antifaschistische Arbeit geleistet hatten, waren hiervon allerdings explizit ausgenommen. Nur gab es einfach so gut wie keine Antifaschisten, die sich gleichzeitig auch als »Sudetendeutsche« verstanden. Wie denn auch: Der Begriff »Sudetendeutsche« war Anfang des Jahrhunderts gerade zum Zweck der völkischen Segmentierung erfunden worden, deren wichtigstes Ziel die Zerschlagung der Tschechoslowakei wurde. Müßig zu erwähnen, daß bei der Reichstagsergänzungswahl Ende 1938 bei einer Wahlbeteiligung von fast hundert Prozent unter den »Sudetendeutschen« mehr als 98 Prozent für die Nazis stimmten. Aber was sind schon Fakten, wenn es ums deutsche Trauern gehen soll. Schließlich soll es den Menschen »ans Gemüt« gehen, hofft die BdV-Chefin.

Der Spaß darf denn auch einiges kosten. Als Stiftungskapital für die das »Zentrum gegen Vertreibungen« tragende »Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen« werden 160 Millionen Mark veranschlagt, die nach BdV-Angaben teilweise vom Bund, teilweise von den Ländern übernommen werden sollen. Der Betrag soll in jährlichen Raten von jeweils 32 Millionen Mark geleistet werden, so daß die Gesamtsumme nach fünf Jahren auf dem Konto der Vertreibungsstiftung verbucht sein soll.

Die fertige Konzeption für Stiftung und Zentrum hat der BdV inzwischen an Bundeskanzler Schröder geschickt, der dem Vorhaben des Vertriebenenverbandes »sehr aufgeschlossen« gegenüberstehe, wie BdV-Präsidentin Steinbach betont. Bereits Anfang des Jahres hatte Schröder in einer Unterredung mit Steinbach das Engagement des BdV begrüßt. An dem Gespräch beteiligte sich auch Bundesinnenminister Schily, der sich ebenfalls für das BdV-Projekt stark machen will. Überhaupt ist die Liste mit den Namen der Unterstützer für das »Zentrum gegen Vertreibungen« lang: Neben dem Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, György Konrád, findet sich darauf auch der SPD-Politiker Peter Glotz, ferner der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, sowie der bei solchen Projekten obligate Tilman Zülch, seines Zeichens bis vor kurzem Vorsitzender der völkischen Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und künftig verstärkt für die GfbV-International tätig. Natürlich fehlen auch Arnulf Baring und Freya Klier auf der Liste nicht. Seinen Rat bei der Realisierung des »Zentrums gegen Vertreibungen« will der Berliner Kultursenator Christoph Stölzl beisteuern, der bis Ende letzten Jahres noch als Museumsdirektor im Deutschen Historischen Museum seine Brötchen verdient hat. Unterstützung zugesagt haben inzwischen auch zahlreiche Regierungschefs der Länder. Unter ihnen: Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin. Als die Diskussion um den Bau eines Mahnmals für die während des Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden kreiste, war Diepgen einer derjenigen, die sich am lautesten gegen diese Gedenkstätte aussprachen. Beim BdV-Zentrum steht er jetzt konsequenterweise in vorderster Front der Fürsprecher.

Und da steht er auch richtig. Denn auch der Hauptstadt-Bürgermeister will wie all die anderen Vertreibungszentrumsprotagonisten seinen Teil dazu beitragen, daß am Ende vielleicht doch die Deutschen als Opfer dastehen. So gesehen war die zur Vertreibung stilisierte Flucht und Umsiedlung der Deutschen geradezu ein Glücksfall. Jedenfalls für die Deutschen.

Von Samuel Salzborn erschien kürzlich: »Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände«, Elefanten Press Verlag, Berlin 2000, 222 Seiten, 29,90 Mark

Konkret 07/00, S. 36

Rolf Surmann

Ein Schurkenstaat

Nach dem Abschluß der Verhandlungen über die Entschädigung von Zwangsarbeitern bleiben den NS-Verfolgten nicht mehr viele Möglichkeiten, Ansprüche gegenüber der deutschen Wirtschaft und ihrem Staat durchzusetzen. Reparationsforderungen sind, wie das Beispiel Griechenland zeigt, eine davon

Sie schienen tatsächlich geschockt, die deutschen Politiker, als das Wort »Reparationen« fiel. Aber der Begriff war natürlich nicht allein die Ursache für das heftige Erschrecken. Es resultierte mindestens ebenso aus dem Umstand, daß es die US-Regierung war, die in der Schlußphase der Verhandlungen über die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern die Behandlung dieses Themas einforderte. Solche Forderungen sind der deutschen Seite zwar nicht neu. Doch glaubte sie bisher, daß es an diesem Punkt nicht einmal einer »moralischen Geste« bedürfe. Denn allenfalls einige nicht hinreichend »zukunftsorientierte« Staaten schienen davon nicht lassen zu wollen.

Zu diesen gehört Griechenland. Seit etlichen Jahren haben Bürger dieses Landes ihre Anstrengungen verstärkt, von der Bundesregierung Entschädigungszahlungen für die deutschen Verbrechen einzufordern (s. KONKRET 4/99). Denn nicht nur in mittlerweile bekannten Orten wie Lidice oder Oradour, sondern auch in Distomo, Kalavrita oder Kandanos praktizierte insbesondere die Wehrmacht ihre Form der Menschenvernichtung. 1.339 ganz oder teilweise zerstörte Ortschaften bis Mitte 1944 zählte bereits die griechische Exilregierung. Nach Kriegsende wurde festgestellt, daß 460 Ortschaften vollständig zerstört und zirka 30.000 Menschen ermordet worden waren. Von deutscher Seite wurden die Massaker in der Regel als »Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen« für Partisanen- und andere Widerstandsaktionen gerechtfertigt. Die Klage der Opfer von Distomo und ihrer Nachfahren ist deshalb zum Leitprojekt für über 10.000 Klagen geworden, die in Griechenland mittlerweile erhoben wurden. Über das, was in Distomo geschah, stellte selbst das Bonner Landgericht im Juni 1997 fest: »Nach der Rückkunft in Distomo wurden zunächst zwölf Gefangene und anschließend die gesamte im Ort verbliebene Bevölkerung ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht umgebracht, die Häuser wurden systematisch durchsucht und anschließend niedergebrannt. Insgesamt wurden etwa 218 Menschen ermordet.«

Der Entschädigungsbetrag für die Wehrmachtsopfer von Distomo, vom Landgericht in Livadia auf etwa 60 Millionen Mark veranschlagt, macht allerdings nur einen kleinen Teil der Summe aus, die Deutschland den Griechen schuldet. Auf zirka 7,5 Milliarden US-Dollar wurden die griechischen Ansprüche 1946 auf der Pariser Reparationskonferenz beziffert. Das entspräche heute etwa 50 Milliarden Dollar. Dazu gehören auch Forderungen, die noch aus dem Ersten Weltkrieg herrühren. Als die Klage in Livadia verhandelt wurde, zeigte sich die deutsche Seite dennoch allenfalls mäßig interessiert. Denn sie schien ihr lediglich als eine beliebige unter den unzähligen weltweiten Bemühungen von NS-Opfern, selbst nach Jahrzehnten erfolglosen Kampfes ihre Rechte weiterhin geltend zu machen. Angesichts der geübten und in der Regel erfolgreichen Routine grundsätzlicher Zurückweisung wurde sie allenfalls für eine Kuriosität gehalten. Nicht einmal eine Stellungnahme schien vonnöten. Allerdings legte man in letzter Minute Berufung ein.

Im Mai dieses Jahres fällte dann das oberste griechische Gericht, der Areopag, sein endgültiges Urteil (s. KONKRET 6/2000). Er stellte fest: »Um sich zu rächen, kehrten die Deutschen nach Distomo zurück und befahlen den Einwohnern, sich in ihren Häusern einzuschließen. Danach umzingelten sie das Dorf, stellten an dessen Ausgängen Wachen auf und begannen mit einem Massenschlachten, das an Grausamkeit alles übertraf, was die Menschheit im Laufe der Jahrhunderte erlebt hat. Nachdem die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten die zwölf Geiseln, die sie mit sich führten, getötet hatten, teilten sie sich in Gruppen auf, drangen in die Häuser ein und fielen wie wilde Tiere über die unglücklichen Einwohner von Distomo her, metzelten sie nieder, ermordeten sie, vergewaltigten Frauen und junge Mädchen, schnitten Schwangeren die Bäuche auf. Alte, Junge, Frauen, unmündige Jungen und Mädchen und sogar Kleinkinder waren Opfer ihres Blutrauschs.«

Es überrascht nicht, daß eine solche Tat in Deutschland keine besonderen Reaktionen hervorrief. Ist man doch hier vor allem damit beschäftigt, erste Ansätze zur Aufarbeitung der Wehrmachtsverbrechen als Fälschung zu diskreditieren oder Wehrmachtsdeserteuren die uneingeschränkte Rehabilitierung auch weiterhin zu verweigern. Eine solche Haltung hat in der Bundesrepublik zudem eine rechtsstaatliche Tradition (Norman Paech: »Wehrmachtsverbrechen in Griechenland«, in: »Kritische Justiz« 3/99). Sie entstand im Verlauf der Bemühungen, die Täter zu entlasten und sie – wenn es denn zu einem Prozeß kam – in Wehrmachtsdiktion freizusprechen. So wurde in einem Verfahren vor dem Landgericht Augsburg als »völkerrechtliche Notwehr« definiert, wenn »verdächtige Personen, die sich im Vorfeld der deutschen Hauptkampflinie aufhielten und nicht sofort als harmlos zu erkennen waren, ohne Standgerichtsurteile auf Befehl von Offizieren erschossen wurden«. Die Mörder von sechs Zivilisten auf Kreta wurden deshalb freigesprochen. Das Urteil machte Schule und führte dazu, daß trotz Hunderter Verfahren in Griechenland deutsche Gerichte keinen der damals in Griechenland tätigen Mörder in Uniform verurteilten. So begründete die Staatsanwaltschaft Bochum die Einstellung eines Verfahrens mit dem zusätzlichen Hinweis, diese Verbrechen seien »zulässige völkerrechtsmäßige Mittel (gewesen), die Gegner, die Partisanen, zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen«.

Daneben werden von deutscher Seite weitere Gründe angeführt, die teils naßforsch, teils bemüht die Weigerung rechtfertigen sollen, für Kriegsverbrechen Entschädigung zu zahlen oder alte Kredite abzulösen. So wird gezielt die Lüge verbreitet und von den Zeitungen nachgedruckt, mit dem 1961 zwischen Griechenland und der Bundesrepublik abgeschlossenen Vertrag über »Leistungen zugunsten griechischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen sind«, seien die strittigen Fragen geregelt. Tatsächlich enthält Artikel 3 dieses Vertrages jedoch den Vorbehalt, etwaige Forderungen griechischer Bürger seien hiervon nicht betroffen. Außerdem gibt es einen begleitenden Briefwechsel, in dem die griechische Regierung darauf hinweist, daß sie auf die nach dem Londoner Schuldenabkommen noch offenen Punkte zurückkommen werde. Es kommt auch vor, daß die Bundesregierung Fragesteller mit der Antwort bescheidet, »nach Ablauf von 50 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der internationalen Staatengemeinschaft (hat) die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren«. Nicht zuletzt werden Urteile griechischer Gerichte hierzulande nicht anerkannt, verletzen sie nach deutscher Auffassung doch die »Staatenimmunität«, derzufolge Staaten von Gerichten außerhalb ihres Hoheitsbereichs nicht rechtswirksam verurteilt werden können.

Es ist also offensichtlich, daß Erinnerungspolitik wie üblich in der Form einer tief gestaffelten Abwehr betrieben wird. Hiergegen kann ein kleines Land wie Griechenland, das zum Beispiel auf die deutsche Zustimmung bei seiner für 2001 geplanten Aufnahme in die Euro-Zone angewiesen ist, nicht viel ausrichten. Es verwundert daher nicht, daß die griechische Regierung kaum Anstalten macht, die »vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit« mit der Bundesregierung in Frage zu stellen. So schien es für die deutsche Seite nun nur noch darauf anzukommen, mit der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft einen letzten Schlußstrich unter alle Entschädigungsforderungen zu ziehen.

Entsprechend nervös reagierten deshalb deutsche Politiker, als die amerikanische Seite die Reparationsfrage ansprach. Zwar erklärte die US-Delegation nach heftigen Protesten der Deutschen, daß sie keine Reparationsforderungen mehr erheben werde. Doch war damit der Eindruck nicht aus der Welt geschafft, daß es offensichtlich nicht nur ein paar ewiggestrige Querulanten in Griechenland sind, für die diese Auseinandersetzung noch nicht abgeschlossen ist. Die Aufwertung der griechischen Position ergab sich nämlich auch aus der Urteilsbegründung des Areopags. Er orientierte sich an einem Urteil, das in den 90er Jahren in den USA gefällt worden war. Dort hatte ein ehemaliger NS-Zwangsarbeiter auf Entschädigung geklagt und war in der ersten Instanz erfolgreich gewesen. Das Gericht hatte befunden, Deutschland könne sich nicht auf den Grundsatz der Staatenimmunität berufen, weil dies angesichts der NS-Verbrechen Rechtsmißbrauch sei. Ähnlich argumentiert nun der Areopag. Seine Position wird zudem durch die bekannte Entwicklung in der internationalen Gesetzgebung unterstützt, die Staatenimmunität derjenigen Länder einzuschränken, die von den Mächtigen dieser Welt zu »Schurkenstaaten« erklärt werden. Auf deutscher Seite wird diese Entwicklung deshalb durchaus ernst genommen. So titelte die »FAZ« ungewohnt ängstlich: »Genießt Deutschland Staatenimmunität?«; das Blatt befürchtete eine »Welle weiterer Prozesse«. Die »Frankfurter Rundschau« schockte ihre Leser mit der Schlagzeile »Ansprüche, die ins Astronomische gehen« und schlug angesichts der Perspektive, daß »Zehntausende griechischer NS-Opfer ... gegen Deutschland klagen (können)«, gleich vor, man solle besser eine Verhandlungslösung anstreben.

Die Forderungen der griechischen NS-Opfer haben damit in einer Zeit, in der Deutschland sich endgültig seiner historischen Verpflichtungen entledigen will, eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen bekommen, diesen Plan zu vereiteln. Das läßt darauf hoffen, daß sich der Druck auf die deutsche Regierung verstärken wird, weitere offene Fragen zu regeln. Hierzu gehört die Entschädigung derjenigen, die vom Abkommen über die Entschädigung von Zwangsarbeit weiterhin ausgeschlossen bleiben bzw. damit auch gar nicht gemeint sind, ebenso wie die Haftung für Vermögensschäden. Auch für die Auseinandersetzung über Reparationen kann ein Präzedenzfall geschaffen werden. Denn läßt sich die Bundesregierung auf eine politische Lösung ein, dann tut sie genau das, was sie mehr als 50 Jahre lang zu vermeiden wußte.

Doch der Versuch, sich der Forderungen von NS-Verfolgten endgültig zu entledigen, wird auch unter einem anderen Aspekt möglicherweise nicht erfolgreich sein. Trotz der Drohung aus Wirtschaftskreisen, zur letzten Verhandlungsrunde über die Bundesstiftung erst gar nicht nach Washington zu reisen und alle bisherigen Ergebnisse aufzukündigen, falls den deutschen Unternehmen nicht hundertprozentige »Rechtssicherheit« zugesichert werde, erklärte der US-Verhandlungsleiter Eizenstat nach Abschluß der Gespräche lediglich, die US-Regierung werde den wegen Zwangsarbeit verklagten Unternehmen zur Seite stehen. Das wird die hiesige Wirtschaft wohl davor schützen, wegen dieses Punktes ernsthafte juristische Schwierigkeiten zu bekommen. Denn die bisher eingereichten Sammelklagen werden zu einem Verfahren zusammengefaßt und dann auf Grundlage des Statements of Interest an die Bundesstiftung verwiesen. Auch mag sie über die Reichweite der »Rechtssicherheit« erfreut sein, die selbst die nicht zahlungsbereiten Firmen einbezieht, während die NS-Opfer lediglich auf das Wort der deutschen Wirtschaftsführer angewiesen bleiben und mit ihrer Antragstellung auf jegliche Rechtsansprüche zu verzichten haben.

Das wird die deutsche Wirtschaft aber kaum vor anderen Klagen bewahren. Der Münchner Anwalt Michael Witti sieht denn auch für Themen, bei denen es der deutschen Seite gelungen ist, materielle Ansprüche aus dem Abkommen »herauszuverhandeln«, gute Aussichten für die Annahme von Sammelklagen bei US-Gerichten. Er und seine Kollegen bereiten deshalb gerade ein Verfahren vor, in dem jüdische KZ-Opfer ihre Vermögensansprüche gegenüber der Deutschen

und der Dresdner Bank geltend machen. Ob diese Klagen Aussicht auf Erfolg haben werden, ist offen. Möglich ist auch, daß »der Einzelne fast keinen Rückhalt findet und untergeht« (Witti).

Rolf Surmann schrieb in KONKRET 1/2000 über »Erinnerungskultur« im Fort Zinna

Konkret 07/00, S. 38

Karlludwig Rintelen

Flott, aber flach

Anmerkungen zu Georg Fülberth, Reinhard Opitz und der Röhm-Affäre

Georg Fülberth ist ein vorzüglicher Ideologiekritiker und ausgewiesener Kenner der politischen Ökonomie; dazu einer der flottesten linken Autoren. Bisweilen jedoch schreibt er ein wenig zu flott. In: »Die Sache mit Röhm« (KONKRET 6/2000, S. 34f.) kritisiert er Reinhard Opitz' Monopolgruppentheorie in ihrer Anwendung auf die Röhm-Affäre. Zu diesem Zweck zitiert er, gleich zweimal, aus dem *Zeitalter der Extreme* des großen Eric Hobsbawm. »Niemals«, so Hobsbawm, sei der Faschismus »Ausdruck des ›Monopolkapitalismus‹ oder Großunternehmertums gewesen«. Acht Zeilen darunter: »Der Faschismus war ›kein stärkerer Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals‹ als der amerikanische New Deal, die britischen Labour-Regierungen oder die Weimarer Republik«1. Was denn nun: »*niemals* ... Ausdruck« oder »*kein stärkerer* Ausdruck«? Beides geht nicht, weder logisch noch der Sache nach2.

Auf dieser brüchigen Grundlage nun behauptet Fülberth, die Auffassung des Marxisten Hobsbawm widerspreche »strikt« der des Marxisten Opitz. Aber so ist das nicht. Vergißt man das erste Hobsbawm-Zitat Fülberths (man muß das um der Logik und der Sache willen) und nimmt das zweite ernst, so gibt es keinen Widerspruch zwischen Hobsbawm und Opitz, schon gar nicht einen »strikten«. Denn in der Tat: *Immer* seit etwa einhundert Jahren ist das jeweilige politische Regime in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften »Ausdruck« der Interessen des Monopolkapitals; Ausdruck allerdings zwar jeweils sehr ähnlicher, aber doch auch immer wieder andersartiger Interessen. Ob dieser »Ausdruck« aber jeweils »stärker« oder schwächer war, ist schwer zu entscheiden. Opitz jedenfalls äußert sich dazu nicht: Er stellt keine internationalen Vergleiche an. Und Hobsbawm sagt nur, immer handele es sich um einen *gleich* starken »Ausdruck«. Mithin: Fülberth liest die Hobsbawm-Texte zu flott und konstruiert demzufolge zu flott einen Widerspruch, der so nicht existiert, sich aber zu Ungunsten der Opitz-Theorien auswirkt oder auszuwirken scheint.

Ähnliches gilt für Fülberths weitere Kritik an Opitz: Er arbeite nicht klar genug heraus, daß die faschistische Agitation gegenüber den ökonomisch-monopolistischen Gruppen ein »relatives Eigenleben« hatte. Das hier vorliegende »Moment der teilweisen Verselbständigung« berücksichtige Opitz nicht hinreichend. Wenn er beispielsweise die Frage zu beantworten suche, wie denn der faschistische Antisemitismus und seine Politik der Judenverfolgung und Judenvernichtung mit den Interessen des Monopolkapitals zusammenhänge, erörtere er nicht, »daß das ideologische Material – der Antisemitismus – ... älter war als die politischen Zwecke, denen es jetzt diente«. Hätte er das berücksichtigt, dann wäre deutlich geworden, daß die antisemitische Ideologie nicht »wirkungsmächtig« geworden sei *allein* durch ihre strategische Anbindung an die Interessen des Monopolkapitals, »sondern auch durch (ihre) relative Selbständigkeit«.

Tatsächlich erörtert Opitz hier nicht, da hat Fülberth recht, daß der Antisemitismus älter war als die Interessen des Monopolkapitals im deutschen Faschismus. Andernorts aber, und das übersieht Fülberth, gibt Opitz solche Hinweise sehr oft. Beispielsweise: Es habe sich seit 1936 die »IG-Farben-Konzeption des globalen Krieges gleichzeitig gegen alle Weltmächte« *verschmolzen* mit der viel älteren alldeutsch-völkischen ›Tradition‹ der Schaffung feindfreier Großräume durch »Rassenselektionspolitik«, »Umsiedlung und perspektivische Vernichtung aller ... unbotmäßigen Gruppierungen«3. Oder: Erwiesen sei der Zusammenhang zwischen »den der NSDAP zeitlich vielfach lange vorhergehenden völkisch-antisemitischen Parteien und Vereinigungen« und dem »›alldeutsch‹ orientierten Kapital der Montanindustrie«4.

Warum eigentlich hält Fülberth seine Kritik an Opitz für erforderlich? Folgende Ursache ist möglich und würde auch, zumindest teilweise, einleuchten: Opitz' Monopolgruppentheorie hängt zusammen mit der von Lenin entworfenen, dann besonders in der UdSSR und der DDR, aber auch in Westdeutschland, weiterentwickelten Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokaptheorie). Dieser wird seit längerem vorgeworfen, sie sehe Theorien und Ideologien und deren politische Ausformungen lediglich als unselbständige Funktionen ökonomischer Prozesse und Strukturen5. Nun hat sich schon Engels gegen solche Einseitigkeit zur Wehr gesetzt und die *Wechselwirkung* von Basis und Überbau betont6. Dennoch sind oder klingen Texte von Autoren, die der Stamokaptheorie nahestehen, oft im hier gemeinten Sinn einseitig. Das trifft auch für Opitz zu. So resümiert er seine Forschungen zur Röhm-Affäre wie folgt: Die Rivalität zwischen Reichswehrführung und SA-Führung, die am 30. Juni 1934 von Hitler, Himmler und Göring blutig gegen Röhm entschieden wurde, habe »zum Hintergrund« gehabt die Rivalität der beiden Monopolgruppen Chemie/Elektro (Neue Industrien)/Deutsche Bank einerseits und andererseits Montanindustrie (Alte Industrien)/

Thyssen/Schacht7. *Zum Hintergrund!* Das klingt, als wolle er sagen: Die Marionetten Röhm/SA sowie Himmler/SS agieren im Vordergrund; im Hintergrund stehen als die eigentlichen Verursacher des blutigen Konflikts die beiden Monopolgruppen. Es mag sein, daß Fülberth das so liest und daher gegensteuern möchte. In Wirklichkeit aber stellt Opitz die überaus komplizierten Wechselwirkungen zwischen den beiden Ebenen so sorgfältig wie nur möglich dar. Allerdings meint er, wenn ich das richtig verstehe, Wechselwirkungen auf der Grundlage der sich »in letzter Instanz« (Engels)

durchsetzenden ökonomischen Gegebenheiten, hier also besonders der Kapitalgruppen und Kapitalfraktionen mit ihren gegensätzlichen, bisweilen aber auch gleichlaufenden Interessen.

Man mag auch diese durchaus differenzierende Sicht und Darstellung noch als einseitig ansehen. Was aber im Gegensatz dazu eine völlig undifferenzierte und einseitige Sicht ist, das läßt sich, im Zusammenhang mit der Darstellung der Röhmaffäre, an einem allseits gerühmten Buch deutlich machen: an Ulrich Herberts Arbeit über Werner Best, den lange kaum wahrgenommenen vierten Mann hinter Hitler, Himmler und Heydrich8. Best, Volljurist und überzeugter Nationalsozialist, war als 31jähriger SS- und SD-Führer seit März 1934 zuständig für die Beobachtung der SA-Führung und der ›Reaktion‹ sowie für Planung und Vorbereitung der Maßnahmen gegen Röhm. An der Herstellung der Proskriptionsliste mit den Namen der Opfer von Verhaftung und Mord war er maßgeblich beteiligt. Herbert stellt die in seiner Sicht wichtigen Vorgänge vor und nach der Ermordung Röhms am 30. Juni 1934 auf der Grundlage beträchtlicher Literatur- und Quellenkenntnis minutiös dar. Das liest sich spannend. Der Leser lernt viel.

Schlechterdings nichts allerdings lernt er über die Kapitalgruppen oder auch die Interessengruppen der Großlandwirtschaft, die völlig zweifelsfrei mit den Gruppen um Röhm und mit den Gruppen seiner Gegner wie Himmler und Göring sehr eng verbunden waren. Daher wird auch auf zentrale Figuren wie Schacht, Thyssen, Kirdorf, Hugenberg, Krupp, Hindenburg oder Schleicher, Bosch, Gattineau in den hier in Betracht kommenden Zusammenhängen mit keinem Wort hingewiesen. Dem entspricht, daß Herbert die Arbeiten von Opitz und dessen DDR-Vorläufer Kurt Gossweiler nicht erwähnt: Er kennt sie wahrscheinlich nicht. Kurz: Es wäre der Klärung der hier einschlägigen Probleme wahrscheinlich dienlicher, wenn ein Mann von der ideologiekritischen und politökonomischen Kompetenz Georg Fülberths nicht gar zu flott den Marxisten Reinhard Opitz kritisierte, sondern – so fundiert und energisch wie bei ihm üblich – die bürgerlich-verdunkelnde Einseitigkeit und Engstirnigkeit von Autoren wie Ulrich Herbert attackierte.

Anmerkungen

1 KONKRET 6/2000, S. 34.

2 Auch Hobsbawm schreibt eben bisweilen zu flott. Man muß höllisch aufpassen. Sonst glaubt man ihm z. B., die Studentenunruhen 1968ff. hätten sich gegen alles gerichtet, »was – wie vage und blind auch immer – als Charakteristikum (der kapitalistischen) Gesellschaft gesehen wurde« (*Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 380). »Wie vage und blind auch immer«: Das sagt Hobsbawm einfach so dahin, als ob es bei den 68ern nicht eine immer präziser werdende Kapitalismusanalyse und -kritik gegeben hätte – bis hin zu den weder vagen noch blinden »Herforder Thesen«.

3 Reinhard Opitz: *Faschismus und Neofaschismus*, Bonn 1996, S. 148f.

4 Ders.: *Liberalismus, Faschismus, Integration*, Band III: Die »Röhm-Affaire«, S. 145.

5 Vgl. z. B. Jürgen Kocka in: *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Herausgegeben von H. A. Winkler, Göttingen 1974, S. 26f.

6 z. B.: MEW 37, S. 463f. oder MEW 39, S. 98 und S. 206.

7 Wie Anm. 4, S. 143, S. 133 (Himmler), S. 96 (»hinter« Göring stehe der »Schacht-Thyssen-Flügel der Ruhrkapitals«)

8 Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996 (3. Auflage), dort besonders S. 133-149.

Karlludwig Rintelen, Gymnasialdirektor i. R., hat zahlreiche Aufsätze in der »Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)«, in den »Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)« und in »TOPOS – Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie« veröffentlicht. 1993 erschien sein Buch »Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer, Freund Friedrich Eberts, Reichskanzler. Eine politische Biographie«

Konkret 07/00, S. 40

Ralf Schröder

Wir lügen vor Madagaskar

Die fortschreitende Ruinierung Afrikas wird an Trostlosigkeit nur noch vom zugehörigen deutschen Diskurs übertroffen

Afrika 2000: Trotz der Anwesenheit von Uno-Soldaten flammt der Bürgerkrieg in Sierra Leone wieder auf. In Simbabwe werden die Farmen weißer Landwirte von landlosen Proleten besetzt, vier der Grundherren kommen dabei zu Tode. Der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea eskaliert, gleichzeitig droht in Teilen Äthiopiens eine Hungersnot. Fortsetzung der inneren Kriege in Kongo-Kinshasa, in Angola, im Sudan. Die »FAZ« faßt zusammen: »Vier Jahrzehnte nach seiner Unabhängigkeit stehen große Teile Afrikas am Abgrund ... Daß die Vereinten Nationen das Jahr 2000 zum ›Year of Africa‹ erklärt haben, mutet wie ein Witz an.« Einschätzungen, die Bartholomäus Grill, der Afrika-Experte der »Zeit«, teilt: »Die Befindlichkeit des schwarzen Erdteils an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist so niederschmetternd wie nie zuvor«, und deshalb müsse mit alten Illusionen aufgeräumt werden: »Ist es der Weltgemeinde zu verdenken, wenn sie Afrika allmählich als hoffnungslosen Fall abschreibt?«

Eigentlich eine erstaunliche Schlußfolgerung: Noch vor einigen Jahren nämlich hatte sich die Weltgemeinde Afrikas Zukunft ganz anders vorgestellt. In einem Konzeptpapier des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hieß es 1992 mit Blick auf die künftige Mittelvergabe an die Länder südlich der Sahara kurz und bündig: »Die Schaffung demokratischer Regierungsformen und die ordnungspolitische Neuorientierung in vielen Ländern werden neue Kräfte freisetzen.« Bereits ein Jahr zuvor hatten die G7-Staaten auf ihrem Londoner Gipfel eine entsprechend optimistische wirtschaftspolitische Erklärung verabschiedet: »Afrika verdient unser besonderes Augenmerk. Die von den afrikanischen Regierungen erzielten Fortschritte in Richtung auf solide Wirtschaftspraktiken, Demokratie und Verantwortlichkeit verbessern die Wachstumsaussichten ihrer Länder.«

Entsprechend war zu Beginn der neunziger Jahre in der Zeitung fast täglich etwas über den »Wind of change« oder »Afrikas zweite Befreiung« zu lesen. Der Journalist Walter Michler hat 1991 diese Stimmung in einem »Taz«-Interview idealtypisch zusammengefaßt: »Politisch ist in der Tat eine neue Ära angebrochen. Schwarzafrika erlebt derzeit seine zweite Wiedergeburt. Wie vor dreißig Jahren wird es erneut von einem Wind des Wandels durchströmt. Rund zwanzig Staaten haben sich während der letzten anderthalb Jahre für den Weg zur Mehrparteiendemokratie entschieden – mehr als die Hälfte Schwarzafrikas. Praktisch alle Staaten, die auf den Marxismus-Leninismus eingeschworen waren, haben sich in den letzten anderthalb Jahren von dieser Ideologie losgesagt. Man muß folglich von einer eigenen afrikanischen Perestroika sprechen.« Die »friedliche Revolution« ziele »unmißverständlich auf die Demokratisierung, auf die Bürgerrechte, wie wir sie auch in den westlichen Demokratien kennen«.

Auch anderweitig wurde der hiesige Afrika-Diskurs umgepolt. Die vom Westen installierten antisowjetischen Marionettenregime, während der siebziger und achtziger Jahre als Stabilitätsfaktoren gegen jede Kritik von links verteidigt, wurden plötzlich ebenfalls mit den bis dahin für prosowjetische Regierungen reservierten Schimpfworten bedacht. Die »Süddeutsche Zeitung« sprach 1991 von »diktatorischen Ein-Mann-Regimes«, der Politologe Ulrich Menzel forderte vom Westen einen härteren Umgang mit den »korrupten Eliten« Afrikas. Zwei hohe BMZ-Beamte formulierten die neue Richtung in einem Aufsatz für die entwicklungspolitische Zeitschrift »E+Z« (10/91) etwas dezenter: »Die Vernachlässigung interner Entwicklungshemmnisse durch Imperialismus- und Dependenztheoretiker spielte auf frappante Weise jenen Eliten in der Dritten Welt in die Hände, die ausbleibende Entwicklungserfolge einseitig dem Rückgang der Rohstoffpreise und dem Protektionismus anlasteten.«

Von einigem Interesse für den aktuellen Afrika-Diskurs sind auch die Beichten, die westliche Politiker und Politikberater nach 1990 ablegten. Ohne große Umstände bekannte man sich nach dem Kollaps des sowjetischen Feindsystems reihenweise und unter demonstrativem Vorzeigen nachträglicher Skrupel zu der Wahrheit, man habe während des Kalten Kriegs durchaus üble Gestalten in afrikanischen Regierungspalästen plaziert. Der deutsche Entwicklungshilfeminister Warnke (CSU) wurde 1991 mit der Bemerkung zitiert, die BRD habe in der Vergangenheit in Afrika »auch solchen Ländern Hilfe angeboten, in denen Menschenrechte wie Meinungsvielfalt und Religionsfreiheit nicht einmal ansatzweise erfüllt waren«. Solche Geständnisse leisteten nachhaltig – und bis heute wirksam – der Illusion Vorschub, diese Art westlicher Einflußnahme sei beendet und Afrika nun endgültig in die Selbstbestimmung entlassen. Die daraus resultierende neue Zurechnung der Verantwortlichkeiten resümierte die »FAZ« Anfang 1993 in der Feststellung, »die Rückkehr der europäischen Kolonialmächte in anderer Form, etwa als Protektoratsherren«, sei der falsche Weg. »Man kann nicht einen halben Kontinent aufs neue entmündigen, und sei es nur für eine bestimmte Frist. Die Völker Afrikas müssen die Krisen, in die ihre Führer sie gesteuert haben, selbst durchstehen und überwinden. Einige sind auch schon dabei oder haben zumindest zaghafte Ansätze gezeigt.«

In dieser exemplarischen Kommentierung scheint zweierlei auf: Zum einen ist die marktwirtschaftlich-demokratische Euphorie der frühen Neunziger bereits deutlich gedämpft, zum anderen verabschieden die Kommentatoren die zuvor

ausgiebig diskutierte und mit der Somalia-Intervention gescheiterte Idee, verbleibende afrikanische »Krisenregionen« unter eine formelle »Treuhandschaft« (U. Menzel) des Westen zu stellen. Ein interessiertes Arrangement mit dem Faktischen: Es hatte sich nämlich mittlerweile gezeigt, daß mit der Auflösung der repressiven Blockformatierung des Kalten Krieges das einzige Element verschwunden war, das – aus westlicher Sicht – dem Kontinent so etwas wie Struktur und Ordnung gab. Diese Deregulierung der Staatenwelt fiel mit den beginnenden sozialen und wirtschaftlichen Deregulierungen der sogenannten Globalisierung in eins, und wie anderswo auch ordneten sich in weiten Teilen Afrikas die bisher zementierten Verhältnisse neu.

Es begann ein freies Spiel der Kräfte: Mit dem Wegfall der halbwegs disziplinierten antikommunistischen Gesamträson begann auf Seiten westlicher Staaten und Unternehmen eine neue und ziemlich wilde Konkurrenz um afrikanische Ressourcen und die zugehörigen Bündnispartner vor Ort (vgl. KONKRET 6/2000). Im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges hatte nun das Kleingewerbe, etwa Söldneragenturen, private Pistolenhändler oder Schmugglerorganisationen, deutlich bessere Chancen, gewinnbringend zu investieren. Häufig sind diese kleinen und mittelständischen Geschäftsleute im Auftrag und/oder als Gewährsmänner westlicher Regierungen oder Großkonzerne unterwegs. Sie erledigen Schmutzarbeit, etwa die Anbahnung von wechselseitigen Kooperationen mit bewaffneten Banden (»Rebellen«), die interessante Landstriche kontrollieren. Es geht um Öl, Diamanten, strategische Rohstoffe wie Kobalt, aber auch um den Zugriff auf landwirtschaftliche Ressourcen für den Export. Die jüngeren Enthüllungen über die staatlich unterstützten Korruptions-Praktiken des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine im gesamten Westafrika oder der UN-Bericht über den vom südafrikanischen Großkonzern De Beers betriebenen illegalen Handel mit Diamanten aus den Kriegsgebieten Angolas machen deutlich, daß das im Westen als Inkorporation der Zivilgesellschaft beschworene freie Unternehmertum mit rechtsfreien Zonen kreativ umgeht und notfalls auch hilft, solche zu etablieren.

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde vor allem von Sympathisanten des Entwicklungshilfegedankens unüberhörbar moniert, es sei absehbar, daß Afrika künftig vom Westen völlig vernachlässigt und infolgedessen vom Weltmarkt noch stärker abgekoppelt werde. Das Gegenteil ist eingetreten: Eine Unzahl von westlichen Akteuren war während der neunziger Jahre und ist heute damit beschäftigt, den Kontinent auszuweiden und den Ertrag gewinnbringend in den Kreislauf der Weltwirtschaft einzuspeisen. Staaten, etwa die USA und Frankreich, konkurrieren unerbittlich und mit den üblichen Mitteln um Einflußzonen. Im April 1998 schrieb die »FAZ«: »Wer von einem ›Krieg‹ um Öl, Mineralien und Hegemonie zwischen Washington und Paris spricht, übertreibt; völlig falsch aber liegt er nicht.« Gleichzeitig sorgen IWF und Weltbank mit ihren Strukturanpassungsprogrammen dafür, daß die Exportbranchen privatisiert und infrastrukturell modernisiert werden. Im Blick auf den Gesamtkontinent ist die Ausbeutung also arbeitsteilig organisiert: Die IWF-Manager und die westlichen Entwicklungspolitiker kommandieren – soweit noch vorhanden – die Agenturen staatlicher Wirtschaftspolitik in Afrika, die Paten aus den Chefetagen der Rohstoffkonzerne betreiben im Verein mit allerlei sonstigem abendländischen Gesindel das unmittelbare, bei Bedarf auch bewaffnete Geschäft. Verwertet wird, was verwertbar ist; für die sozialen Begleiterscheinungen und Hinterlassenschaften des Verwertungsprozesses sind dann wieder die »korrupten Eliten« oder gleich »die Afrikaner« zuständig.

So tauchen im zugehörigen Diskurs die realen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse regelmäßig spiegelverkehrt auf. In seltener Vollendung hat das am 29. Mai dieses Jahres die »Frankfurter Rundschau« auf den Punkt gebracht: »Erdöl in Angola, Gabun oder Nigeria, Diamanten in Angola, Kongo oder Sierra Leone, Gold, Kupfer, Edelhölzer – wo immer es Profite zu machen gibt, kooperieren Geschäftemacher aus Europa und den USA mit Rebellen, denen jedes Mittel recht ist, um ihre Nummernkonten aufzufüllen. Die großen Bergbau- und Erdölkonzerne mischen überall mit, egal, wie korrupt oder undemokratisch das jeweilige Land ist.« Wer ist schuld an diesen Sauereien? »Die größte Verantwortung liegt bei den Afrikanern selbst«. Andere sehen es ähnlich: »Nicht selten ist zu beobachten, daß die schwarze Führungsschicht ihre Herrschaftsgebiete rigoroser ausplündert als einst die weißen Gebieter« (»FAZ«, 6.6.). »Die Hauptschuld am tragischen Zustand des Kontinents aber tragen die Afrikaner selbst« (»Zeit«, 18.5.).

Was den aktuellen deutschen Afrika-Diskurs aber besonders irritiert, ist die Tatsache, daß in Teilen Afrikas Kriege weder unter dem Banner eines weltanschaulichen Ideals noch unter volkstumsbezogenen Zielsetzungen betrieben werden, sondern ausschließlich des Zugriffs auf materielle Ressourcen wegen, die dann der massiven westlichen Nachfrage gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden. Deshalb werden die afrikanischen Kriege hierzulande gern als »sinnlos« bezeichnet. Mit den Tschetschenen, ebenfalls in der von sozialem Elend gekennzeichneten Rohstoff-Peripherie des globalisierten Kapitalismus angesiedelt, tat man sich vor einigen Monaten noch leichter: Die dortigen »Rebellen« finanzieren sich zwar auch über Geiselnahme, Raub und andere kriminelle Machenschaften, konnten aber auf große Anteilnahme aus Deutschland zählen, weil sie für Volk und Allah kämpfen.

Daß Krieg und kriminelle Gewalt unter dem Druck westlicher Verwertungsansprüche und unter der daraus erwachsenden Verelendung zur Existenzweise ganzer Regionen werden kann, hat der in Dakar arbeitende Sozialwissenschaftler Achille Mbembe im November 1999 in der Zeitschrift »Le Monde diplomatique« dargestellt. Im Rahmen einer Untersuchung über die Auflösung afrikanischer Staaten und ihrer Grenzen stellte er fest: »An der Peripherie der großen technologischen Veränderungen unserer Zeit kristallisiert sich eine Zwangswirtschaft heraus, deren einziger Zweck in der Vernichtung

überflüssiger Bevölkerungsgruppen und in der als Ausbeutung wohlverstandenen Förderung von Rohstoffen besteht. Die Funktionsweise und -fähigkeit dieser Wirtschaftsform ist durch die gesellschaftliche Verteilung der Waffen bedingt. Insofern verläuft die eigentliche Front in diesen als allgemeine Wirtschaftsweise sich profilierenden Kriegen nicht mehr unbedingt zwischen den sich bekriegenden Armeen und Milizen, sondern auch und vor allem zwischen Waffeninhabern einerseits und Waffenlosen andererseits.« Demgegenüber mutet es schon köstlich an, daß deutsche Kommentatoren, u. a. in der »FR«, unter Berufung auf Nelson Mandela den afrikanischen »Völkern« vorwerfen, »Tyrannen« an der Macht zu dulden.

Im übrigen aber ist der deutsche Afrika-Diskurs, nachdem die Blüte von Demokratie und Marktwirtschaft trotz messerscharfer Analysen und Kommentare ausgeblieben ist, dort angekommen, wo er schon einmal war. In der »Zeit« räsoniert Bartholomäus Grill über die »selbstzerstörerischen Energien des Erdteils«, in einem »FR«-Kommentar ist zu lesen: »Böses kriegerisches Afrika? Ja.« Die größte Wegstrecke rückwärts aber geht die »Süddeutsche Zeitung« (2.6.): »Längst muß man nicht mehr auf Joseph Conrads *Herz der Finsternis* zurückgreifen, um anschaulich zu machen, daß dieser Kontinent die Moral herausfordert und die Grenzen zwischen Gut und Böse verschwimmen läßt ... Ist also Afrika, der Kontinent des Bösen, hoffnungslos verloren?« Koloniale Esoterik für die New Economy.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 6/2000 über den weißen Blick auf Simbabwe

Konkret 07/00, S. 42

Norbert Trenkle

Kapitulation vorm Kapitalismus

Zur Kritik an Robert Kurz und der Gruppe Krisis, Teil III

Kaum ein Gedanke ist in der Restlinken so verpönt wie der an eine absolute historische Schranke des warenproduzierenden Systems der Moderne. Es scheint so, als spiegle sich der unaufgearbeitete Niedergang des eigenen politischen Projekts in der Überzeugung wider, der Kapitalismus genieße so etwas wie ein ewiges Leben, er sei unendlich flexibel und wandlungsfähig und deshalb prinzipiell in der Lage, jede Krise zu überstehen und jede Opposition durch Integration unschädlich zu machen. Bemerkenswert ist, daß diese Überzeugung die unterschiedlichsten Positionen quer durch das restlinke Spektrum verbindet und daher auch die Ablehnung der Zusammenbruchsdiagnose einen gemeinsamen Nenner der Kritik am *Schwarzbuch Kapitalismus*, dem »Manifest gegen die Arbeit«, dem Buch *Feierabend!* und anderen Publikationen der Krisis-Gruppe bildet. In seltener Eintracht werfen, um nur ein paar Namen zu nennen, der linksakademische »Prokla«-Redakteur Michael Heinrich, Freerk Huisken vom »Gegenstandpunkt« (beide in KONKRET 3/2000) und »Bahamas«-Autor Martin Janz (»Jungle World«, 8.3.2000) der »Krisis« vor, sie präsentiere mit ihrer Zusammenbruchsdiagnose ja nun wirklich die älteste Kamelle aus der marxistischen Mottenkiste.

Wenn dieser Vorwurf beim Publikum meistens recht gut ankommt, dann deshalb, weil er ein ebenso gängiges wie hartnäckig sich haltendes Vorurteil über den Marxismus bestätigt, das allerdings (wie es Vorurteile nun einmal so an sich haben) einer ziemlich verzerrten Wahrnehmung entspricht. Es mag überraschend klingen, aber in der Theorie der Arbeiterbewegung spielte die Marxsche Diagnose einer absoluten Schranke des Kapitals so gut wie keine Rolle. Die einzigen ernsthaften Versuche, daran anzuknüpfen, nämlich die von Rosa Luxemburg und Henryk Grossmann, blieben theoretisch isoliert und für die praktische Orientierung so gut wie bedeutungslos; und dies nicht zufällig, denn mit dem Fortschrittsoptimismus des Marxismus war ein solcher Gedanke einfach nicht kompatibel. Wird nämlich Geschichte als eine aufsteigende Stufenfolge der menschlichen Entwicklung von der Urgesellschaft bis hin zum kommunistischen Reich der Glückseligkeit auf Erden begriffen, dann *darf* so etwas wie ein katastrophischer Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise einfach nicht gedacht werden. Denn schließlich sollten Sozialismus bzw. Kommunismus ja das Erbe der bürgerlichen Gesellschaft in einem durchaus positiv verstandenen Sinne antreten, also deren »zivilisatorische Mission« fortsetzen und den »Gang der Geschichte« zu einem glücklichen Ende bringen.

Aus Sicht des Bürgertums im späten 19. Jahrhundert mochte diese fromme Hoffnung freilich wie eine »Zusammenbruchsprognose« klingen, weil sie nun einmal zumindest ideologisch das herrschende Machtgefüge in Frage stellte. Bestärkt wurde diese angstvolle Wahrnehmung sicherlich noch durch das zumindest in der deutschen Arbeiterbewegung tatsächlich häufig bemühte eschatologische Vokabular1; doch darin drückte sich immer nur der quasi-religiöse Glaube an den letztlich unvermeidlichen Sieg des Proletariats aus, das angeblich die »objektiven Gesetze der Geschichte« im Rücken habe. Soweit in diesem Zusammenhang behauptet wurde, die kapitalistische Produktionsweise stoße an ihre Grenzen, war damit lediglich gemeint, sie werde ihrem »historischen Beruf untreu«, der angeblich in der »rücksichtslose(n) Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit« bestehe, und beweise damit »nur aufs neue, daß sie altersschwach wird und sich mehr und mehr überlebt«, wie schon der alte Engels in einer Anmerkung im dritten Band des *Kapital* schrieb (MEW 25, S. 272 f.).

Ganz offensichtlich wird hier keinesfalls ein katastrophischer Zusammenbruch prognostiziert, sondern eine Begründung für die Annahme entwickelt, daß die Zeit »objektiv reif« für die proletarische Revolution sei. Kaum verwunderlich, daß diese Weltdeutung von der sich damals gerade formierenden und das Erbe der Aufklärung antretenden Arbeiterbewegung begierig aufgegriffen und im eigenen Sinne weiterentwickelt (d. h. endgültig verplattet) wurde. Sehr schnell erfüllten nun die ökonomischen Analysen des Marxismus in allererster Linie legitimatorische Funktionen. Hatten sie zunächst den Anspruch und die Hoffnung der Arbeiterbewegung auf eine baldige Eroberung der Macht rechtfertigen sollen, so mußten sie später das Ausbleiben der »Weltrevolution« erklären. Den Schlüssel dazu lieferte die von Lenin propagierte Imperialismustheorie. Ihr zufolge war, vermittelt über die angebliche Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals, der Konkurrenzmechanismus weitgehend ausgeschaltet und damit die historische Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft praktisch blockiert. Insofern »verfaulte« sie zwar, dennoch wurde aber die »Klassenherrschaft« politisch und militärisch (sowie über die Bestechung der »Arbeiteraristokratie« und andere Mechanismen) aufrechterhalten. Damit hatte sich theoretisch das »Primat der Politik« durchgesetzt und das klassensoziologistische Weltdeutungsmuster des Arbeiterbewegungsmarxismus war gewissermaßen zu sich selbst gekommen. »Objektiv« war die Welt nun also gewissermaßen immer schon »reif« für die »Weltrevolution«; ihr Sieg hing nur noch von den politischen und sozialen Willens- und Kräfteverhältnissen ab (die aber leider, leider immer ungünstig waren).

Die reflektiertere »westliche Linke« hat sich zwar später von dieser Legitimationsideologie zumindest partiell distanziert, sie aber dennoch nie wirklich überwunden. Noch in der Kritischen Theorie von Adorno und Horkheimer treibt sie in negativer Form ihr Unwesen, wenn dort stets pessimistisch die Sistierung der Konkurrenz im »totalen Staat« oder (nach

1945) in der »verwalteten Welt« vorausgesetzt und der Untergang des bürgerlichen Zirkulationssubjekts beklagt wird. Auch in den aktuellen Abwehrreaktionen gegen unsere Krisenanalyse wird deutlich, daß der Zusammenhang zwischen »Zusammenbruch« und »Revolution« sowie der dazugehörigen aufklärerischen Geschichtsphilosophie mehr oder weniger unbewußt immer noch hergestellt wird – wenn auch zumeist negativ gewendet: Mit den Hoffnungen auf eine revolutionäre Umwälzung ist auch der Gedanke an eine Endlichkeit des Kapitalismus zu Grabe getragen worden (in der Zeitschrift »Bahamas« und ihrem Umfeld etwa steht dafür die rituelle Beschwörungsformel von der »Aufhebung des Kapitals auf seinen eigenen Grundlagen«). Daher auch Vorwürfe wie, die »Krisis« verbreite eine »eschatologisch begründete Botschaft vom Ende des Bösen, das ein böses Ende nehmen könnte« (Huisken, S. 39), oder biete die »modernisierte Variante einer sinnstiftenden Geschichtsphilosophie« (Heinrich, S. 41) an.

Diese Vorwürfe verraten freilich mehr über die Perspektive der Kritiker als über den Gegenstand der Kritik. Denn daß die kapitalistische Produktionsweise an ihre absoluten Grenzen stößt, ergibt sich gerade nicht aus irgendwelchen äußerlich an die Krisentheorie herangetragenen geschichtsphilosophischen Konstrukten, sondern aus der Analyse des *fundamentalen inneren Selbstwiderspruchs des Kapitals*, also einer ganz *spezifischen historischen Formation*2. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Marx feststellt: »Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangs- und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint ... Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandnen Kapitals« (MEW 25, S. 260).

Um einen immanent unlösbaren Widerspruch handelt es sich dabei insofern, als die Steigerung der betriebswirtschaftlichen Produktivität ja letztlich die Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem Verwertungsprozeß bedeutet, während doch gleichzeitig die Kapitalverwertung nichts anderes ist als die Vernutzung von Arbeitskraft. Für sich genommen resultiert daraus zwar noch keinesfalls eine sofortige Sprengung des kapitalistischen Zusammenhangs. Im Gegenteil: Solange die warenförmige Produktionsweise noch relativ unentfaltet war, also die Gesellschaft nur oberflächlich erfaßt hatte und im wesentlichen auf wenige Länder und Weltregionen begrenzt blieb, entwickelt sie gerade aus diesem Widerspruch heraus eine ungeheure Expansionsdynamik. Denn die beständige Untergrabung der Wertmasse durch das *einzelkapitalistische* »Einsparen« von Arbeitskraft wurde auf *gesamtkapitalistischer* Ebene durch eine permanente Ausweitung der Verwertung in neue arbeitsintensive Produktionszweige und durch die kapitalistische Zurichtung zusätzlicher Weltregionen vorübergehend kompensiert.

Doch dieser Kompensationsprozeß kann nicht dauerhaft gelingen, sondern ist nichts anderes als die bestimmte Verlaufsform, in der sich der kapitalistische Selbstwiderspruch historisch entfaltet und gleichzeitig zuspitzt. Denn die »kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerm Maßstab entgegenstellen« (Marx, ebd.). Es liegt in der Logik der Sache, daß früher oder später durch die Produktivkraftentwicklung die *absolute Anzahl* der gesamtgesellschaftlich vernutzen Arbeitskräfte dauerhaft reduziert wird und damit eben auch die gesamtkapitalistisch produzierte *Wertmasse* schrumpft. Auf diese Weise untergräbt der Kapitalismus seine eigene Grundlage.

Der Marxismus hat diese von Marx freilich noch recht abstrakt formulierte Krisendiagnose nicht nur im Sinne der »Verfaulungsthese« auf den Kopf gestellt, sondern darüber hinaus den »Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« gerade nicht als spezifisch kapitalistischen, sondern als transhistorischen, also für alle bisherigen Gesellschaften gültigen interpretiert. Dem »Historischen Materialismus« zufolge galt die Produktivkraftentwicklung nämlich als Motor der menschlichen Geschichte schlechthin; da jeder »Entwicklungsphase« stets eine bestimmte Form der »Klassenherrschaft« sowie der Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse entsprach, mußte der Produktivkraftfortschritt früher oder später in Konflikt mit der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung geraten und deren revolutionäre Umwälzung produzieren. Erkennbar handelt es sich dabei um eine für das (hier nur materialistisch gewendete) Aufklärungsdenken typische Rückprojektion bürgerlicher Verhältnisse in die Vergangenheit. Denn keine andere Gesellschaft als die kapitalistische war jemals um die Produktion herum organisiert; schon deshalb konnte so etwas wie der »Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« gar nicht existieren.

Nun ist freilich Marx selbst an dieser Interpretation der Geschichte keinesfalls unbeteiligt gewesen, denn auch er stand zumindest mit einem Bein noch ganz fest auf dem Boden des bürgerlichen Fortschrittsoptimimus. Doch die Logik seiner Krisentheorie ist mit diesem geschichtsphilosophischen Konstrukt keinesfalls kompatibel3. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um nichts anderes als um das konsequente Zu-Ende-Denken der bereits im ersten Abschnitt des *Kapital* eingeführten Fetischismuskritik. Denn der logische Selbstwiderspruch des Kapitals ist bereits in der Keimform der kapitalistischen Produktionsweise, der Ware, angelegt und die Selbstzweckbewegung des »automatischen Subjekts« (also des Werts) ist nichts anderes als die Entfaltung dieses Widerspruchs. Daß sich die gesellschaftlichen Beziehungen als Beziehungen von Sachen (genauer: von Waren) herstellen und als solche den Menschen als fremde Macht gegenübertreten, bedeutet eben nicht nur, daß ihnen ihr eigener Gesellschaftszusammenhang seine irrationalen Gesetzmäßigkeiten aufzwingt, als ob es sich um Naturgesetze handelte; darin eingeschlossen ist auch dessen letztliche historische Unhaltbarkeit unabhängig von jeglichem subjektiven Wollen.

Mit »sinnstiftender Geschichtsphilosophie« hat das schon deshalb nichts zu tun, weil jenseits der (geschichtlich ganz spezifischen) warengesellschaftlichen Logik die Determination aufhört. Fest steht nur, daß die kapitalistische Gesellschaft letztlich an ihren eigenen inneren Selbstwidersprüchen gewaltsam zerbrechen muß, keinesfalls aber, *wie* der *Prozeß* dieses Zerbrechens verläuft, und vor allem nicht, was an ihre Stelle treten wird. Die Aufhebung der warenförmigen Vergesellschaftung kann selbstverständlich nur durch kollektives, bewußtes Handeln bewerkstelligt werden, denn es geht ja um nichts anderes als um die Aufhebung gesellschaftlicher Bewußtlosigkeit. Ob dies gelingt, hängt einzig und allein davon ab, ob die Menschen es schaffen, sich von den kapitalistisch konstituierten Beziehungs- und Verkehrsformen zu emanzipieren oder nicht. Jeder übertriebene Optimismus in bezug darauf wäre völlig fehl am Platze. Keinesfalls unwahrscheinlich ist, daß der Zusammenbruchsprozeß eine unkontrollierbare, katastrophische Dynamik in Gang setzt, in deren Verlauf jeglicher zivilisatorische Zusammenhang und vielleicht auch die menschlichen Lebensgrundlagen überhaupt zerstört werden. Zumindest zeichnet sich in den Zusammenbruchsregionen der heutigen Welt diese Möglichkeit bereits ebenso deutlich wie entsetzlich ab. Allerdings gibt es eben auch weiterhin eine emanzipatorische Option, auch wenn die gesellschaftskritische Opposition heute weltweit in der Defensive ist. Insofern, aber eben nur insofern, ist die Geschichte offen, um eine beliebte Floskel zu bemühen, die im allgemeinen nur dem Zweck dient, sich um eine konsequente Analyse und Kritik des objektivierten Prozesses zu drücken.

Natürlich kann und muß man sich darüber streiten, ob es zutrifft, daß der Kapitalismus tatsächlich *heute* an seine absolute historische Schranke stößt; ob also mit dem Ende des Fordismus und der dritten industriellen Revolution ein säkularer und unumkehrbarer Niedergang eingesetzt hat und es wirklich keinen weiteren Akkumulationsspielraum mehr gibt. Nebenbei gesagt: Um einen plötzlichen »Zusammenbruch«, wie es viele Kritiker unterstellen und wie es das Wort auch nahelegt (weshalb wir es im Gegensatz zu unseren Kritikern auch eher selten verwenden), geht es ohnehin nicht, sondern um einen langen Abstiegsprozeß, der sich voraussichtlich noch über viele Jahrzehnte hinziehen wird und dessen Verlaufsformen nur schwer antizipierbar sind. Die Krisis-Gruppe hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe theoretischer Argumente und empirischer Belege für diese Krisendiagnose ins Feld geführt; im *Schwarzbuch Kapitalismus* hat Robert Kurz außerdem den ganzen Zusammenhang noch einmal ausführlich historisch aufgerollt. Dennoch glauben wir selbstverständlich nicht, damit bereits alle Probleme gelöst zu haben. Andererseits waren die allermeisten der bisherigen Kritiken nicht gerade dazu angetan, die Diskussion darüber weiterzubringen, sondern haben viel eher den Eindruck erweckt, als sollte eine offenbar unbequeme theoretische Einsicht abgewehrt werden – vermutlich, weil sie das eigene tradierte Denk- und Begriffsraster in Frage stellt.

Nur so läßt sich erklären, weshalb auch Autoren wie Huisken und Heinrich, bei denen eine fundierte Kenntnis der Krisen- und Akkumulationstheorie sollte vorausgesetzt werden können, in KONKRET 3/2000 den theoretischen Kern der Krisendiagnose auf geradezu frappierende Art und Weise systematisch verfehlen (oder ignorieren). Insbesondere gegenüber dem logischen Selbstwiderspruch des Kapitals zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertungsimperativ zeigen sie nicht die Spur eines Problembewußtseins; vielmehr blenden sie ihn systematisch aus, indem sie bloß den partikularen, betriebswirtschaftlichen Standpunkt betrachten und diesen dann einfach unvermittelt mit der Logik des kapitalistischen Gesamtprozesses identisch setzen. Huisken verfährt dabei besonders plump nach dem Strickmuster des Arbeiterbewegungsmarxismus: Er führt nämlich einfach das Verwertungsinteresse des Einzelkapitals ins Feld4 und sieht darin offenbar die Garantie, daß die Akkumulation im Prinzip ad infinitum fortgesetzt werden kann.

Heinrich argumentiert zumindest etwas differenzierter: Er verweist auf die Steigerung der Mehrwert*rate* im Gefolge der Produktivkraftentwicklung (Marx nennt das die »Produktion des relativen Mehrwerts«) und meint damit allen Ernstes bewiesen zu haben, daß »die Masse des im Gesamtprodukt steckenden Mehrwerts« gerade »aufgrund der Steigerung der Produktivität« steigt (S. 41). Dummerweise ist aber die rücksichtslose Verfolgung der privaten Verwertungsinteressen und die Steigerung des relativen Mehrwerts nur die eine Seite des kapitalistischen Selbstwiderspruchs;5 gerade sie ist es, die letztlich die Grundlage der Verwertung überhaupt untergräbt, nämlich die gesamtkapitalistische Wert- und Profitmasse *absolut vermindert* (also nicht bloß den Wertausdruck jeder einzelnen Ware oder den *relativen Anteil* des Mehrwerts bzw. des Profits pro eingesetztem Kapital).6 Denn in der Konkurrenz werden zunächst diejenigen Kapitalien belohnt, die am konsequentesten rationalisieren (also am meisten lebendige Arbeit überflüssig machen); sie erhalten den größten Anteil an der gesamtkapitalistischen Mehrwertmasse, obwohl und indem sie am meisten dazu beitragen, eben diese zu verkleinern. Daß dieser Widerspruch historisch bisher immer noch durch eine rasante Flucht nach vorne, also durch die Erschließung neuer arbeitsintensiver Produktionszweige, entschärft werden konnte (wenn auch mit gewaltigen Friktionen), scheint für Huisken und Heinrich Grund genug zu sein, ihn gleich ganz zu entsorgen.

Und während so ganz positivistisch eine unbegriffene empirische Scheinevidenz in den Rang einer theoretischen Einsicht erhoben wird, erscheint dann umgekehrt der Verweis auf die absoluten Grenzen der Verwertungsdynamik (also die Zuspitzung des ignorierten Widerspruchs) als bloß äußerlich an die kapitalistische Produktionsweise herangetragener moralischer Anspruch. Wenn Heinrich und Huisken meinen, die Autoren des »Manifests« und des *Schwarzbuchs* fast gleichlautend darüber belehren zu müssen, daß der »immanente Zweck der kapitalistischen Produktion ... nicht die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend, sondern die Verwertung von Wert« sei (Heinrich, S. 40; vgl. analog Huisken,

S. 34), dann wirkt das einigermaßen peinlich, weil sie offenbar »vergessen« haben, was sie sonst doch immer betonen, daß sich das Kapital nun einmal nur verwerten kann, indem es Arbeitskraft vernutzt und zwar auf ständig wachsender Stufenleiter. Daß dies einmal nicht mehr funktionieren könnte, liegt offenbar so sehr außerhalb des Vorstellungsvermögens der beiden Rezensenten, daß sie nicht einmal die Frage danach zulassen wollen.

Noch weniger nachvollziehbar scheint für die meisten Kritiker offenbar der Zusammenhang zwischen dem Krisenprozeß auf der Ebene der realen Akkumulation und dem kreditär und spekulativ aufgeblähten Finanzüberbau zu sein. Auch hier erhebt sich freilich der Verdacht, daß dies weniger an der Kompliziertheit der Materie als vielmehr an einer internalisierten Abwehrhaltung liegt. Denn so verwirrend die Bewegungen an der Oberfläche der transnationalen Finanzmärkte auch sind, der Grundmechanismus des fiktiven Kapitals, wie ihn Marx im wesentlichen bereits entschlüsselt hat, ist prinzipiell nicht schwer zu verstehen. Grundsätzlich handelt es sich dabei um eine Doppelbewegung: Zunächst dienen Kredit und Spekulation dazu, den *Kriseneinbruch aufzuschieben*, weil sie fiktive (d. h. realökonomisch nicht gedeckte) Anlagemöglichkeiten für überakkumuliertes Kapital schaffen und gleichzeitig ebenso ungedeckte Kaufkraft schöpfen; letztlich führt das jedoch zu einer *Krisenverschärfung*, weil mit dem Platzen der Finanzblase das gesamte aufgeschobene Entwertungspotential auf einen Schlag realisiert wird.

Dieser Mechanismus, der im übrigen den Schein erzeugt, als sei die Spekulation Ursache der Krise und nicht bereits deren Verlaufsform, und deshalb mit dazu beiträgt, die bekannten antisemitischen Projektionen auszulösen – dieser Mechanismus also wird prinzipiell in jedem kapitalistischen Krisenprozeß wirksam, selbstverständlich auch im derzeitigen. Historisch neu ist nur, daß durch die vollständige Entkopplung des Geldes von seiner Goldbasis und die Deregulierung der Finanzmärkte ein ungeheuer großer Spielraum für die relative Verselbständigung des fiktiven Kapitals gegenüber der Realakkumulation geschaffen wurde; daraus erklärt sich die ungewöhnlich lange Zeitdauer des Krisenaufschubs, der nun schon über 20 Jahre währt, und die exorbitante Höhe der »aufgehäuften« fiktiven »Wertmasse«. Ich muß zugeben, daß wir den zeitlichen Horizont dieses Prozesses zunächst nicht richtig eingeschätzt haben. Strukturell gesehen erschien es etwa Anfang der Neunziger kaum denkbar, daß sich das kreditäre und spekulative Kettenbriefsystem noch einmal zehn oder sogar noch ein paar Jahre länger würde halten können. Freilich haben die seither stattgefundenden Entwicklungen die strukturelle Diagnose in keiner Weise widerlegt, sondern viel eher noch bestätigt. Denn der fiktive Vorgriff auf zukünftige Wertschöpfung ist nicht etwa realökonomisch eingelöst worden, vielmehr hat sich der Finanzüberbau in einer exponentiellen Bewegung immer weiter von der Realakkumulation entfernt und die dort stattfindenden Rationalisierungsprozesse sogar noch beschleunigt. Weil sich aber die Kapitalverwertung nie von der Vernutzung lebendiger Arbeit emanzipieren kann, muß sich der Zusammenhang zwischen beiden Sphären letztlich wiederherstellen – und zwar gewaltsam, das heißt im Crash.

Selbst der stinknormalen Wirtschaftspresse ist es mittlerweile aufgegangen (wenn sie es auch nicht erklären kann), daß beispielsweise die Steigerung des Dow-Jones-Index um den Faktor 11 seit 1980 sich ja wohl kaum aus einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 60-70 Prozent erklären läßt. Da mutet es doch reichlich amüsant an, wenn Heinrich hierin nichts weiter als die ganz normale Funktion des Kreditwesens erkennen will, »brachliegendes Geldkapital« zu sammeln, um es wieder in die Sphäre der Realakkumlation zu schleusen. Äußerst ärgerlich ist es freilich, wenn er dann noch meint, von diesem theoretisch wie empirisch völlig unhaltbaren Standpunkt aus Robert Kurz vorwerfen zu können, er würde die »beiden immer schon zusammengehörigen Seiten« (reale Verwertung und Finanzsektor) auseinanderreißen und bereite so antisemitischen Projektionen den Boden (S. 41). Sollte dies keine bewußte Diffamierung sein, dann ist doch zumindest bemerkenswert, wie das ganz offensichtliche »brutale Interesse am Stoff« (Marx) den Rezensenten Heinrich davon abhält, die ausführlichen und historisch-empirisch unterfütterten Erläuterungen zum inneren Zusammenhang zwischen fiktivem Kapital und Realakkumulation im *Schwarzbuch Kapitalismus* (und nicht nur dort) wenigstens sinnerfassend zu lesen7.

Ziemlich billig ist es schließlich auch, die Vorhersage des letztlich unvermeidlichen (wenn auch nicht zeitlich genau prognostizierbaren) Finanzmarktkrachs mit »der Zusammenbruchsdiagnose« einfach identisch zu setzen und sich dann schenkelklopfend darüber zu freuen, daß die »Krisenpropheten« immer noch vergeblich auf die lange erwartete »Apokalypse« warten. Es drängt sich der Eindruck auf, als sollte damit umgekehrt davon abgelenkt werden, daß der Krisenprozeß auf allen Ebenen ja bereits seit über zwei Jahrzehnten im vollen Gange ist, daß große Teile der Welt für die Verwertung des Werts längst als unbrauchbar erklärt und negativ entkoppelt wurden (mit brutalsten Konsequenzen für die dort lebenden Menschen) und auch in den Metropolen wachsende Bevölkerungsteile von diesem Entwertungsprozeß betroffen sind. Ein Crash würde diesen Prozeß in einem gewaltigen Schub beschleunigen, doch wäre er natürlich nicht »der Zusammenbruch«, sondern *eine* Zäsur in dem Niedergangs*prozeß*, der sich, wie gesagt, noch über viele Jahrzehnte hinziehen kann und vermutlich immer scheußlichere Verlaufsformen finden wird, wenn sich keine sozial-emanzipatorische Bewegung konstituiert, die den entscheidenen Bruch mit der warenförmigen Gesellschaft zu vollziehen wagt. Vielleicht tragen ja nicht zuletzt diese wenig erfreulichen Aussichten dazu bei, den Gedanken an ein irreversibles Ausbrennen der kapitalistischen Verwertungslogik insbesondere in den Noch-Gewinner-Ländern des Weltmarkts zu tabuisieren. Offenbar verschafft der Glaube daran, der Kapitalismus kehre nach dem Fordismus lediglich zu einer offenbar unhistorisch

prozessierenden und deshalb ewig verlängerbaren »Normalität« zurück, so etwas wie eine trügerische Scheinsicherheit, weil er es erlaubt, sich weiterhin im abgerüsteten aber immerhin altgewohnten marxistischen Koordinatensystem zu bewegen.

Nur von diesem Koordinatensystem aus kann es dann so erscheinen, als ginge es uns umgekehrt darum, den Kapitalismus *deshalb* zu kritisieren, *weil* er in der Krise steckt oder gar, die vergangenen historischen kapitalistischen Entwicklungsstadien von hier aus zu verharmlosen. Wer das aus dem »Manifest« oder dem *Schwarzbuch* herausliest, *will* es mit aller Gewalt rauslesen. Soweit im Krisenprozeß die Abscheulichkeiten der kapitalistischen Logik noch einmal mit besonderer Schärfe hervortreten, wirft dies gerade im Gegenteil ein Schlaglicht auf den vergangenen »Normalbetrieb« und delegitimiert ihn erneut im nachhinein. Es sollte eigentlich eine Banalität sein, daß jeder Versuch, die Warengesellschaft aufzuheben, nur von dem jeweils gegebenen historischen Standpunkt ausgehen kann und daß zu den Aufgaben einer radikalen Gesellschaftskritik nicht zuletzt gehört, diesen Standpunkt zu bestimmen. Die Diskussion darüber darf sich nicht durch Tabus einschränken lassen.

Anmerkungen

1 Etwa: »... aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir«, so der Titel einer historischen Abhandlung zu diesem Thema von Rudolf Walter (Frankfurt/M. 1981).

2 Den Unterschied zwischen positiv verstandener Geschichtsphilosophie im Marxismus und deren analytisch nachvollziehender Kritik (im Unterschied zum bloßen Relativismus) hat Moishe Postone sehr klar in seinem Buch *Time, labor and social domination* (1993) aufgezeigt (eine deutsche Ausgabe dieses theoretisch eminent wichtigen Buchs kündigt der ca irá Verlag bereits seit einigen Jahren an).

3 Das Marxsche Denken ist ein in sich durchaus widersprüchliches, in dem sich Momente einer bürgerlichen Modernisierungstheorie mit der radikalen Kritik des warenförmigen Fetischzusammenhangs immer wieder verquicken und durchkreuzen. Es kann in diesem Sinne von einem »doppelten Marx« gesprochen werden (vgl. dazu u. a. Robert Kurz: »Postmarxismus und Arbeitsfetisch«, in »Krisis« 15, Bad Honnef 1995).

4 Huisken: »Als ob der Kapitalist nicht Arbeit ausbeuten, also die Mehrarbeitszeit immer weiter über die notwendige Arbeitszeit hinaus ausdehnen, sondern Arbeiter loswerden will« (S. 34).

5 Vgl. ausführlicher dazu und zu dem folgenden meine Kritik an Heinrichs Buch *Die Wissenschaft vom Wert* in »Streifzüge« 1/2000 (Bezug gegen 5 Mark über: Kritischer Kreis, Margaretenstr. 71-73/23, A-1050 Wien).

6 Nicht der in einem bestimmten Strang des Marxismus viel diskutierte »tendenzielle Fall der Profitrate« ist also der Grund für die fundamentale Verwertungskrise des Kapitals, sondern das irreversible Abschmelzen der gesamtkapitalistischen Wert- und Profitmasse.

7 Robert Kurz, Ernst Lohoff und ich haben diesen Zusammenhang in sehr vielen anderen Publikationen immer wieder erörtet. Vgl. u. a. die Artikel in »Krisis« 16/17 (1995), meinen Aufsatz »Es rettet euch kein Billiglohn« in *Feierabend!* (1999; ebenfalls abgedruckt in KONKRET 10/1999) sowie zur Kritik an den Vorwürfen, jede Thematisierung des fiktiven Kapitals sei bereits tendenziell antisemitisch Robert Kurz: *Das Leben als Wille und Design* (Berlin 1999).

Norbert Trenkle schrieb in KONKRET 10/99 über das Ende der Arbeitsgesellschaft

Konkret 07/00, S. 46

Günther Jacob

Keine Opfer, keine Täter

Robert Kurz und die »Fabrik« Auschwitz (s. KONKRET 6/2000): Metaphern statt Beschreibung, Allgemeinplätze statt Fakten, Kitsch statt Analyse, Verdrängung statt Bearbeitung

Gelernt ist gelernt: In der Replik auf meine *Schwarzbuch*-Kritik hat Robert Kurz »Auschwitz« als Metapher sehr überzeugend in seinen auch sonst an »konkreten Bildern« und Metaphern reichen Text integriert. Gerade in einem relativ kurzen Text ist die suggestive Wirkung einer solchen Metaphern-Montage verblüffend: Man nehme einige wenige Kategorien der Marxschen Werttheorie und setze durchgehend das Adjektiv »radikal« davor (»radikale Wert- und damit Arbeitskritik«), füge alsdann, wo das als zu wenig anschaulich erscheint, einige historiographische Schlagworte hinzu (»Liberalismus«, »Faschismus«, »Neoliberalismus«), addiere anschließend einige Namen von bekannten toten weißen Männern (Herder, Fichte etc.), multipliziere alles möglichst oft mit luftigen Wörtern wie »Ideologiebildung« und »Bewußtseinsleistung« und erwähne ganz nebenbei noch die angelsächsischen Konzentrationslager (eine Anspielung auf den Burenkrieg) als Beispiel für die von den Nazis importierten (Kurz sagt: »integrierten«) »repressiven Elemente der Modernisierung«. Man beruhige schließlich jeden aufkommenden Einwand gegen diesen Metaphern-Mix durch die wiederholte Versicherung, daß »es ganz falsch ist, diese Bezüge gegeneinander auszuspielen«, und daß »das eine ohne das andere gar nicht zu denken ist«.

Es ist ein Merkmal des Kitsches, daß er plausibel ist, allzu plausibel. Robert Kurz' Replik gewinnt ihre verblüffende Plausibilität aber nicht allein aus dieser beweglichen Kombinatorik (deren Lücken und Leerstellen die Leser mit ihren Assoziationen füllen dürfen), sondern auch aus einem moralischen Pakt mit dem Publikum, dem er vorweg eine identifikatorische Lektüre abverlangt: Nur denen wird sich die Wahrheit seines Textes erschließen, die sich dem vom Autor postulierten »unausweichlichen (sic!) wertkritischen Paradigmenwechsel der Kapitalismuskritik« und der neuen »historischen (?) Aufgabe« nicht verweigern.

Es ist klar, daß man auf diesem Weg ebensogut den Gottesbeweis antreten kann oder, wie es Adorno einmal ironisch kommentierte, den Beweis, »daß aus den Interessen der bayrischen Bierbrauer die Unmöglichkeit der Uniformierung Deutschlands folgt«. Das alles wäre aber nicht

mehr als ein 70er Jahre-Retro-Trip, wenn es nicht heute eine so massive politische Nachfrage nach der Metaphorisierung von »Auschwitz« gäbe. Spätestens als während der Nato-Angriffe auf Jugoslawien Fischer und Scharping davon sprachen, sie würden nun die »Lehre aus Auschwitz« ziehen, zeigte sich, warum Linke auf einer möglichst genauen *Beschreibung* des Holocaust bestehen müssen: Wir können Auschwitz nicht aus jeglicher Metaphorik verbannen, doch wir können den fehlenden historischen Wahrheitsgehalt der Nato-Metaphern nur aufdecken, wenn wir an der Beschreibung des Holocaust arbeiten und nicht selbst dieses Wissen unnötig metaphorisieren.

In der Replik von Kurz fällt fünfzehn Mal das Stichwort »Auschwitz«, ohne daß darüber mehr gesagt wird, als daß »Auschwitz in *vermittelter* Beziehung zum warenproduzierenden System« steht (eine Leerformel, die auch für das Internet oder das *Schwarzbuch* gilt), daß Linke dringend die Vermittlung »zwischen fetischistischer Wertform und Auschwitz« herstellen müssen (was nur eine andere Formulierung ist), daß »Auschwitz ein Bestandteil der gesamtkapitalistischen Geschichte« ist (klar, wir leben ja nicht im Feudalismus) und außerdem »ein Bestandteil der Zweiten industriellen Revolution« (daß also Auschwitz auch etwas von einer Revolution hatte). Im *Schwarzbuch* ist das nicht anders: Abgesehen von dem skandalösen Vergleich von Auschwitz mit dem Volkswagenwerk, gibt es auch in dem Buch, obwohl es dort an Platz nicht gefehlt hätte, keinen Versuch, zu *beschreiben*, was genau in Auschwitz geschah (was Auschwitz also vom Kosovo oder den Lagern im Burenkrieg unterscheidet) und welche Bedeutung dem Gesamtkomplex Auschwitz – das Stammlager (ab Mai 1940), Auschwitz-Birkenau (ab Winter 1941), Auschwitz-Monowitz (1941) sowie die 39Außen- und Nebenlager – im Rahmen des gesamten Holocaust zukommt. In anderen Kapiteln des *Schwarzbuchs* werden Gott und die Welt zitiert, aber in dem Auschwitz-Kapitel kommen weder Täter noch Opfer zu Wort, und auch auf die Holocaustforschung wird kein Bezug genommen.

Für die »theoretischen« Zwecke, die Kurz verfolgt, ist es allerdings in der Tat ausreichend, ja notwendig, »Auschwitz« *nur* als Metapher einzusetzen. Jede »empirische Anreicherung« und jede nähere historische Beschreibung würde sich, wie schon der Vergleich mit Volkswagen zeigt, verheerend auf das oben beschriebene Metaphern-Gebäude auswirken. Zum Beispiel: Raul Hilberg schätzt, daß mehr als 25 Prozent der Holocaust-Opfer erschossen und erschlagen worden sind. Weitere 25 Prozent fanden unter den fürchterlichen Bedingungen der Ghettos, Arbeits- und Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Todesmärsche den Tod. Etwa 50 Prozent kamen in den sechs großen, mit Vergasungsanlagen ausgerüsteten Vernichtungslagern um.

Kurz, dessen Holocaust-Theorie aber nur »aufgeht«, wenn es ihm gelingt, das Ereignis als ausschließlich »industriellen Vorgang« im Rahmen einer »industriellen Revolution« darzustellen, kann solche »Details« nicht gebrauchen. Diese – wie

ich noch zeigen werde, »vortheoretische« und eher unbewußte – Selbstfestlegung zwingt ihn dazu, »Auschwitz« entweder zu metaphorisieren oder (wie aus anderen Gründen schon Wolfgang Sofsky) das Vernichtungslager als »Staat im Staat« zu behandeln, also von der Nazi-Gesellschaft abzutrennen. Aber abgesehen davon, daß diese »Fabrik« eher eine »Manufaktur« war – ihre »technische Ausstattung«, die Kurz unermüdlich mit der einer Autofabrik vergleicht, bestand aus einer Gaskammer und einem Krematorium – , erforderten gerade die Deportationen im Osten einen wachsenden »Dienstleistungssektor« (um im Bild von Kurz zu bleiben), nämlich ein sehr großes Netz von Häschern (die meisten russischen Juden lebten in kleinen Dörfern), die vorgeschaltete Konzentration der Opfer in riesigen Ghettos, die »Verwaltung« dieser Ghettos usw. Mit anderen Worten: Diese »Fabrik« ist ohne Behörden und die millionenfache Eigeninitiative der Volksgenossen ebensowenig denkbar wie ohne den Vernichtungskrieg der Wehrmacht.

Die Vernichtungslager stellen zweifellos eine neue »Qualität« des Massenmordes dar, und es ist klar, daß solche Lager »technisch« 1740 noch nicht möglich gewesen wären (wahrscheinlich aber 1840). Bevor diese Lager errichtet wurden, hatten die Deutschen jedoch schon in Polen und Rußland, wo ihnen mehrere Millionen Juden in die Hände gefallen waren, die Ghettos von Lodz, Warschau, Riga, Kowno und Minsk errichtet und dann im reibungslosen Zusammenspiel von Einsatzgruppen und Wehrmacht bis Ende des Jahres 1941 etwa 1.000.000 Juden auf die grausamste Weise liquidiert – ohne Fabrik. Die Auffassung, wonach die Singularität des Holocaust allein in der technisch-industriellen Durchführung des Massenmordes sich zeigt, übersieht, worin – nicht technisch, sondern gesellschaftlich betrachtet – diese Singularität wirklich besteht: in der erstmals von einem Staat organisierten und von der Mehrheitsbevölkerung gewollten oder tolerierten Vernichtung der europäischen Juden, im »Blitzkrieg gegen die Juden« (Browning). Und »Krieg« ist hier ganz wörtlich zu nehmen: Schon in seiner Reichtagsrede vom 30. Januar 1939 machte Hitler deutlich, daß für ihn der militärische Krieg in einem seiner wesentlichen Aspekte Teil des »antisemitischen Weltkampfes« ist. Das gilt speziell für den Angriff auf Rußland. Am 24. Februar 1942 bestätigte Hitler noch einmal, daß »durch diesen Krieg der Jude ausgerottet wird«. Dies war das Hauptkriegsziel, das unabhängig vom Frontverlauf verfolgt wurde! Noch kein Krieg war nach Ansicht Hitlers »ein so ausgesprochen und so ausschließlich jüdischer Krieg wie dieser«. Wir neigen immer noch dazu, diese Aussagen nicht ernst zu nehmen, obwohl (oder vielleicht weil?) die Deutschen diesen Krieg doch gewonnen haben.

Eine Erforschung dieser Zusammenhänge (die längst nicht abgeschlossen ist) ist bei Kurz nicht vorgesehen. Bei ihm muß »Auschwitz« ein bloßer Name bleiben, damit die »Theorie« intakt bleibt. Es ist aber genau diese über Jahrzehnte eingeübte Ignoranz, die es Ex-Linken wie Joschka Fischer im März 1999 so leicht machen sollte, »Auschwitz« im Kosovo zu entdecken (und dann den »Vernichtungskrieg in Tschetschenien«). Hier liegt wohl auch der Grund für die positive Aufnahme des Kurzschen Antikapitalismus im bürgerlichen Feuilleton (zumal, wenn man weitere Faktoren mitbedenkt: die Verhöhnung von »sitzengebliebenen Klassenkämpfern«, die totalitarismustheoretische Gleichsetzung von Nazi-Deutschland und Sowjetunion als »Diktaturen des 20. Jahrhunderts«, die demonstrative, »werttheoretisch« rationalisierte Unberührtheit vom Drama des Untergangs der DDR, der SU und der SFR Jugoslawien, die mit der Krisenpanik-Sprache der neuen Kleinanleger kompatible Rhetorik).

Es gibt noch andere historische Ereignisse, deren Zurkenntnisnahme Kurz vermeiden muß. Er liefert in seiner Replik (ich ignoriere die Fälschungsvorwürfe und andere in der »Subjektform« befangene Manöver) eine Reihe von Formulierungen und Auslassungen, die einer historischen Überprüfung nicht standhalten. Dazu gehört zum Beispiel die Erklärung nicht nur des Antisemitismus, sondern auch des Holocaust aus dem biologistischen Rassismus (»in Deutschland wurde der Antisemitismus im Kontext der blutsideologisch legitimierten Nationsbildung ein eliminatorischer«). Diese These ist falsch. Von der »ethnisch« begründeten deutschen Staatsbürgerschaft führt kein Weg nach Auschwitz, wohl aber vom Kriegsschauplatz im Osten. Für Ableitungsbastler ist dies sicher nur ein Unterschied zwischen zwei Worten, die bei entsprechender Publikumsnachfrage einfach durch ein »und« verbunden werden können. Für die Verfolgten war es ein Unterschied von Leben und Tod, denn die » blutsideologisch legitimierte Nationsbildung« hat ihnen das Leben zwar schwer gemacht, es aber meistens nicht gekostet.

Aber Kurz ist ohnehin nicht nach eingehendem Studium der Dokumente zu seiner Holocaust-Theorie gelangt. Er möchte den Holocaust zu einer historischen Erfahrung werden lassen, die ihren Platz in einem identitätsbildenden geschichtlichen Zusammenhang der kapitalistischen Modernisierung finden soll. Der Holocaust wird zur kontingenten Konstellation innerhalb dieser »Entwicklung«; er braucht daher nicht für sich untersucht zu werden.

Bei dieser Aufgabenstellung ist es auch nicht erstaunlich, daß bei der Suche nach Voraussetzungen des Holocaust der dafür so zentrale Vernichtungskrieg nicht einmal in den Blick gerät. Und diese Blindheit hat noch weitere Ausblendungen zur Folge: Dem Kritiker der Arbeit fällt weder etwas zur NS-Zwangsarbeit noch zur Arisierungspraxis ein (Kurz sucht allein nach antisemitischen »Ideologien«). Schließlich entfallen im *Schwarzbuch* auch alle Themen, die als Folgen dieser Praktiken verstanden werden können: die Auswirkung der weitgehenden Zerstörung der Sowjetunion auf die Nachkriegsgeschichte, die segensreichen Auswirkungen von Raubpolitik und Zwangsarbeit auf das deutsche Wirtschaftswunder (das auch eine »Wunderwaffe« war).

Die wichtigste Ausblendung, von der die übrigen genannten zeugen, wird jedoch im theoretisierenden Subjekt selbst vorgenommen: Kurz fehlt es an jeglichem Verständnis für die psychischen Dimensionen des Themas. Er überspringt die Rekonstruktion des Zusammenhangs von Trauma und Kritik und verweigert die Auseinandersetzung mit den Affekten und Emotionen, die nicht zuletzt auf Seiten der linken »Kinder der Täter« eine Rolle spielen, gerade wenn sie den Drang verspüren, eine »Holocaust-Theorie« aufzustellen. Diese Abwehr der traumatischen Grundierung, die in jeder Holocaust-Erklärungen mitschwingt, macht übrigens die Kurzsche apokalyptische Rhetorik noch fragwürdiger, denn diese Rhetorik suggeriert ja, daß die große Katastrophe noch aussteht.

Kurz hält den Hinweis auf die Unwahrheit einiger linker Kategorien seit dem Holocaust für ein »kulturalistisches« Hirngespinst, das einer »bürgerlichen Individualmoral« aufsitzt. Es gehe hier, so Kurz, wohl darum, »Gesellschaftskritik durch ethische Imperative zu ersetzen« (nun, die Täter würden »Gesellschaftskritik« sicher vorziehen). Kurz verkennt, daß die »Unwahrheit der Kategorien« mit der »Unwahrheit der Klassifizierenden« zu tun hat, denn es existiert ein genealogischer Zusammenhang zwischen der Vergangenheit des Nationalsozialismus und der Gegenwart des linken Theoretikers, der bei der Wahl seiner Deutungsmuster (Geschichtsbegriff, Vernunftbegriff) entweder die Erfahrung des Holocaust mitberücksichtigt (zum Beispiel, daß die »Einheit der Geschichte« in Frage steht) oder eben nicht. Die von Kurz so heftig zurückgewiesene »bürgerliche Individualmoral« bezieht sich aber auch auf die (meist unbewußten oder heimlichen) Verpflichtungen des linken Theoretikers gegenüber der Tätergeneration, auf seine Position zu deren Verantwortung. Kurz' Streben nach einer Holocaust-Theorie, die auf alle Erfahrung der Opfer verzichtet, stellt die deutschen Verhältnisse nicht als zentrale Bedingung seiner »Denkform« in Rechnung. Diese spezifische kulturelle Blindheit ist selbst eine unbewußte Ablagerung der deutschen Zustände. Entsprechend gedankenlos fällt dann auch die Holocaust-Erklärung aus.

Man konnte daher schon 1968 Kommunist werden, das Marxsche *Kapital* studieren, über die Ableitung des Staates streiten, solidarisch mit den »Völkern« der Welt sein und Arbeiter agitieren, ohne dabei jemals dem Tabuthema wieder begegnen zu müssen. Der Mord an den Juden wurde in den programmatischen Erklärungen der »Neuen Linken« wie auch der kommunistischen Linken meistens nicht einmal erwähnt. Heute muß man sich daher fragen, wieviel wir damals eigentlich wirklich wissen wollten.

Die linke Antisemitismus- und Holocaust-Erklärung hat also eine eigene Geschichte, genauer gesagt eine Generationengeschichte: »Das Problem des Wissens von der Nazi-Vergangenheit hat eine besondere Rolle in der deutschen Linken gespielt, die nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Diese Vergangenheit und ihre kollektive psychische Verdrängung waren sehr wichtige Momente in der Entstehung der neuen Linken.« Dieser Satz ist Moishe Postones Aufsatz »Antisemitismus und Nationalsozialismus« entnommen, auf den sich auch Kurz beruft. Er steht allerdings im ersten Teil dieses Aufsatzes, der von den Anhängern des zweiten Teils nie zitiert wird.

Postones Fazit: Das »Fehlen wirklichen Wissens über die Aktivitäten und die Politik der Nazis in Polen und der Sowjetunion, in den Ghettos und den Vernichtungslagern führt zu einem unvollständigen Bild des Nazismus. Theorie selbst wird zu einer Form psychischer Verdrängung ... Der erste Schritt muß eine ausführliche Beschreibung des Holocaust und des modernen Antisemitismus sein.«

Günther Jacob ist Co-Autor des gerade erschienenen konkret-texte-Bandes 26: »Braunbuch Österreich. Ein Nazi kommt selten allein«

Konkret 07/00, S. 48

Otto Köhler

In diesem Sinne - Grundlose Aufregung

Es war höchste Zeit. Schon lange fragte man sich, wie man dem Lutz Rathenow den Adenauer-Preis für Literatur der Zieselschen Deutschlandstiftung hat zuschustern können, ohne dem Ernst Nolte gleich seinen für Wissenschaft zu verpassen. Nun hat man endlich. Und niemand sollte – wie geschehen – den Chef des mancherorts renommierten Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Horst Möller, tadeln, daß er dazu im Herkulessaal der Münchner Residenz die Lobrede hielt. Gewiß, Möller wurde dank des Historikers Kohl zum Hüter des Hauses für Zeitgeschichte. Aber er ist keineswegs ein Anwalt vergangener Zeiten. Er hat sich vielmehr Verdienste um die Traditionspflege der Bundeswehr erworben, weil er (wie zuvor sein verstorbener Kollege Andreas Hillgruber) die positive Rolle der deutschen Wehrmacht bei der Verteidigung der Verbrennungsöfen und Vergasungsanlagen von Auschwitz hervorhob. Ihr Versuch nämlich, so rühmte er, »die deutsche Ostfront so lange wie möglich gegen die vordringende Rote Armee zu halten«, habe nichts anderes bedeutet als einen »Schutz der deutschen Zivilbevölkerung in den Ostprovinzen gegen Morde, Vergewaltigungen, Plünderung und Vertreibung durch sowjetische Soldaten«. Wenn nicht dieser Zeitgeschichtschef, welcher andere Historiker wäre so einwandfrei legitimiert, Ernst Nolte zu preisen, der ja entdeckte, welches Bewenden es mit Auschwitz recht eigentlich gehabt hat?

Nein, die ganze Aufregung über Noltes Preis und Möllers Laudatio ist grundlos. Wie, wenn nicht 1986 Ernst Nolte den Weg geebnet hätte, hätten Schröder, Fischer und Scharping ihre Politik so glatt und hochgelobt durchführen können? Schröder, der wenige Tage nach dem letzten Krieg sagen konnte, der Einsatz der Bundeswehr sei geeignet, »die historische Schuld Deutschlands auf dem Balkan wenn nicht vergessen, so doch verblassen zu lassen«, konnte sowas doch nur auf den starken Schultern von Figuren wie Nolte und Möller verkünden.

Was wäre Scharping, der in Pristina – wo die Deutschen 1943 zusammen mit albanischen Wachmannschaften ein KZ für Serben, Juden und Zigeuner einrichteten – 1999 ein serbisches KZ frei erfand, ohne die theoretische Grundlage, die Ernst Nolte schuf, als er Stalin zum Architekten von Auschwitz machte? Und Joseph Fischers neudeutscher Kampfruf »Nie wieder Auschwitz!« wäre ohne die denkerische Vorleistung Noltes gar nicht möglich gewesen. Nein, die Preisverleihung an diesen Mann bewegt sich ebenso auf der geistigmoralischen Höhe der Berliner Republik wie die Preisrede durch den Chef des Instituts für Zeitgeschichte.

Konkret 07/00, S. 48

Gert Ockert

In diesem Sinne - Pazifisten immer irrer

Das Leben ist ein zeitlich streng implementiertes Gut und »währet siebzig Jahr«, singt der Psalmist, »und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist's Mühe und Arbeit gewesen.« Angelika Beer, die im März 99 den Soldaten, welche das Serbentum niederringen sollten, alles Gute wünschte und mutig das Mäulchen hielt, als die Ergebnisse dieses Ringens dafür sorgten, daß den bombardierten Kollateralfeinden ein biblisches Alter unerreichbar wurde – Frau Beer kehrte am 6. Juni, abends, von der Mühe und Arbeit, sich die Abschaffung der Wehrpflicht ausreden zu lassen, heim und wurde vor der Haustür von einem, bis heute unbekannten, Messerhelden mit zwei Stichen in den Arm verletzt.

Über rechtsextreme Terroristen munkelte die gewogene Presse; man schloß aber erst recht nicht aus, Beers windelweiche Manöver während des Kosovokriegs hätten ihr die humanitäre Intervention eingetragen. Die Berliner Polizei, ansonsten nicht zimperlich, wenn es Staatsfeinde lynchfest zu machen gilt, mochte hingegen nicht mal Vermutungen anstellen und ermittelt seither »in alle Richtungen«. Das Bundeskabinett allerdings wußte sofort Bescheid und »zeigte sich betroffen« über einen Akt des »Terrors«. Ein schlechtes Gewissen sei ein guter Ratgeber, flachst der Volksmund – evtl. mögen die Lügenbolde, die ungezwungen den Angriffsbefehl auf serbische Linienzüge erteilten, nach der ersten Eilmeldung gedacht haben: »Einmal erwischt's jeden.« Anderen, verkommeneren Köpfen wiederum könnte aufgefallen sein, daß Frau Beers »Attentäter« in Zielplanung und Ausführung sich ein schlechtes Beispiel an der Nato genommen hat.

Noch verkommenere Köpfe, nämlich Beers Freunde in PresseRundfunkFernsehen vermuteten, alte Übung, ein knapp gescheitertes Massaker. Und sie brauchten dafür gar keine Beweise – Racak reborn. »Der Haß, den Angelika Beer auf sich zieht, erinnert an den Haß der Enttäuschten, die eine Galionsfigur verloren haben«, jammerte am 8. Juni die »Taz«. »Zuschlagen, einfach so«, diktierte die notorische, namenlose S-Bahn-Fahrerin, befragt nach den Grünen, einer Zitatbeschafferin der »Berliner Zeitung« (9.6.2000), und schon ist St. Angelika-von-den-Messern aufgerückt in die Legenda aurea. *Der Kerl aber, der sie angriff, darf sich rühmen, den feilen Fürsten eines vermeidbaren Krieges beigebracht zu haben, wie klein die Differenz ist zwischen Peacebuilding und Drive-by-piercing.*

Konkret 07/00, S. 48

Chris Thaler

In diesem Sinne - Zonen-Gabi im Glück

Das Schlimmste, was die DDR neben ihren unbelehrbaren Bürgerrechtlern hervorgebracht hat, ist der SED-Mittelbau, diese am drallen Busen der Republik gesäugten Reformbacken. Was sie betrifft, sollte niemand sagen, er sei nicht gewarnt gewesen. In diesem Journal hat dessen Herausgeber vor über zehn Jahren das Politbüro der Partei auf den abgrundhäßlichen Nachwuchs hingewiesen: »Sie, die von der Bürgerpresse und Ihrem eigenen Pöbel als Tattergreise nicht zuletzt deshalb Verhöhnten, weil Sie die Nazi-Lager leider überlebt haben, sind auch in Ihrer Partei die letzte Generation, auf deren Verständnis Erwägungen der vorgetragenen Art rechnen können; die Technokraten, die Ihnen nun folgen werden, werden dafür taub sein.«

Und diese Technokraten, dieser SED-Mittelbau, der heute den PDS-Überbau geben kann, weil sie, also die Holters, Sittes, Porschs, Paus, Heins, Gysis, Bartschs, aufgrund der frühen Verabschiedung der DDR von der historischen Bühne den ihnen vorgezeichneten Karrieresprung nicht mehr durchführen konnten, diese Figuren geben nun seit mehr als einem Jahrzehnt den Landesinsassen mit Rudimenten einer humanistischen Erziehung aber so was von auf die Nerven. Aus den 150prozentigen von gestern wurden die 200prozentigen von heute. Lediglich das so oft geschmähte Bürgerliche Gesetzbuch *hält den Rigorismus ihrer Methoden in Grenzen.*

Und nun soll das Rotkäppchen aus dem thüringischen Hinternah, Gabriele Zimmer, das Erbe von Lothar Bisky antreten. Mir persönlich wäre der Dietmar Bartsch, diese Ulknudel mit inzwischen wegoperiertem Konfirmandenschnauz, lieber gewesen, aber vielleicht beim nächsten Mal. So sicher ihre Kolleginnen und Kollegen mit Gedanken, Stil und Sprache nichts zu tun haben, außer vielleicht als fleischgewordene Antithese, so sicher bewegt die Zimmersche sich in diesem Milieu. Die einzige theoretische Leistung ihrerseits ist die Transformation des urdeutschen »Nie wieder Sozialismus!« ins PDS-Sprech: »Es darf keinen zweiten Sozialismusversuch geben.«

Das ist ihre Botschaft. Tapfer hat sie die düsteren Jahre bis 1989, die dunkle Nacht des Kommunismus, im inneren Widerstand ertragen. Sie wußte, für ihresgleichen kommt noch der historische Moment. Nun ist sie angekommen, die Zonen-Gabi. Im Glück.

Konkret 07/00, S. 49

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Wenn ein Schwan singt

sang vor mehr als 20 Jahren die DDR-Rockgruppe Karat, »schweigen die Tiere«, aber ich verstand damals immer: »Wenn ein Schwan *stirbt*« und hielt die Reaktion der Tiere auf das Ableben eines einzelnen Schwans für sehr respektabel, ja nachgerade logisch. Anders die Menschen, natürlich. Stirbt einer von ihnen, rufen sie ihm noch nach und hinterher, was für einer er gewesen sei, was er hingekriegt und was er vermasselt habe, und geben ihm auf diese Weise, nach einem Dasein voller Zumutungen, noch eine Art Zensur für seine Lebensleistung auf den Weg, ein Führungszeugnis für den Eintritt in den Moder. Es gibt für die Verfertigung von Nachrufen keinen anderen Grund als die Eitelkeit von Leuten, deren einzige Qualifikation fürs Richteramt darin besteht, nicht tot zu sein.

Der Brei aus Schwulst und Beckmesserei geht so: Man nehme Floskeln, paar Zitate, reibe etwas persönlichen Erinnerungskäse darüber, öle und schmiere den Kummerton, zähle auf und rechne ab, fertig ist das Blech fürs Grab. Die »Süddeutsche Zeitung« nahm zwei der Talentlosesten des Gewerbes, Wolf Wondratschek und Helmut Krausser, die dem Gestorbenen je ein persönlich angefertigtes Gedicht in die Grube hinterherseiern durften. »Nun ist er tot, der vom Tod so besessen war und so zäh am Leben hing«, meldete »Die Zeit«. Und »in tiefer Dankbarkeit« verneigte in der »FAZ« sich Reich-Ranicki, nachdem er ihn ein Leben lang links liegen gelassen hatte, vor Ernst Jandl.

Der kleine Prinz

der deutschen Bundesregierung ist allem Anschein nach der wackere Kulturstaatsminister Naumann. Wie jener steht er staunend daneben, wenn die Lichter angezündet und wieder abgedreht werden, und versteht die Welt nicht mehr. »Die Zuschauer«, erklärt er dem »Spiegel« die Situation im deutschen Film, »wollen die neuen Problemfilme, möglichst noch in Schwarzweiß gedreht, ja offenbar nicht sehen ... Es ist ja richtig, daß wir uns mit unserer Vergangenheit beschäftigen, aber es könnte doch möglich sein, Filme jenseits des Schuldgefälles der deutschen Geschichte zu machen. Keine dummen Filme, aber leichte, witzige, charmante Kinogeschichten, die mit zeitgenössischen Themen eine größere Zuschauerzahl erreichen.«

Er lebt auch auf einem anderen Stern.

Die Blase

am Neuen Markt hat ihr Äquivalent in der Literatur. Treffpunkt der Fitti-Szene ist »ampool.

de«, wo allerhand Konsum- und Herrenausstatter-Sorgen gern maliziös abgehandelt werden. »Nur eines noch«, ereifert sich dort Heiner Link, »ich habe mir heute eine Gucci-Brille gekauft. Ich trete ja so im Schnitt alle 8 Wochen eine Brille zusammen, bin also eigentlich ein versierter Brillenkäufer mit einem sicheren Griff für günstige Gestelle. Und der ging heute daneben: Der Verkäufer teilte mir trocken mit, daß das von mir gewählte Teil 800 Mark kostet, ohne Gläser versteht sich. Aber die ist ja auch von Gucci. Da konnte ich nicht nein sagen.« – »Lieber Heiner Link«, antwortet Christian Kracht, »ich habe mir eben gerade einen bodenlangen Herrenpelzmantel von Costume National gekauft, aus der Winter/Frühjahrskollektion 2001, für 6.800 Mark. Aber ich habe ja auch viel mehr Geld als Sie.«

Den Ennui müssen sie aus dem Tschibo-Regal haben. Das Ordinäre daran ist das Langweilige.

Tom Kummer

der, Skandal im Sperrbezirk, ein paar Interviews mit Hollywoodstars frisierte und deshalb mitsamt seinen »SZ-Magazin«-Chefs vor kurzem abserviert wurde, schreibt auch Gedichte. Eines steht dito bei »ampool.de«: Sweet Lords // Happy Pool / Happy Year / thanks // Die Sonne scheint / Die Sonne scheint / untergegangen // oh blau / oh rot / oh silver // Alles schillert«.

Und macht auch einen very frisierten Eindruck.

Lyrik

aus der Dose, diesen »Traum« will sich Hans Magnus Enzensberger erfüllen und am 1. Juli feierlich einen »Poesie-Automaten« enthüllen, der auf Knopfdruck ein per Zufallsgenerator generiertes einmaliges Gedicht erzeugt. – Wo

eigentlich war Enzensberger bisher verhüllt? Und läßt er jetzt die Hosen runter?

Die Woche

stellt Rainer Langhans die Fragebogenfrage: »Wem werden Sie ewig dankbar sein?« Und der Haremswächter antwortet: »Zum Beispiel den Hitlers. Sie zwingen uns, an uns zu arbeiten.« Drei Zeilen tiefer: »Wofür oder bei wem müssen Sie sich unbedingt noch entschuldigen?« Langhans: »Bei denen, die mich für einen esoterischen Faschisten halten.« Hier ist einer ganz besonders, wie W. Biermann sagen würde, »schlaudumm«.

Die Mitte

der Neuen Mitte ist Mitte, Berlin-Mitte, wo lauter »Mittis« durch die Gegend flanieren, deren »Botschafter«, der als »Dr. Mitte« firmierende Ex-Love-Parade-Geschäftsführer Jürgen Laarmann, ein »Mitte-Lied« kreiert hat: »London ist teuer, / Paris ist scheiße, / New York ist retro / auf seine Weise. // Es gibt einen Ort, der kickt total, / Wenn du nicht dabei bist, / ist dein Leben ’ne Qual. / Du weißt Bescheid, sei bereit, / du bist in Berlin-Mitte, Boy! // Berlin-Mitte-Boy, / deine Party kennt kein Ende. / Du bist in Berlin-Mitte, Boy. / Hackescher Markt statt Broadway!«

Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburgs Satz wird immer, sagen wir, einleuchtender.

Konkret 07/00, S. 50

Martin Krauß

Der Fußball an sich ist edel, multikulturell und gut, nur die Gesellschaft ist böse

Kulturkolumne

Fußballanhänger sind wie Woolworth-Kunden. Es gibt da höfliche, die einen vorlassen, weil man es eilig hat, aber es gibt auch die Vordrängler an der Kasse. Viele Sympathische halt und auch viele Drecksäcke, aber niemand ist deswegen nett oder ein Arsch, weil er bei Woolworth kauft. Die Menschen bedienen sich dort, weil ihnen Waren feilgeboten werden, die das tägliche Leben erleichtern. Der Unterschied zwischen den Fußballfans und den Billigwarenkäufern ist lediglich, daß es bislang keine Selbstorganisation aktiver Woolworth-Kunden gibt.

1993 aber wurde das »Bündnis antifaschistischer Fanclubs und Faninitiativen« (Baff) gegründet, das wenige Jahre später, damit es ein wenig massenmoderater klingt, in »Bündnis Aktiver Fußball-Fans« umbenannt wurde. Im Baff sind etwa fünfzig Fanclubs und etwa hundert Einzelpersonen organisiert. Das ist zwar nur ein winziger Bruchteil der gesamten bundesdeutschen Fanszene, aber es macht doch immerhin ein bißchen was her.

»Baff tritt AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Sexismus im Zusammenhang mit Fußballspielen aktiv entgegen«, heißt es in einer Grundsatzerklärung, doch die Feinde der AusländerInnenfeindlichkeit beteuern sogleich, daß sie vor allem Fußballfans sind: »Das bedeutet nicht, daß jegliche Beleidigung von gegnerischer Mannschaft und deren Fans zu verdammen ist.« So viel sympathische Fußballust findet sich nicht immer im Baff. An die Stelle der Lust tritt oft die anderen Omnipotenzphantasien der Linken nicht ganz unähnliche Vorstellung, im Grunde sei man die einzige Organisation, die das Interesse der Fans vertritt, und ganz besonders betreffend die Europameisterschaft in Belgien und den Niederlanden.

Die Absichten des Baff sind gut. In den Fußballstadien grassiert Rassismus. Führt ein schwarzer Spieler den Ball, brechen Tausende Fans in ein kollektives »Uhuhuhuhuhu«-Geschrei aus, damit es klingt, wie sie sich Geräusche des Urwalds vorstellen. Baff ist dagegen, und das ist löblich. Baff behauptet aber, es sei die Interessenorganisation aller Fans, also nicht nur der paar linken, die im Stadion hocken und sich über das Geschrei der anderen ärgern, sondern auch die Vertretung der vielen, nicht zu Unrecht »normal« genannten Fans, die »Uhuhuhuhuhu« machen. Baff und sein europäisches Pendant Fare (»Football Against Rascism in Europe«) erwecken den Eindruck, sie könnten den Mob, dessen wahre Interessen sie vertreten, auf den rechten, den antirassistischen Weg führen.

»Die Internationalität der ›Weltfußballfamilie‹ muß genutzt werden, nationale Vorurteile und Rassismen zu brechen«, heißt es in einem Aufruf, der von Fare auf Vorschlag des Baff im Vorfeld der Europameisterschaft beschlossen wurde. »Gerade Großevents wie die Euro 2000 würden die Chance bieten, den aufkommenden Chauvinismus und Rassismus offensiv zu bekämpfen und ein Zeichen für ein multikulturelles und friedfertiges Europa zu setzen.«

Der Fußball an sich sei edel, multikulturell und gut, nur die Gesellschaft sei chauvinistisch, rassistisch, böse und damit geradezu unfußballerisch. Wer sich für den Fußball begeistert, ist ein guter Mensch, ja eigentlich fast schon ein Linker, ein ehrbares Mitglied der »Weltfußballfamilie«, jener Gemeinschaft der Edlen, bei der Baff und Fare gewissermaßen die Rolle des Haushaltsvorstands spielen.

Vor der Euro 2000 forderte Fare vom europäischen Fußballverband Uefa, daß man den Verband der guten Fans – gegen Überweisung von ein Prozent der Sponsorengelder – an der Organisation beteiligt, zwecks Einrichtung von »Fanbotschaften«, die zum Großereignis anreisende Fußballanhänger in ihrer Landessprache mit Tips versorgen, wo sie in der fremden Stadt übernachten können oder wie sie noch an Tickets kommen. Auch verlangten Baff und Fare die Aufstellung von Großbildleinwänden, auf denen Fans, die keine Eintrittskarten mehr bekommen haben, die Spiele verfolgen können, sowie Programme mit Rockkonzerten, Zeltlagern, Kickturnieren und ähnlichem, damit den aus ganz Europa anreisenden Fans ein angenehmer Aufenthalt entsteht, ihr durch Niederlagen ihrer Nationalmannschaft entstehender Frust vielleicht gemildert wird und die Innenstädte der Ausrichterländer vielleicht heil bleiben.

Das Verlangen wäre nicht unsympathisch, verbänden die Clubs der guten Fans ihre Vorschläge nicht mit so viel sozialpädagogischem Eros. Sie wollen erwachsene Menschen an die Hand nehmen und ihnen erklären, worauf sie sie sonst nie kämen, nämlich, daß das Negerklatschen echt scheiße ist und Kennenlernspiele total viel Spaß bringen. Denn Rassismus ist bloß ein Irrtum und hat im Stadion nichts zu suchen. »Fußball ist der bedeutendste Sport der Welt und gehört uns allen. Jeder Mensch hat das unveräußerliche Recht der Teilnahme an diesem Sport, frei von jeglicher Diskriminierung«, heißt es in der Gründungserklärung von Fare, und das klingt nicht von ungefähr ziemlich nach amerikanischer Unabhängigkeitserklärung.

Tatsächlich sind Sport im allgemeinen und Fußball im besonderen Produkte des Kapitalismus, der die Grenzen der Stände niederlegt und die der Nationen überschreitet. Also, scheint der die Fans betreuende Sozialarbeiter zu meinen, müssen auch der Sport und insbesondere der Fußball dem Rassismus feindlich sein. Richtig ist, daß der Weltmarkt zivilisatorische

Effekte zeitigt, wenn die nationalstaatlichen Schranken immer unwichtiger werden, und diese Entwicklung sich auch im Fußball ausdrückt. Richtig ist aber auch, daß das Kapital seinen Staat braucht, der den Standort mit seinem Gewaltmonopol schützt und in dem die Verlierer (des Weltmarktkriegs) ihre Trauer und Wut austoben können – an den Vietnamesen auf den Straßen von Hoyerswerda oder an den Amis in den Leserbriefen an die »Bildzeitung«. Oder an Anthony Yeboah im Fußballstadion.

Fußball ist – wie der Film – Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne den Kapitalismus gäbe es ihn nicht, in ihm drückt sich die gesamte Widersprüchlichkeit der Gesellschaftsordnung aus. Fußballanhänger sind wie Woolworth-Kunden, Fußball ist wie Woolworth, wo das Einkaufen auch mal Spaß machen und man sich die übrigen Kunden auch nicht aussuchen kann.

Konkret 07/00, S. 51

Otto Köhler

Ochsenauge ist wachsam

Der deutsche Pen-Club bringt den russischen Kollegen bei, was Pazifismus heißt: Natobomben sind Peacebuilder und alle Kriege zu verurteilen, sofern sie nicht von Rudolf Scharping geführt werden

»Nichts, nicht einmal die Feldpost, hat in diesem Krieg so kläglich versagt wie der deutsche Geist.«

Gustav Landauer im November 1914

Also sprach das Ochsenauge – so nannte man in meiner unterfränkischen Kindheit ein Spiegelei – zu seinen aus aller Welt nach Moskau angereisten Schriftstellerkollegen: »Wir hoffen, daß wir bebrütet werden. Wenn wir auch nur noch vom Brüten reden, bleibt doch zu befürchten, daß jemand außerhalb unserer Schale Hunger verspürt, uns in die Pfanne haut und mit Salz bestreut. Was machen wir dann, wir Brüder im Ei?«

Ach Brüder, da gibt's nichts mehr zum Bebrüten, die Schale ist entzwei. Ei, wie das immer noch brutzelt und zischt, Günter Grass hat nicht bemerkt, wie er sich selbst in die Pfanne haute – oder tat's ihm einer an?

»Wir wollen ein paar unangenehme Dinge in der russischen Öffentlichkeit verbreiten«, hatte der deutsche Pen-Generalsekretär Johano Strasser in der Presse angekündigt. Da hatte er gerade in Nürnberg ein Ding – es kam von mir – angeekelt vom Tisch gewischt.

Denn da muß man, gerade wenn man – wie Johano Strasser – in der Kommission für sozialdemokratische Grundwerte sitzt, gewissenhaft unterscheiden. In Nürnberg tagte Mitte Mai das wiedervereinigte Deutsche Pen-Zentrum, das an seiner rotgrünen Regierung kaum ein Fehl zu entdecken vermag. In Moskau aber versammelte sich einige Tage später der Internationale Pen, angeführt von den Deutschen, zum Weltkongreß, um den russischen Brüdern endlich beizubringen, daß Regierungen, insbesondere russische, dazu da sind, mutig kritisiert zu werden. Und wer wäre da – in Moskau – ein besserer Lehrmeister als Günter Grass?

In Nürnberg war er gar nicht erst dabei. Wozu auch? Mit meinem Antrag, aufgrund der Enthüllungen des Generals Heinz Loquai die Desinformationspolitik der Bundesregierung während des Kosovo-Kriegs zu verurteilen (siehe Kasten), wurde Generalsekretär Johano Strasser mit links fertig. Das sei doch alles – hier in Nürnberg – längst nicht mehr aktuell, beschied er mich, als ich ihn, als ersten, um seine Unterschrift bat. Wer weiß, ob überhaupt die für einen Initiativantrag erforderlichen zehn Unterschriften zusammengekommen wären, hätte nicht Christoph Hein, der in Nürnberg aus dem Amt geschiedene Pen-Präsident, unterzeichnet und den Antrag um einen letzten Absatz ergänzt. Doch der Generalsekretär wußte, wie man mit so etwas umgeht. Im Vorjahr hatte er einen Antrag, der die Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzamtes gegen den Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner kritisierte, ganz einfach »vergessen« – wie er sagte.

Dieses Mal hatten Christoph Hein und ich den Generalsekretär gebeten, den Antrag schon am zweiten Kongreßtag zu diskutieren, Strasser weigerte sich, und die Mitgliederversammlung wurde am Nachmittag vorzeitig abgeschlossen. In den letzten zehn Minuten des letzten Tages handelte er den Antrag ab, erklärte als Versammlungsleiter, alles sei falsch, was in der Resolution stehe, den serbischen »Hufeisenplan« beispielsweise habe es doch gegeben, und marschierte im Eiltempo durch zur Abstimmung – das gemeinsame Abschiedsmahl durfte nicht warten. Unsere Niederlage war überwältigend. Gewiß, manche der 128 Stimmberechtigten waren schon abgereist, aber das 78fache Nein bei neun Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen war ehrlich und überzeugend.

Der Generalsekretär war längst schon mit der Vorbereitung wichtigerer Dinge beschäftigt. »Ich denke«, so sprach er ein paar Tage später zum Deutschlandfunk, »wir werden die Möglichkeit haben, in der russischen Öffentlichkeit und in der Weltöffentlichkeit noch einmal anzusprechen, was in Tschetschenien geschehen ist und immer noch geschieht, daß dort ein Krieg geführt worden ist nicht gegen Kombattanten ausschließlich, sondern gegen die Zivilbevölkerung mit ungeheuren Grausamkeiten, daß parallel dazu die öffentliche Meinung manipuliert worden ist, daß Journalisten unter Druck gesetzt worden sind und gehindert sind an der Berichterstattung.«

Trotzdem, das freie Wort läßt sich nicht unterdrücken, der deutsche Generalsekretär hatte Grund zur Freude: »Im russischen Pen ist es mittlerweile ziemlich eindeutig. Sie haben dort mehrheitlich eine Erklärung abgegeben, die in dieser Frage ganz klar ist, die von einer humanitären Katastrophe und den Einschränkungen der Pressefreiheit spricht und die sich eindeutig, auch in einem Brief an Putin, dafür erklärt, diesen Krieg einzustellen.«

Und wenn da welche abweichen, dann, das weiß Johano Strasser, verstößt das gegen die Pen-Satzung: »Wie immer in solchen Situationen, gibt es auch Schriftsteller und Intellektuelle, die fasziniert sind von nationalistischen Ideen und von

der Macht und neuen Größe Rußlands, die da suggeriert wird, und die sich anders verhalten.« Aber es sei doch »klar, daß der Pen-Club seinen Prinzipien verpflichtet ist und gegen eine solche Politik auftreten muß«.

Es war für die deutsche Pen-Delegation unter Johano Strasser gar nicht einfach, nach Moskau zu reisen, weil, so unterstrich er, »wir nur teilnehmen können an einem solchen Kongreß, wenn sichergestellt ist, daß keine hochrangigen Regierungsmitglieder daran teilnehmen und daß nicht der Eindruck erweckt werden kann, die Schriftsteller, die sich dort versammeln, sind ein Teil der Normalisierung und können gewissermaßen als Dekor der Regierungspolitik benutzt werden.«

Für Dekorationszwecke fremder Regierungen stehen deutsche Schriftsteller nicht zur Verfügung. »Das ist sichergestellt. Und wir werden an vielen Stellen dieses Kongresses und bei öffentlichen Auftritten, in dieser Wunde ...« Er unterbrach sich: » ... an diese Wunde rühren und über Tschetschenien sprechen.« Das beginne gleich am Anfang: »Bei der Eröffnung dieses Kongresses wird Günter Grass eine Rede halten, da wird das Thema Tschetschenien eine Rolle spielen.« Das war die beste Wahl, denn wer wäre sachverständiger als Günter Grass, der letztes Jahr den Krieg der Deutschen gegen Jugoslawien bejaht und das »Herummogeln um die Notwendigkeit des Einsatzes von Bodentruppen« getadelt hatte.

Als da der Mann vom Deutschlandfunk Zweifel anmeldete, ob die russische Öffentlichkeit diese Rede überhaupt wahrnehmen werde, versprach Strasser: »Günter Grass ist von einer Größenordnung, die nicht ganz negiert werden kann. Und das wird sich in diesem Land mit Windeseile herumsprechen, was er da zum Thema gemacht hat, also ich bin da eher optimistisch.«

Daß der russische Pen-Club kein Geld von der Regierung bekomme, betonte Strasser, sei »in dieser Situation eher ein Vorteil«. Die Finanzierung des Kongresses hat trotzdem keine Sorgen bereitet, denn, so der deutsche Generalsekretär: »Die Ford Foundation hat mitfinanziert, so daß auch von der Finanzierungsseite her Unabhängigkeit garantiert ist.« Genau wie einst zu Beginn des Kalten Krieges bei den großen Kongressen für die Freiheit der Kultur, deren Unabhängigkeit durch CIA-Zahlungen garantiert war.

Es kam, wie vom Generalsekretär angekündigt. Ochsenauge Grass ergriff das Wort. »Wo immer sich Schriftsteller zusammenrotten«, so sprach er in Moskau, »wann und wo auch immer, der Pen-Club regional oder international tagt, jeweils stand oder steht aktuelle Not auf der Tagesordnung. So gegenwärtig in Moskau: Wir begegnen einander in einem Land, in dem die Großmacht Rußland gegen ein kleines Volk der Tschetschenen Krieg führt; und das geschieht zum wiederholten Mal, ohne Einsehen, ohne Erbarmen.«

Ja, sagte Grass, es gebe Schriftsteller, die von Ideologie zu Ideologie wechseln, blindgläubig oder aus opportunistischem Kalkül. »Und doch wage ich – in Kenntnis aller Verfehlungen der literarischen Zunft – zu behaupten, daß es allen voran Schriftsteller gewesen sind ..., die den wechselnden ideologischen Verführungen im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts widerstanden haben.«

Recht hat er: Rudolf Scharping ist keine Verführung, nicht einmal eine ideologische, und auch Joseph Fischer ist keine, aber welche Erklärung hat Grass dann dafür, daß er im Juni 1999 öffentlich und ohne Scham erklärte: »Ich finde es jämmerlich, wie die Presse mit so einem hervorragenden Außenminister wie Fischer und so einem hervorragenden Verteidigungsminister wie Scharping umgeht.«

»Nie wieder Krieg!«, hatte der hervorragende Außenminister gerufen und war mit einem sorgenvollen Blick in ebendenselben gezogen, denn: »Wir haben aber auch gesagt: nie wieder Auschwitz!« Und der andere Lügenmeister, der hervorragende Verteidigungsminister, war ja nicht nur mit dem »Massaker« von Racak in den Krieg gezogen und hatte ihn mit dem »Hufeisenplan« durchgehalten, immer wenn es kritisch wurde, nahm er die einst den kuwaitischen Brutkästen entsprungenen Embryos zur Hand: »Und wenn einem Flüchtlinge erzählen, und das nicht einmal, sondern mehrfach, daß man Frauen ihre Kinder aus den Armen reißt und ihre Köpfe abschneidet, um mit ihnen Fußball zu spielen, wenn ermordeten Schwangeren der Bauch aufgeschlitzt wird und der Fötus erst gegrillt und dann in den Bauch zurückgelegt wird ...«

So etwas hatte Scharping erzählt, zwei Monate bevor ihn Günter Grass, wohlüberlegt, zum hervorragenden Verteidigungsminister ernannte. Welch ein Vorbild für die Schriftsteller, denen er in Moskau nachrühmt: »Sie erlauben sich, mit kunstvoll gedrechselten Frechheiten der offiziell verkündeten einzigen Wahrheit mit der Vielzahl ihrer Wahrheiten zu antworten.« Grass wollte in Moskau endlich wieder der Literatur zu ihrem Recht verhelfen: »Das immerhin leistet die Literatur: sie schaut nicht weg, sie vergißt nichts, sie bricht das Schweigen.« Ja? Welche Literatur? Die im deutschen Pen vertretene?

Sie schaut nicht weg? »Ich habe gerade meine Lesebrille nicht dabei«, murmelte ein Präsidiumsmitglied, als ich um Unterschrift unter den Antrag bat.

Vergißt nichts? Das sei doch letztes Jahr gewesen und längst erledigt, meinte der Generalsekretär, als ich ihn als ersten um seine Unterschrift bat.

Ungnädig vermerkten deutsche Berichterstatter aus Moskau, daß es am Ende der Grass-Rede nicht zu »standing ovations« gekommen war. Er selbst war auch verstimmt: »Ich bin jetzt allerdings ein wenig überrascht, daß im russischen Fernsehen meine kritische Einstellung zum Tschetschenienkrieg unterschlagen worden ist. Da findet regelrecht wieder Zensur statt. Ich bemerke eine gewisse Beklommenheit auf Seiten der russischen Schriftsteller.« Denn, das vermerkt er im Fernsehinterview: »Die Resolution des russischen Verbandes, die auch ganz scharf gegen den Tschetschenienkrieg ist, ist im Verband umstritten, aber man merkt nichts von der inneren Kontroverse.«

Das Buch zum Event erschien rechtzeitig im Alexander-Fest-Verlag und wurde bereits besprochen, während Günter Grass in Moskau noch mutig nach dem unerschrockenen Wort griff. Das Buch heißt *Die geistige Mobilmachung*. Sein Thema: *Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*. (Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, 448 Seiten, 68 Mark). Die aber können es genauso nach dem letzten deutschen Krieg im 20. Jahrhundert mit Gewinn lesen. »Wie reagierten die deutschen Intellektuellen auf all das?«, fragt die Schutzklappe des Buchs. »Mit kritischer Distanz oder blinder Kriegsbegeisterung?« Das ist längst keine Frage mehr. Mit kritischer Distanz nicht nur, sondern mit eindeutiger Kritik, wenn das starke Rußland das schwache und von aller Welt verlassene Tschetschenien unterdrückt. Und mit blinder, nein mit hellsichtiger Begeisterung, wenn das schwache Deutschland die »humanitäre Katastrophe« zu beseitigen sucht – »ich kann doch Sarajevo nicht vergessen«, sagte mir ein lieber Kollege, als er es nicht fertig brachte, meinen Antrag zu unterzeichnen, und ich ahne nicht: Sarajevo 1994, wo man immer noch nicht weiß, von wem wirklich die Granate kam, oder Sarajevo 1914 – , die also zum dritten Mal in diesem Jahrhundert vom mächtigen Serbien ausgeht.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 4/2000 über die braune Geschichte der Deutschen und der Dresdner Bank

---

Kasten Seite 52

Otto Köhler

Der Antrag

Ein Jahr nach dem dritten deutschen Krieg im 20. Jahrhundert bedauert die Mitgliederversammlung des Pen-Zentrums Deutschland, daß Schriftsteller dazu bereit waren, sich hinter die Friedenspolitik der deutschen Bundesregierung zu stellen, die eine Politik des Krieges war.

Heute, nach den Untersuchungen des ehemaligen Brigadegenerals und Leiters des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr Heinz Loquai, scheint dies festzustehen: Das »Massaker von Racak«, mit dem wir kriegsbereit gemacht werden sollten, war mit hoher Sicherheit eine (leider normale) Schießerei zwischen Bürgerkriegsgegnern. Und der »Hufeisenplan« zur Vertreibung aller Kosovoalbaner, mit dem Verteidigungsminister Scharping die Bombardierung Jugoslawien rechtfertigte, war eine Erfindung des Bundesverteidigungsministeriums, um die erst nach der Nato-Bombardierung einsetzenden großen Flüchtlingsströme zu begründen.

Wir wissen heute, daß es 1999 entgegen der Behauptung von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping in der Kosovohauptstadt Pristina kein serbisches KZ gab. Wohl aber gab es 1944 an diesem Ort ein deutsches KZ, in dem mit Hilfe von kosovoalbanischen SS-Leuten Juden, Serben und Roma ermordet wurden.

Wir wissen, daß im jugoslawischen Bürgerkrieg von allen Seiten schwere Verbrechen begangen wurden, Verbrechen, die es aber nicht rechtfertigen, mit der Parole »Nie wieder Auschwitz« (Außenminister Joseph Fischer) zugunsten einer Seite einzugreifen, die schon im Zweiten Weltkrieg auf der Seite Großdeutschlands stand.

Schon im Ersten Weltkrieg haben berühmte deutsche Schriftsteller und Professoren sich in gemeinsamen Erklärungen und Aufrufen hinter ihre Regierung gestellt und die deutsche Propaganda unterstützt. Wir warnen vor Fortsetzung in einer Zeit, in der die Bundeswehr als Krisenreaktionsstreitmacht fähig gemacht werden soll, jederzeit und an jedem Punkt der Welt militärisch einzugreifen. Die – entschieden selektive – Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen, in den Staaten, die wir zu Recht oder zu Unrecht als Schurkenstaaten betrachten, kann keine Rechtfertigung dafür sein, daß von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht. Wir fordern Mißtrauen gegenüber allen deutschen Regierungen, die sich so leichtfertig wie das gegenwärtige Kabinett zu kriegerischen Einsätzen bereit finden.

Wir fordern die deutschen Medien auf, sich nach dem Vorbild der französischen Presse bei ihren Lesern, Hörern und Zuschauern für die Fehlinformationen zu entschuldigen, die ungewollt erfolgten, da man der Desinformation und Propaganda der Regierung geglaubt hatte.

Unterzeichner: Wilhelm Bartsch, Wolfgang Bittner, Peter O. Chotjewitz, Michael P. Hamburger, Christoph Hein, Helmut Kindler, Otto Köhler, Thomas Rothschild, Rolfrafael Schröer, K. D. Wolff

Kasten Seite 53

Otto Köhler

Offener Brief an den Generalsekretär des Pen-Zentrums Deutschland

Lieber Johano Strasser,

ich bewundere Dich. »Wir wollen ein paar unangenehme Dinge in der russischen Öffentlichkeit verbreiten«, hast Du als Generalsekretär des deutschen Pen-Zentrums in der Berliner »Tageszeitung« angekündigt, und im Deutschlandfunk hast Du unmittelbar vor der Internationalen Pen-Konferenz in Moskau versprochen, »in der russischen Öffentlichkeit und in der Weltöffentlichkeit noch einmal anzusprechen, was in Tschetschenien geschehen ist und immer noch geschieht«. Nämlich, daß »dort ein Krieg geführt worden ist nicht gegen Kombattanten ausschließlich, sondern gegen die Zivilbevölkerung«.

Das ist richtig, und das erinnert mich an einen anderen – oder vielleicht gar nicht so anderen – Krieg, in dem gerade erst deutsche Kampfflugzeuge an der Bombardierung der jugoslawischen Bevölkerung mit besonders mörderischen Streubomben beteiligt waren. Über diesen Krieg zu sprechen, hatten wir eine Woche zuvor auf der Tagung des deutschen Pen-Zentrums in Nürnberg so gut wie keine Möglichkeit mehr.

Du hast im Deutschlandfunk beklagt, daß »parallel zum Krieg gegen Tschetschenien« in Rußland »die öffentliche Meinung manipuliert worden ist«. Als ich Dir zu Beginn unserer Tagung einen Antrag zur Mitunterschrift vorlegte, sagtest Du mir, das sei doch alles längst nicht mehr aktuell. Mein Antrag, der die notwendigen zehn Unterschriften, darunter die des bisherigen Pen-Präsidenten Christoph Hein, fand, kritisiert unter Berufung auf die jüngste Veröffentlichung des Generals Heinz Loquai über den »vermeidbaren Krieg« im Kosovo die Desinformation der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere durch die Bundesminister Rudolf Scharping und Joseph Fischer. Obwohl Dich auch Christoph Hein zur rechtzeitigen Diskussion des Antrags drängte, hast Du dessen Behandlung auf die letzten zehn Minuten der Mitgliederversammlung geschoben. Und Du hast als Versammlungsleiter sofort festgestellt, daß alles, was in dem Antrag steht, nicht stimme. Den »Hufeisenplan« etwa, mit dem nachträglich die Bombardierung Jugoslawiens begründet wurde, habe es doch gegeben (fünf Tage später bestätigte ein »Panorama«-Interview mit General Loquai, wie zutreffend die in dem Antrag genannten Beispiele für die Desinformationspolitik der Bundesregierung sind).

Lieber Johano, Du bist Mitglied der sozialdemokratischen Grundwertekommission, und ich gestehe: Du hast Deine Sache gut gemacht. Der Antrag wurde mit einem 78fachen Nein, bei nur neun Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen, mit überwältigender Mehrheit also, abgelehnt. Wir, die Mitglieder des deutschen Pen, stehen heute mit diesen 78 Stimmen kaum schlechter da als 1914 die 93 berühmten Schriftsteller und Professoren mit ihrem Aufruf »An die Kulturwelt«. Sie stellten sich, damals, als unser Volk sich erhoben hatte »wie ein Mann«, ebenfalls hinter Wilhelm II., den »Schirmherrn des Weltfriedens«, hinter »Deutschlands reine Sache« und verkündeten: »Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet.«

Konkret 07/00, S. 54

Georg Seeßlen

Jungfrau, Mutter, Königin

Die mythische Squaw Pocahontas als Muse von Klaus Theweleit und Arno Schmidt

POpulär geworden ist die Geschichte von Pocahontas, der kindlichen Indianerprinzessin, die dem Siedler Captain John Smith das Leben rettete, indem sie sich zwischen seinen auf einen Opferblock gestreckten Körper und die drohend schon erhobenen Steinkeulen der Indianer von der Cheasepeake Bay warf, nach den vielen Umarbeitungen eines mehr oder weniger ausphantasierten Berichts zum Bühnen-Melodram, die eine solche Geschichte in der Regel zu durchlaufen hat, einerseits durch immer neue Ikonisierungen im (nationalen) Kinderbuch und andererseits durch einen Song von Johnny Deavenport und Eddie Cooley, der von Elvis Presley und Peggy Lee gesungen wurde und den die Crampps vergeblich zu massakrieren suchten: »Captain Smith and Pocahontas / Had a very mad affair. / When her daddy tried to kill him / She said: Daddy, oh don't you dare! / He gives me / Fever!« – so die ziemlich berühmte Zusatz-Strophe zum Original.

Bei der Wiedergabe des Liedes changieren die Quellen übrigens zwischen einer *mad affair* und einer *strange affair*. (Bei Gelegenheit mal nachprüfen! Wichtiger scheint mir, daß man in der ersten Lesart von einer wirklich verrückten – unmöglichen – , in der zweiten »nur« von einer seltsamen – oder »äußerst merkwürdigen« Affäre träumt.) Das treuherzige Kinder-Märchen als Gründungsmythe einer Nation im Zeichen von Versöhnung, symbolischem Friedensschluß, von dem aus die Geschichte der USA nur noch als Abfolge von Verrat und Verzweiflung gesehen werden kann, die einen ansonsten graden Weg von der Chesapeake Bay zum Grillplatz im Suburbia-Vorgarten durchkreuzt und Pop-Fieber: der Protest gegen die Macht (des Vaters und des Schicksals) im Zeichen der Sexualität. Erst die *Walt Disney Productions* brachten beides wieder zueinander. Unnachahmlich. Tödlich.

Im Jahr 1607 landeten 105 englische Kolonisten in der Chesapeake Bay in Virginia, wo sie die Siedlung Jamestown gründeten, die erste der englischen Kolonien auf amerikanischem Boden, mit der aber bereits die Menschwerdung des Amerikaners (oder vielmehr doch die Amerikanisierung des Menschen) einsetzt: John Smith, der welterfahrene Abenteurer, ist schon mal ein *rebel hero*: Wegen unbotmäßigen Verhaltens verurteilt, erwirbt er sich seine spätere Führungsrolle durch nichts als pragmatische Tatkraft und beginnt damit den langen Prozeß der Umwandlung von Macht und ihrer Legitimation auf dem neuen Kontinent. Daß ihn gleich beide Seiten, die weiße wie die rote, erst einmal hinrichten wollen, ist dabei wohl mehr als nur Zeichen der notwendigen Balance des Ur-Westerners, der, wenn überhaupt, nur unterwegs zwischen den Seiten glücklich sein kann.

Trotzdem werden John Smith und Pocahontas nicht etwa die Stamm-Eltern eines neuen Menschen aus den Jacob- und Esau-Stämmen weißer und roter Menschen. Am meisten *mad* mag an ihrer Affäre sein, daß sie vielleicht gar keine hatten. Pocahontas jedenfalls verströmte ihre Liebe zugleich ins Pragmatische und ins Allgemeine: Sie sorgte in den Hungerwintern mit Lebensmitteln dafür, daß die englischen Kolonisten in Jamestown überlebten (für den Augenblick jedenfalls). Als sich indes nachvollziehbarerweise die Spannungen zwischen den Indianern und den Neuankömmlingen verschärften, die nur allzu deutlich machten, daß sie nicht nur zu bleiben gedachten, sondern auch unersättlich in ihrem Hunger nach Land und Reichtum waren, gehörte Pocahontas, die Vermittlerin, zu den ersten Opfern; sie wurde entführt und heiratete schließlich, wer weiß unter welchen inneren und äußeren Umständen, einen ihrer Entführer, der überdies die nächste Phase des amerikanischen Kolonialismus repräsentierte, den Tabak-Pflanzer John Rolfe, der sie auf den Namen Rebecca taufen ließ, sie mit nach England nahm und mit ihr Kinder zeugte, deren Nachkommen bis heute aufgelistet werden: Man muß schon sehr schwarz oder sehr weiß sein, um keinen Pocahontas-Descendant in der weitläufigen Verwandtschaft zu haben. Pocahontas' erster Sohn Thomas übrigens, damit es keine Mißverständnisse gibt, tat sich in den folgenden Kriegen gegen die Powhatan als besonders eifriger Indianerschlächter hervor.

Möglicherweise also ist die Geschichte von Pocahontas ein *descendance myth*, der sich schon während der Entstehung revidiert und ideologisch gegen sich selbst verwenden ließ. Höchst einleuchtend erscheint im nachhinein aber auch, daß mit der dramatischen Rettung durch die Indianerprinzessin nichts anderes als die Geschichte der kulturellen Mißverständnisse begann und daß das Ganze kein Ausdruck einer realen Bedrohung, sondern die Inszenierung eines Adoptionsritus war (durch den dann im übrigen Pocahontas nicht etwa zur Geliebten, sondern zur Schwester von Captain Smith geworden wäre, was wiederum einiges erklärt, nur nicht, wer eigentlich in der Produktion dieser Mythe was gewußt, was erfunden und was gefälscht hat).

Pocahontas unterwirft sich also zweimal dem weißen Mann, erst dem Pionier und dann dem Kapitalisten. Vielleicht ist sie ja nur so klug, um mit dieser Politik einen Krieg zu vermeiden, von dem sie weiß, daß er selbst unter größten Opfern nicht zu gewinnen ist. Freilich wird sie spätestens in ihrem Sohn mitschuldig, der seinen Esau-Anteil in einem Krieg bekämpft, der ausgerechnet durch den Tod von Pocahontas' Vater Powhatan oder Wahunsonacook eingeleitet wird. Pocahontas' Opfer (nennen wir es einmal so, eingedenk der zentralen Bilder dieser Geschichte) war also nicht nur umsonst, es erwies sich vielmehr als absurde Beschleunigung dessen, was es eigentlich verhindern wollte.

Und doch reichte diese Inversion des Mythos noch nicht. Der zärtlichen, kindlichen Indianerprinzessin, die allenthalben in den Phantasien der *popular culture* wieder auftaucht, mußte eine dunkle, fundamentale Konkurrenz erwachsen. Genau neunzig Jahre nachdem die erste amerikanische Ur-Mutter, die rote Pocahontas, ihr jungfräuliches Leben für das des weißen Neuankömmlings einsetzte, erscheint Hannah Duston als weiße Gegen-Mutter. Hannah Duston wird bei einem Überfall auf ihre Siedlung Haverhill von Indianern entführt. Die Flucht gelingt ihr mit verdächtiger Leichtigkeit, wobei sie fünf ihrer Entführer tötet und skalpiert. Als sie bemerkt, daß sie bei der Flucht die Skalps im gegnerischen Lager verloren hat, kehrt Hannah Duston zurück, um sie zu holen. Schließlich ist jeder davon 10 Pfund wert. Auch hier gibt es einen ironischen Twist in der Konstruktion der Mythe: Gerade ist Hannah Duston mit ihrer höchst aussagekräftigen Beute heimgekehrt – die symbolische Heirat von Pocahontas als Behauptung einer möglichen Beziehung weißer Mann/rote Frau hat sie mit der symbolischen Kastration als Ausdruck der Unmöglichkeit einer Beziehung roter Mann/weiße Frau beantwortet – da wird nach ihrer 150-Meilen-Wanderung durch die Wildnis zurück in ihre Zivilisation das Prinzip der Skalpprämien abgeschafft. Hannah Duston muß sich mit dem Ruhm begnügen und wird zur Autorin einer Haß- und Bestrafungsgeschichte ebenso, wie John Smith zum Autoren einer Liebes- und Errettungsgeschichte wurde. Unnütz zu sagen, daß spätestens 200 Jahre danach die Herzen zurück zu Pocahontas fliegen und Hannah Duston von der ersten Heldin zur ersten Schurkin der Western-Mythologie geworden ist. Jedenfalls führen Pocahontas und Hannah Duston in den 1.001 Amerika-Geschichten, von Prince Valiants Mittelalter zum Alien-verseuchten Weltraum, ihren unentschiedenen Kampf fort, und es gibt keinen Helden unserer populären Kultur, der nicht im Schatten dieser beiden Mütter stünde (die beide ihn nur falsch und nicht zu Ende gebären können).

Doch ab da wird es interessant: Pocahontas, die John Smith gerettet, aber John Rolfe geheiratet hat, hat mit dieser Entscheidung die Eindeutigkeit der Familie im Mythos aufgehoben: Auf das Motiv der Errettung folgt das der Ersetzung, das wir einerseits als einen Verrat an ihrem Objekt definieren können, als Verrat, der an ihr begangen wurde (indem man nämlich der armen Frau erzählte, John Smith sei gestorben), und schließlich auch als Akt der gnädigen Übermalung: Vielleicht hat Pocahontas ja gerade rechtzeitig erkannt, daß John Smith kein Mann für Frauen ist, was einerseits mit seiner Bewegungsrichtung zu tun haben mag (er muß ja immer wieder hinaus und immer wieder gerettet werden), also mit seiner »Freiheit«; andererseits aber auch mit seiner sexuellen Orientierung. So wäre, als letztes, die indianische Retterin die Heilige der adaptierten Schwulen.

Seither also wird unentwegt erzählt, in immer neuer Komposition von Opfer, Errettung und Ersetzung. Selbst die großen neo-mythischen, phantastischen Film-Serien der achtziger Jahren sind nur neue Variationen. Die »Terminator«-Filme stehen unter dem Zeichen der Maschinen; gerettet wird in einer schönen Inversion der Retter selbst, ersetzt wird er freilich einmal durch seinen eigenen Vater – wir haben darüber nachzudenken begonnen, wie wir die Geschichte rückwärts schreiben können. Jede neue Folge von Opfer, Errettung und Ersetzung führt zur Neukonstruktion der Pocahontas/Hannah-Duston-Teilung des Mütterlichen.

Auch »Alien« steht im Schatten der bösen Mutter (die den bösen Vater ersetzt hat: M.U.T.H.R. heißt da schon der Computer, der nichts taugt gegen den Angriff der bedingungslosen Macht des Organischen), gerettet werden nacheinander von der Heldin (Sigourney Weaver) eine Katze, ein Waisenmädchen (das unter die außerirdischen Indianer gefallen ist), ein verwundeter (kastrierter) Mann, eine entwaffnete Welt, ein weiblicher Android, der aussieht wie Wynona Rider. Die dritte Offizierin Ripley (Replay?) alias Sigourney Weaver alias Pocahontas 2000? Sie kann sich nicht retten, so sehr sie sich von Film zu Film dagegen wehrt, selber zur Mutter zu werden, Mutter eines Fremden: Pocahontas und Hannah Duston sind beide in Ripley ausprobiert und verworfen. Nicht aber ihre (und unsere) Wünsche nach der Mutter zwischen den Kulturen. Wer also rettet Pocahontas?

CAptain Smith konnte es nicht (und wir vermuten: Er hätte es nicht einmal wollen können). Das Bild von Versöhnung zerbricht, wo es mit dem (Spiegel-)Bild der Sexualität konfrontiert wird – so muß aus der *strange* eine *mad affair* werden. Aber vielleicht kann es jener andere Schmidt, der im Jahr 1953 mit seinem Paddelboot auf dem Dümmer See und mit einem Text im Kopf unterwegs ist, der schließlich den Titel *Seelandschaft mit Pocahontas* tragen wird. Für seine Rettungstat benutzt Schmidt den »Störfall« des Mythos, die Sexualität, aber statt diesen Heilungsvorschlag anzunehmen, den kaum einer seiner Zeitgenossen im Wiederbewaffnungsdeutschland zu erkennen bereit ist, bezichtigt man ihn der Pornographie (was nur im nachhinein so erhellend wie erheiternd scheint: Arno Schmidt wäre ja nicht der richtige Mann für eine solche Rettungstat, wenn es auch für ihn nicht ums Leben gegangen wäre, um eine Schriftsteller-Existenz, die damals noch durch eine konzertierte Aktion von Gerichtsmacht und Verleger-Opportunismus hat vernichtet werden können – heute lohnt so etwas nicht mehr: Wir haben ohnehin nur noch die Schriftsteller, die wir verdienen).

Wenn wir Klaus Theweleit auf Pocahontas' Spuren durch Arno Schmidts Text folgen, wird diese Rettung als sehr genaues, literarisches Reagieren auf die Vernetzung der Mythen und ihrer künstlerischen Ablagerungen deutlich. Und eines der Medien dafür – so gut verstehen Zensoren die Phantasien der Welt – ist die Sexualität. (Das hat nur insofern nichts mit Pornographie zu tun, als es die Sexualität mitnichten in den Status von Fetisch und Verdinglichung treibt, wie es später eine rührige Industrie tun wird, ohne von einer nunmehr nachsichtigen Obrigkeit behelligt zu werden – jetzt geht es ja um Geld! – , es *ist* Pornographie in des Wortes eigentlicher Bedeutung: mit dem Geschlecht schreiben.) Tatsächlich muß in diesen

fünfziger Jahren in dieser Gesellschaft die Vorstellung, die Geschichte(n) neu und mit dem Geschlecht zu schreiben (jedenfalls nicht gegen es, wie es die offizielle Historiographie tut), Panik und Unverständnis auslösen. Ja, waren denn die Kritiker, die Intellektuellen, die Kulturmacher damals so blind und verblödet, daß sie nur »rammeln« sehen konnten vor ihren von wer weiß was entzündeten Augen? Das schreibt sich heute leicht, weil Arno Schmidt ein Klassiker geworden ist. Aber, bescheidene Gegenfrage: Sind wir wirklich klüger geworden seit damals? Ja, woher denn? (Freilich gibt es keine Kulturgeschichte mehr, die uns unsere Blind- und Dummheit so konsequent nachwiese, wie sie es bei Schmidts Kritikern getan hat.)

Für eine solche Reise durch den Pocahontas-Mythos im allgemeinen und Arno Schmidts Text im besonderen, ist Klaus Theweleit der beste Pfadfinder: einer, der Pfade findet und keineswegs alles schon im Kopf hat. Ein guter Scout, das wissen wir aus den Western, weiß eine Menge mehr über das Gelände, in dem wir uns bewegen, als wir selber, aber eben keineswegs *alles*. Er rechnet mit Überraschungen. Wenn ein Scout das Gelände, durch das wir hindurchmüssen, zu genau kennt, handelt es sich zumeist um einen Verräter (oder um einen Deutschen, aber das gehört nicht hierher). Was wir an diesem Autor schätzen, ist gar nicht mal so sehr sein Wissen als vielmehr die Begeisterung, mit der er mit ihm umgeht und mit der er uns vorantreibt auch durch höchst unsicheres Gelände. Wo er recht hat, hat er recht, unser Waldläufer Hawkeye Th., und wo vielleicht nicht, da führt er uns doch dorthin, wo wir eben auch hin wollen: inn' Wald.

HONorig, hilfreich und irgendwie heimelig erscheint die von der Arno Schmidt Stiftung herausgegebene Publikation der Schmidtschen Zettel und anderer Materialien zu *Seelandschaft mit Pocahontas*: Als könnte man sich im Text noch mehr zu Hause fühlen, während man ihm gewissermaßen beim Entstehen zusieht. (Man mag überhaupt den Verdacht hegen, daß Schmidt heutigentags von seinen Bewunderinnen und Bewunderern für die Herstellung einer Intimität zwischen Text und Lektüre benutzt wird, die sich andere Autoren verbitten, und das gerade, weil dieser Autor so brachial zu exkludieren vermag: So wird der Text selber zu Festung, Insel, Wagenburg.) Aber hier öffnet sich das Tor ein wenig, und wenn wir mit Schmidt und seinen Zetteln gewissermaßen in seinen Text unterwegs sind, dann kommt er uns auch im Ausprobieren und Umschreiben nahe: Literatur mag dies und jenes sein, sie ist auf jeden Fall Schwerstarbeit. (Kein Wunder, daß sie einfach verschwinden *muß*!)

Der Band enthält auch die entsprechenden Auszüge aus dem Tagebuch von Alice Schmidt, die die wenigen Tage des Urlaubs am Dümmer See schildern – fünf sind es, um genau zu sein (mit einem mürrisch-aufgeschreckten und dann doch gleichsam wider Willen in wenigen Augenblicken gelösten, fast schon glücklichen Autor), in denen der Text im Schriftsteller-Kopf sich formt – , und die Tage der zügigen Niederschrift samt der zähen Versuche, den Verlegern zugleich eine adäquate Publikation und eine menschenwürdige Bezahlung abzuringen. Da erleben wir einen jammernden, niedergeschlagenen, fluchenden Autor, der am liebsten nicht mehr Autor sein will; nicht gerade heldisch, aber doch höchst verständlich, nicht nur in Alices liebendem Blick. (Übrigens eine hübsche Art, sich die Vorstellung auszutreiben, die man als handliches kleines Versöhnungspaket mit der auch eigenen Vergangenheit herumträgt: daß nämlich in diesen fünfziger Jahren politisch zwar alles sich schon wieder zum Allerärgsten entwickelte, die Kultur aber, dochdoch, die Kultur, und auch persönlich ...)

Was die Tage an des Dümmer undramatischen Wellen anbelangt, erkennen wir als scheinbar triviale »Wirklichkeit« viele Erzähl- und fotografische Momente aus *Seelandschaft mit Pocahontas* wieder – so als wäre der Text direkt dem kurzen Ausflug ins Leben jenseits der Bücher entrissen. Haha! hören wir die Besserwissenden höhnen: Da hat der Theweleit Seite um Seite in die Szene mit der aus dem Wasser geretteten Hummel hineininterpretiert und dazu so ziemlich alles bemüht, was je von Hummel, Biene und anderem Insekt Wortbild, Mythos und Literatur wurde, und nun können wir lesen, daß Alice Schmidt bloß eine wirkliche Hummel aus den wirklichen Dümmer-Wassern gerettet und wirklich auf den Bug des Paddelboots zum Trocknen postiert hat. Und so geht das weiter: die Kotzerei nach zu fettem Essen, die Beobachtung der bedrohten Störche, die lebenden und die toten Dümmervögel. Der Dichter vertextet eben alles.

Messieurs, bleiben Sie auf Ihren Plätzen sitzen und stellen Sie das Meckerlachen ab! Denn das Kleine und »Triviale« ist für den großen Text mitnichten nur Vorwand für seine wahren Absichten, es profitiert selbst von diesen Absichten, es verwandelt sich, wird Teil der Verwandlung. Folgen Sie also vielmehr (wenn Sie noch können) einem letzten Errettungs-Unternehmen in *Seelandschaft mit Pocahontas*. Schmidt hat da nämlich am Leitfaden der Sexualität nicht nur eine Errettung so vieler Menschen unternommen, die im Mythos gefangen sind, mehr noch: Er hat sich selbst als einen aufklärerischen Orpheus in alle vor-, nach- und vollchristlichen Konstruktionen von Opfer, Verzicht und Unterwerfung geschickt, um, natürlich mit allergenauester Kenntnis, den Mythos als Meta-Text zu überwinden, in seiner Gegen-Lektüre. Er hat auch eine Liebe aus dem wirklichen Leben in den Text gerettet. Die *Seelandschaft* ist, wenn man so will, gleich in mehrerer Hinsicht ein Geburtstagsgeschenk für Alice.

Pocahontas wird nicht nur nicht geopfert, sie wird, für diesmal, auch nicht getäuscht. Ihr John Smith läßt sich nicht ersetzen (schon gar nicht durch einen Tabakpflanzer!); wenn man den Opferstein zum Liebesbett gemacht hat, kann einem der Verzicht nicht mehr als Weihe, sondern nur noch als Betrug erscheinen (und damit als weltliche Konstruktion der Macht).

Unser Smith/Schmidt kann sich den Tabak nicht einmal leisten (keine Friedenspfeife, keine Verneblung); seine Pocahontas und er entdecken vielleicht gerade deshalb das Leben und seine Schönheit, weil sie dies »Einfache« des Genusses und der Wahrnehmung nicht nur im flachen Wasser des Dümmer (in dem Alice, nicht aber Arno zu baden wagt), sondern auch in einem gewaltigen See der Symbole und Gespenster finden (und verteidigen) müssen.

Die Magie des Augenblicks und der Prozeß der endlosen Vernetzungen, die Lektüre, die ebenso »etwas herausholen« mag wie »etwas nachtragen« – sie könnten ohne weiteres ewig dauern, ausgerichtet auf einen gleichsam jenseitigen Punkt der Sehnsucht, an dem sich beides wieder treffen müßte: die sehr einfache und die nur aus allen kritischen Wäldern der Welt zusammengetragene Erklärung des Textes – als Versuch einer Wiederbelebung. Wiederbelebung einer Liebe, die unter der Last des Alltäglichen ebenso wie unter der Last der Opfer-Erwartung klein wird, Wiederbelebung aber eben auch des aufklärerischen Menschen gegen die falsche, nämlich die christliche, auf jeden Fall kirchliche Interpretation aller Menschengeschichten, wovon die der Pocahontas nur eine ist, die von Anfang an zugleich biblisch und politisch falsch geschrieben wurde. Arno Schmidts literarisches Verfahren – beobachten-sammeln-montieren-»füllen« – ist also nicht nur eines des Einschreibens (mit Cooper, Heine, Klopstock einerseits und so vielen versprengten Bibel- und Geschichts-Wesen über'm Dümmer als neuem Styx andererseits, um die rote Frau zu retten, die gleichwohl längst – Schmidts Titel-Zeichnung zum Text zeigt es deutlich – »über allem steht« und eine Sonne über den schilfhaltigen, flachen See hängt, die zwei paddelnden Menschen leuchtet), dieses Verfahren ist ebenso auch Bestandteil einer Kunst des Ausschreibens. Der Text, der etwas taugt, arbeitet daran, den Menschen aus seiner Unmündigkeit herauszuschreiben.

TASja nDing! In meiner Fischer-Ausgabe (für unterwegs) steht zwar schon eine Internet-Adresse zum Runterladen von Verlagswerbung (genau das, worauf wir alle warten: immer weniger brauchbare Bücher, aber mehr Gedöns drumrum!), aber im (Wischi-)Waschtext immer noch ein solcher Satz: »Die Geschichte einer spontanen und flüchtigen Sommerliebe in der niedersächsischen Seelandschaft am Dümmer ist die vielleicht zärtlichste Prosa Arno Schmidts.«

Sehen wir mal davon ab, daß die Sache weder spontan (sondern vielmehr geplant und gar unter den Männern ausgehandelt ist wie die Liebesgeschichten beim *Wildtöter*, nur daß diesmal eben wieder der Mensch und die Sinne gegen den melodramatischen Mythos in Schutz genommen werden) noch gar flüchtig verläuft, worauf nicht nur der Text als solcher, sondern auch sein letzter Satz im besonderen verweist (der einzige mir bekannte Satz im Werk von Arno Schmidt, der sich willentlich in Kitsch-Gefahr begibt): »Mein Kopf hing noch voll von ihren Kleidern und ich antwortete nicht.«

Die Zärtlichkeit liegt schon in der Revolte, die (zum Beispiel auch im Namen des Wissens) gegen den Mythos geführt wird, wenn's sein muß, auch von innen heraus. Und nicht einfach: im »Thema«. Wenn Schmidt/Bomann (und mit ihm alle, die in ihn eingeschrieben sind) in der *Seelandschaft* wie nebenbei bemerkt, man sei Atheist »wie jeder anständige Mensch«, dann ist das nicht nur eine der Schmidtschen Frechheiten, die er sich in bezug auf Politik und Religion leistet, sondern ganz einfach wahr. Denn nur einem ungläubigen Menschen können wir abnehmen, daß er anständig ist, während wir dem gläubigen ohne weiteres unterstellen dürfen, er unterließe die Gemeinheiten nur aus Angst vor seinen Göttern. Genau darum also geht es bei Schmidts literarischer Schwerstarbeit: um die Würde des Menschen, der aus den Schatten der Götter heraustreten will (und um den Text, der aus dem Schatten der heiligen Lügengeschichten heraustreten will). Und natürlich um die Schönheit, von der uns der Opfer- und Macht-Gehalt der Religion so zielstrebig entfernt. Wer unbedingt will, kann das zärtliche, keinesfalls aber »zärtlichste« Prosa nennen. Gilt dann aber für den ganzen Schmidt. Wenn's denn also »zärtliche Prosa« sein muß – die *Seelandschaft* ist dafür eine wunderbare Einstiegsdroge. Zärtlichkeit, Messieurs & Mesdames (und jetzt können Sie sich meinetwegen wirklich für'n Augenblick erheben), ist die Religion der Gottlosen.

Literatur

Fürs erste Lesen und für unterwegs: Die Fischer-Taschenbuch-Ausgabe (enthält die *Seelandschaft* zusammen mit *Die Umsiedler*)

Fürs genauere Lesen und Aufbewahren: Die Bargfelder Ausgabe der Werke Arno Schmidts natürlich

Fürs Eintauchen und wieder Auftauchen: Lektüre im Zeichen des Haubentauchers: Klaus Theweleit: *You give me fever. Arno Schmidt. Seelandschaft mit Pocahontas. Die Sexualität schreiben nach WW II*, Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt a. M. 1999, 328 Seiten, 48 Mark

Fürs Leben mit Arno Schmidt und für den heimischen A.S.-Altar: *Arno Schmidts »Seelandschaft mit Pocahontas«. Zettel und andere Materialien.* Eine Edition der Arno Schmidt Stiftung im Haffmans Verlag, Zürich 1999, 160 Seiten, Großformat, zahlreiche Abb., 198 Mark

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 5/2000 über die Welt im »Spiegel«-Titel

Konkret 07/00, S. 58

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Ulrike Siebauer: Leo Perutz. Biographie. Bleicher Verlag, Gerlingen 2000, 398 Seiten, 54 Mark

Es waren nicht unbedingt Arbeiten wie »Zinsfußschwankungen und Dividendenquote«, »Über Sterblichkeitsgewinn« oder »Zum Kapitel der Dividendenreserveverrechnungen«, die Leo Perutz kurzzeitig berühmt machten. Auch die dezent knisternde, von der Biographin leider nicht im Detail vorgestellte »Perutz'sche Ausgleichsformel« dürfte nur in den Fanzines knöchelknackender Versicherungsmathematiker für einigen Wirbel gesorgt haben. Bekannt hingegen wurde Perutz als Autor raffiniert konstruierter, publikumsanziehender Romane wie *Die dritte Kugel* (1915), *Zwischen neun und neun* (1918), *Der Meister des jüngsten Tages* (1923) *und Wohin rollst du Äpfelchen?* (1928).

Nach Ansicht der Biographin, die sich auf sympathische Weise von den Selbststilisierungskünsten des Autors beeindruckt zeigt, war Perutz' Persönlichkeit »extrem«. Er ließ Porträtphotos mit Kneifer, Zigarette und schwarz geschminkter Augenpartie von sich anfertigen, nuckelte gern am Haschischpfeifchen, wandte sich gegen jede Art von aufgezwängter Gesinnung, schwärmte von einem Grab im Kaffeehaus und versuchte, in spiritistischen Sitzungen Kontakt mit seiner verstorbenen ersten Ehefrau aufzunehmen. Zusammen mit einem Kollegen von der Wiener Versicherungsanstalt »Anker« betrieb er während der Bürostunden Studien über den Zusammenhang von Hochwasserhosen und Beförderungsaussichten. Perutz führte Buch über seine vorehelichen Affären, duellierte sich, erschreckte seine Lehrer durch blutige Selbstverstümmelungen während des Unterrichts. Für Irritationen bei jüdischen Bekannten sorgte Perutz durch sein Nachkriegs-Engagement zugunsten befreundeter NS-Kollaborateure und -Mitläufer, die ihn und seine Familie für einige Wochen in Wien vor Verhaftung und Mißhandlung geschützt hatten. Obwohl Perutz es selten versäumte, mißliebige Kollegen abzuwatschen, war er stets bereit, unbekannten Autoren zu helfen.

Zerstört wurde Perutz' literarische Karriere durch die deutschen und österreichischen Nationalsozialisten. Im September 1938 mußte er mit seiner zweiten Ehefrau und den drei Kindern fliehen. Die Familie fand Exil in Tel Aviv, wo es Perutz nicht mehr gelang, an die Produktivität seiner Wiener Jahre anzuschließen. Als er sich 1948 in Israel gezwungen sah, wieder eine Stelle als Versicherungsmathematiker anzunehmen, war er bereits ein vergessener Autor. Seine Werke sind gegenwärtig in akzeptablen Ausgaben erhältlich. Ulrike Siebauers Biographie ergänzt sie auf gelungene Weise.

Konkret 07/00, S. 58

Werner Rügemer

Buch & Deckel

Rainer Roth: Das Kartenhaus. Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland. Verlag DVS, 2. aktualisierte Auflage, Frankfurt 1999, 454 Seiten, 25 Mark

In der Regel wird der Staat für seine Verschuldung selbst verantwortlich gemacht. Dagegen entwickelt Roth die These: Die chronische, zudem weltweite Staatsverschuldung ist nicht in erster Linie Ergebnis ungelöster Probleme des Staates, sondern

der Ökonomie. Und zwar einer überalterten, schwach gewordenen Ökonomie, die aus sich heraus nicht mehr genügend Gewinne macht.

Roth rechnet nach: Im Verhältnis zum eingesetzten Kapital ist die Rendite gesunken. Die Kapitalrendite der gewerblichen Industrie von 1970 wurde nie wieder erreicht. Deshalb sinken seit den 70er Jahren die Investitionen in Sachanlagen und Arbeitsplätze. Während in den 60er Jahren noch zwei Drittel der Gewinne reinvestiert wurden, ist es heute nicht einmal ein Drittel. Es wird mehr Geld für Fusionen ausgegeben als für neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig steigen die Gewinnentnahmen des Leitungspersonals. Die etwa 370.000 Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer deutscher Firmen entnehmen für Gehälter, Gewinnanteile, Pensionen, Prämien undsoweiter etwa 200 Milliarden Mark pro Jahr. Diese Entnahmen stiegen noch schneller als die Unternehmensgewinne und natürlich auch viel stärker als Löhne und Gehälter.

Es ist zuviel »arbeitsloses« Geld da. Nur mit staatlicher Hilfe macht es seine enormen Gewinne, also mithilfe von Subventionen, Steuerabschreibungen, Kostenübernahmen. Roth nennt das Profitratensubventionierung. Die Kohl-Regierung hat davon mehr organisiert als jede Regierung vorher, oft unter dem Motto der Privatisierung – bei Bahn und Post, über die Treuhand, bei kommunalen Unternehmen, bei Firmenaufkäufen im Ausland. Auch die Profite der Wohnungs- und Bauwirtschaft wären ohne staatliches Wohngeld in Milliardenhöhe nicht möglich. Die deutsche Wirtschaft, faßt Roth zusammen, wächst heute nur noch, weil der Staatskredit sie vorantreibt. Seine Analyse widerlegt auch das Gerede von der angeblichen »Deregulierung« (»Rückzug des Staates«). In Wirklichkeit nimmt der Staat nicht nur rechtlich und politisch, sondern immer mehr auch finanziell eine Garantenstellung für Unternehmens- und Spekulationsgewinne ein. Der Staat wurde und wird nicht dereguliert, sondern umreguliert.

Roths Buch ist jetzt in einer aktualisierten Neuauflage erschienen. Nützlich ist ein Anhang mit Begriffserklärungen. In einem hinzugefügten Kapitel geht Roth auf die »Variante der Schröder-Regierung« im Unterschied zur Kohlschen Verschuldungspolitik ein: Nettolohnsteigerungen werden »mit einer Senkung der Kaufkraft durch Erhöhung indirekter Steuern und Sozialabbau refinanziert«. Das Buch ist geeignet, den herrschenden Analphabetismus in Sachen Staatsverschuldung zu durchbrechen – das ist gerade angesichts der rot-grünen Sparpolitik bitter nötig.

Konkret 07/00, S. 58

Gunnar Schubert

Buch & Deckel

André Brie: »Nur die nackte Wahrheit geht mit keiner Mode«. Eulenspiegel Verlag 2000, 16,90 Mark

»Befreiung der Visionen«

André Brie

»Wenn Sie Visionen haben, gehen Sie zum Arzt«

Helmut Schmidt

Nicht einmal nicht schreiben kann er richtig. Statt dessen stößt er mit dem Hohlkörper immer wieder gegen so Dinge. »Nur die Kopflosen holen sich keine Beulen«, lautet die Nr. 1 der neuesten mit einigen unvergänglichen Klassikern angereicherten Aphorismensammlung des vom Post- zum Pöstchenstalinisten aufgestiegen André Brie, in der Szene auch der Lutz Rathenow der politischen Stammtische geheißen.

Vollumfänglich vertrauenswürdig ist dieser Aphorismatiker mit dem »Ei auf dem Kopf« (PDS-Sprecher Harnisch) bzw. »legitime Lichtenberg-Schüler« (G. Zwerenz) nicht. So heißt es auf Seite 31: »Endlich habe ich meinen Platz im Leben gefunden: am Strick.« Doch die Freude währt nur kurz, denn 37 Seiten weiter war alles nicht so gemeint: »Ich werde mich erst erhängen, wenn alle Stricke reißen.«

Und dieser Reichtum an Spruchweisheiten will nimmer mehr versiegen, denn seit Jahr und Tag gibt es immer wieder ein neues Bändchen mit »Brieoritäten«, in denen die Bekenntnisse so volksnah und klug sind wie die Wandmalereien in einer halbklandestinen Männertoilette auf dem Busbahnhof von Arzberg-Beilrode. »Die Klügeren geben so lange nach, bis die Politiker unter sich sind.« Ja, gib es uns, Andi!

»Das Kopfende der meisten Politiker befindet sich auf Kragenhöhe.« Härter! Schneller!

»Zahnschmerz besiegt Weltschmerz.« Aaah, das tut so schön weh.

»Die Zeit steht immer schneller still.« Wer aber ist die Zielgruppe von derlei Pflaumenknödler-Weltsicht? Achselhaar-Coiffeure, Fußschweiß-Fetischisten und die Untoten von der Liedermacherfront. Und durch deren Multiplikatorenrolle hat das Bändchen durchaus die Chance, »zum Hausschatz fürs irre 3. Jahrtausend« (G. Zwerenz) zu werden.

Konkret 07/00, S. 59

Joachim Rohloff

Nachhaltig debil

Wie einst bei der Treuhand □ was Birgit Breuel in die Hand nimmt, wird □ u Schrott. Ein Rundgang □ ber die Expo 2000

»Mensch, Natur, Technik« lautet das Thema der Expo in Hannover – gibt es eigentlich sonst noch etwas? Ach ja: Am Expo-Tag der Kirchen zelebrierten Würdenträger aller christlichen Konfessionen einen Pfingstgottesdienst. Wir alle seien Gottes Kinder, sagte Bischof Tutu, und deshalb Schwestern und Brüder; solange aber nicht alle Menschen sauberes Wasser und genug zu essen hätten, dürften die Regierungen nicht zuviel Geld für Verteidigung ausgeben. Die Expo, erkannte Tutu während eines Rundgangs, zeige die unglaubliche Fähigkeit der Menschen zum Guten. Und Richard Schröder, Vorsitzender des Kuratoriums, fiel in den Gesang ein: »Wo Menschen zu der Einsicht kommen, daß es sich lohnt, gefaßt und zuversichtlich in die Zukunft zu sehen, wo Menschen erkennen, daß sie dafür auch etwas tun müssen, aber dabei nicht allein stehen – wo das geschieht, ist Gott im Spiel.« Also in den kommenden vier Monaten vor allem auf der Expo.

Trotzdem scheint sie sich vier Wochen nach ihrer Eröffnung als teurer Flop zu erweisen. Nicht einmal die Hälfte der erwarteten Besucher ist tatsächlich gekommen, und das kalkulierte Defizit von 400 Millionen wird aller Voraussicht nach um ein Mehrfaches übertroffen werden. Da es diverse Tourismusbörsen schon gibt und die meisten der beteiligten Länder auf der Expo nicht viel mehr präsentieren als ihre kulturellen und landschaftlichen, also touristischen Reize, wäre sie billiger, umweltfreundlicher und nachhaltiger zu haben, wenn sie nicht in Hannover stattfände, sondern im Fernsehen oder im Internet. Denn abgesehen von ein paar mehr oder minder gelungenen architektonischen Entwürfen, besteht sie nur aus Bildschirm, Leinwand und Lautsprecher.

Spätestens im deutschen Pavillon stellt sich die nachhaltige Erfahrung ein, daß wohl niemand die »Erlebnislandschaft« Expo schlauer verläßt, als er sie betreten hat, aber jeder dümmer, der sich ihrer »Faszination« ergibt. Ein dreigeteilter Klotz mit gläserner »Haut« und hölzernen Hüten birgt deutsches »Denken, Handeln, Fühlen«. Zunächst trifft man in einer »Ideenwerkstatt« 47 deutsche Köpfe aus eitel Gips: neben den unvermeidlichen Adenauer, Einstein, Böll, Bosch auch Gerhard Polt, Dr. Motte und die Keramikerin Hedwig Bollhagen. Daß sie alle irgendwann in ihrem Leben eine Idee hatten, läßt sich kaum bestreiten. Doch die Idee vom Widerstand scheint mit Georg Elser, Sophie Scholl und Stauffenberg ein wenig überrepräsentiert, zumal nicht recht klar wird, gegen welche andere Idee sie sich wandte. Der zweite Raum ist ein Rundumkino; vergeblich wartet man darauf, daß die Langnese-Reklame endlich aufhört und der Hauptfilm beginnt. Im dritten Raum versammeln um einen »Baum des Wissens«, der aber auch nichts weiß als ein paar bunte Bilder von Blumen und Kühen und Kindern, die Bundesländer ihre Spitzenerzeugnisse: den VW-Käfer, den gläsernen Menschen aus Dresden, den Schreibtisch der Brüder Grimm.

»Die Expo 2000 wird zu einem großartigen Ereignis für Deutschland und zu einer einzigartigen Werbung für den Wirtschaftsstandort.« Sechzig deutsche Unternehmen leisten ihren »Solidarbeitrag«, er heißt »Unternehmen Deutschland« und besteht aus einem Puppenspiel, das »mit einer heiteren und optimistischen Darstellung bei den Besuchern Aufbruchsstimmung erzeugen will«, ohne daß jedoch der Impuls entstünde, den schrecklichen Ort zu verlassen. Vielmehr soll das virtuelle Theater »auf eindrucksvolle Weise deutlich machen, daß in Deutschland Menschen mit Unternehmergeist, Ideenreichtum und Initiative beste Chancen haben«. Und das geht so:

»Keep on your toes. Be flexible and adapt. Let them do it. Deregulate. Ohne Gängelei geht’s besser. Der Staat greift mit einer Vielzahl von Vorschriften in das Wirtschaftsleben ein, um unliebsame Folgen zu verhindern (z. B. Umweltschutz). Das geschieht durchaus in guter Absicht. Die Präsentation fordert dazu auf, die Regulierungen zu entschlacken, sich auf die Vorgabe von Zielen zu beschränken und so den Unternehmen den nötigen Freiraum für die Umsetzung der besten Lösung zu geben. Better by far. Globalize. Go for it. Be enterprising. Wir leben in einer neuen Gründerzeit. Die Präsentation fordert den Besucher auf, unternehmerisch zu denken und mit Selbstvertrauen Marktchancen zu ergreifen. Think of it. Innovate. Mach’s besser. Sei erfinderisch.« Das klingt schon ziemlich überzeugend, aber für einen kleinen Solidarbeitrag mehr hätte man daraus auch einen Rap machen können.

Im Gegensatz zu allen bisherigen Weltausstellungen, die mit Eiffelturm und Atomium eine ungetrübte Fortschrittszuversicht propagiert hätten, so wird behauptet, orientiere sich die diesjährige Expo, obwohl sie selbstredend die größte und die teuerste ist, an der Einsicht, daß die natürlichen Ressourcen nicht unerschöpflich sind und daß industrielle Entwicklung neben vielen segensreichen auch einige schädliche Folgen zeitigt. Die Veranstalter berufen sich dabei auf die »Agenda 21«, auf das »Aktionsprogramm« der Uno also, das 1992 in Rio de Janeiro beschlossen wurde, die bis dahin nur von einigen Nichtregierungs- bzw. Nochnichtregierungsorganisationen verwendete Parole der »Nachhaltigkeit« adaptierte, seine Unterzeichner zu nichts verpflichtete und deshalb als Vorlage für allerhand Sonntagsreden taugt.

»Nachhaltigkeit ist das Gegenteil von Raubbau«, die Expo jedoch ein ganz gewöhnliches Massenspektakel, das sich um »Nachhaltigkeit« ebenso wenig schert wie die Fußball-Europameisterschaft. Riesige Parkplätze wurden gebaut, das

Publikum wird nicht von hundert Ökobauern aus Mehrwegflaschen versorgt, sondern an Coca Cola und McDonald's verpachtet. Auf dem Galaempfang zur Eröffnung redete die Generalkommissarin Breuel den Gästen ins ökologische Gewissen, danach wurde ein Menü aus vier Gängen serviert, das 34 ausgezeichnete Köche zubereitet hatten. 750 Kellner und Tellerwäscher hantierten mit 100.000 Teilen Geschirr. Das Essen war aus allen Regionen Deutschlands in Kühlwagen nach Hannover geschafft worden. Daß inzwischen die Phrase von der Nachhaltigkeit jeden Zweck veredelt, beweist die »Expo-Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft« mit ihrer didaktischen Präsentation im deutschen Pavillon: »Save for your future. Make pensions sustainable. Um die Nachhaltigkeit der Altersversorgung zu sichern, muß die Gesellschaft in dem Maß für das Alter sparen, in dem zuwenig Nachwuchs herangezogen wird. Die Präsentation fordert dazu auf, die bestehende Altersversorgung durch eine Altersvorsorge über Kapitalbildung zu ergänzen.«

Die Legende vom Glauben an die Technik, der einer alles erschütternden Skepsis gewichen sei, wird auf der Expo gründlich widerlegt. Heute glaubt man halt nicht mehr an die Dampfmaschine oder an die Kernspaltung, sondern an Bio-, Gen-, Chemo- und Kommunikationstechnik. Probleme, die durch Technik entstanden sind, werden durch noch mehr Technik gelöst – und alle anderen Probleme auch. Im »Themenpark« von Hannover kann man Methoden und Ergebnisse schon jetzt besichtigen. Überflüssig zu erwähnen, daß soziale Ungleichheit, Eigentums- und Machtverhältnisse dabei nicht thematisiert werden. Das globale Dorf kennt keine widersprüchlichen Interessen, wir alle sind Brüder und Schwestern vor Gott und auf dem Markt. Allerdings gibt es an manchen Orten von uns zu viele, während es an anderen Orten wohl demnächst zu wenige von uns geben wird. Doch auch die Überzähligen tragen mit ihren pittoresken Gewohnheiten und Erzeugnissen zur Buntheit der Welt bei. Ausgeschlossen bleibt nur, wer noch immer am Kapitalismus und am Weltmarkt zweifelt.

Der »Themenpark« beschreibt einige löbliche und niedliche Versuche der Minderentwickelten, sich selbst zu helfen, trotzdem entsteht nicht der geringste Zweifel daran, daß die Kompetenz zur nachhaltigen Beseitigung der Weltprobleme nur denen zuwächst, die seit je die intelligentere Technik herstellen und verkaufen. Deshalb beteiligen sich einige deutsche Unternehmen als »Mitglieder im Thema« an den Entwürfen vom zukünftigen Menschen, von zukünftiger Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Arbeit und Umwelt.

In einem riesigen Schiff, das vierzig gläserne Würfel enthält, wird mit subtilsten ausstellungspädagogischen Mitteln »der Mensch« zugerichtet und verarztet. Einer dieser Würfel umschließt – als gäbe es davon mehrere – »einen unendlichen Raum: Sinnbild für das Wissen des Menschen, für die schier unendlichen Leistungen des menschlichen Gehirns«, das sich mitunter auch solche Sinnfälligkeiten leistet: »Inmitten der ganzen Hektik auf der Expo schläft in einem Würfel ein Mensch. Ein Überraschungseffekt, der auf die wichtige Bedeutung des Schlafs hinweist. Schlaf ist keine verlorene Zeit, sondern eine sehr aktive Zeit für das Gehirn.« Nur selten erreicht die Expo das intellektuelle Niveau der »Sendung mit der Maus«. Schlimmer als derartige Exponate aber ist die hemmungslose Propaganda für die Optimierung des Menschen mit Hilfe der Gentechnik. »Im Hintergrund des Würfels wird das Bild einer jungen Frau immer deutlicher. Sie ist Symbol für die wachsenden Möglichkeiten, die menschlichen Erbanlagen zu verändern. Dann geht der Blick in die Zukunft. Der Besucher kann nun das Bild der Frau genau erkennen: Zusätzlich eingepflanzte Gene machen sie widerstandsfähig gegen Umweltgifte.« Mitglied in diesem Thema ist der Verband der chemischen Industrie e.V., und »im ChemiDrom zeigt die Chemie auch, wie sie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen will: im Pflanzenschutz, durch nachwachsende Rohstoffe, die Öl ersetzen, durch Gentechnik, um Krankheiten besser erkennen und bekämpfen zu können«. Vielleicht wird es ihr eines Tages sogar gelingen, durch Gentechnik die Krankheiten zu heilen, die sie durch Pflanzenschutz verursacht hat. Tom und Jane jedenfalls, ein virtuelles junges Ehepaar, das sich nicht der Chemieverband ausgedacht hat, sondern Thomas Roth, zuständig für den Themenpark und die »weltweiten Projekte«, werden im Jahr 2080 nicht mehr der doofen Natur vertrauen müssen: »Tom und Jane suchen sich ihr zukünftiges Kind nach gründlicher Genanalyse am Computer aus.«

Auch die Allianz-Versicherungsgruppe ließ sich um einen Solidarbeitrag zum Menschen nicht lange bitten: »In der Ausstellung □Der Mensch□ beschäftigt sich die Allianz mit der Zukunftssicherung und präsentiert Modelle zur Altersvorsorge. In der Ausstellung □21. Jahrhundert□ präsentiert die Allianz ein Nahverkehrssystem mit individueller Risikosteuerung.« Was das wohl bedeuten mag? Daß hinterm Risikosteuer die Freude am Fahren nicht länger von der Ahnung vermiest wird, manche Organe seien unersetzlich? Richard Schröder übrigens rühmt sich, den Themenpark um »die Dimensionen von Schuld, Schicksal und Tragik« bereichert zu haben.

»Nie waren die Möglichkeiten, eine gesündere Zukunft zu schaffen, größer als heute. Nie gab es mehr Reichtum und Wissen, nie gab es so viele medizinische Innovationen. Noch nie änderten sich aber auch die Bedingungen für Gesundheit so schnell wie heute: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, die Lebenserwartung steigt, und die Städte wachsen immer schneller. Technische Entwicklungen und grenzüberschreitende Ströme von Menschen und Informationen beeinflussen das Wohlbefinden der Menschen. Hinzu kommt eine weltweite Angleichung der Lebensstile – die Erhaltung unserer Gesundheit ist eine komplexe Herausforderung.« Die Verfasser dieses heillosen Textes aber, das offenbaren auch die einschlägigen Leinwände und Monitore, sind ihr nicht einmal auf der ideologischen Ebene gewachsen.

Die »Ernährung« steht unterm Motto: »Schmecke den Unterschied!« Und es soll auch für diejenigen gelten, die nichts zu beißen haben. »Nahrung als Grundbedürfnis oder als Fest der Sinne? Unterernährung und Nahrungsmittelschwemme ... Wie frühstücken Leute verschiedener Kontinente? Bedeuten der Gebrauch von Messer und Gabel wirklich die Zugehörigkeit zu einer höheren Zivilisation?« Die Linguistik lehrt, man könne nicht nicht kommunizieren, also gilt: »Essen ist Kommunikation.« Ein elaboriertes Menü bedeutet zwar etwas anderes als eine Schale Reis, ist aber auch nur ein *signifiant* und deshalb arbiträr. Essen ist Silber, Hungern ist Gold. Immerhin spricht sich der Gedanke, daß auch dem Ernährungsproblem nur mit der Gentechnik beizukommen sei, in verblüffender Bescheidenheit aus.

Ein weiterer Film auf einer riesigen Leinwand, diesmal ist sie 45 Meter lang und halbrund, analysiert die Ursachen des weltweiten »Hungers nach Energie«: »Wachsende Bevölkerungszahlen erhöhen den Verbrauch, dies führt wiederum zu erhöhten Umweltbelastungen. Die Konsequenz: Wir müssen umdenken.« Keine Grundschulfibel würde hier auf den Hinweis verzichten, daß der Energieverbrauch gerade in den Weltregionen am niedrigsten ist, wo die Bevölkerung am schnellsten wächst. Die Expo aber, zum Thema »Energie« gesponsort vom Mineralölwirtschaftsverband e.V., vom Bergbaukonzern RAG, von der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V. und vom Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, weiß wieder einmal weniger als der einfältigste ihrer Besucher. Weil selbst den klügsten Soziologen und Philosophen zum Thema »Arbeit« außer Flexibilität und Mobilität gar nichts mehr dämmert, macht die Expo daraus eine Choreographie: »Ein sicherer Arbeitsplatz – man hat ihn oder hofft auf ihn. Veränderungen der Arbeitswelt greifen wie kaum etwas anderes in das Leben jedes Einzelnen ein. Im □Welt□theater der Arbeit□ steht der Mensch deshalb im Mittelpunkt.« Müllmänner und Manager tanzen auf einem Baugerüst, auf einer riesigen Leinwand sieht man Bilder von Kohlebergbau, Verwaltungstätigkeit und Kinderarbeit.

Auf soviel Unverstand und Ideologie folgt, bevor man endlich aus dem Themenpark entlassen wird, eine nachhaltige Dröhnung mit massiertem Kitsch. Der »Planet of Visions« bebildert schwer symbolisch allerhand verblaßte Utopien. Der Turm von Babel ist »Ausdruck der Selbstherrlichkeit des Menschen und seines vergeblichen Strebens nach Macht«. Diesmal »hat die Leinwand gigantische Ausmaße: Sie ist 143 Meter lang und zwölf Meter hoch.« Die »Statue der Mythen« ist auch ziemlich groß, und in ihre steinerne Oberfläche sind – wer hätte es erwartet? – Monitore eingelassen, auf denen mythische Personen erscheinen. Sie »steht für das Streben des Menschen nach Unvergänglichkeit, nach einem Ideal, das Orientierung in der Welt bieten soll. Oft personifizieren Menschen ein Vorbild. In unserem Medienzeitalter drückt sich dieses Verlangen in der Identifizierung mit Kultfiguren aus. Gegenüberstellungen von Zeus und J. F. Kennedy oder Herkules und Johnny Weissmüller verdeutlichen, welch unterschiedliche Personen letztlich denselben Mythos verkörpern können.« Mal schummrig, mal hell ist es im »Tor der Apokalypse«. Bei Nacht wird ein Vulkan aktiv, und es werden »apokalyptische Erfahrungen und Bedrohungen der Menschheit« sichtbar: »Konzentrationslager und Atombombe, Hunger und organisierte Kriminalität«. Wenn aber die Sonne aufgeht, tanzen frohe Menschen aus dem Tor hervor. Daß lebendige Menschen irgend etwas symbolisieren können, wußte man bisher nicht. Sie tun's aber trotzdem: »Sie symbolisieren den Neubeginn auf den Trümmern der Vergangenheit. Im Verlauf des Tages wird der Paradiesgarten hinter dem Tor vollständig sichtbar.«

Und weil des Unfugs offenbar noch immer nicht genug ist, gibt's noch die »utopische Maschine«. Ein riesengroßer Roboter hält in seinen mehreren rechten Händen eine Bohrmaschine, einen Hammer und sonstiges Werkzeug, in den linken aber Staubsauger, Bügeleisen und Rührbesen. Merken Sie was? Genau: »Daß Wissenschaft und Technik dem Menschen«, nämlich der Frau, »das Leben erleichtert (!)« und den Menschen, nämlich den Mann, »von schwerer Arbeit befreit (!), hat Visionäre immer wieder beschäftigt. Aber auch das Gegenteil wird thematisiert – die selbstgeschaffene Abhängigkeit der Menschen in einer technisierten Welt.« So redete man wohl in den fünfziger Jahren. Inzwischen sollte sich der Gedanke durchgesetzt haben, daß man so nicht vernünftig reden kann, wenn man nicht zugleich sagt, wovon denn »der Mensch in einer technisierten Welt« abhängig ist.

Eine andere Zukunftsvision wurde in Hannover bereits wahr. Und die Expo trug indirekt zur Lösung des Problems der grenzüberschreitenden Menschenströme bei, die erfahrungsgemäß das menschliche Wohlbefinden beeinträchtigen. Die Eröffnungsfeier verlangte nach dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Fast 7.000 Polizisten und Grenzschützer kümmerten sich nachhaltig um mehrere hundert Expo-Gegner. Die »Taz« zitierte einen namenlosen Journalisten, der im Internet über eine »Reclaim the Streets-Party« berichtet hatte: »Obwohl tatsächlich nur getanzt und Musik gehört wurde und weder Verkehr noch Passanten behindert wurden, stürmten immer wieder polizeiliche Greiftrupps in die Menge, warfen dabei junge Frauen zu Boden, rempelten einen Vater mit Kind auf der Schulter so heftig an, daß der Kleine fast zu Boden gestürzt wäre, knieten zu dritt in voller Montur auf ihren Opfern und schlugen heftig mit dem Knüppel zu.« 400 Jugendliche wurden während des ersten Expo-Wochenendes vorübergehend festgenommen. In Langenhagen sei ein Expo-Gefängnis für »auffällige Personen« eingerichtet worden, meldete die Berliner Stadtzeitung »Zitty«, das nach dem Ende der Weltausstellung als Abschiebeknast dienen solle. Ein besonders schwerer Fall von Nachhaltigkeit.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 6/2000 über Henschels und Henscheids »Jahrhundert der Obszönität«

Konkret 07/00, S. 62

Michael Scharang

Der Protestwelle wird ein Proteststurm folgen

Bei den Salzburger Festspielen kürzt man das Programm: natürlich um eine zeitgenössische Oper

Bald wird Österreich jener Zeit nachtrauern, in der ihm von seinen Partnern in der Europäischen Union bedeutet wurde, man möge doch den schwer erträglichen Umstand, daß Politiker Sprüche klopfen, nicht zu dem unerträglichen Umstand steigern, daß sie Nazisprüche klopfen.

Man empfand die Mahnung als Welle ausländischen Protestes, welche die Ufer des uferlosen Binnenstaates unterspült. Und ahnte nicht, daß der harmlosen Welle, ausgelöst von einem Sturm im Ausland, nun der Sturm selbst, daß der plätschernden Protestwelle nun ein verheerender Proteststurm folgen wird, der über Österreich hinwegfegen und heilsame Verwüstungen anrichten wird.

Die harmlose Protestwelle hat politische Ursachen, der gefährliche Proteststurm ästhetische – womit der Vorrang des Ästhetischen vor dem Politischen, der Kunst vor der Politik, von Journalismus und Politik immer wieder bestritten, wieder einmal bewiesen ist. Der Zorn entzündet sich an dem Beschluß des Kuratoriums der Salzburger Festspiele, das Programm der nächsten Jahre um einen Programmpunkt, um Helmut Lachenmanns Oper »Das Mädchen mit den Schwefelhölzchen«, zu kürzen.

Diese einzige Streichung betrifft, man könnte sagen: selbstverständlich, man möchte hinzufügen: typisch Salzburger Festspiele, das Werk eines zeitgenössischen Künstlers. Es ist, nebenbei, ein grandioses Werk, eines der neben den Opern Bergs und Cerhas schönsten Beispiele dafür, was die Neue Musik der Oper, was die Oper der Neuen Musik zu geben in der Lage ist.

Von mir alarmiert, machen sich bereits Künstler aus aller Welt auf den Weg nach Salzburg, um einen Proteststurm zu entfachen, der jenes Kuratorium in alle Winde zerstreuen und die Festspiele für immer auslöschen wird, in der Hoffnung, daß keine Erinnerung bleibe an diese Meuchler der Kunst und an diese Schlachtbank des Geistes. Der Staatssekretär für Kunst hat folgerichtig den Kunst-Notstand ausgerufen und einen Kunst-Notstandsbeauftragten eingesetzt. Dieser berät sich mit in- und ausländischen Experten.

Das Problem, sagen die Experten, liegt darin, daß gemeinhin nach klaren Regeln der Rentabilität gewirtschaftet wird, in Österreich und insbesondere in Salzburg jedoch nach unklaren Regeln der Umwegsrentabilität.

Was Umwegsrentabilität ist, kann deshalb nur umschrieben werden. Etwa so: Die Wirte und Zimmervermieter sind sich bewußt, daß sie mit ihrem Essen, ihren Zimmern, ihren Preisen die Gäste vertreiben. Deshalb muß der Gast, vom Gastgewerbe vertrieben, mit Hilfe des Kunstgewerbes zurückgewonnen werden. Dieser Satz steht als erster und einziger Grundsatz am Beginn aller Festspiele.

Das Gastgewerbe verbessert weder Essen noch Zimmer, läßt aber das Kunstgewerbe Festspiele veranstalten, welche den Gast nötigen, im Festspielort zu essen und zu nächtigen. Das Leid, das dem Gast widerfährt, lehrt man ihn als Opfer für die Kultur zu verstehen.

Mit solchem Unfug hat Kunst, seit sie sich in der Renaissance von der Kultur emanzipierte, nichts zu schaffen. Kultur ist nur mehr Kunstgewerbe, Reproduktion. Kunst, die Darstellung der Welt, ist aufgerückt zu Forschung, zu einer wichtigen Form der Produktion.

Wird ein Kunstwerk wie Lachenmanns Oper aus einem Festspielprogramm genommen, gibt es keine Rechtfertigung mehr für Festspiele. Die 180 Festspiel-Millionen werden künftig nicht mehr dem Kunstgewerbe, sondern am besten gleich dem Gastgewerbe zugeführt.

Der Beitrag erschien zuerst am 22.5.2000 in der Wiener □ Presse□ .

Michael Scharang schrieb in KONKRET 4/2000 über die Umnachtung Österreichs

Konkret 07/00, S. 63

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Laurence Bergreen: Louis Armstrong. Ein extravagantes Leben. Haffmans Verlag, Zürich 2000, 640 Seiten, 39,90 Mark

Louis Armstrong war ein Wegbereiter, der miterleben mußte, wie seine neuartigen Klänge und Gesten im Laufe der Jahre zum Klischee ihrer selbst verkamen. Der Biograph, von Armstrong eingenommen, tut sich schwer damit, dies einzugestehen. Es braucht mehr als 500 Seiten Lektüre, die Armstrong als höchst sensiblen Menschen und großen Musiker darstellen, bis der Leser durch ein Miles-Davis-Zitat abrupt aus aller New-Orleans-Romantik gerissen wird. »Ich haßte, wie sie für das Publikum lachten und grinsten«, schimpft Davis über Armstrong und Dizzy Gillespie. »Ich war nicht bereit, mich so aufzuführen, nur damit ein rassistisches weißes Arschloch, das keinen blassen Dunst hat, etwas Nettes über mich schrieb.« Es braucht weitere vierzig Seiten, bis dann auch der Biograph gesteht, daß die schillernde Figur, deren Karriere sein Buch verfolgt, ab einem gewissen Zeitpunkt keine mehr war: »Die wenigen vitalen Musiker, die es noch gab, Leute wie Miles Davis und John Coltrane, verliehen dem Jazz ein so hohes intellektuelles Niveau, daß Louis nicht mithalten konnte.«

Dieser traurige Bruch überschattet eine Biographie, deren Stärke in den Anfangsjahren liegt, dem Aufkeimen des Jazz im Rotlichtmilieu von New Orleans. Hier ging es tatsächlich um das, was beim Schreiben über populäre Musik oft leichtfertig als Authentizität bezeichnet wird. Aus armer Familie stammend und von einer ebenso armen jüdischen Familie durchgefüttert, die an das Talent des jungen Louis glaubte, entwickelte Armstrong in einer Umgebung aus Prostituierten und Zuhältern einen Stil, dessen befreiende Sprache darin bestand, die vulgären Umgangsformen der Straße lustvoll und trotzig als das ›eigentliche‹ Leben zu interpretieren. Seine Musik erzählte davon, daß die Nachtclubs der einzig geeignete Ort sind, an dem Jazz sich frei entfalten kann – bis er selbst von den großen Bühnen und Hollywood geschluckt wurde. Notgedrungen handelt die Biographie deshalb auch von der Ambivalenz eines schwarzen Künstlers, der sich in einer Zeit, in der Rassismus selbst für sich als liberal verstehende Weiße aus Naturgesetzen herleitbar war, nicht ohne Kompromisse hat durchsetzen können. Diese Kompromisse bestanden vor allem darin, fürs Kulturestablishment dem Klischee eines Schwarzen – was hieß: ulkig, tolpatschig, urtümlich und also nicht wirklich zivilisiert – zu entsprechen.

Natürlich stimmt, was Miles Davis sagte. Aber es ist aus der Stimmung einer Zeit heraus gesprochen, die so nur dank Wegbereitern wie Armstrong hat werden können. Auch das gehört zur Ambivalenz: Der Jazz der Sechziger hätte zwar keinem Armstrong der sechziger, aber doch dem Armstrong der zwanziger und dreißiger Jahre Respekt zollen müssen. Das zu zeigen, ist Anliegen dieser Biographie. Sie erzählt es in einer Sprache, die offen zu verstehen gibt, daß Biographien nichts weiter als Romane über tatsächlich existierende Personen sind.

Konkret 07/00, S. 63

Marit Hofmann

Melodie & Rhythmus

Hans Janowitz: Jazz
Herbert Simmons: Tanz auf rohen Eiern

Hans Janowitz: Jazz. Mit CD. Weidle Verlag, Bonn 1999, 144 Seiten, 46 Mark

Der Titel will Programm sein. Der Anspruch, nicht nur von Jazz zu erzählen, sondern Jazz zu *schreiben*, hat bei Hans Janowitz eine gewisse Berechtigung. Schon seine Einführung in die Zeit des Geschehens, die 20er Jahre, erinnert an musikalische Retardierungsmomente, Leitmotivvariationen und unvorhergesehene Synkopen. »Und ich habe nun zu erzählen, wie das war, damals, da die Welt ... Jazz geworden war. Wie? Die Welt war Jazz geworden? – Ich kann nicht umhin, mich bei diesem Gedanken noch einmal zu unterbrechen, das letzte Mal hoffentlich, bevor ich die Geschichte der Jazz-Band-Boys zu erzählen beginne, um die es hier eigentlich geht.« Und auch wenn die ›eigentliche‹ Geschichte um Ohnmachtsanfälle von Damen der Gesellschaft und anderere Skandale nicht minder skurril ausfällt – zur Freude der Leser unterbricht sich der geschätzte Erzähler noch ziemlich oft. Er korrigiert sich, belehrt uns, daß er den Roman jederzeit, auch »mitten in der Wiederholung eines Motivs«, einfach beenden könnte – allerdings, wenn das Saxophon doch noch ein Solo spielen wolle, dann könne er auch »nichts ausrichten; denn ich bin meinen Instrumenten nun einmal ... ganz und gar verfallen«.

Bei den Zeitgenossen kamen derlei gekonnte Kapriolen nicht besonders an. Und Janowitz, Angehöriger des expressionistischen Prager Dichterkreises und jüdischer Exilant, war selbst mit seinem einzigen Erfolg, dem Drehbuch zu »Das Cabinet des Dr. Caligari«, zeitlebens unzufrieden. Vergeblich versuchte er, der politisch entschärften Verfilmung immer neue Entwürfe entgegenzusetzen. 1954 starb er in den USA als Betreiber einer Parfümerie.

Anders als Soul-Fiction-Autor Simmons hat Janowitz jedoch nicht versucht, Jazz(-Romane) zu idealisieren. Am Ende von *Jazz* (1927) gibt er schalkhaft zu: »Wie man sieht, war es unserem Figurenensemble ... gerade so ergangen, wie es jedem lebendigen Figurenensemble auf dieser Erde seit ein paar Jahrtausenden ergeht: Mit jedem Tag war ein neuer Lebenstag weggelebt. Der alte Fehler: daß alles Lebendige verurteilt ist, vom Kapital zu leben, statt nur die Zinsen zu verbrauchen, dieser alte Grundfehler der Schöpfung trägt die Schuld, wenn wir sogar dem Leser eines Jazz-Romans in diesem Punkt nichts Neues bieten können.«

Sie hören den Groove in Janowitz' Zeilen immer noch nicht? Dann legen Sie doch einfach die dem Buch beiliegende CD ein: Aufnahmen von Ellington, Porter u. a. aus den 20er Jahren.

Herbert Simmons: Tanz auf rohen Eiern. Atlantik Verlag, Bremen 1999, 226 Seiten, 24,80 Mark

Beginnt jetzt, da schon niemand mehr etwas von »Popliteratur« hören will, die Ära der »Jazzliteratur«? »Diese Buchreihe ist wie schwarze Musik«, behauptet der Atlantik Verlag von seinen »Soul Fiction«-Romanen. Das in den USA ins Leben gerufene Genre will afroamerikanische Autoren featuren, die im Literaturbetrieb des weißen Amerika untergegangen sind. Während allen Romanen gemeinsam ist, daß die Story im Jazzmilieu spielt und die Diskriminierung der Schwarzen zum Thema hat, nimmt der Autor Herbert Simmons die Gleichsetzung von Musik und Literatur wörtlich: »Von Anfang an reflektierte ich als Komponist der Worte unter dem Einfluß von Miles ... die Realität, indem ich Worte so benutzte, wie Jazzmusiker Noten einsetzen.«

Tatsächlich jongliert der Miles-Davis-Nacheiferer in seinem *Tanz auf rohen Eiern* gern mit Erzählperspektiven, baut Lautmalereien und Songzeilen in seine Geschichte ein. Trotzdem wagen wir zu widersprechen: Jazz ist das noch lange nicht, sondern gut konsumierbare Lektüre. Auf der Handlungsebene ist dagegen Simmons' Bestreben erkennbar, das politische Potential zu stärken, das er dem Jazz, insbesondere dem Bebop, zuschreibt: Sein schwarzer Protagonist, aufgewachsen zu Depressionszeiten in den Slums von St. Louis, findet als Musiker mit politischem Bewußtsein wie »Coltrane und Davis ... einen gesellschaftlich akzeptierten Weg, unangepaßt zu leben. Ich habe das auch versucht, aber ich habe auf Granit gebissen.« So Simmons' persönliches Resümee im Vorwort zur Neuausgabe. Ende der 50er war er einer der ersten afroamerikanischen Autoren, die es zu Veröffentlichungen brachten, doch bereits dieser zweite Roman, politisch und sprachlich gewagter als das Debüt *Corner Boy* (1957), wurde nur noch in kleiner Auflage gedruckt und verschwand im Giftschrank.

Konkret 07/00, S. 64

Marit Hofmann

FilmTheater

Die Palette
Petits Frères

Die Palette

Regie: Schorsch Kamerun; mit Peter Brombacher, Thomas Ebermann, Anne Weber; Probebühne des Deutschen Schauspielhauses, Hamburg; weitere Aufführungen am 3. und 11. Juli, 21 Uhr

»Einen Gammler wollen sie der langen Haare wegen nicht reinlassen. Weil ich der Dichter bin und an der Kasse Bescheid sage, lassen sie ihn doch rein«, berichtet Hubert Fichte in seinem Roman *Die Palette* über eine Lesung im Starclub auf St. Pauli. Mit der Inszenierung der *Palette* durch den Goldene-Zitronen-Musiker Schorsch Kamerun ist Fichte nun posthum im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg angelangt. Im Winter kann man an diesem Ort regelmäßig beobachten, wie Obdachlose, die sich im Foyer aufwärmen wollen, an die Luft gesetzt werden, und Schlingensiefs hier gegründete »Mission« ist längst in einen anderen Bezirk abgewandert. In den 60ern waren mit »Gammlern« ebenso Bohemiens, Schwule und Gelegenheitsjobber, die nicht nach bürgerlichen Vorstellungen lebten, gemeint. Heute ravet Bürgermeister Ortwin Runde beim Christopher Street Day, Trendforscher erschließen »subkulturelle« Zielgruppen, und niemand käme auf die Idee, die zahlungskräftigen Langhaarigen im Theaterpublikum »Gammler« zu nennen – nur auf der Bühne sieht man welche, aber die sind nicht echt.

Echte Schauspieler sind allerdings auch nicht alle. Neben Thomas Ebermann, der seinen Part vom Blatt lesen darf, wirken Vertreter der Hamburger Musikszene mit: Jens Rachut von der Punkband Dackelblut und Rocko Schamoni, zusammen mit Kamerun Betreiber des Pudel Clubs. Doch statt den erwarteten Pop-Event mit Bezügen zur heutigen Clubszene zu liefern, hält sich Kamerun streng an die Vorlage. Selbst in die Hintergrundmusik, minimalistische Elektronik von Mouse on Mars, die die »Frankfurter Rundschau« empört als »Techno-Sound aus dem zweiten Jahrtausend« identifizierte, sind 60er-Jahre-Motive eingearbeitet. Allenfalls durch die Wahl allzu konventioneller szenischer Mittel, die einem Buch wie der *Palette* unangemessen sind, verliert das Bekenntnis zur werkgetreuen Inszenierung an Glaubwürdigkeit.

Sein Personal auf dem Theater zur Schau zu stellen – eine Idee, auf die damals ohnehin kein Intendant gekommen wäre – , hätte der Schriftsteller und KONKRET-Autor Fichte sicher gescheut. Machte ihm doch schon die literarische Verwertung der Gestalten aus dem verrufenen Kellerlokal zu schaffen (1964 mußte es schließen, weil Stammgäste und Kellner in Hehlerei und Einbrüche verwickelt waren). Um seiner Neigung, die »Palettianer« zu romantisieren, entgegenzuwirken, hat das Schauspielteam bei der Auswahl der Szenen nicht auf Brutalitäten verzichtet und auch nicht auf den Auftritt eines schwulen Strichers, der »Dachau dufte« findet.

Weil die versponnene Gesamterscheinung der »Gammler« heute nur im Zusammenhang mit der Gesinnung der damaligen Gesellschaft zu verstehen ist, unterbricht der geschniegelte Ebermann das szenische Spiel mit einer Sonntagsrede, die in einer dichten Collage aus zeitgenössischen Medienberichten das bornierte Bewußtsein der Nation nachzeichnet: von Ludwig Erhards Drohung »Solange ich regiere, werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören« über Ratschläge von Pädagogen (»Die Frühehe kann viele gefährdete Jugendliche auf den rechten Weg zurückbringen«) bis zum einzigen ausdrücklich aktuellen Bezug im Stück, der Shell-Studie »Jugend 2000«: »Deutschland ist ein zivilisiertes Land, an dem vor allem das Niveau der sozialen Rechte imponiert.« Müssen wir nächstes Mal unbedingt dem Bettler vorm Schauspielhaus sagen.

Petits Frères

Regie und Buch: Jacques Doillon; mit Stéphanie Touly, Iliès Sefraoui, Mustapha Goumane; Frankreich 2000 (Peripher); 90 Minuten; ab Juli im Kino

»Die ›Kleinen‹ sind wie Laufburschen. Sie unterstützen die Kämpfer mit Waffen.« Die Rede ist nicht vom Kriegseinsatz afrikanischer Kindersoldaten, sondern vom Alltag in einer typischen Pariser Vorstadtsiedlung, in der sich die Polizei nicht gern blicken läßt. Wie bereits in früheren Filmen schlägt sich Jacques Doillon auf die Seite der Kinder am Rand der Gesellschaft. Seine Gang der Unerwünschten besteht aus Arabern, Afrikanern und Juden, die sich einerseits gegenseitig mit den entsprechenden rassistischen Beschimpfungen beharken und andererseits gegen die feindliche Außenwelt verbünden – z. B. mithilfe einer gemeinsamen Silbenverdrehsprache, dem sogenannten Verlan (von *langue* und *à l'envers*).

Sie müssen »noch ein bißchen wachsen«, ehe sie mit etwa sechzehn zu den »richtigen Gangstern«, »den Kings des Viertels« aufsteigen, schwärmt der arabische Teenager Iliès. Bis dahin bekämpft der Nachwuchs auf der Straße – denn in den Sozialhilfebehausungen ist es zu eng – den schlimmsten Feind: die Langeweile. Doillons Resümee: »Sie machen Ärger und geraten in Schwierigkeiten wegen nichts und für nichts« – und wir sehen dabei zu. Der Handkamerastil sorgt dafür, daß man sich eher in einem Dokumentar- als in einem Spielfilm glaubt – , wäre da nicht der HipHop-Soundtrack von Oxmo Puccino und die leicht utopische Handlung: Die 13jährige Protagonistin (Touly), die von zu Hause abhaut und unter den harten Sitten der Banlieues zu leiden hat, erkämpft sich den Respekt der »Kleinen«.

Hoffnung macht Doillon letztlich wenig: »Ja, Kinder sind fordend. Ja, sie wollen ein Bett und eine Playstation, aber sie wollen auch ... Interesse, Zeit, Vertrauen ... Was wollen sie als nächstes, etwa einen Job? Ich sage Ihnen, sie sind verrückt!« Oder im Verlan gesprochen: »Ils sont ouf.«

Konkret 07/00, S. 64

René Martens

FilmTheater

High Fidelity

Regie: Stephen Frears; mit John Cusack, Iben Hjejle, Tim Robbins; USA 2000 (Buena Vista), 114 Minuten; ab 13.7. im Kino

Am Anfang verläßt Laura Rob, und am Ende kehrt sie wieder zu ihm zurück. Was passiert zwischendurch? Man sieht Platten. Die Bilder in »High Fidelity«, einer allzu werkgetreuen Verfilmung von Nick Hornbys gleichnamigem Beziehungskistenroman sind von LP-Covern maßgeblich geprägt. Zwar wird hier mit teilweise religiös anmutender Inbrunst über Musik diskutiert, während Platten gehört, geordnet oder gereinigt werden, aber wichtig ist vor allem, daß man die Hüllen sieht.

Der größte Teil von »High Fidelity« spielt im Plattengeschäft des Protagonisten (Cusack). Inspiriert von den vinylophilen Tante-Emma-Läden, die in vielen westlichen Großstädten ein Gegengewicht bilden zu den keimfreien Tonträger-Abteilungen der Hard- und Softwaresupermärkte, haben die Produktionsdesigner einen solchen Mikrokosmos im Studio konstruiert. Der Requisiteur des Films betont, die vier Autoren, darunter der Hauptdarsteller, hätten »sehr präzise Vorstellungen« gehabt, »welches Cover sie in welcher Szene haben wollten«. Am Anfang werden Hüllen ins Bild gerückt, die dem Zuschauer das Gefühl von Vertrautheit vermitteln sollen. Man sieht LPs von Prince, Donna Summer und Deep Purple, die wahrscheinlich viele Zielgruppenmitglieder zu Hause im Regal stehen haben. Im Verlauf des Films werden die Cover nur noch nach Blickfang-Aspekten ausgewählt: Mal stehen Neuheiten neben Geheimtips aus den späten 70er Jahren (MX-80 Sound), mal hat ein afroamerikanischer Käufer, der äußerlich wie ein cooler John-Coltrane-Exeget wirkt, eine Mini-LP der faden weißen Rockband Soul Asylum unterm Arm.

Den Machern haben es vor allem die Platten radikaler Bands angetan, die erste LP der feministischen Avantgarde-Punkgruppe The Slits zum Beispiel ist sogar zweimal gut im Bild. Weil solche Musik aber zu hart ist für eine Mainstream-Komödie, hat »High Fidelity« phasenweise einen seltsamen Effekt: Die Musik, die man gewissermaßen sieht, hört man nicht – dafür aber immerhin drei Stücke der großen Sixties-Band Love.

Der Plot stört übrigens nicht besonders.

Konkret 07/00, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

An die

Deutschen Studentinnen und Studenten

in

D Deutschland

Betrifft: Ihr derzeitiges Demodoodln (*)

Sehr geehrte, in deutlich höherer Auflage wie niederer Gesinnung als meine Lieblingszeitschrift erscheinende Damen und **Herrn**

*

Ihr im Betreff erwähntes Demodoodln derzeit nehm ich wahr wie Wespenstich, wie Gichtanfall, ja wie die Brunft der Unvernunft soo **gern**

*

Steckend mitten in der Jugend, dem Seynssegment, das nach Rochus von Rochester (1083 bis 1166) »the time between dream and awakening«, nach der bulgarischen Vitalogin Ludmilla Volare (* 1973) »die Paprika im Angesicht des Pflückers« ist, sei Ihnen von Herzen her der Nachsicht Bonus **eingeräumt**

*

Daß Ihr Borntobewildstupor wie mit gebrauchtem Katzenstreu verrührtes Leckbier **schäumt**

*

Durchaus sollen Sie, rippentouchierende Ellbogen bei der Nahrungsaufnahme liebend, zu acht an für vier bestuhlten Tischen neben mit echtem Buchenholz befeuerten Pizzaöfen **sitzen**

*

Um sich somnambulischseelig reinzupfeifen industriekäsüberbaazte **Pizzen**

*

Durchaus sollen Sie in von Aldi/Dessau interieurten Discen, wurscht ob becrackt oder lediglich **clean**

*

Wissensaufstaustreß abhotten zu Hundertachtzigbeatmonoto**nien**

*

Durchaus sei Ihnen, aufs ehrenwörtlichste, unbe**nommen**

*

Daß Sie durch das den Fleiß der Blattfürblattkopierameise mit dem Mundwerk der iberischen Salatraubschnecke kombinierende Einsammeln von dereinst zum Entree der bride side der Wer/Wen-Arena berechtigenden Scheinen **kommen**

*

Und selbstverständlich und sowieso sollen Sie mit jener, dem Kolibrischnabel beim Eintauchen in die Nektarmuschi der CafeKeeseTeeRose eignen Zielistik fünfeffig, nämlich frischfrommfröhlichfreifit dürfen **ran**

*

An den Super-G-Punkt des ZNS named **fun**

*

Nur zuu also zunächst mal, beim Börsengang der von Achtundsechzigertätärätät**tää**

*

Null inkommodierten Ego-**AG**

*

Jedoch wenn ich, des Durchblicks mächtger denn der Glaser, Sie mir recht **beseh**

*

Dann **sticht**

*

Ein massiver Makel Ihrerseits mir sowohl mitten wie weetuend ins **Gesicht**

*

Sie reüssieren nämlich in bezug auf das nicht einmal das Axiom neben sich duldende **Muß**

*

Der jugendspezifischen Protestproduktion involuminöser denn die taubstummste **Nuß**

*

Sind nicht selbst der Großinquisitor, Jack the Ripper und Josef Ambacher, der Präsident des »Deutschen Schützen Bundes« , in ihrer Facon als Akadazubis dem Prinzip Ungestüm tributierend, auf die Straße gegangen, mit sperrangeloffener Hemdbrust tags, und nachts mit aus Widerstandswachs gedrehtem **Licht**

*

Um als Todfeind des Christenmolestierens, des Männerwahlrechtsmonopols und des Schützenvereinsschießdrecks Schüssen, Schlägen und aus Rohren geworfenem Wasser trotzend, all diesen Peinlichkeiten entgegenzuheisern das große antagoone »Soo, Herrschaften, **nicht**!«

*

Ja, gewiß und gebongt, der Sachzwanghahn hatte noch nicht zum dritten Mal ge**kräht**

*

Als sie sich auch schon wie der Kafkakäfer auf dem Rücken ihrer Bemühungen wiederfanden – als Frauenaufschlitz-, Schützenvereinsschießdreck- und Christenmolestierkapazi**tät**

*

Bis dahin aber hatte für sie existiert weder Krankheit noch **Attest**

*

Sondern geheißen hatte es, selbst in tiefstem Winter: Dreimal täglich nach dem Essen runter auf die Straße zum **Protest**

*

Ihrer aber, sehr geehrter Damen, sehr geehrter Herren, strähnchenbetonter und gelgeebneter **Frisur**

*

Ermangelt es jedweezten Widerstandswirbels, Sie reiten, um ein Bild aus dem Tierreich zu importieren, auf leblosem Pferd die mausetote **Tour**

*

Als ob die Welt nicht an sämtlichen Ecken & Enden wie närrisch brennete und die riesige **Liste**

*

Des Verbrechens der privaten Aneignung gesellschaftlicher Produktion nicht vor Ihrer Nase läge, thuen Sie so, als ob man das Motiv für die Erregung wie die Nadel im Hauheuf (**) suchen **müßte**

*

Statt Ihr an die jedes einigermaßen inordnungne Herz ergreifende »life-functions-terminated«-Anzeige in Kubricks »2001« gemahnende Verhalten in demonstrative Activities zugunsten der Unterdrückten und Beleidigten umzu**moodln**

*

Fahren Sie fort, wie scheubekloppt, mit Ihrem Demo**doodln**

*

Als Zeit meines Lebens als Gorilla im politischen Zoo an den Stäben rüttelnder sowie als qua zwootem Bildungsweg honoris causa promovierter **Ästhet**

*

Rufe ich Ihnen von dieser Stelle aus zu, daß es sooo nicht **geht**

*

Was ich will, ja was ich von Ihnen aufs impertinenteste verlange, das ist, daß Sie sich auf Deutschlands **Straßen**

*

Und zwar nicht Auto- oder Radl-fahrend, sondern untergehakt, mit antikapitalistischen Transparenten, im Laufschritt sowie in Massen endlich einmal blicken **lassen**

*

Oder Sie sind für mich endgültig gestorben

(*) »Doodln«, ein von Wieland Sternagel, meinem Kriegsdienstverweigererkameraden geprägter Begriff für eine Art von Leblosigkeit, Invitalität

(**) Servuß, Ernst Jandl

Konkret 07/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Alles schon dagewesen, auch die original originelle Überschrift im Wirtschaftsteil der »Tageszeitung«:

Handel soll weltweit sozial werden

ist nur die jüngste Version des alten Witzes: Ein jüdischer Kunde deutet im Feinkostgeschäft auf einen Prager Schinken: »Was kost' der Fisch?« Der Verkäufer: »Das ist Schinken, mein Herr!« Der Kunde, unwirsch: »Hab ich gefragt, wie er sich heißt, der Fisch!?«

Dem Kapitalismus ganz und gar abgeneigt ist auch die »Bildzeitung« nicht, aber wenn er es wieder einmal zu toll treibt, kommt es, daß sie das Heer der Sklaven mit einem Ruf wie Donnerhall weckt:

Das Kleingedruckte im Vertrag – es kann so herzlos sein.

Da ist eine alternative Tageszeitung gefragt – um ein mutig Gewagtes: Das Kleingedruckte im Vertrag soll sozial werden!

Sie haben es vielleicht schon gehört: Adorno ist tot. Davon lebt eine Einrichtung, deren Namen ihr Gründer einst Adornos Frankfurter Institut für Sozialforschung abgenommen hat und die jetzt unter dem Absender »Hamburger Institut für Sozialforschung« in unregelmäßigen Abständen mitteilt, *wie* tot der Beraubte ist:

Die am 15. Juni erscheinende Ausgabe (der Zeitschrift »Mittelweg 36«) greift die am Institut geführte Diskussion um den Begriff der »Überflüssigen« wieder auf:

Adorno und Horkheimer sind nicht direkt genannt, sondern kommen mehr indirekt, kontextual vor:

»Die Überflüssigen definieren kein präzises Defizit einer Lebenslage, sondern sie dokumentieren den Entkoppelungsprozeß gesellschaftlicher Bezüge. Überflüssig sind sie, weil der angestammte Platz systematisch besetzt ist und ihnen eine zweite Chance fehlt«, konstatiert Andreas Willisch in seinem Editorial »Überflüssige – Verwundbarkeit und Prozesse der Marginalisierung«,

betreffend Leute, die, obwohl vielleicht noch williger als Willisch, im Entkoppelungsprozeß gesellschaftlicher Bezüge am Hamburger Mittelweg keine zweite Chance erhalten haben. Ob Willisch, bevor er eine bekam, ein präzises Defizit seiner Lebenslage definieren mußte, ist nicht bekannt. Es wird wohl das allgemeine Defizit an Adorno in seinem Fall ebenso genügt haben wie im folgenden:

Der Pariser Soziologe Robert Castel verweist auf »Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs«, der, allzu undifferenziert eingesetzt, übersieht,

Was übersieht der Exklusionsbegriff wegen seiner Fallstricke? Der Exklusionsbegriff übersieht seiner Fallstricke wegen,

daß es sich bei den Überflüssigen nicht um sozial bearbeitbare Handicap-Gruppen in einem sozial diskriminierten Ort außerhalb der Grenzen der Normal-Gesellschaft handelt,

nämlich nicht um die von den Sozialforschern, als sie noch forsche Sozialisten waren und der sozial diskriminierte Ort noch eine Klassenlage, sogenannte industrielle Reservearmee,

sondern um einen Prozeß, der durch zentrale Veränderungen in der Mitte der Gesellschaft in Gang gesetzt wird. Die amerikanische Soziologin Katherine S. Newman spricht in diesem Zusammenhang

Einen solchen hat dieser gequirlte Scheiß?

von »Kummervollen Zeiten« für die Mittelschichten, deren individueller Optionsraum sich mehr und mehr einengt ... Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne ein Rezensionsexemplar zu.

Vielen Dank, aber wir nehmen nichts an der Tür zu individuellen Optionsräumen. Andererseits ist guter Rat teuer, und wo bekommt man besseren als hier:

Auf der politischen Tagesordnung stehen der Abschied vom Primat der Politik und der Eintritt in den globalen Wettbewerb der Politiken mit dem Ziel, weltweit politische Partnerschaften zu gestalten. Politiker sollten daher sein: beratungsoffen, komplexitätstüchtig, konzeptionsstark, von guter Intelligenz, von guter emotionaler Kondition, resistent gegenüber Denkmoden, mehr am Gemeinwohl als an Parteidoktrin orientiert, selbstkritisch und medienkritisch, kommunikationsfreudig, führungsstark und wertorientiert.

Zirka jeder zehnte Leser wird spätestens bei der Resistenz gegenüber Denkmoden gemerkt haben, daß das Hamburger Institut so weit noch nicht ist, die Frage der »Welt am Sonntag«, »was für Politiker das 21. Jahrhundert braucht«, schon ähnlich kompetent beantworten zu können. Doch wenn es sich personell verstärkte? Zwar ist die Autorin nicht billig. Aber wo Geld für einen Willich ist, ist auch ein Weg für eine Gertrud Höhler.

Nachricht vom Befinden eines fremden Stammes anläßlich der Geburt eines Stammhalters gibt das »Hamburger Abendblatt«:

Merci, Chéri. Leo ist da. Ein Junge für Cherie und Tony Blair. England freut sich.

Und geht einen heben. Auf nach Charleroi.

Auch Deutschland freut sich, aber nicht weil Leo geboren, sondern weil Theo 70 geworden ist:

Marion Gräfin Dönhoff hielt eine launige Laudatio, Sommer-Nachfolger Dr. Josef Joffe moderierte, Innenminister Otto Schily überreichte dem Jubilar ein Buch über Siena-Malerei von Ambrogio Lorenzetti mit einem Bild über »gutes Regieren«.

Schreiben braucht er jetzt ja nicht mehr, und richtiges Schreiben hat er nie gebraucht. »Bild« macht ein

Blitz-Interview mit Theo Sommer: Was wünschen Sie sich in Zukunft? »Immer gutes Wetter.«

Das mag sich für Millionen »Bild«-Leser lustig anhören, doch hinter dem Wunsch verbirgt sich die lebenslange Odyssee eines in die Politik verirrten Kachelmanns, eines Nomens, der an sein Omen geglaubt hat und doch nur vom »Kälte-Einbruch im August«, da »im deutsch-deutschen Verhältnis ein jäher Temperatursturz eingetreten« war, bis »das Barometer auf Sturm« stand, in den »Wetterumschwung« und den »Klimasturz« geriet (»Es wurde mit einem Male kalt und stürmisch«), ja in einen »Wetterwechsel« nach dem andern, der »das Ost-West-Barometer vollends unter normal« sinken ließ. Wagte er »Rundum-Blicke ins Ungewisse«, waren »die Gipfel umwölkt, die Ausblicke verhängt«, überall nichts als »Unwetter«, deren »Böen um den Globus« fegten, und »November-Stürme«, deren »Windstöße der Realität vergilbte Blätter und welke Ideen« vor sich her trieben. Ein Leben als Frosch, und statt einer küssenden Prinzessin eine maulende Gräfin – it's all over now, Teddy blue!

Die »Tageszeitung« und die Heinrich-Böll-Stiftung veranstalten »Debatten zur internationalen Politik«, eine davon zum Thema:

Warum ist die serbische Opposition so schwach?

Also erstens und zweitens ist die serbische Opposition so schwach, weil es in Belgrad keine »Tageszeitung« und keine Heinrich-Böll-Stiftung gibt, und drittens, weil die serbischen Oppositionellen überlastet sind. Als »unsere Gäste« werden in der »Taz« diese beiden angekündigt:

Milan Milosevic, Redakteur der unabhängigen serbischen Wochenzeitung »Vreme«

und

Milan Milosevic, Korrespondentin des »Spiegel« in Ex-Jugoslawien.

Alles selber machen, morgens Redakteur von »Vreme«, nachmittags Korrespondentin des »Spiegel«, abends zweimal bei der »Tageszeitung« und der Heinrich-Böll-Stiftung – das hält nicht mal ein Milosevic aus.

Schlagzeile der »Bildzeitung« über den Fußballreporter Rolf Töpperwien:

Kokain, Staatsanwalt, Frau weg – Töppi: Ganzes Leben verpfuscht

Man muß es glauben. Sein ganzes Leben verpfuscht zu haben – niemand kennt das besser als ein Journalist, der in der Redaktion der »Bildzeitung« gelandet ist.

Die Partei für die Fußkranken der Wiedervereinigung verteilt, auf daß ihre Klientel im neuen Deutschland ankommt, in ihrer Tageszeitung Bahnsteigkarten wie diese:

Gleichstellung – Raus aus der Frauenecke – Gender-mainstreaming soll Frauen und Männer in die Verantwortung nehmen.

Die Sache wird zum Glück daran scheitern, daß man Gender-mainstreaming auf sächsisch nicht aussprechen kann. Aber die Redakteurin des demokratischen Sozialismus ist unbeirrbar:

Den Anfang machte das Sozialministerium selbst mit einem zweitägigen Gender-Training. Dort wurden den meist männlichen Führungskräften des Hauses von einem Team männlicher und weiblicher Trainer die unterschiedlichen Sichten und Betroffenheiten von Frauen und Männern nahegebracht.

Als sie dies gelesen hatten, waren die Gender von unterschiedlichen Betroffenheiten: Den einen liefen die Tränen des Lachens die Wangen, den andern die Waden hinunter.